VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT BADEN-WÜRTTEMBERG 2006

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

INFORMATION

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

WEHRHAFTE DEMOKRATIE

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die voziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

SCHUTZ

SICHERHEIT

(4) AUFKLÄRUNG

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Baden-Württemberg
INNENMINISTERIUM

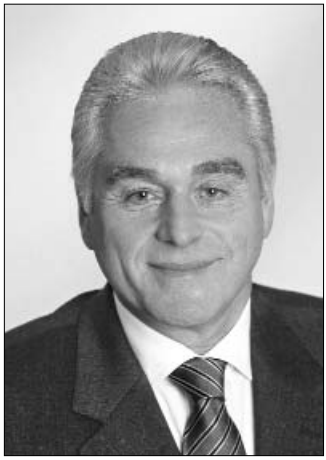
Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006

Baden-Württemberg

Herausgeber:	Innenministerium Baden-Württemberg Dorotheenstraße 6, 70173 Stuttgart
Gestaltung und Satz:	Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Taubenheimstraße 85A, 70372 Stuttgart
Umschlag:	Orel & Unger GmbH, Stuttgart
Druck:	KONKORDIA GmbH Eisenbahnstraße 31, 77815 Bühl
Auflage:	12.500
Zitate:	Alle Zitate sind in Kursivschrift gesetzt. Zitate aus Texten in alter Rechtschreibung wurden an die neue Rechtschreibung angeglichen.
Redaktions- schluss:	April 2007

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers - ISSN 0720-3381

Vorwort



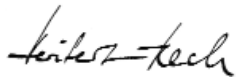
Die vielen Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus bringen es mit sich, dass wir Tag für Tag mit einer Fülle besorgniserregender Informationen konfrontiert werden. In großer Zahl erreichen uns neue Warnungen und Drohungen selbst ernannter Gotteskrieger oder Horrorbotschaften aus dem Internet. Umso wichtiger ist es, den Überblick zu behalten, Nachrichten richtig einzuschätzen und eine verlässliche Grundlage für eine angemessene Antwort auf den internationalen Terrorismus zu schaffen.

Im Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg arbeiten Experten der unterschiedlichsten Fachrichtungen - erfahrene Ermittler, Computerfachleute, Islamwissenschaftler, Historiker, Juristen und Politologen - zusammen, um gewissenhaft, mit Sachverstand und zuverlässig alle wichtigen Informationen zu einem aussagekräftigen Lagebild zusammenzufügen. Der Verfassungsschutzbericht fasst diese Informationen in anschaulicher Weise zusammen, ohne eine Bewertung der im Berichtszeitraum festgestellten extremistischen Bestrebungen und Spionageaktivitäten zu vernachlässigen.

Es entspricht dem Wesen unserer freiheitlichen Demokratie, dass diese Informationen nicht nur für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung bestimmt sind. Vielmehr geht der Verfassungsschutz auch mit dem aktuellen Jahresbericht wieder auf alle Bürgerinnen und Bürger zu, die sich für die Demokratie und ihre Werte engagieren und zugleich terroristischen und extremistischen Bestrebungen entgegentreten wollen. Wer wissen will, wie der internationale Terrorismus unser Land berührt, wo und wie Verfassungsfeinde agieren oder wie man seinen Betrieb gegen Spionage schützen kann, der möge in dieses Buch schauen. Übersichtlich und prägnant werden darin die Entwicklungen des vergangenen Jahres geschildert.

Ich wünsche uns, dass uns die Informationen des Verfassungsschutzberichts 2006 weiterhelfen, wenn es darum geht, für unsere Freiheit und unsere Demokratie einzustehen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz danke ich für ihre engagierte und professionelle Arbeit. Ihr Einsatz für die uns verbindenden Werte und unsere Demokratie ist für das Gemeinwesen unverzichtbar.



Heribert Rech MdL

Innenminister
des Landes Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

A. Verfassungsschutz in Baden-Württemberg 12

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes 12

2. Verhältnis von Verfassungsschutz und Polizei 13

3. Methoden des Verfassungsschutzes 13

4. Kontrolle 14

5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes 15

B. Islamistischer Extremismus und Terrorismus 18

1. Überblick 18

1.1 Aktuelle Situation, Tendenzen 18
1.2 Hintergründe, Begriffsbestimmungen 21
1.3 Das Personenpotenzial im Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus 23

2. Islamistischer Terrorismus (interner und globaler Djihadismus) 24

2.1 „Al-Qaida", „Ansar al-Islam" und „Ansar al-Sunna" 24
2.2 Die Chronologie der Gewalt 31
2.3 Rolle des Internets 32
2.3.1 Islamistische Propaganda im Internet 32
2.3.2 Erstellung und Verbreitungswege islamistischer Internetpropaganda 33
2.4 „Al-Djamaa al-Islamiya" und „al-Djihad al-Islami" 35
2.5 „Front Islamique du Salut" (FIS), „Groupe Islamique Armé" (GIA) und „Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat" (GSPC) 37

3. Islamistischer Extremismus 39

3.1 Salafitische Bestrebungen in Deutschland 39
3.2 Die „Muslimbruderschaft" (MB) und ihre nationalen Ableger 44
3.2.1 „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) 48

3.2.2 „Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS) 52
3.2.3 „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“) 54
3.3 „Hizb ut-Tahrir“ („Partei der Befreiung“) 55
3.4 „Tabligh-i Jama'at“ („Gemeinschaft für Verkündung und Mission“) 59
3.5 Organisation aus dem schiitischen Bereich: „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) 61
3.6 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) 66
3.7 Der „Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“), früher „Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB) 88

4. Weitere Informationen 91

C. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 92

1. Allgemeiner Überblick 92

2. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), jetzt: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) 94

3. Türkische Vereinigungen 104

3.1 Extrem nationalistische Organisationen 104
3.1.1 „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)/ „Türkische Föderation Deutschland“ (ATF) 104
3.2 Linksextremisten 106
3.2.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol) 106
3.2.1.1 Entstehungsgeschichte 106
3.2.1.2 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) 107
3.2.2 „Kommunistische Partei der Türkei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)/„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) 111

4. Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und ethnische Albaner 114

5. Sikh-Organisationen ... 117

6. „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) ... 120

7. Iranische Gruppen ... 122

8. Weitere Informationen ... 125

D. Rechtsextremismus ... 126

1. Aktuelle Entwicklung und Tendenzen ... 126

1.1 Rechtsextremistische Personen- und Wählerpotenziale ... 127
1.2 Straf- und Gewalttaten ... 128
1.3 Ideologie ... 129

2. Gewaltbereiter Rechtsextremismus ... 131

2.1 Häufigkeit und Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt ... 131
2.2 Die rechtsextremistische Skinhead(musik)szene: Ein Boom schwächt sich ab? ... 132

3. Rechtsextremistische Musikszene ... 138

3.1 „Schulhof-CDs" als rechtsextremistische Rekrutierungsmittel und Wahlkampfmedien ... 140
3.1.1 Das ursprüngliche „Projekt Schulhof" ... 141
3.1.2 „Schulhof-CDs" der NPD ... 142
3.1.3 CD-Projekte der DVU ... 144

4. Neonazismus ... 145

4.1 Allgemeines ... 145
4.2 Bundesweite Aktivitäten ... 147
4.2.1 Rudolf Heß: Zentrale Symbol- und Integrationsfigur der Neonaziszene ... 147
4.2.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) ... 150

4.3 Verstärkte Demonstrationstätigkeit als Agitationsschwerpunkt der Neonaziszene 150

5. Rechtsextremistische Parteien 158

5.1 Parteien mit rechtsextremistischer Zielsetzung 158
5.1.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) 158
5.1.2 „Deutsche Volksunion" (DVU) 170
5.2 Parteien mit Anhaltspunkten für eine rechtsextremistische Zielsetzung 172
5.2.1 „Die Republikaner" (REP) 172

6. Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten 173

6.1 Organisationsunabhängige rechtsextremistische Verlage in Baden-Württemberg: „GRABERT-Verlag"/„Hohenrain-Verlag" ... 173
6.2 „Gesellschaft für Freie Publizistik e. V." (GFP) 175

7. Aktionsfeld Geschichtsrevisionismus: Ein Beispiel für die internationale Dimension des Rechtsextremismus 176

8. Theorie- und Strategiebildung im deutschen Rechtsextremismus 179

9. Aktionsfelder 182

9.1 Rechtsextremistische Positionen zur Patriotismusdebatte anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 183
9.2 Der „Kampf der Kulturen" aus rechtsextremistischer Sicht 188

10. Weitere Informationen 197

E. LINKSEXTREMISMUS 198

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen 198

2. Übersicht in Zahlen 200
2.1 Personenpotenzial 200
2.2 Straf- und Gewalttaten 201

3. Gewaltbereiter Linksextremismus 202

4. Parteien und Organisationen 204

4.1 „Linkspartei.PDS" 204
4.2 „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) 207
4.3 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) 210
4.4 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) 213
4.5 „Rote Hilfe e.V." (RH) 226
4.6 Sonstige Vereinigungen 217

5. Aktionsfelder 218

5.1 „Antifaschismus" 218
5.2 „Repression" 220
5.3 Antiglobalisierung 221
5.4 „Sozialabbau" 224
5.5 Nahost-Konflikt 225
5.6 „Autonome Zentren" 227

6. Weitere Informationen 229

F. Scientology-Organisation (SO) 230

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen 230

2. Programmatik und Erscheinungsbild 231

3. Organisation und Mitgliederbestand 232

4. Mitgliederwerbung 234

5. Repressive Maßnahmen zur Geldbeschaffung 236

6. Die „Scientology Kirche" und der SO-Wirtschaftsverband „WISE" 239

7. Hilfs- und Unterorganisationen 241

8. Propaganda und Diffamierungskampagnen 244

8.1 Reaktion auf den „Karikaturenstreit“ 245
8.2 Mitgliederorientierte Propaganda 245
8.3 „Europäischer Expansionsgipfel“ in Brüssel 247

9. Vertrauliches Telefon/Weitere Infomationen 248

G. Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz 250

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen 251

2. Daten, Fakten, Hintergründe 251

2.1 Proliferation 251
2.1.1 Iran 252
2.1.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) 254
2.2 Wirtschafts-/Wissenschaftsspionage 255
2.2.1 Volksrepublik China 256
2.2.2 Russische Föderation 259

3. Prävention 260

3.1 Geheim- und Sabotageschutz 261
3.2 Beratung und Aufklärung von Wirtschaft und Wissenschaft 261
3.3 Sicherheitsdefizite bei mobilen Geräten und Anwendungen 262
3.4 Sicherheitsforum Baden-Württemberg - die Wirtschaft schützt ihr Wissen 266

4. Erreichbarkeit der Spionageabwehr/Weitere Informationen 266

Anhang 268

Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg (Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG) vom 5. Dezember 2005 268
Gruppen-, Organisations- und Sachregister 282
Personenverzeichnis 291

A. Verfassungsschutz in Baden-Württemberg

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten und die politisch Verantwortlichen, die zuständigen Stellen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Entwicklungen und drohende Gefahren zu unterrichten. Der Verfassungsschutz versteht sich deshalb als „Frühwarnsystem" der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

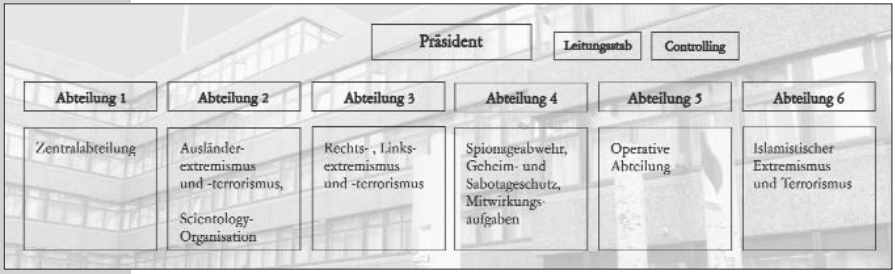
Struktur

Der Bund und die 16 Länder unterhalten eigene Verfassungsschutzbehörden. Die größte, weil mit vielerlei Zentralfunktionen ausgestattete Behörde, ist das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln. Dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechend arbeiten alle 17 Behörden eng zusammen.

Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz hat seinen Sitz in Stuttgart. Es gliedert sich derzeit in sechs Abteilungen.

Haushalt

Die Personalstellen und Finanzmittel für Personal- und Sachausgaben sind im Haushaltsplan des Landes ausgewiesen. Danach waren dem Amt für das Jahr 2006 insgesamt 323 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter zugewiesen (2005: 326). Für Personalausgaben standen etwa 12,7 Millionen Euro (2005: 12,7 Millionen Euro), für Sachausgaben rund 2,3 Millionen Euro (2005: 2,3 Millionen Euro) zur Verfügung.



1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt unter anderem Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen, sobald tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder auch die Sicherheit der Bundesrepublik

Deutschland gefährden. Als derartige Bestrebungen sind Verhaltensweisen von Personen oder Organisationen zu verstehen, deren Ziel es ist, die obersten Werte und Prinzipien des Grundgesetzes außer Kraft zu setzen. Der Verfassungsschutz ist aber beispielsweise auch gefordert, wenn islamistische, links- oder rechtsextremistische Ausländerorganisationen ihr Heimatland beziehungsweise dessen Regierung von deutschem Boden aus mit Gewalt bekämpfen und dadurch Deutschland in außenpolitische Konflikte bringen könnten oder sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Zu den weiteren Aufgaben des Verfassungsschutzes zählt die Spionageabwehr. Sie ist darauf gerichtet, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht aufzuspüren und zu analysieren.

Schließlich hat das Landesamt für Verfassungsschutz umfangreiche Aufgaben beim personellen und materiellen Geheimschutz. Beispielsweise wirkt der Verfassungsschutz bei der Sicherheitsüberprüfung von Einbürgerungsbewerbern mit, überprüft Geheimnisträger und andere Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig werden wollen, und unterstützt beratend Behörden sowie Unternehmen bei der Einrichtung technischer Vorkehrungen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Informationen.

2. Verhältnis von Verfassungsschutz und Polizei

keine polizeilichen Befugnisse

Die Arbeit einer Verfassungsschutzbehörde unterscheidet sich wesentlich von der einer Polizeibehörde. Der Verfassungsschutz hat keine polizeilichen Befugnisse. Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz dürfen also keinerlei Zwangsmaßnahmen wie etwa Vorladungen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen oder Festnahmen durchführen. Erscheint aufgrund von Informationen, die dem Verfassungsschutz vorliegen, ein polizeiliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Polizeidienststelle unterrichtet. Diese entscheidet dann selbstständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind. Im Gegensatz zur Polizei ist der Verfassungsschutz nicht dem Legalitätsprinzip unterworfen und muss daher keine Strafverfolgungsmaßnahmen einleiten, wenn er Kenntnis von einer Straftat erlangt.

3. Methoden des Verfassungsschutzes

Einen Großteil der Informationen erlangt das Landesamt für Verfassungsschutz auf offenem Weg. Allerdings dürfen Informationen auch verdeckt beschafft und die dafür im Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG) genannten nachrichtendienstlichen Hilfsmittel angewendet werden. Gerade letzte-

re Erkenntnisse sind hochwertig und erst diese ermöglichen eine fundierte, genaue und verlässliche Analyse der Gefährdungslage.

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Darüber hinaus darf der Verfassungsschutz im Einzelfall unter engen, gesetzlich normierten Voraussetzungen den Brief-, Post- und Fernmeldeverkehr überwachen. Alle diese Möglichkeiten stehen jedoch laut LVSG unter dem Vorbehalt des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, das heißt, von mehreren geeigneten Maßnahmen zur Nachrichtengewinnung ist diejenige auszuwählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Aufgabe der mit der Auswertung befassten Mitarbeiter ist es dann, den Aussagewert und die Bedeutung der beschafften Informationen zu analysieren und Lagebilder sowie Trendaussagen zu erstellen.

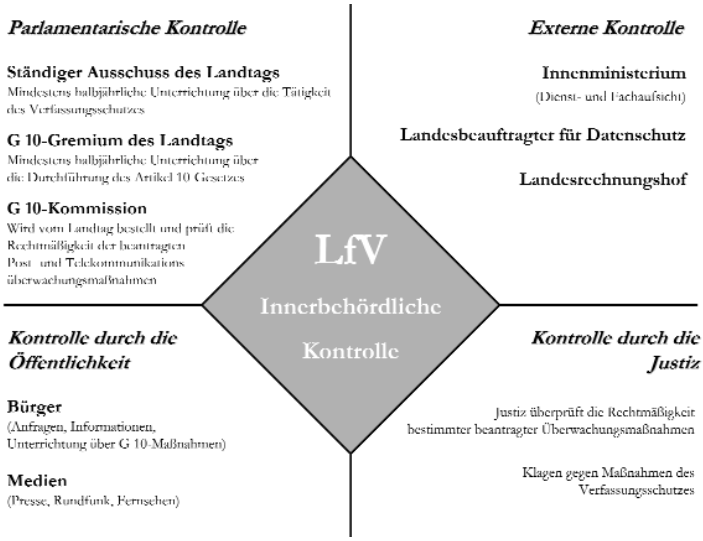
Methoden der Erkenntnisgewinnung

4. Kontrolle

vielschichtige Kontrolle

Das Landesamt für Verfassungsschutz unterliegt einer vielschichtigen rechtsstaatlichen Kontrolle. Im Zentrum stehen innerbehördliche Maßnahmen wie zum Beispiel Kontrollen durch den internen Datenschutzbeauftragten. Daneben stellen die Rechts- und Fachaufsicht durch das Innenministerium sowie externe Kontrollen des Landesbeauftragten für den Datenschutz oder des Rechnungshofs sicher, dass der gesetzlich vorgegebene Rahmen nicht überschritten wird. Die parlamentarische Kontrolle ist nach § 15

LVSG Aufgabe des Ständigen Ausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, dem Mitglieder aller Fraktionen angehören. Post- und Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz unterliegen der Kontrolle der G 10-Kommission und des G 10-Gremiums.



5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann dauerhaft nur durch eine auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführte geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet dabei einen wesentlichen Beitrag, indem es neben der Regierung und dem Parlament vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen regelmäßig informiert. Eine ganze Palette von Informationsmöglichkeiten steht dabei zur Auswahl. So können zahlreiche Broschüren zu den verschiedensten Themen des Verfassungsschutzes angefordert oder im Internet abgerufen werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz stellt auch Referenten für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen des Verfassungsschutzes zur Verfügung und beantwortet Anfragen von Medienvertretern so umfassend wie möglich.

Informationsangebote

Im Jahre 2006 haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg 133 Vorträge (2005: 113) gehalten. Daneben gab es zahlreiche Anfragen von Medienvertretern. Etwa 12.000 Verfas-

sungsschutzberichte 2005 und 9.700 Broschüren wurden auf Anforderung verteilt.

Auch im Internet präsentiert sich der Verfassungsschutz Baden-Württemberg unter www.verfassungsschutz-bw.de mit einer eigenen Homepage. Dort sind die aktuellen Verfassungsschutzberichte sowie grundlegende Informationen über Hintergründe und Zusammenhänge des Extremismus, der Spionageabwehr und der Scientology-Organisation abrufbar.

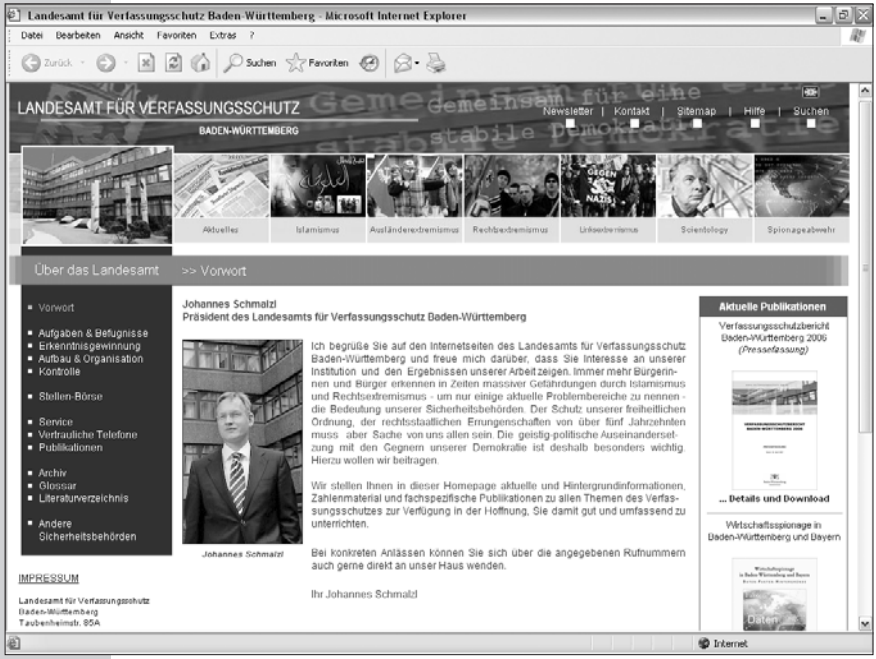
Kontaktanschriften für Informationen

Landesamt für Verfassungsschutz
Baden-Württemberg
„Öffentlichkeitsarbeit“
Postfach 500 700
70337 Stuttgart

Tel.: 0711/9544-181/182
Fax: 0711/9544-444

Innenministerium
Baden-Württemberg
Referat „Verfassungsschutz“
Postfach 10 24 43
70020 Stuttgart

Tel.: 0711/231-3501
Fax: 0711/231-3599



Internet: http://www.verfassungsschutz-bw.de
E-Mail: info@verfassungsschutz-bw.de

Vertrauliche Telefone

zur Scientology-Organisation:	0711/95 61 994
zur Wirtschaftsspionage:	0711/95 47 626
„Islamistische Extremisten“:	0711/95 61 984 (deutsch/englisch)
	0711/95 44 320 (türkisch)
	0711/95 44 399 (arabisch)

B. Islamistischer Extremismus und Terrorismus

1. Überblick

1.1 Aktuelle Situation, Tendenzen

Spannungen im Nahen Osten mit Folgen für Europa

Vor allem im Nahen und Mittleren Osten haben Krisen und Kriege im Jahr 2006 an Intensität zugenommen. So beschrieb der scheidende UN-Generalsekretär Kofi Annan in einem am 4. Dezember 2006 ausgestrahlten Interview der BBC die Situation im Irak mit drastischen Worten:

> *„Als wir vor einigen Jahren die Kämpfe im Libanon und anderswo hatten, nannten wir das einen Bürgerkrieg. Dies ist viel schlimmer."*

Im Libanon selbst eskalierte die Situation im November und Dezember 2006 so sehr, dass Annan in seiner letzten offiziellen Rede vor einer Explosion der Gewalt warnte. Die Spannungen seien *„nahe der Zerreißgrenze"*. In den von Israel besetzten Gebieten drohte die HAMAS mit einer dritten Intifada, und in Afghanistan sprachen Militärexperten nach dem Wiedererstarken der Taliban-Kräfte von einem Wendepunkt. In Europa blieben diese Entwicklungen nicht ohne Folgen.

Im **Libanonkrieg**, der vom 12. Juli bis zum Waffenstillstand am 14. August 2006 dauerte, wurden Bilder von meist bei Bombenangriffen der Israelis getöteten Libanesen, besonders wenn es sich dabei um Kinder handelte, in der arabischen Welt medial ausgeschlachtet. Auch in Baden-Württemberg wurden Fotos von Zivilopfern zu Propaganda- und Mobilisierungszwecken genutzt.

Ein weiteres Indiz für die Befindlichkeiten in bestimmten islamistischen Kreisen waren die Vehemenz und Aggressivität, die im Februar 2006 rund um den so genannten **Karikaturenstreit** sichtbar wurden. In diesem Monat protestierten Hunderttausende in der gesamten islamischen Welt von Marokko bis Indonesien. Es kam zu Gewaltausbrüchen, bei denen über 100 Menschen starben und mehrere Hundert verletzt wurden. Zu einem erheblichen Teil fachten Islamgelehrte, Politiker und Freitagsprediger in der ganzen islamischen Welt die Stimmung zusätzlich an, indem sie, gestützt auf die unterschiedlichen arabischen Medien, so weit gingen, einen *„Tag des Zorns"* auszurufen, Kopfgelder auf die dänischen Karikaturisten auszuloben und zum Kampf gegen den *„verderbten Westen"* aufzurufen. In Iran initiierte eine Tageszeitung einen Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb, und im

Dezember 2006 fand eine Holocaustkonferenz in Teheran statt, die den Leugnern der Massenvernichtung von Juden während des Nationalsozialismus ein Forum bot und weltweit Aufmerksamkeit erregte. Damit wollte man den Westen vorführen, der mit zweierlei Maß messe. Wenn jemand den Islam beleidige, so die Argumentation, sei dies von der Meinungsfreiheit gedeckt. Würde man aber Israel oder die Juden kritisieren, dann wäre dies nicht nur nicht erwünscht, sondern auch noch strafbar.

Der Karikaturenstreit hatte aber auch in Deutschland schwerwiegende Folgen. Zwei junge Libanesen, die sich schon einige Zeit zum Studium in Deutschland aufhielten, verbrachten Ende Juli 2006 im Hauptbahnhof Köln zwei selbstgebaute Kofferbomben in Regionalzüge, die jedoch nicht zündeten. Ihre Absicht war es, so viele Bahnreisende wie möglich zu töten. Als Grund wurde genannt, dass sie sich an den Deutschen für den Abdruck der Muhammad-Karikaturen in deutschen Zeitungen rächen wollten.

Wenn man die Gefühlslage und Motivation Einzelner, die sich am Djihad interessiert zeigen, ergründen möchte, dann spielt der in jüngster Zeit immer häufiger verwendete Begriff ***„al-Ghurabaa"*** („Die Fremden") eine erhebliche Rolle. In islamistischen Kreisen bezeichnen sich besonders aktive Mitglieder selbst als *„Fremde"*. Sie verstehen sich als Speerspitze einer Bewegung, als Avantgarde, die ein erhabener Idealismus und ein persönlich stark ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden auszeichnet. In einschlägigen Internetforen führte man die Bezeichnung auf einen Ausspruch des Propheten zurück:

> *„Der Islam begann als etwas Fremdes und wird als etwas Fremdes wiederkommen. Das Paradies ist für die Fremden."*[1]

Die Bezüge zu djihadistischen Vorstellungen wurden auch dadurch deutlich, dass man einen der wichtigen islamistischen Vordenker, Sayyid QUTB, mit einem Ausspruch zitierte:

> *„Obwohl in Ketten, mein Bruder, sei frei.*
> *Obwohl vor den Gerichtsschranken, mein Bruder, sei frei."*[2]

[1] Internetauswertung vom 9. Oktober 2006.
[2] Internetauswertung vom 25. September 2006.

salafitische und djihadistische Propaganda in deutscher Sprache

Die Idee des „Fremdseins“ kursierte auch in deutschsprachigen salafitischen[3] Foren:

> *„Unser höchstes Ziel, Allah (...) zufrieden zu stellen und das Paradies zu betreten (...) kann nur erfüllt werden, wenn wir das Böse verbieten und standhaft auf dem rechten Weg sind, gerade in einer Zeit in der die Leute komplett verdorben sind. (...) Sie (die Fremden) sind diejenigen die sich steigern (in ihrem Imaan)* [Glauben], *wenn sich die Leute verringern (in ihrem Imaan).“*[4]

Ein bekanntes arabisches Lied wurde daher auch in deutscher Übersetzung in entsprechenden Foren, die sich selbst als „Salafiya Djihadiya“ bezeichnen, gepriesen und weiterverbreitet. Einige Verse machen sehr deutlich, was hinter dem Lebensmotto „Ghurabaa beugen ihre Häupter vor niemandem außer Allah“ zu verstehen ist:

> *„Uns bekümmern nie die Ketten, sondern wir werden immer weiter machen So lasst uns Jihaad und Schlachten bestreiten und von neuem kämpfen Ghurabaa, so sind sie frei in der versklavten Welt (...).“*

Diese Vorstellungen scheinen auch bei einer militanten Gruppe „Ghurabaa“ in Großbritannien verbreitet. Die Gruppe, eine Abspaltung der „Hizb ut-Tahrir“, wurde am 17. Juli 2006 auf Grund der britischen Anti-Terror-Gesetze verboten.

Die Bedeutung von QUTB wurde im Jahr 2006 dadurch erneut deutlich, dass eines seiner bekanntesten Bücher *„Zeichen auf dem Weg“* in einer deutschen Übersetzung im Internet zum Download angeboten wurde. Als man dieses Buch im Mai anbot, wurde bereits am Titelbild erkennbar, wie der Inhalt zu verstehen sei. Als solches wurde das Emblem des Zusammenschlusses verschiedener Djihad-Gruppen gewählt, der im Januar 2006 unter Führung von „al-Qaida im Zweistromland“ unter Abu Musab az-ZARQAWI gegründet wurde. Der Herausgeber und Übersetzer des Buches Muhammad RASSOUL wählte als Leitspruch ein Zitat QUTBs:

---

[3] Vgl. Kapitel 3.1, S. 39ff.

[4] Hier und im Folgenden: Internetauswertung vom 30. Oktober 2006; Übernahme wie im Original.

„Der Islam ist keine Theorie, die sich mit Hypothesen und Annahmen beschäftigt; vielmehr ist er ein ‚Weg des Lebens', der sich mit der Wirklichkeit befasst."[5]

Dass dieses bekannteste Standardwerk islamistischer Manifeste in deutscher Sprache verbreitet wird und auf dem Titel das Emblem einer djihadistischen Gruppe prangt, unterstreicht die Bedeutung dieser Schrift, die im Islam eine Befreiungserklärung des Menschen erkennt und damit aktiv zum Kampf gegen die als ungerecht empfundenen Zustände aufruft.

1.2 Hintergründe, Begriffsbestimmungen

Wie die Religion des Islam selbst, so ist auch der Islamismus ein zutiefst heterogenes Phänomen, das zwar Elemente und Ziele aufweist, die allen islamistischen Strömungen gemeinsam sind, jedoch nicht notwendigerweise gewaltsame Formen annehmen muss. Gemeinsam sind ihnen allen der universelle und unteilbare Geltungsanspruch, der Rückgriff auf als authentisch betrachtete Quellen sowie die Vision eines vergangenen Idealzustands, der sich maßgeblich an der überlieferten Glaubenspraxis des Propheten Muhammad und der frühen Muslime orientiert.

Ihren Ursprung haben die meisten islamistischen Bewegungen in Gebieten und Regionen der islamischen Welt, in denen sie eine Protestbewegung vor allem gegen den Einfluss von westlichen Werte- und Ordnungsvorstellungen darstellen. Armut in weiten Teilen der Bevölkerung, einhergehend mit einem rapiden Bevölkerungswachstum, führt zu Perspektivlosigkeit. Die daraus resultierende Unzufriedenheit bildet einen geeigneten Nährboden, auf dem islamistische Ideen gut gedeihen und immer mehr Anhänger verbucht werden können. Zunehmend sehen Muslime die Lösung für ihre sozialen und politischen Probleme in einer Rückbesinnung auf eigene Werte und Traditionen. Die Religion des Islam wird als ein sozio-politisches System verstanden, das in ahistorischer Weise ein für alle Zeiten gültiges Repertoire an Vorschriften und Bestimmungen enthält, durch deren Einhaltung nach Meinung von Islamisten soziale Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt herbeigeführt werden kann. Die Religion des Islam wird somit zu einer politischen Ideologie erhoben. Aufgrund ihres Anspruchs, für die ganze Menschheit gültig zu sein, gerät sie notgedrungen mit abweichenden Ordnungs- und Wertevorstellungen in Konflikt. Fand dieser Prozess in der Vergangenheit überwiegend in islamischen Ländern statt, so fühlen sich inzwischen

Absolutheitsanspruch des Islamismus

[5] Seite 305ff.

auch vor allem jugendliche Muslime in westlichen Ländern von islamistischem Gedankengut angesprochen. Hierbei spielt auch die Stationierung westlicher, vor allem US-amerikanischer Soldaten in Afghanistan und im Irak eine Rolle.

Um trotz dieser Gemeinsamkeiten der Komplexität aktueller islamistischer Tendenzen, die durchaus miteinander im Widerstreit liegen, gerecht zu werden und um deren unterschiedliche Methodik zur Implementierung und Durchsetzung ihrer Ziele auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können, wird der Begriff **„Islamismus"** im weitesten Sinne definiert als **„die aktive Befürwortung und Durchsetzung von Glaubensinhalten, Vorschriften, Gesetzen oder Politikinhalten, die als islamisch betrachtet werden"**.[6]

Islamismus als heterogenes Phänomen

Aufgrund der Tatsache, dass Islamisten unterschiedlich organisiert sind und bei der Umsetzung ihrer Ziele verschiedene Ansätze verfolgen, lassen sich auch unterschiedliche Formen des Islamismus konstatieren. Es gibt islamistische Gruppierungen wie beispielsweise die „Muslimbruderschaft" (MB), deren Priorität im Bereich des politischen Aktivismus liegt. Ihr Hauptziel ist die Erlangung der politischen Macht, wobei sie sich als politische Parteien konstituieren und der Gewalt als Mittel der Politik öffentlich abschwören. Sie bewegen sich dabei im vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen des jeweiligen politischen Systems, wobei das Aktionsfeld solcher Organisationen in der Regel auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt bleibt **(Politischer Islamismus)**.

Des Weiteren gibt es eine Erscheinungsform des Islamismus, dessen zentrales Tätigkeitsfeld die Konvertierung durch Mission (Da'wa) sowohl Andersgläubiger (Christen, Juden, Atheisten), als auch säkular orientierter Muslime zu einem als authentisch betrachteten Islam ist **(Missionarischer Islamismus)**. Die Ergreifung der politischen Macht ist dabei nicht das primäre Ziel. Vielmehr geht es um den Erhalt der muslimischen Identität und um die Verbreitung des islamischen Glaubens, wobei in einem dualistischen Weltbild, das zwischen gut (islamisch) und schlecht (unislamisch) unterscheidet, dem so genannten Unglauben (Kufr) eine als höherwertig betrachtete islamische moralische Ordnung gegenübergestellt wird. Die hoch strukturierte „Tablighi"-Bewegung lässt sich beispielsweise diesem Islamismustyp zuordnen.

[6] Diese Definition ebenso wie die nachfolgende Kategorisierung der unterschiedlichen Formen des Islamismus erfolgen in weiten Teilen in Anlehnung an die International Crisis Group, vgl. International Crisis Group, Understanding Islamism, Middle East/North Africa Report N°37, 2 March 2005.

Organisationen eines dritten Typs des Islamismus schließlich betrachten den bewaffneten Kampf (Djihad) als die einzige Möglichkeit, islamistische Ziele in die Tat umzusetzen **(Djihadistischer Islamismus)**. Der Kampf wird zum einen gegen die Herrscher und Regierungen der islamischen Welt geführt, die als „ungläubig" und „apostatisch" (vom Glauben abgefallen) betrachtet werden, da nach Ansicht der Djihadisten diese Regierungen als „Handlanger" des Westens gegen die Bestimmungen des Islam und gegen die Interessen der Muslime fungieren. Der Kampf wird gegen die jeweiligen Nationalstaaten geführt, die durch einen transnational übergreifenden islamischen Gottesstaat ersetzt werden sollen, in dem ausschließlich das islamische Gesetz (Scharia) Anwendung findet **(Interner Djihadismus)**. Die „Islamische Bewaffnete Gruppe" in Algerien ist ein klassischer Vertreter dieser Form des Islamismus. Zum anderen wird ein weltweiter Kampf gegen den Westen und seine Verbündeten geführt, insbesondere gegen die USA und Israel. Terroristische Organisationen und Netzwerke wie **„al-Qaida"** erklären bei dieser Form des Islamismus oppositionelle und anders denkende Muslime zu „Ungläubigen" (Takfir) und machen sie somit gemäß ihrer Interpretation des Islam zu legitimen Zielen, die mit Mitteln des Djihad bekämpft werden dürfen **(Globaler Djihadismus)**. In einigen Fällen ist der bewaffnete Kampf regional beschränkt und zielt im Wesentlichen darauf ab, Gebiete, die als dem islamischen Kulturkreis zugehörig betrachtet werden, von „nicht islamischer" Herrschaft zu befreien, so dass diese wieder „islamisch" regiert werden **(Irredentistischer Djihadismus)**. Derartige Tendenzen lassen sich bei islamistischen Gruppierungen in Palästina **(HAMAS, „al-Djihad al-Islami")**, Kaschmir **(„Laschkar-e Taiba", „Hizb-ul-Mudschahedin")** und auch in Tschetschenien beobachten.

1.3 Das Personenpotenzial im Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus

Aus der großen Zahl der Muslime von beinahe 3,5 Millionen, die in Deutschland leben, engagiert sich eine zum Teil lautstarke Minderheit in extremistischen Gruppierungen, die islamistischen Ideen anhängen. Von diesen wiederum kann nur ein sehr geringer Bruchteil dem **gewaltbereiten** Spektrum zugeordnet werden. Die Zahl der tatsächlich gewaltbereiten, in **terroristischen Gruppen** eingebundenen Personen lässt sich aber nicht eindeutig ermitteln. So fallen etwa Einzeltäter ohne strukturelle Anbindung aus einem an Organisationen ausgerichteten Raster.[7]

[7] Da eine Differenzierung der Straf- und Gewalttatenzahlen nach islamistischen beziehungsweise sonstigen ausländerextremistischen Taten nicht möglich ist, wurde die Grafik mit den Gesamtzahlen der ausländerextremistischen Straf- und Gewalttaten lediglich im Kapitel „Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern" abgedruckt, vgl. S. 93.

Das Personenpotenzial jener islamistischen **extremistischen** Gruppierungen, die ihre Ziele ohne direkte Gewaltanwendung verfolgen, kann nach regionaler Herkunft der Personen gewichtet werden. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen den manifesten Teil der Mitglieder umfassen. Diese Zahlenangaben beinhalten Schätzungen, sind gerundet und können nur einer groben Orientierung dienen, da das Potenzial an Sympathisanten und Anhängern etwa bei Demonstrationen erheblich höher sein kann. Die Zahl derjenigen, die tatsächlich mit extremistischem Gedankengut sympathisieren oder diesem zustimmen, spiegelt sich nur zum geringsten Teil in den hier erhobenen Zahlen.

Das islamistische Gesamtpotenzial in Baden-Württemberg liegt unverändert wie im Vorjahr bei 4.380 Personen.[8] Mit **türkischem Ursprung** blieb auch 2006 die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) mit 3.600 Mitgliedern in Baden-Württemberg die mitgliederstärkste extremistische Organisation im islamistischen Spektrum. Der verbotene „Kalifatsstaat" (ICCB) verfügt auch nach dem Verbot über 300 Anhänger in Baden-Württemberg. In Organisationen, die ihre Wurzeln in **arabischen Staaten** (wie etwa Ägypten, Palästina, Libanon, Algerien oder dem Irak) haben, engagierten sich 2006 circa 430 Mitglieder in Baden-Württemberg. Hier sind die wichtigsten Gruppierungen die „Muslimbruderschaft" (MB) mit 180 Mitgliedern und die libanesische „Hizb Allah", die von circa 85 Mitgliedern unterstützt wurde. Im Bereich der weiteren Herkunftsländer werden Gruppierungen beobachtet, die etwa Bezüge nach Bosnien-Herzegowina, nach Iran, Tschetschenien, Indonesien, Pakistan oder weitere islamisch geprägte Länder aufweisen.

2. Islamistischer Terrorismus (interner und globaler Djihadismus)

2.1 „Al-Qaida", „Ansar al-Islam" und „Ansar al-Sunna"

bewaffneter Kampf im Irak

Im Irak konnten sich nach dem Sturz des Saddam-Regimes mehrere national und auch transnational agierende Gruppierungen etablieren, die es sich zum Ziel gesetzt haben, durch den bewaffneten Kampf „dem Islam" in Form der Implementierung des islamischen Gesetzes wieder Geltung zu verschaffen. Djihadisten sehen es hierbei als ihre zentrale Aufgabe an, die politischen Hindernisse für die Einführung des „göttlichen Gesetzes" zu beseitigen und die politische Macht an sich zu reißen.

[8] Eine Gesamtübersicht über die Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen ist im Kapitel „Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern" abgedruckt, vgl. S. 92.

Als herausragender Akteur des Djihadismus hatte sich seit 2004 die Gruppierung um az-ZARQAWI im Irak etabliert. Zunächst unter der Bezeichnung **„al-Tawhid wa al-Djihad"** („Monotheismus und Djihad") bekannt, änderte sie ihren Namen nach dem Anschluss an die Kern-„al-Qaida" um Usama BIN LADIN und Ayman az-ZAWAHIRI in **„Tanzim Qaidat al-Djihad fi Bilad al-Rafidain"** („al-Qaida im Zweistromland").

Im Januar 2006 schließlich war dann der **„Schurarat der Mudjahedin"** entstanden, der im Grunde die Nachfolgeorganisation der „al-Qaida im Zweistromland" darstellte. Diese Umbenennung war wohl aus Imagegründen erfolgt, da die damalige brutale Vorgehensweise ihres Anführers az-ZARQAWI selbst in djihadistischen Kreisen umstritten war. Unter ihrem neuen Namen „Schurarat der Mudjahedin" hat sich die „al-Qaida" mit einigen kleineren irakischen Widerstandsgruppen verbündet, um ihrem Kampf vor allem unter der irakischen Bevölkerung eine größere Legitimität zu verleihen.

Im Juni 2006 gelang den Sicherheitskräften im Irak ein entscheidender Schlag gegen Aktivisten des „Schurarates der Mudjahedin", bei dem az-ZARQAWI getötet wurde. Dies schwächte jedoch die Organisation nicht. Vielmehr kehrte der „Schurarat der Mudjahedin" unter seinem neuen Anführer Abu Hamza al-MUHAJIR zur alten Strategie der brutalen Gewalt zurück, um nach dem Tod az-ZARQAWIS seine weitere Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die brutale Geiselnahme und anschließende barbarische Hinrichtung russischer Diplomaten im Irak legt Zeugnis davon ab.

Hinrichtung von Geiseln

Auch die schon von az-ZARQAWI ab dem Jahre 2005 vorangetriebene Konfessionalisierung des bewaffneten Konflikts wurde 2006 weiter forciert, so dass offensichtlich beabsichtigt wurde, einen Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten heraufzubeschwören. Dies hatte zur Folge, dass auch verstärkt terroristische Aktionen in sunnitisch-schiitischen Mischgebieten verübt wurden.

Während des israelisch-libanesischen Krieges Mitte 2006 und der damit einhergehenden ideologischen Aufwertung der schiitischen „Hizb Allah" haben sich diese Tendenzen noch intensiviert. Einen Höhepunkt erreichten diese bürgerkriegsähnlichen Zustände im November, als in einem schiitischen Viertel mehr als 200 Personen getötet wurden. Im Zuge dieser sich

verschärfenden interreligiösen Konflikte destabilisierte sich die Lage im Irak immer weiter, so dass sogar einige westliche Beobachter Befürchtungen äußerten, die staatliche Einheit des Irak könne zerbrechen. Darüber hinaus war der Einsatz der Koalitionsstreitkräfte auch in den Entsendeländern innenpolitisch heftig umstritten. Um als Nutznießer aus dieser Situation hervorzugehen, verkündete der „Schurarat der Mudjahedin" dann im Oktober 2006 die Gründung eines „Islamischen Staates im Irak". Seither werden Verlautbarungen und Erklärungen nur noch durch den „offiziellen Sprecher" des „Informationsministeriums" des islamischen Staates über die eigens gegründete Medienabteilung „al-Furqan" herausgegeben. Auf die Lage im Irak und der sunnitischen Muslime ganz allgemein Bezug nehmend verkündete das „Informationsministerium" in seiner ersten visuellen Stellungnahme:

Zuspitzung des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten

> *„Die eingedrungenen Aggressoren und die boshaften Schiiten sollen wissen, dass das Blut der Sunna lieb und teuer ist und dass es von jetzt an nicht umsonst vergeudet werden wird. Wir werden jeder Übertretung gegen das Blut der Sunna mit der Stärke Allahs mit harter und schwerer Vergeltung begegnen so wie sie es nie zuvor gesehen haben. Und sie sollen wissen, dass das Bagdad von Raschid, das Land des Kalifats, von unseren Vorfahren errichtet wurde. Wir werden nicht unsere Hände von ihm lassen außer über unsere toten Körper und Schädel hinweg. Und wir werden dort wieder die Flagge des Monotheismus hissen, die Flagge des islamischen Staates."*[9]

Dass sich derartige Agitationen auch zunehmend an Muslime richten, die im Westen ansässig sind und die für den religiös legitimierten Terror mobilisiert werden sollen, machten folgende Äußerungen deutlich:

> *„Wir rufen alle sunnitischen Muslime in der ganzen Welt auf, uns beginnend mit Worten und endend mit Blut zu unterstützen. Denn ihr seid der Quell unserer Stärke und in euch setzen wir nach Gott unsere Hoffnung. Lasst uns daher nicht im Stich, steht an unserer Seite und verteidigt uns. Verbrennt den Boden unter den Füßen desjenigen, der uns schaden will."*

[9] Hier und im Folgenden: Internetauswertung vom 30. Oktober 2006.

Eine weitere djihadistische Gruppierung im Irak, die in vielerlei Hinsicht dem „Schurarat der Mudjahedin“ beziehungsweise dem neu gegründeten islamischen Staat in nichts nachsteht, ist die **„Djaisch Ansar al-Sunna“** („Armee der Helfer der Tradition des Propheten Muhammad“) oder einfach nur „Ansar al-Sunna“ genannt. Hierbei handelt es sich um eine militante islamistische Organisation, die vornehmlich im Norden und im Zentrum des Iraks terroristische Aktionen durchführt. Die **„Ansar al-Sunna“** wurde im September 2003 als eine Art Sammelbecken für verschiedenste islamistische Splittergruppen gegründet, wobei der Kern der Mitglieder aus Anhängern der 2003 von den Koalitionsgruppen zerschlagenen Organisation **„Ansar al-Islam“** bestanden haben soll. Gemäß einer Selbstdarstellung auf ihrer ehemaligen Website verfolgt die „Ansar al-Sunna“ das Ziel, durch den religiös motivierten bewaffneten Kampf die westlichen Koalitionstruppen, die als Besatzer wahrgenommen werden, zu vertreiben und im Irak ein islamisches Gemeinwesen nach den Maßgaben der Scharia zu errichten. Hierbei betrachtet die „Ansar al-Sunna“ den Djihad als individuelle Pflicht für alle Muslime, das heißt, es sind so lange alle Muslime aufgerufen, den Feind zu bekämpfen, bis er aus dem als islamisch betrachteten Territorium vertrieben ist. Darüber hinaus werden auch alle einheimischen Akteure als legitime Kriegsziele betrachtet, die den Interessen der Djihadisten zuwider handeln.

Die Organisation gibt ein regelmäßig erscheinendes Magazin mit dem makaberen Namen „Hasad al-Mudjahedin“ (Ernte der Glaubenskämpfer) heraus, das in Form von „Rechenschaftsberichten“ die erfolgten Anschläge in chronologischer Reihenfolge kategorisiert und akribisch bewertet. Darüber hinaus wird eine separate Statistik geführt, in der die Verluste des Feindes an Menschen und Gerät dargestellt werden. Eine stichprobenartige Berechnung für die Monate Februar bis Mai 2006 ergab beispielsweise eine Anzahl von 1.475 Personen, die gemäß den Selbstbezichtigungserklärungen bei Anschlägen der „Ansar al-Sunna“ ums Leben gekommen waren.[10]

Zu den herausragenden irakischen Terrorgruppen, die ihre Vorgehensweise mit der Ideologie des Djihadismus rechtfertigen, muss auch die **„al-Djaisch al-islami fi al-Iraq“** („Die islamische Armee im Irak“) gerechnet werden. Im Gegensatz zu den bisher erwähnten Organisationen ist diese jedoch stärker nationalistisch geprägt.[11]

[10] Ausgaben Nr. 28-31 des Magazins „Hasad al-Mudjahedin“.

[11] Auswertung der letzten offiziellen Internetseite der „Islamischen Armee im Irak“ vom 2. November 2006.

Im Jahr 2006 verhandelte das Oberlandesgericht Stuttgart gegen drei mutmaßliche Angehörige der „Ansar al-Islam“ beziehungsweise „Ansar al-Sunna“ wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung. Die Beschuldigten sollen für die Organisation im Bereich der Finanzierung und Rekrutierung von der Bundesrepublik Deutschland aus tätig gewesen sein. Darüber hinaus wurde ihnen eine strafbare Übereinkunft zur Tötung des ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Dr. Iyad Hashir Allawi anlässlich eines Deutschlandbesuches zur Last gelegt.[12]

Sowohl der Streit um die Muhammad-Karikaturen als auch die islamkritischen Zitate des Papstes in seiner Regensburger Rede im September haben zu heftigen Reaktionen unter den verschiedenen irakischen Terrorgruppen geführt. Die Worte des Papstes wurden selektiv aufgegriffen und im Sinne der Djihadisten propagandistisch ausgeschlachtet. Durch das Schüren eines ohnehin schon latent vorhandenen Feindbildes vom Westen wurde auch in diesem Fall durch die Pflege des in djihadistischen Kreisen wohlbekannten Topos von der „neuen Kreuzzugsallianz“ jede Form von Kritik als ein kriegerischer Akt gegen den Islam gewertet. Daher drohte die „Ansar al-Sunna“ mit massiver Vergeltung:

Umfassende Drohungen

> *„Bei Allah ihr werdet von uns nur das Schwert zu Gesicht bekommen, solange noch eine Ader in uns pulsiert, bis dass ihr zur Religion Allahs, die letzte und somit abschließende Religion, zurückkehrt. Allah hat allen Menschen befohlen, ihr beizutreten (...)“*[13]

Der „Schurarat der Mudjahedin“ konkretisierte die Propagierung der Vorrangstellung des Islam gegenüber allen anderen Glaubensformen noch weiter und ließ keinen Zweifel daran, diesen umfassenden Geltungsanspruch auch mit physischer Gewalt durchzusetzen:

> *„(...) wahrlich Allah wird die Muslime Rom erobern lassen, so wie es der Gesandte Gottes in einer authentischen Überlieferung versprochen hat und genau so wie auch Konstantinopel erobert wurde (...) wir werden unseren Djihad unablässig fortsetzen, bis Allah uns Herrschaft über euch verleiht und bis das Banner der ausschließlichen Anbetung*

[12] Pressemeldung des Oberlandesgerichtes Stuttgart vom 27. März 2006; der Prozess war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

[13] Internetauswertung vom 25. September 2006.

Allahs (Tawhid) hoch oben flattert und das Gesetz Allahs die Länder und Knechte regiert."[14]

Ayman az-ZAWAHIRI

Shehzad TANWEER

Auch die Kern-„al-Qaida" um Usama BIN LADIN und Ayman az-ZAWAHIRI wandte sich mit immer aufwändiger gestalteten Videofilmen an die muslimische Öffentlichkeit im Westen. Diese beiden Symbolfiguren des transnationalen Djihadismus sollen sich weiter irgendwo im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet versteckt halten. Im Jahr 2006 wurden mehrere visualisierte Botschaften durch „al-Qaida" in einschlägige Internetforen eingestellt. Pünktlich zum ersten Jahrestag der Anschläge von London verbreitete die „al-Qaida" unter dem Medienlabel „as-Sahab" eine Videoproduktion, in der der damalige zweite Attentäter, Shehzad TANWEER, zu Wort kam. Auch hier wurde das tatsächliche und vermeintliche Leid der islamischen Welt einseitig als vom Westen verursacht dargestellt. Abgesehen von der Tatsache, dass die als „Märtyrer" glorifizierten Attentäter angeblich in Trainingslagern der „al-Qaida" ausgebildet wurden, appellierte man in dem Film an die im Westen lebenden Muslime, sich ihrer islamischen Identität bewusst zu werden und sich aktiv für ihre Glaubensbrüder einzusetzen. Durch diese geschickte Propaganda wurde an das Märtyrerwesen im Islam angeknüpft, um im Westen lebende Muslime für die Anliegen des islamistischen Terrorismus zu begeistern. Diese Bereitschaft, die Angst vor dem Tod hinter sich zu lassen und sein Leben für die höhere Sache der Religion hinzugeben, wurde als gottgefällige Tat gepriesen:

„al-Qaida"-Videos für den Westen

„Diese Liebe, als Märtyrer auf dem Pfade Allahs zu sterben, war niemals Armut, Arbeitslosigkeit oder seelische Leere, wie es einige Medien darstellen. Vielmehr ist die Motivation dahinter stets Liebe zu Allah und seinem Gesandten gewesen. Und derjenige, der diesen Weg einschlägt, tut dies in der vollen Überzeugung, dass diese seine Tat einer der besten Wege der Gottesverehrung und Handlungen für Allah darstellt."[15]

[14] Verlautbarung des „Schurarats der Mudjahidin im Irak" vom 17. September 2006; Internetauswertung vom 20. September 2006.

[15] „As-Sahab"-Videoproduktion vom Juli/August 2006.

Nach den Maßstäben der „al-Qaida“ werden alle Menschen im Westen zu legitimen Zielen, die mit Mitteln des Djihad bekämpft werden dürfen. Denn sie seien alle automatisch am Krieg gegen den Islam beteiligt, da in demokratischen Gesellschaften die Regierungen, die für den Kampf gegen den Islam verantwortlich gemacht werden, vom Volk gewählt und darüber hinaus aus dem Steueraufkommen der Bevölkerung finanziert würden. Von diesen Prämissen ausgehend rechtfertigt die „al-Qaida“ Anschläge gegen westliche Einrichtungen und Bevölkerungen weltweit, wobei der völkerrechtlich verbriefte Status von „Zivilisten“ gänzlich negiert wird:

> *„Die Einteilung der Menschen in Militärs und Zivilisten ist nirgendwo in der Scharia zu finden. Vielmehr hat die Scharia die Menschen in Kombattanten und Nichtkombattanten unterteilt. Kombattant gemäß der Scharia ist jeder, der entweder selbst kämpft oder beim Kampf durch Geldmittel oder Meinungsäußerungen unterstützend tätig wird (...) Die Menschen des kreuzzüglerischen Westens sind in den Augen der Scharia Kombattanten, die sich im Krieg mit den Muslimen befinden.“*[16]

Zugleich tritt in den öffentlichkeitswirksamen Auftritten der „al-Qaida“-Führung immer wieder die revisionistische Ausrichtung und Zielsetzung ihres Wirkens zu Tage. Neben dem erklärten Ziel, den „jüdischen“ Staat Israel beseitigen zu wollen, wird das Völkerrecht als „unislamisch“ diffamiert. Darüber hinaus wird gefordert, alle Gebiete, die zu irgendeiner historischen Epoche einmal islamisch gewesen waren, vom westlichen Einfluss zu befreien und sie mit Gewalt den Maßgaben der Scharia zu unterwerfen. Dabei wird auch immer wieder dem djihadistischen Anspruch Ausdruck verliehen, prinzipiell die gesamte Menschheit dem Islam zu unterwerfen.

auch Konvertiten als Zielgruppe

Zunehmend scheint sich die „al-Qaida“ in diesem Zusammenhang auch Konvertiten zuzuwenden, um diesen Personenkreis für potenzielle Anschläge zu nutzen. Az-ZAWAHIRI und ein in djihadistischen Kreisen als „Azzam“ bekannter amerikanischer Konvertit wandten sich in einem Videofilm an die europäische und amerikanische Öffentlichkeit, indem sie dazu aufriefen, dem Islam beizutreten:

> *„Wir laden alle Amerikaner und andere Ungläubigen zum Islam ein, wo auch immer sie sind und was*

[16] „As-Sahab“-Videoproduktion vom September 2006.

auch immer sie für eine Rolle oder einen Status in der Weltordnung von Bush und Blair haben (...)"[17]

Konvertiten sind für Djihadisten ein perfektes taktisches Mittel, um unauffällig in westlichen Gesellschaften agieren zu können. Sie sind nicht nur mit den Gegebenheiten vor Ort und der Kultur bestens vertraut, sondern sprechen auch die lokale Sprache und können folglich - ihre wahren Ziele verschleiernd - weitgehend unerkannt als Handlanger der Terroristen fungieren. Oftmals handelt es sich bei den zum radikalen und gewaltbereiten Islam hin Konvertierten um Personen, die beispielsweise massive Probleme in ihrem sozialen Umfeld haben. Extremistische Interpretationen der Religion des Islam bieten ihnen die Möglichkeit, diese persönlichen Krisen zu überwinden, indem sie bereits vorhandene oder aber übernommene antiwestliche und antijüdische Feindbilder auf eine religiöse Ebene transformieren. Die hiermit einhergehende Kritik am Westen in einem gewaltbezogenen Kontext bietet die Möglichkeit, einen maximalen Kontrast zu ihrem eigenen Kulturkreis zu bilden, den sie durch ihren Übertritt zum Islam verlassen und symbolisch bekämpfen.[18]

2.2 Die Chronologie der Gewalt

Die Gefährlichkeit, die von islamistisch motivierten Täterkreisen ausgeht, bleibt hoch. Das zeigt ein Blick auf die Häufigkeit und Intensität islamistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten im Jahr 2006. Sowohl im Irak als auch in Afghanistan eskalierte die Situation weiter, so dass die meisten Beobachter in beiden Fällen sehr düstere Szenarien für die nahe Zukunft entworfen haben. Im Jahr 2006 war in Afghanistan ein bislang nicht für möglich gehaltenes Wiedererstarken der Talibankräfte zu verzeichnen, was sich sowohl in Anschlägen als auch in sich über mehrere Wochen und Monate hinziehenden Kämpfen seit Frühjahr 2006 in den südlichen und südöstlichen Landesteilen abzeichnete. Im Irak starben Tausende von Menschen infolge schwerer Anschläge. Im Juli 2006 starben 3.438 Menschen. Pro Tag fielen im Schnitt über 100 Menschen der Gewalt zum Opfer. Die blutige Spur der Anschläge und versuchten Terrorakte hat sich im Jahr 2006 erneut durch große Teile der Welt gezogen, wie diese Aufzählung beispielhaft unterstreicht:

weitere Gewalteskalation

[17] „As-Sahab"-Videoproduktion vom September 2006.

[18] Vgl. hierzu Wohlrab-Sahr, Monika: Konversion zum Islam in Deutschland und den USA, Frankfurt/New York 1999, hier insbesondere S. 291-355. Zur Problematik von Glaubenswechsel und Einbürgerungen siehe auch Kapitel C Ausländerextremismus und dort Ziffer 1 Allgemeiner Überblick, S. 92.

- Am 7. März explodierten mehrere Bomben in Varanasi, **Indien**, und töteten 28 Menschen, über 100 Personen wurden bei diesen Anschlägen auf Hindu-Pilger verletzt. Indien war auch am 11. Juli Ziel eines Terroranschlags. Sieben Bomben explodierten in Vorortzügen in Mumbai. 207 Tote und zahlreiche Verletzte waren die Folge dieses bislang schwersten Anschlags auf den Personennahverkehr in Indien.

- Im **ägyptischen**, auf der Sinai-Halbinsel gelegenen Badeort Dahab wurden am 24. April durch drei Bomben 23 Menschen getötet, über 100 wurden verletzt.

- In **Kanada** wurden am 2. und 3. Juni 17 angebliche Mitglieder einer Terrorzelle in Toronto verhaftet. Die Ermittlungen gehen von einer Anschlagsvorbereitung in dieser Dimension bislang unbekannten Ausmaßes aus. Die Verdächtigen sollen einen Überfall auf das kanadische Parlament geplant haben.

- In **Großbritannien** wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. August über 20 Verdächtige festgenommen, die im Verdacht standen, dass sie Flugzeuge auf dem Flug über den Atlantik mit Flüssigsprengstoff in die Luft sprengen wollten. Die ermittelnde Polizei sprach von *„einem Massenmord unglaublichen Ausmaßes"*, der verhindert werden konnte.

- In **Kiel** wurde am frühen Morgen des 19. August einer der beiden Hauptverdächtigen festgenommen, denen vorgeworfen wird, die am 31. Juli in zwei Zügen gefundenen Kofferbomben dort platziert zu haben. Gegen einen weiteren mutmaßlichen „Kofferbomber" wurde am 11. April 2007 in Beirut ein Prozess eröffnet.

2.3 Rolle des Internets

2.3.1 Islamistische Propaganda im Internet

unzählige Angebote mit Breitenwirkung

Der bereits vor dem amerikanischen Einmarsch in den Irak 2003 begonnene Trend der Ausbreitung islamistischer Angebote im Internet hat sich weiter massiv fortgesetzt. Neben der gestiegenen Anzahl und der medialen Professionalität islamistischer Seiten erhöhte sich inzwischen auch der deutschsprachige Anteil an islamistischen Internetdokumenten wie Propaganda-

schriften, Flash-Animationen[19] und Videos deutlich. Ebenfalls hat der Anteil türkischsprachiger Angebote aus allen Bereichen des islamistischen Extremismus sowie aus dem Umfeld der „al-Qaida“ eine Zunahme erfahren. Angesichts der großen, in Deutschland lebenden türkisch sprechenden Bevölkerungsgruppe ist dies mittlerweile ein ernstzunehmender neuer Faktor der Verbreitung islamistischer Inhalte insbesondere bei türkischen Jugendlichen in Deutschland.

Das Propagandamaterial von transnational agierenden Djihadisten wie das der „al-Qaida“ macht hier weiterhin den Hauptanteil aus und prägt in weiten Teilen den islamistischen Diskurs im Internet. Auf einschlägigen Internetseiten dieser Szene finden sich vor allem Video- und Audiodokumente, antiwestliche sowie antisemitische Hetzschriften und umfangreiche dogmatische und religiöse Texte, die sich in erster Linie auf die bekannten Konfliktherde der islamischen Welt beziehen: Irak, Tschetschenien, Saudi-Arabien und Palästina sowie - als Ergebnis der aktuellen Entwicklung - Propaganda von islamistischen Gruppierungen aus dem Libanon.

Ein großer Teil des aktuellen Videomaterials stammt aus dem Irak, der sich aufgrund der weiterhin instabilen Sicherheitslage zu einem Dreh- und Angelpunkt für Djihadisten entwickelt hat. Allein rund 20 irakische Widerstandsgruppen publizieren mehr oder weniger regelmäßig, mit ihrem jeweiligen Logo hinterlegt, eigene Videoclips von Anschlägen. Die mediale Wirkung wird inzwischen durch den Einsatz moderner Digitalkameras beziehungsweise Fotohandys mit hoch auflösenden Bildern bei der visuellen Dokumentation von Anschlägen und Tötungen weiter verbessert. Insbesondere „sniper“ (d.h. Scharfschützen)-Videos, bei denen amerikanische Soldaten vor laufender Kamera erschossen werden, sind eine perfide Steigerung zur Verbreitung von Angst und Schrecken. Derartige Videos, teilweise zum Ansehen über Handys aufbereitet, finden auch bei Islamisten in Deutschland höchste Aufmerksamkeit und werden als zunehmende Erfolge im Kampf gegen westliche Besatzungsmächte im Irak gesehen.

2.3.2 Erstellung und Verbreitungswege islamistischer Internetpropaganda

zunehmende Professionalität

Neben der quantitativen Zunahme des Propagandamaterials war auch eine immer professionellere Erstellung des Materials selbst festzustellen. Die Djihadisten vor allem im Irak unterhalten jeweils eigene „Medienabteilungen“ wie „Al-Fajir“ und „Al-Furqan“, die sie als alternative Informationskanäle

[19] Internet-„Filme“, die oft Video- und Sounddateien einsetzen.

hoher Verbreitungsgrad

und somit als Gegengewicht zu der als lückenhaft, diffus und einseitig wahrgenommenen Berichterstattung westlicher und insbesondere amerikanischer Nachrichtenagenturen betrachten. Dabei ist die graphische Gestaltung, Schnitttechnik und das erkennbare Vorgehen nach einem zuvor entwickelten „Drehbuch" Zeichen einer Professionalität, die Fernsehbeiträgen aus der Region mittlerweile um nichts nachsteht. Durch die Nutzung einer Vielzahl von kostenlosen Filesharing-Angeboten[20] werden entsprechende Dokumente vielfach redundant im Internet zum Download platziert und über eine Vielzahl von Schnittstellen und Kontaktpersonen in andere Sektionen des Internets gestreut, um sie einem größtmöglichen Zuschauerkreis zugänglich zu machen. Auch über bekannte Videoportale wird inzwischen ebenfalls islamistische Propaganda verbreitet.

Mittlerweile gelang es der „al-Qaida"-Führung, ihr eigenes „Medienlabel", **„As-Sahab-Media"**, dauerhaft in den djihadistischen Informationskanälen zu etablieren. „As-Sahab-Media" produzierte 2006 eine ganze Anzahl Propagandavideos mit „al-Qaida"-Führern und über die Kämpfe gegen die internationalen Einsatztruppen in Afghanistan und den angrenzenden pakistanischen Provinzen. Tendenziell schien „As-Sahab-Media" und damit auch „al-Qaida" zunehmend darauf bedacht zu sein, ein internationales nichtmuslimisches Publikum anzusprechen, da ein Großteil des Videomaterials mit englischsprachigen und zuletzt sogar verstärkt mit deutschen Untertiteln in Umlauf gebracht wurde. Insbesondere zwei Videos über die Anschläge von London am 7. Juli 2005, in denen jeweils einer der Attentäter sowie der Stellvertreter BIN LADINs, Ayman az-ZAWAHIRI, zu Wort kommen, versuchten ausführlich islamistische Begründungen für die Anschläge einem westlichen Publikum zu unterbreiten.

Inzwischen sind eine Vielzahl von eindeutig extremistischen, aber auch islamistisch unterwanderten, teilweise passwortgeschützten Foren entstanden, über die Sympathisanten weltweit miteinander kommunizieren.

Die einschlägigen islamistischen Internetforen sind dabei der Hauptumschlagplatz für Gewaltfilme und Tondokumente. Überdies wird täglich eine große Anzahl von Verlautbarungen djihadistischer Gruppierungen aus allen regionalen Djihad-Kampfgebieten wie des „Islamischen Emirats Afghanistan" der Taliban auch in europäischen Sprachen veröffentlicht. Zudem versuchen einzelne Gruppierungen, ihre eigenen Websites im Netz zu etablie-

[20] Bei diesen Angeboten können gleichsam anonym größere Audio-, Video- oder Textdokumente kostenlos zum Download bereitgestellt werden.

ren. Neu hinzugekommen sind so genannte Web-Blogs, bei denen tagebuchartig Verlautbarungen aus allen Bereichen des Islamismus aktuell verbreitet werden sollen. Seit Mai 2006 publiziert eine deutschsprachige Sektion der **„Global Islamic Media Front" (GIMF)** über einen derartigen Web-Blog deutsche Übersetzungen von Texten aus dem Umfeld der islamistischen Terrorszene. Neben der Erstellung von ideologischen Abhandlungen und Indoktrinationsschriften haben es sich die Autoren dieser Blogs zur Aufgabe gemacht, bereits vorhandenes Video-, Bild- und Audiomaterial in aufwändig gestalteten Flash-Animationen zu verarbeiten.

Übersetzungen offenbaren Zielrichtung

Internetbanner der GIMF

Darüber hinaus gibt es eine unüberschaubare Anzahl von so genannten Unterstützerseiten für die Sache der Mudjahedin. Auf ihnen wird im Internet kursierendes Material systematisch gesammelt und geordnet. Auf diese Weise kann sich beispielsweise jeder Interessierte über die im Djihad gefallenen „Märtyrer" und deren Motivation für die von ihnen begangenen Anschläge informieren. Auch bieten einige dieser Seiten den Anhängern des globalen Djihadismus die Möglichkeit, Geldspenden für die Kämpfer und die Hinterbliebenen der Märtyrerfamilien zu sammeln.

Die Rekrutierung von potenziellen Mudjahedin erfolgt in der Regel über bestimmte Internetseiten, die für den weltweiten Djihad Werbung betreiben. Dabei spielt die Verehrung und Pflege des Märtyrerwesens eine herausragende Rolle. Hunderte von Märtyrerlebensläufen finden in der islamistischen Szene Verbreitung und sollen dazu dienen, die Schrecken des Todes herunterzuspielen und andere dazu zu animieren, es ihren Vorgängern gleich zu tun.

2.4 „Al-Djamaa al-Islamiya" und „al-Djihad al-Islami"

Die „al-Djihad al-Islami" („Der Islamische Djihad") und die „al-Djamaa al-Islamiya" („Die islamische Gemeinschaft") sind militante Abspaltungen der „Muslimbruderschaft" in Ägypten, die blutige Anschläge zu verantworten haben. Az-ZAWAHIRI, einer der führenden Mitglieder des „al-Djihad

al-islami“, ist heute der Stellvertreter BIN LADINs in der „al-Qaida“. Dies verdeutlicht die internationale Verflechtung der ehemals regional begrenzten djihadistischen Gruppierungen. Aufgrund ihres jahrelangen Kampfes gegen den ägyptischen Staat ist die „al-Djamaa al-Islamiya“ äußerst geschwächt und hat aus pragmatischen Gründen einen Gewaltverzicht erklärt, den allerdings ein Großteil der Funktionsträger und Mitglieder nicht mitträgt. In einem Interview mit Muhammad Khalil al-HAKAYMAH[21], das mit einer Einleitung von Aiman az-ZAWAHIRI von der „Globalen Islamischen Medien-Front“ (GIMF) als Video und als u.a. ins Deutsche übersetzte Mitschrift ins Internet gestellt wurde, gab al-HAKAYMAH den Zusammenschluss des „Hauptblocks“ der „al-Djamaa al-Islamiya“ mit „al-Qaida“ bekannt.[22] HAKAYMAH lehnt die Kompromisse ab, die einige Mitglieder seiner Organisation innerhalb der letzten Jahren gemacht haben. Lobend erwähnte er die Attentäter des 1981 ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat, die Mitglieder der „al-Djamaa al-Islamiya“ waren. Das Interview endet mit einem Appell al-HAKAYMAHs an die Djihadisten weltweit:

Kampfaufruf

> *„Ich fordere alle Führer und Mitglieder der islamischen[23] Bewegungen in der islamischen Welt auf, sich unter einer Flagge zu vereinen und zusammen zu kommen, um sich dem Zionisten-/Kreuzdienerangriff gegen den Islam und die Muslime entgegenzustellen (...) Und ich rufe sie auf, wenn sie nach Regeln des Djihads gegen die Amerikaner suchen, sich auf die rechtsgültigen Studien und Fatwas[24] zu beziehen, die von den Gelehrten zur Zeit des Djihads gegen die Sowjetunion veröffentlich worden sind.“*

In Baden-Württemberg sind die „al-Djihad al-Islami“ und die „al-Djamaa al-Islamiya“ durch Einzelpersonen vertreten.

---

21 Gründungsmitglied der „al-Djamaa al-Islamiya“.
22 Internetauswertung vom 31. August 2006.
23 Damit meint er die djihadistischen Bewegungen.
24 Rechtsgutachten.

2.5 „Front Islamique du Salut“ (FIS), „Groupe Islamique Armé“ (GIA) und „Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC)

Die algerische „Front Islamique du Salut“ („Islamische Heilsfront“) kann aufgrund der Zugehörigkeit ihrer Gründungsmitglieder Abassi MADANI und Ali BENHADJ zur „Muslimbruderschaft“ und aufgrund ihrer ideologischen Grundlagen als algerische Variante der „Muslimbruderschaft“ gelten.

Abassi MADANI

Das Ziel der FIS ist bis heute die Errichtung eines religiös legitimierten Staates, in dem lediglich mit Mitteln der Scharia regiert werden soll.

BENHADJ erklärte in diesem Zusammenhang, dass es im Islam keine Demokratie gebe. Demokratie sei Unglaube. BENHADJ war sogar gegen die Teilnahme seiner Partei an den Parlamentswahlen 1991/92, da es nach Ansicht zahlreicher Islamisten keine Diskussion über die richtige Islamauslegung geben kann und daher Parteienpluralismus innerhalb einer parlamentarischen Demokratie mit Wahlen einen Frevel darstellte. BENHADJ stellte die rhetorische Frage:

> *„Kann man ernsthaft in einem moslemischen Land über den Islam abstimmen?“*

Bereits kurz nach der Gründung der FIS, als diese noch nicht im Untergrund agieren musste, wurde deutlich, dass sie danach strebte, massiv in das Privatleben der Bürger einzugreifen. Mitglieder der FIS versuchten in den Gemeinden, in denen sie die Mehrheit darstellten, ihre Kleidervorschriften durchzusetzen. Junge unverheiratete Paare wurden unterwegs angehalten und geschlagen. Am Strand Badende wurden verfolgt und angegriffen. Auch bei den Essgewohnheiten wurde versucht einzugreifen: Algerier sollten nicht mehr am Tisch essen, da es sich dabei um eine westliche Erfindung handle.

Von der FIS haben sich seit ihrer Gründung 1989 einige extrem gewaltorientierte und dem Djihadismus zuzurechnende Gruppierungen abgespalten wie die „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC) beziehungsweise „Salafitische Gruppe für Mission und Kampf“ und die „Groupe Islamique Armé“ (GIA) beziehungsweise „Islamische Bewaffnete

Gruppe". Die FIS selbst hatte von 1992 bis 2000 einen militärischen Flügel, die **„Armée Islamique de Salut" (AIS)**, deren Sabotageakte sich gegen lebenswichtige Versorgungsstrukturen des Landes richteten. Die Guerillaüberfälle der AIS hatten überwiegend militärische Einrichtungen, den Sicherheitsapparat des algerischen Staates und seine Funktionsträger wie Politiker oder Richter zum Ziel. Diese Überfälle wurden mit äußerster Brutalität und Menschenverachtung ausgeführt, deren sich die FIS in ihren Publikationen rühmte. Die GSPC und die GIA gingen in dem Bürgerkrieg, der in den 1990er-Jahren über 100.000 Tote kostete, im Gegensatz zur FIS größtenteils gegen Zivilisten vor. Alle algerischen Gruppierungen legitimierten ihre Gräueltaten mit ihrer Islamauslegung und tun dies teilweise bis heute noch.

Die FIS ist bis heute eine heterogene Gruppierung, vor allem was die Haltung der Mitglieder zur Gewaltanwendung und dem Regime gegenüber anbetrifft.

Der radikalere Flügel der FIS, der „Koordinationsrat der FIS im Ausland" (CCFIS) um den in der Schweiz lebenden Dr. Mourad DHINA, lehnt das derzeitige Waffenstillstandsabkommen und den Versöhnungskurs mit der algerischen Regierung bis heute ab. Dr. DHINA wurde von den Schweizer Behörden verboten, in der Schweiz Propaganda zu betreiben, da diese die innere Sicherheit anderer Staaten direkt und indirekt gefährde und dadurch auch die Beziehungen der Schweiz zum Ausland gestört würden. Zu einem für das Jahr 2005 geplanten Treffen der FIS in Baden-Württemberg sollte auch DHINA kommen. Das Treffen wurde jedoch abgesagt.

Rabah KEBIR führt den gemäßigten Flügel der FIS an. Er war 1997 einer der Befürworter des einseitigen Waffenstillstands seitens der AIS, welcher im Jahre 2000 auch von der algerischen Regierung akzeptiert worden ist. Am 17. September 2006 fand die medial inszenierte Rückkehr von KEBIR nach Algerien statt, der 14 Jahre im deutschen Exil gelebt hatte und dort der Auslandsführung angehörte.

Bei einigen Führungspersonen der FIS werden Sympathien für die Djihadisten im Irak deutlich, was sich beispielsweise beim telefonischen Interview von al-Jazeera mit BENHADJ im August 2005 zeigte, in dem er die Entführung algerischer Diplomaten im Irak begrüßte und indirekt zu deren Tötung aufforderte.

Im Jahr 2006 war eine bewusste und gesteuerte Internationalisierung der GSPC bemerkbar. Die Rolle Europas als Rückzugsgebiet für die algerischen

Gruppierungen und die Bedeutung für die Finanzierung ihrer Infrastruktur ist ungebrochen. In einem Video zum Jahrestag des 11. September gab az-ZAWAHIRI den Zusammenschluss der GSPC mit der „al-Qaida“ bekannt. Der GSPC-Führer Abu Mussab Abdel WADUD versprach kurz darauf in einer Ergebenheitsadresse an Usama BIN LADIN die Gefolgschaft *„bis zum Märtyrertod.“*[25]

Annäherung an „al-Qaida“

Der Internetauftritt der GSPC wurde im Laufe des Jahres 2006 nach ausdrücklicher Aufforderung durch den „al-Qaida“-Medienchef Abu Maisara al-IRAKI immer professioneller. Im August 2006 erfolgte via Internet ein Aufruf der GSPC auf Arabisch und Französisch an alle in Frankreich lebenden Algerier, *„ihre Brüder, die Mudjahidin in Algerien, zu unterstützen“.* Die GSPC kritisierte Frankreich scharf für seine Unterstützung des algerischen Regimes und forderte ihre Sympathisanten auf, Rache zu nehmen. Seit Januar 2006 präsentiert die GSPC eine eigene Website, die regelmäßig aktualisiert wird.

In Baden-Württemberg ist von einer Mitgliederzahl der FIS von circa 35 Personen auszugehen. In der GIA und der GSPC engagieren sich Einzelmitglieder.

3. Islamistischer Extremismus

3.1 Salafitische Bestrebungen in Deutschland

Neben dem islamistischen Terrorismus stellen auch salafitische Strömungen als extremistische Spielarten des Islamismus eine Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Obgleich sie im öffentlichen Diskurs der Gewalt abschwören, verfolgen sie unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und Gesetzestreue antidemokratische Ziele. Mit propagandistischen Mitteln soll versucht werden, Vorstellungen und Werte in der hiesigen Gesellschaft zu verankern, die nicht nur laufende Dialog- und Integrationsbemühungen untergraben, sondern auch geltende Rechtsnormen aushebeln. Dabei bedient man sich in der Regel einer gezielt gelenkten „Missionstätigkeit“ (Da’wa). Ausgehend vom umfassenden und alleinigen

[25] Le Monde diplomatique vom November 2006, S. 5.

Wahrheitsanspruch der eigenen Lehre werden die auf unterschiedlichen Traditionen basierenden islamischen Strömungen als Zielgruppe angegangen. Indem professionell geschulte Propagandisten an die islamische Identität dieser Personenkreise anknüpfen, wird die Vielfalt der Glaubenspraktiken als eine Abirrung vom „wahren Glauben" dargestellt, den es durch Argumente von Anhängern der eigenen Bewegung zu korrigieren gilt (Reislamisierung). Zusätzlich wird auch versucht, Angehörige anderer Religionen dazu zu bewegen, zum Islam zu konvertieren.

Dominiert wird diese Form des Islamismus in Deutschland und auf internationaler Ebene vom Salafismus wahhabitischer Prägung. Beim Wahhabismus handelt es sich um eine Erneuerungsbewegung, die im heutigen Saudi-Arabien im 18. Jahrhundert von Muhammad Ibn Abd al-WAHHAB ins Leben gerufen wurde. Im Zentrum der wahhabitischen Glaubensauffassung steht die Lehre von der absoluten Einheit Gottes (Tawhid), der zufolge alle gottesdienstlichen Handlungen nur auf Allah bezogen werden dürfen. Dies impliziert auch, dass im gesamten Alltag das profane Verhalten der Menschen dieser Lehre entsprechen muss. Alle Formen von Glaubens- und Lebenspraktiken, die von dieser engen Auffassung des Islam abweichen, werden vom Wahhabismus als „unerlaubte Neuerung" betrachtet, d.h. als Verhaltensweisen, für die es in den religiösen Quellentexten keine Entsprechung gebe. Daher werden in erster Linie zunächst Muslime, die die wahhabitische Glaubensauffassung nicht teilen, als „Ungläubige" diffamiert. Ihr Status als Muslime wird in Zweifel gezogen, wodurch sie faktisch in Acht und Bann gestellt werden können. Besonders die Schiiten geraten immer wieder ins Visier der Wahhabiten, da gemäß der schiitischen Glaubensauffassung außer Allah auch noch die leiblichen Nachfahren Muhammads eine zentrale Rolle einnehmen, was von wahhabitischen Gelehrten als Irrlehre und damit Abfall vom Glauben betrachtet wird. Das Konzept des „Unglaubens" wird außer auf die von der wahhabitischen Lesart des Islam abweichenden Muslime noch auf andere Personen wie Anhänger des Judentums und Christentums angewandt. Praktisch wird jeder zu einem „Ungläubigen", der den postulierten wahhabitischen Maßgaben nicht entspricht. Dies mündete schon sehr früh in der wahhabitischen Forderung an die „wahren Muslime", mit den „Ungläubigen" auf allen Ebenen zu brechen und keinerlei freundschaftliche Kontakte zu ihnen zu unterhalten. Durch diesen Glaubensgrundsatz, der als „die Treue und der Bruch" bekannt wurde, werden Muslime angewiesen, den „Wesensfremden" Verachtung und Feindschaft entgegenzubringen. Dass solche Aufforderungen längst nicht mehr nur auf Arabisch verbreitet werden, sondern in größerem Umfang auch auf Deutsch zirkulieren, belegt folgender Auszug aus einer salafitischen Internetseite:

feindselige Einstellung gegenüber Schiiten

„Wer auch immer deshalb einen Ungläubigen nicht für solch einen hält, so ist er selber ein Ungläubiger - wie der Ungläubige selbst. (...) Man muss daran glauben, dass die Juden Ungläubige sind und auf einer falschen Religion beruhen. Und er muss sich von Ihnen und ihrer Religion loslösen, sie für das Wohlgefallen Allahs hassen und Feindschaft gegen sie hegen. Dies gilt auch für die Christen; man muss daran glauben, dass sie Ungläubige sind. Ebenso die Parsen, die Götzendiener und alle anderen Arten an Ungläubigen."[26]

Ein weiteres Wesensmerkmal der wahhabitischen Islamlehre besteht in der kompromisslosen Befürwortung des islamischen Rechts (Scharia) und dessen uneingeschränkter Umsetzung. Abgesehen von der Unvereinbarkeit bestimmter Rechtsnormen mit den Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland fällt im Zusammenhang mit dem Wahhabismus die Betonung der koranischen Körperstrafen als integraler Bestandteil der islamischen Lebensordnung ins Auge. Muhammad Bin Salih al-UTHEIMIN, ein hochrangiger, 2001 verstorbener wahhabitischer Rechtsgelehrter, fasste diesen Sachverhalt in einem Buch, das auch in deutscher Sprache erhältlich ist, folgendermaßen zusammen:

„Das Abschneiden der Hand eines Diebes oder das Steinigen des Ehebrechers, ist für den Dieb oder den Ehebrecher vom Übel, doch es ist gut für sie auf der anderen Seite, denn es ist Buße (Kaffara) für sie beide, so dass die Bestrafung in diesem Leben und die im Jenseits nicht für sie zusammen vereint werden. Es ist auch in anderer Hinsicht gut. Die Anwendung dieser Bestrafung ist ein Schutz für Eigentum, Ehre und verwandtschaftlicher Beziehungen."[27]

Betonung der Notwendigkeit von Körperstrafen

Durch eine zunehmend intensiver betriebene „Missionsarbeit" unter in Europa lebenden Muslimen soll ein Islamverständnis etabliert werden, das darauf ausgerichtet ist, anderen Ansichten und Auffassungen jeglichen Respekt zu versagen. Als probate Mittel werden Einschüchterungen und gesellschaftliche Ächtung betrachtet, wobei auch vor Gewaltandrohungen nicht

[26] Website vom 24. April 2006; Übernahme wie im Original.

[27] Zitiert nach: Sheikh Muhammad bin Salih al-UTHEIMIN, Die Glaubenslehre der sunnitischen Gemeinschaft (Aqida Ahl As-Sunna Wal-Jamah); Übernahme wie im Original.

zurückgeschreckt wird.[28] Diesbezüglich sind organisierte Strukturen erkennbar, die Verbindungen zu einflussreichen saudi-arabischen Predigern und islamischen Gelehrten aufweisen. Ausgehend von islamistischen Zirkeln werden Schriften der wahhabitischen Szene in Moscheen und an Infoständen verteilt oder stehen dort zur Einsicht zur Verfügung. Auch dem Internet kommt bei der Steuerung der Propaganda als leicht nutzbarem Kommunikationsmedium eine enorme Bedeutung zu.

Propaganda in der Region Ulm

Die wahhabitische Ideologie ist ebenfalls in der Region **Ulm**/Neu-Ulm anzutreffen, wo auch der Verein „Multi-Kulturhaus Ulm e.V." (MKH) in Neu-Ulm, der im Dezember 2005 verboten wurde, prägenden Einfluss ausgeübt hatte. In diesem Umfeld fielen deutschsprachige Propagandaschriften auf, die auch nach dem Verbot noch auftauchten und teilweise von einem „Islamischen Propagandazentrum" in Rabwa/Saudi-Arabien stammten.[29] Diese Propaganda verweist typischerweise auch auf das Internet. Neben der Webadresse des **Ulmer** Vereins „Islamisches Informationszentrum" (IIZ) finden sich die Internetauftritte von zwei hochrangigen wahhabitischen Rechtsgelehrten, die in islamistischen Kreisen überregionalen Einfluss und Anerkennung genießen. Der eine ist Salman al-AUDA, der auf Grund seiner extremistischen Ansichten schon mehrere Jahre in Haft war. Der zweite, Scheich al-MUNADJID, verdankt seine Popularität zahlreichen Fernsehauftritten.[30] Seine antiwestlichen Hetztiraden sind ebenso beliebt wie seine in mehrere Sprachen übersetzten Rechtsgutachten (Fatwas). Die Ansichten dieser „Geistlichen" sind exemplarisch für die wahhabitische Szene und verdeutlichen deren ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. Sie sprechen sich dafür aus, den bewaffneten Kampf materiell und personell zu unter-

Scheich al-MUNADJID

[28] Beispielsweise wird in einer der Hauptschriften von Muhammad Ibn Abd al-WAHHAB mit dem Titel „Die Offenlegung der Scheinargumente gegen den Monotheisten" (Kaschf al-Schubahat fi al-Tawhid) an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass schon Muhammad gegen seine Widersacher Gewalt angewendet hätte. Diese Schrift ist inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt worden und wurde in Deutschland mehrfach in gedruckter Form sichergestellt.

[29] Zum Beispiel Abdurrahman al-Sheba, Muhammad. Der Gesandte Allahs, Friede sei auf ihm, übersetzt von Ahmed Ateia, Riyadh 2005, Abdurrahman al-Sheba, Muhammad, Botschaft des Islam, überarbeitet von Ahmed Ateia, Riyadh 2004.

[30] Bei einem saudischen Satellitensender, der sich gezielt an Muslime in der Diaspora wendet, werden immer wieder ohne festen Sendeplatz seine Vorträge gesendet.

stützen und fördern damit jedenfalls indirekt den internationalen Terrorismus. Dies bewahrheitete sich auch schon einmal in der Region **Ulm**, wo sich in den Jahren 2002 und 2003 Aktivisten aus dem dortigen islamistischen Milieu als Kämpfer nach Tschetschenien verabschiedeten und dort ihr Leben ließen.

Internetbanner des I.I.Z.-Organs

Das I.I.Z.-Organ „Denk mal islamisch“, das inzwischen nicht mehr neu erscheint, pries damals einen der Gefallenen als „Märtyrer“ und widmete ihm einen Nachruf.[31] Generell lassen sich bei dieser Publikation, obgleich sie sich oberflächlich betrachtet mit rein religiösen Themen zu beschäftigen scheint, immer wieder über einzelne Beiträge Bezüge zur Ideologie des Wahhabismus herstellen, die auf weltliche Dominanz zielen. Die Publikation überzeichnet das manichäisch[32] geprägte Menschenbild, das die „wahre“ islamische Frömmigkeit als einen Maßstab für die Unterscheidung von „gut“ und „böse“ festschreibt, und greift das Konzept „die Treue und der Bruch“ auf:

> *„Liebe, effektiver Beistand, Gehorsam, Empfehlungen geben, Freundschaft, die gesellschaftlichen Pflichten auf gute Weise erfüllen, das erfordert das gegenseitige Verständnis und das Anvertrauen der Geheimnisse u.v.m. All diese Eigenschaften sollen nur unter Muslimen vorhanden sein und dürfen nicht auf die Feinde des Islam übertragen werden. Du musst wissen, lieber Bruder und liebe Schwester im Islam, dass Allah nicht zufrieden ist, wenn sich die Menschen unter einer anderen Führung außer der des wahren Glaubens einigen. Es gibt in dieser Hinsicht zwei Arten von Menschen: Entweder fromme Gläubige oder Ungläubige.“*[33]

Aufteilung in „Gläubige“ und „Ungläubige“

Die Publikation, versucht diese Feststellungen religiös zu untermauern, indem sie Koranverse aufgreift, die der Wahhabismus ständig bemüht, um

[31] I.I.Z.-Zeitschrift „Denk mal Islamisch“, Ausgabe 5, S. 8.
[32] Nach der Lehre des persischen Religionsstifters Mani, welche auf der Dualität „gut versus böse“ beruht.
[33] „Denk mal Islamisch“, Onlineausgabe 3; Internetauswertung vom 27. Dezember 2006.

Muslime von „schädlichen“ Kontakten oder gar Freundschaften mit „Ungläubigen“ abzuhalten. Sie bettet religiös verordneten Hass gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften wie Juden und Christen in einen traditionellen Zusammenhang ein, der belegen soll, dass schon zur Zeit des Propheten Muhammad vor ihnen gewarnt wurde:

> *„O die ihr glaubt! Nehmt nicht die Juden und Christen zu Freunden. Sie sind einander Freunde. Und wer sie von euch zu Freunden nimmt, der gehört fürwahr zu Ihnen. Wahrlich, Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg (Koran 5,51).“*[34]

Eine zunehmende Verbreitung wahhabitisch geprägten Gedankenguts könnte zukünftig durch die ihm innewohnende Ideologie der Fremdenfeindlichkeit den gesellschaftlichen Konsens schwächen und die Zusammenarbeit der demokratischen Grundpfeiler des politischen Systems gefährden. Dies gilt insbesondere dann, wenn wahhabitische Islamauslegungen unter in Deutschland lebenden Muslimen dominant würden. Die Affinität zur verbalen und unter bestimmten Umständen auch physischen Gewalt lassen darüber hinaus Zugänge zu Terrorismus begründenden Doktrinen erkennen.

3.2 Die „Muslimbruderschaft“ (MB) und ihre nationalen Ableger

In den Jahren 1924 bis 1926 hatte Mustafa Kamal (Atatürk) in der Türkei das Kalifat aufgehoben und die Schariagesetzgebung abgeschafft. Damals kam unweigerlich die Frage auf, ob das Kalifat notwendig sei oder nicht. Religiöse Gruppen forderten einen islamischen Kongress, der in Kairo abgehalten werden sollte, um diese Frage so bald wie möglich zu klären. Der Grundschullehrer Hassan al-BANNA, der 1928 in Ägypten die religiös-politische Bewegung der „Muslimbruderschaft“ (MB) gegründet hatte, zählte zu den engsten Anhängern.

Hassan al-BANNA

In dieser Zeit machte Ägypten seine ersten Erfahrungen mit einer liberalen Verfassung unter der Regierung der liberalen Wafd-Partei. Auf der politi-

[34] Ebd.

schen Bühne standen die Interessen des Königshauses, Großbritanniens und der Wafd einander diametral gegenüber. Die soziale Lage der Bevölkerung verschlechterte sich im Zuge der beiden Weltkriege, in denen Ägypten als Bühne für die Alliierten und die Achsenmächte diente, dramatisch. In dieser Zeit entstanden viele am Beispiel des Faschismus orientierte Bewegungen, die paramilitärische Jugendorganisationen unterhielten, so auch die MB. Al-BANNA hatte in seinen Schriften den Djihad wieder salonfähig gemacht, beschwor ihn damals aber nicht nur als Verteidigungs-, sondern auch als Eroberungskrieg.[35]

Am 12. Februar 1949 wurde al-BANNA vom Leiter der Sonderabteilung der Polizei auf offener Straße erschossen. Die „Muslimbrüder", die daraufhin gefangen genommen wurden, schmückten ihre Zellen.[36]

> *„Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und (überall) im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, dass sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder dass ihnen wechselweise (rechts und links) Hand und Fuß abgehauen wird, oder dass sie des Landes verwiesen werden. Das kommt ihnen als Schande im Diesseits zu. Und im Jenseits haben sie (überdies) eine gewaltige Strafe zu erwarten." (Koran 5, 33)*

Die Organisation wurde verstärkt verfolgt, nachdem 1954 ein Attentat auf den ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser der MB zugeschrieben wurde. Sehr viele fanden Zuflucht im Ausland, wohin sie ihre Ideologie mitnahmen und wichtige Netzwerke aufbauen konnten. Andere, wie der später zu Berühmtheit gelangte Sayyid QUTB, wurden in ägyptischen Gefängnissen gefoltert. Unter diesem Eindruck und nachdem er einige Bücher des indo-pakistanischen Denkers Sayyid Abu al A'la MAUDUDI (1903-1979) gelesen hatte (dieser setzte im indo-pakistanischen Abspaltungskontext sehr stark auf den Djihad), formulierte er den verhängnisvollen Gedanken, dass eine muslimische Gesellschaft, wenn sie derartige Tyrannen an der Macht dulde, ohne Widerstand zu leisten, für ungläubig erklärt beziehungsweise ihr die Zugehörigkeit zum Islam abgesprochen werden müsse. Spätere Generationen legten seine Aussage noch einen Schritt

[35] Hassan al-Banna: Sind wir ein handlungsfähiges Volk?, Internetauswertung der Homepage der „an-Nahda" am 3. November 2006.

[36] Mitchell, Richard P.: The Society of the Muslim Brothers. New York, Oxford 1993, S. 69.

weiter aus, indem sie muslimischen Bevölkerungen, die eine nichtislamische Regierungsform duldeten, erst den Glauben absprachen, um sie dann für vogelfrei zu erklären.

Von der offiziellen MB in Ägypten heißt es heute oft, dass sie sich von der Gewalt distanziert habe und nur noch auf legalem Wege durch die Institutionen an die Macht gelangen wolle. Dies stimmt allerdings nur bedingt. Bezeichnend dafür sind die Positionen Mustafa MASHHURs, der von 1996 bis zu seinem Tod im Jahr 2002 „Oberster Führer" (al-Murschid al-'Amm) der MB war und zuvor am Aufbau ihrer internationalen Organisation mitgewirkt hatte. Er sah die MB einer Koalition der „Feinde Gottes" gegenüberstehen und entwickelte in seinen Schriften verschiedene Konzeptionen und Theorien zur Notwendigkeit des Djihad. Diese nahm er auch nicht zurück, als islamistische Terroristen in den neunziger Jahren Ägypten mit blutigen Attentaten überzogen. Er agierte mit dem Fernziel, alle islamistischen Gruppen inklusive der Djihadisten in einer großen Bewegung unter der Führung der „Muslimbrüder" zusammenzufassen. Daher hat MASHHUR in den achtziger Jahren die Entsendung von Freiwilligen in den Kampf gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan organisiert. Um der internen Kritik gemäßigter Aktivisten zu begegnen, verwies er jedoch immer wieder darauf, dass die Anwendung von Gewalt erst dann sinnvoll sei, wenn die Organisation, gestützt von einer wirklich breiten Basis in der Bevölkerung, die Machtfrage stellen könne.

Befürwortung von Gewalt

Der seit 2004 amtierende „Oberste Führer" Muhammad Mahdi AKIF unterstützt öffentlich den gewaltsamen Widerstand im Irak und die Selbstmordattentate der HAMAS und anderer palästinensischer Gruppen. Einem jüdischen Staat spricht er das Existenzrecht ab. In Bezug auf den Westen ist er zuversichtlich, dass eine Islamisierung Europas und der USA nur noch eine Frage der Zeit sei. In einem Interview mit der englischsprachigen ägyptischen Wochenzeitung „Al-Ahram Weekly" im Dezember 2005 beantwortete er die Frage nach den ägyptisch-israelischen Beziehungen und einer möglichen Anerkennung Israels:

Bezeichnung Israels als „Krebsgeschwür"

„Ich erklärte, dass wir Israel nicht anerkennen werden, da es ein fremdes Gebilde in der Region darstellt. Wir hoffen, dieses Krebsgeschwür bald los zu sein. (...) Wenn sie mit uns als normale Bürger unse-

re Rechte und Pflichten teilen wollen, so macht es uns nichts aus. Aber so sie ein tyrannisches Besatzungsland bleiben, wird dies nicht geschehen, so Gott will."[37]

Eine speziell für Kinder geschaffene Internetseite, auf die die arabische Hauptseite der MB verweist, macht deutlich, wie versucht wird, bereits Kindern „die Juden" als Feindbild nahe zu bringen. Unter der Überschrift „Allgemeinwissen" findet man das Bild eines „jüdischen Mörders" mit blutigem Dolch. Im Text werden verschiedene Fragen formuliert:

„Wusstest du, dass die Juden 25 Propheten ermordeten? (...) Wusstest du, dass die Juden häufig versuchten, unseren geliebten Propheten zu töten? (...) Wusstest du, dass Korruption und Verkommenheit ihren Ursprung in den Aktivitäten und Planungen der Juden haben? (...) Wusstest du, dass die Juden, die unser Land und unsere heiligen Stätten besetzen, die Besetzung der restlichen islamischen Länder planen und ein größeres Israel, vom Euphrat bis zum Nil, gründen wollen? (...) Wusstest du, dass die Juden die ganze Welt gegen den Islam und die Muslime aufhetzen?[38]

Den einzigen Schutzmechanismus, den die MB gegen Machtmissbrauch oder Willkür der Obrigkeit vorsieht, ist die Religiosität des Staatsbürgers. Abgesehen von den Schriften des tunesischen „Muslimbruders" Rached GHANNOUSHI ist in den Verlautbarungen der MB keine Rede von real greifbaren Kontrollmechanismen wie Gewaltenteilung, Verfassungsgerichtsbarkeit oder freier Presse.

Bei den Parlamentswahlen, die mit der ersten Wahlrunde am 9. November 2005 in Ägypten begonnen hatten, haben von 150 angetretenen „Muslimbrüdern", die als so genannte „unabhängige Kandidaten" angetreten waren, 88 einen Sitz für sich erringen können. Insgesamt umfasst das Parlament 444 Sitze. Mit diesem Ergebnis sind sie zur zweitstärksten Partei Ägyptens avan-

[37] Al-Ahram Weekly No. 773, 15.-21. Dezember 2005.
[38] Internetauswertung vom 12. April 2006.

ciert, und dies, obwohl viele Anhänger der MB am Urnengang gehindert wurden, als sich abzeichnete, dass ihre Kandidaten die Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei gefährdet hätten.[39]

3.2.1 „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD)

Gründung:	1982			
Hauptsitz:	München			
Mitglieder:	ca. 180	Baden-Württemberg	(2005: ca.	190)
	ca. 1.300	Bund	(2005: ca.	1.300)
Publikation:	„Al-Islam" (bis 2003 in gedruckter Version), seither Veröffentlichungen in unregelmäßigen Abständen auf eigener Homepage			

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) ist eine einflussreiche sunnitische Organisation arabischer Islamisten in Deutschland, die seit 1960 besteht. Hauptsitz ist München. Ein in **Stuttgart** bestehendes „Islamisches Zentrum" wurde auf der IGD-eigenen Homepage unter „Islamische Zentren der IGD" aufgeführt.[40] Ab Mitte 2006 wurde das **„Islamische Zentrum Stuttgart" (IZS)** unter derselben Rubrik als „Kooperationspartner der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V." bezeichnet.[41] Eigenen Angaben der IGD zufolge steht in Baden-Württemberg darüber hinaus noch der **„Verein für Dialog und Völkerverständigung e.V."** in **Karlsruhe** in Kooperation mit der IGD. Ab 2002 wurden juristische und organisatorische Umstrukturierungen in Gang gesetzt. In Baden-Württemberg ist die IGD im **„Zentralrat der Muslime in Baden-Württemberg"** vertreten. Der sich als „unabhängig" bezeichnende Dachverband **„Zentralrat der Muslime in Deutschland" (ZMD)** vertritt auch die Interessen der IGD, die Mitglied im ZMD ist. Auf europäischer Ebene ist die IGD in der **„Federation of Islamic Organisations in Europe" (FIOE)** vertreten. Die IGD ist Gründungsmitglied der FIOE. Die FIOE pflegt als internationaler Dachverband die Auslandsbeziehungen

Internetbanner der IGD

[39] Monatsbrief der Hanns-Seidel-Stiftung 11/05. Projektland Ägypten, URL: http://www.hss.de/downloads/0511_Monatsbericht_Aegypten.pdf.

[40] Internetauswertung vom 10. Januar 2006.

[41] Internetauswertung vom 13. November 2006.

und vertritt offiziell die Position, die zentrale Anlaufstelle im sunnitisch-islamischen Bereich zu sein. Ihre politische Linie ist darauf ausgerichtet, sich eine zunehmend stärkere Position zu sichern, um andere islamische Organisationen und Vereine kontrollieren zu können. Ideologisch sieht sich die FIOE dem Erbe des Gründers der „Muslimbruderschaft" (MB) Hassan al-BANNA (1906-1949) verpflichtet. Der seit 2002 amtierende Präsident der IGD, Ibrahim el-ZAYAT, der 2006 für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, hat gleichzeitig die Stellung eines Vorstandsmitgliedes und Vertreters der FIOE in Deutschland.

Die Identifikation der IGD mit der Ideologie der islamistischen Bewegung, deren ältester und bedeutendster Exponent die MB ist, wird schlussendlich dadurch transparent, dass das „Islamische Zentrum München" in seiner Schriftenreihe Werke MAUDUDIs wieder neu auflegt, der die ideologische Ausprägung der islamistischen Bewegung maßgeblich beeinflusst hat.[42] Beim „Tag der Offenen Moschee" am 3. Oktober 2006 wurden im „Islamischen Zentrum Stuttgart" (IZS) Bücher MAUDUDIs, des Sekretärs und Schwiegersohns von al-BANNA, Dr. Said RAMADAN, des Herausgebers der vom „Islamischen Zentrum" in München publizierten Zeitschrift „Al-Islam", Ahmad von DENFFER, sowie des für seine anti-darwinistischen, gegen Aufklärung und Säkularismus gerichtete Positionen bekannten Autors Adnan OKTAR alias Harun YAHYA und des französischen Konvertiten und Holocaust-Leugners Roger GARAUDY angeboten.

Rechtliche Problemstellungen werden seitens des **„European Council for Fatwa and Research" (ECFR)**, also „Europäischen Rates für Rechtsgutachten und wissenschaftliche Studien", welcher 1997 von der FIOE ins Leben gerufen wurde, gelöst. Eine zentrale Stellung hat hier die Scharia (islamisches Gesetz), die dem ECFR zufolge einen allumfassenden Charakter besitzt. Der dem ECFR vorstehende Dr. Yusuf al-QARADAWI bezeichnet das islamische Gesetz in seiner Abhandlung „Gesetzeswissenschaft muslimischer Minderheiten - das Leben der Muslime inmitten anderer Gesellschaften" als *„die Scharia für die gesamte Menschheit"*, *„für die Wissenden"*[43] sowie für *„alle Generationen"*.[44]

[42] So publizierte das „Islamische Zentrum München" im Rahmen seiner Schriftenreihe beispielsweise das Werk „Islamische Lebensweise" von MAUDUDI: Schriftenreihe des „Islamischen Zentrums München" Nr. 17. Nach der englischen Fassung von Khurshid AHMAD, dem Vize der „Djama'ati Islami", die von MAUDUDI gegründet wurde. Deutsch von Ayisha Niazi und Fatima Heeren.

[43] Diejenigen, die die Wahrheit kennen und sich demzufolge auch zu ihr bekennen.

[44] „Fi Fiqh al-Aqalliyyat al-muslima-Hayat al-Musliminin wasata l-Mudjtamaát al-ukhra", Dar ash-Shuruq, Kairo, 2. Auflage erschienen 2005, ab S. 13.

Neben seiner Funktion als Vorsitzender des europäischen Fatwa-Gremiums ECFR verfasste der ägyptischstämmige Rechtsgelehrte al-QARADAWI zahlreiche Publikationen und zeichnet sich durch eine rege TV- und Internet-Präsenz aus. Bei „Die Shari'ah und das Leben" („ash-Shari'a wa'l-Hayat") handelt es sich um eine Sendung, die von dem bekannten Sender al-Jazeera des Golfemirates Qatar ausgestrahlt wird und sich großer Beliebtheit erfreut.

Der ECFR versteht sich als zentrale Autorität in Schariafragen für die muslimischen Minderheiten in den europäischen Diaspora-Ländern. *„Dieser Rat"*, so al-QARADAWI, *„unterstützt die muslimische Gemeinschaft in Europa dabei, unter dem Schutz des Islam mit den anderen zusammenzuleben, unter dem Schutz des Fiqh eines wahren Islam"*[45].

Auch in einer Publikation des „Islamischen Zentrums München" wurde betont, dass das Gesetz, dem beide Ehepartner verpflichtet sind, die Scharia ist.[46] Die Verfasserinnen befürworten die Anwendung der inhumanen Haddstrafen[47]:

drakonische Strafen bei Ehebruch

> *„(...) Fünftens werden geschlechtliche Beziehungen außerhalb der Ehe nach islamischem Recht nicht nur als Sünde, sondern auch als Vergehen betrachtet, das nach dem Gesetz auf die gleiche Weise wie Diebstahl oder Mord bestraft wird. Die Strafe dafür wird auf Männer und Frauen gleichermaßen angewandt und ist in ihrer Auswirkung hart und abschreckend."*[48]

Ibrahim el-ZAYAT vertritt die saudisch-wahhabitisch beeinflusste Jugendorganisation **„World Assembly of Muslim Youth" (WAMY)**. Auf deren Webseite wird el-ZAYAT als Repräsentant der „Islamischen Weltjugendversammlung für Westeuropa und Deutschland" vorgestellt.[49] Die Haltung der WAMY gegenüber Juden speist sich nicht allein aus dem Palästinakonflikt. Generell vertritt sie die Position, dass *„die Juden die Feinde der Gläubigen, Gottes und der Engel sind; die Juden sind die Feinde der Menschheit"*.[50]

---

[45] „El-Europiyya" Nr. 25 vom April 2001, Artikel S. 28-30: „Der Europäische Rat für Rechtsgutachten und wissenschaftliche Studien hat eine große Lücke in Europa ausgefüllt."

[46] LEMU, Aisha B. und GRIMM, Fatima: „Frau und Familienleben im Islam."; herausgegeben vom Islamischen Zentrum München", 1999, S. 12f.

[47] Die im Koran vorgesehenen teils drakonischen Strafen.

[48] LEMU, Aisha B. und GRIMM, Fatima: „Frau und Familienleben im Islam."; herausgegeben vom Islamischen Zentrum München", 1999, S. 22f.

[49] Internetauswertung vom 13. November 2006.

[50] Internetauswertung vom 6. November 2006.

In ihrer Schrift „Taudjihat Islamiya“ (Islamische Ansichten) konkretisiert die WAMY ihre Vorstellung einer wirksamen Kindererziehung:

> *„Lehrt unsere Kinder zu lieben, dass Rache an den Juden und den Unterdrückern genommen wird und lehrt sie, dass unsere Jugend Palästina und Al-Quds* [Jerusalem] *befreien wird, wenn sie zum Islam zurückkehren und den Jihad um der Liebe Allahs wegen ausüben.“*

12. Islamwoche in Stuttgart

Bei der 12. Islamwoche, die vom 15. bis zum 19. Mai 2006 von der „Muslimischen Studentenunion an der Universität Stuttgart“ (MSU) abgehalten wurde, lagen wie schon 2005[51] Publikationen aus, in denen auch islamistisches Gedankengut der oben genannten wahhabitischen Jugendorganisation WAMY zu finden war:

> *„Die Charta, die Verkündungen und die Beschlüsse der Vereinten Nationen können nicht mit den von Gott bindend gemachten Rechten verglichen werden, weil die ersten auf niemanden, die letzten aber auf jeden Gläubigen anwendbar sind. Sie sind ein Teil des islamischen Glaubens. Jeder Muslim oder Verantwortliche, der sich zum Islam bekennt, muss sie anerkennen beziehungsweise durchsetzen. Wenn es ihnen missfällt, sie durchzusetzen und sie anfangen, die von Gott garantierten Rechte zu verweigern, zu verändern oder gegen sie zu verstoßen und gleichzeitig zu ihnen ein Lippenbekenntnis ablegen, dann ist das Urteil für solche Regierungen im Quran klar und eindeutig: (...) Und wer nicht richtet nach dem, was Gott herabgesandt hat - das sind Ungläubige (5:47).“*[52]

Auch die 1994 gegründete **„Muslimische Jugend in Deutschland“ (MJD)**, die der IGD nahe steht, hat internationale Jugendarbeit auf dem Programm. Hierbei genießt der Da’wa-Gedanke oberste Priorität. So heißt es in dem von der MJD herausgegebenen Buch von Mustafa ISLAMOGLU mit dem Titel „Ratschläge an meine jungen Geschwister“, dass *„das erste, was ihr vertei-*

[51] „Die Menschenrechte im Islam“. World Assembly of Muslim Youth, so publiziert auf einer DVD der MSU, erworben auf der 11. Islamwoche an der Uni Stuttgart, Juni 2005.

[52] Ebd.

digen sollt, ist nicht euer Ego, sondern die Ehre eurer Religion", wie auch: *„Wenn ihr Beamte in einem nicht-islamischen System werden wollt, dann werdet nicht Beamte dieses Systems, sondern dort ‚Beamte des Islam'.*[33] Der Autor trat in der Vergangenheit auch bei der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) auf. Die IGMG ist ebenfalls in der FIOE vertreten. ISLAMOGLU hat die Führung über die 1990 gegründete **„Akabe Bildungs- und Kulturstiftung" (AKEV)** inne. Auf der Homepage der AKABE-Stiftung heißt es:

> *„Unsere Gemeinde beachtet das islamische Recht aufs äußerste. Sie achtet darauf, dass dieses Recht nicht nur unter ihren eigenen Angehörigen, sondern unter allen Muslimen Anwendung findet (...).*[34]

Demzufolge steht die islamische Umma (Gemeinschaft) über der Identität als Bürger eines Staates. Regelmäßig führt die MJD Freizeitcamps und Reisen durch. So verlief beispielsweise die Route einer von der MJD durchgeführten Reise nach Spanien über Château-Chinon in Frankreich zum „Institut Européen des Sciences Humaines" (I.E.S.H.), einer Bildungseinrichtung mit starkem Bezug zu MB-Organisationen in Frankreich.[35] Auf der Webseite des Institutes wird unter der Rubrik „Théologie et Fatwa" auf den ECFR unter der Führung von al-QARADAWI als Quelle von Rechtsgutachten für die sozialen Probleme in Europa verwiesen.[36]

3.2.2 „Harakat al-Muqawama al-Islamiya" (HAMAS)

1978 gründete Scheich Ahmad YASSIN die Organisation **„Mudjamma al-Islami" („Islamisches Zentrum")**, die sich aufgrund gezielter Propaganda und Sozialarbeit bald großer Popularität bei der Bevölkerung des Gaza-Streifens erfreute. Ende 1987 bildete sich mit der ersten Intifada (Aufstand der Palästinenser) die „Harakat al-Muquwama al-Islamiya" (Islamische Widerstandsbewegung; HAMAS) als militanter Ableger. Im Jahre 2006 konnte die HAMAS bei den Wahlen am 25. Januar 2006 einen großen Wahlerfolg verbuchen. Dieser ist jedoch nicht auf rein politische Beweggründe zurückzuführen. Insbesondere im Gaza-Streifen unterhält die HAMAS ein dichtes Netz sozialer Einrichtungen wie Krankenstationen und Schulen.

---

[33] Islamoglu, Mustafa: „Ratschläge an meine jungen Geschwister", Berlin 2005, S. 54.
[34] Internetauswertung vom 24. November 2005.
[35] MJ-Newsletter, Juni 2000, Nr. 11, S. 1.
[36] Internetauswertung vom 8. August 2006.

Die HAMAS spricht Israel das Existenzrecht ab. Sie erachtet das Staatsgebiet Israels als Waqf-Land.[57] Dies bedeutet, dass der Kampf gegen Israel nicht in einem rein regionalen Kontext geführt wird, sondern auf der Plattform einer islamischen Umma (der islamischen Gemeinschaft).[58] Somit wird der Djihad (Kampf) gegen Israel als Fard'ain[59] (individuelle Pflicht) erachtet. In der Charta der HAMAS vom 18. August 1988 heißt es in Artikel 15:

> *„Wenn die Feinde etwas vom Land der Muslime usurpieren, wird der Dschihad zu einer individuellen Pflicht für jeden Muslim. Um der Usurpation Palästinas durch die Juden zu begegnen, muss das Banner des Dschihad erhoben werden."*

Etwa einen Monat nach ihrem Wahlerfolg präsentierte die HAMAS Video-Botschaften von Selbstmordattentätern. Eine der Botschaften war an die jüdische Bevölkerung gerichtet:

Hassbotschaft an alle Juden

> *„Meine Botschaft an die zu verabscheuenden Juden ist diejenige, dass es keinen Gott außer Allah gibt, wir werden euch überall jagen! Wir sind eine Nation, die Blut trinkt, und wir wissen, dass es kein besseres Blut gibt als dasjenige der Juden. Wir werden euch nicht in Ruhe lassen, bis wir unseren Durst und den Durst unserer Kinder nach eurem Blut gestillt haben. Wir werden euch nicht in Ruhe lassen, bis Ihr die muslimischen Länder verlassen haben werdet."*[60]

Einem Interview mit HAMAS-Sprecher Mahmoud al-ZAHHAR auf „al-Manar"-TV war zu entnehmen:

> *„In der Region mussten wir der römischen, persischen Besatzung, der Okkupation durch die Kreuzfahrer und der britischen Besatzung trotzen. Sie sind*

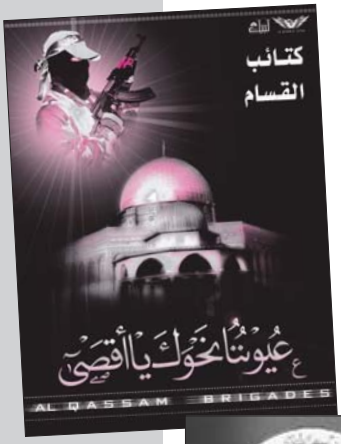
[57] Der arabische Begriff „Waqf" trägt die Bedeutung „fromme Stiftung". Territorien, welche in der islamischen Frühzeit seitens der Muslime „anwatan" (gewaltsam) erobert wurden, galten von nun an als „Stiftungsgut" im Sinne des Islam.

[58] Andreas Meier, „Politische Strömungen im modernen Islam", Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1995, S. 127.

[59] Die Pflicht jedes einzelnen Muslims (Fard'ain) steht im Gegensatz zur Kollektivpflicht „Fard kifaya", wobei es genügt, wenn eine Anzahl von Muslimen der Pflicht nachkommt.

[60] Webseite der HAMAS vom 12. Februar 2006.

alle verschwunden. Der israelische Feind gehört nicht in diese Region.“[61]



Der palästinensische Premierminister Isma'il HANIYA ließ bei einer auf al-Jazeera gesendeten Ansprache verlauten:

„Wir werden Israel niemals anerkennen.“[62]

Neben dem politischen Flügel der HAMAS existiert mit den **„al-QASSAM-Brigaden“**[63] ein militärischer Flügel. Die israelische Gesellschaft wird als militarisiert beschrieben. Demzufolge sieht sich die HAMAS berechtigt, mit ihrem militärischen Arm auch gegen Zivilisten vorzugehen.

Der 1981 von Mitgliedern der „Muslimbruderschaft“ (MB) gegründete **„Islamische Bund Palästina“ (IBP)** repräsentiert seit 1987 die Positionen der HAMAS in Deutschland. In Baden-Württemberg sind einzelne Personen der HAMAS zuzurechnen. Ein „Wohltätigkeitsverein“, der unterstützend für die HAMAS tätig war, ist bereits im August 2002 durch den Bundesminister des Innern verboten worden. Das Verbot wurde am 3. Dezember 2004 mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) bestätigt.[64]

3.2.3 „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“)

Die tunesische „an-Nahda“-Partei („Bewegung der Erneuerung“) entstand Ende der sechziger Jahre aus dem **„Mouvement de la Tendence Islamique“ (MIT, „Bewegung der islamischen Ausrichtung“)**. Die MIT entstand durch den Zusammenschluss dreier Sympathisanten der pakistanischen Tabligh-Gruppe[65] die um 1966/67 begann, in Tunesien zu missionieren. Diese drei

---

61 TV-Sender „al-Manar“ am 25. Januar 2006.

62 Al-Jazeera am 6. Oktober 2006.

63 Benannt nach dem Syrer Izz ad-Din al-QASSAM, welcher in den 1930er-Jahren im Kampf gegen die britische Mandatsmacht gefallen ist.

64 BVerwG 6 A 10.02 vom 3. Dezember 2004.

65 Vgl. S. 59ff.

Personen waren Scheich bin MILAD, Rached GHANNOUSHI, ihr späterer Präsident und wichtigster Ideengeber, sowie Ahmida ENNEIFAR.

GHANNOUSHI, 1941 geboren, wuchs unter dem Eindruck der französischen Kolonialherrschaft auf. Während des Studiums kam er in Kontakt zu Kreisen des aufkommenden islamischen Fundamentalismus. In Paris begann er mit seinem religiösen Aktivismus und schloss sich der „Tabligh-i Jamaat" an. Unter dem tunesischen Präsidenten Bourguiba wurde er zum Tode verurteilt, später unter dessen Nachfolger mehrmals zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, weswegen er seit 1992 in London im Exil lebt. GHANNOUSHI kann sich einerseits für einen Staat, der auf Gewaltenteilung gründet, aussprechen, andererseits lehnt er ein säkulares System strikt ab. Dies ist bedenkenswert, da GHANNOUSHI Mitglied im „European Council for Fatwa and Research" (ECFR) ist.

„Islam Online" zufolge zählt er zu den Mitbegründern der „World Assembly of Muslim Youth" (WAMY).[66] Die auf der Homepage von „an-Nahda" veröffentlichten Bilder und Texte zeigen, dass die „Befreiung" Palästinas zu den prioritären Zielen der „an-Nahda" zählt. Unter der Rubrik „Islamisches Denken" ist als erstes ein Aufsatz von Hassan al-BANNA, dem Begründer der ägyptischen „Muslimbrüder", mit dem Titel „Sind wir ein handlungsfähiges Volk" aufgelistet. In Baden-Württemberg engagieren sich Einzelpersonen für die Ziele der „an-Nahda".

3.3 „Hizb ut-Tahrir" („Partei der Befreiung")

Die „Hizb ut-Tahrir" („Partei der Befreiung") wurde 1953 als Abspaltung der MB von Taqi ad-Din an-NABHANI in Jerusalem als eine politische Partei gegründet. Die Anhänger dieser Gruppierung streben einen Zusammenschluss aller Muslime in einem Kalifat an. Das Kalifat wird auf der deutschsprachigen Internetseite als *„einziges Regierungssystem" propagiert, das „gemäß dem Plan des Propheten Muhammad (...) der menschlichen Natur und ihren Bedürfnissen"* entspräche.[67] Um dieses Ziel zu erreichen, setzen die Anhänger in erster Linie auf die Verbreitung ihrer Ideen im Internet. Bei der Wahl ihrer Worte und Zitate betonen die Sprecher der Organisation einerseits, dieses Ziel auf friedlichem Wege erreichen zu wollen, doch andererseits lässt sich sehr leicht zwischen den Zeilen ein ambivalentes Verhältnis zur Gewaltanwendung erkennen.

[66] Internetauswertung vom 2. November 2006.
[67] Internetauswertung vom 30. November 2006.

Verbot bestätigt

In einigen der zahllosen Streitschriften, Flugblätter und Artikel, die auch im Jahr 2006 vor allem über das Internet verbreitet wurden, lassen sich noch immer Formulierungen finden, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Am 15. Januar 2003 wurde der Organisation mit dieser Begründung die Betätigung in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Das Verbot wurde am 25. Januar 2006 vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigt.[68]

deutschsprachige Homepage der „Hizb ut-Tahrir“

Die „Hizb ut-Tahrir“ ist in zahlreichen Ländern vertreten und versucht Anhänger für ihre Kalifatsidee zu gewinnen. Ein Schwerpunkt lässt sich in den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und vor allem in Großbritannien erkennen. In zahlreichen arabischen Staaten mit Ausnahme Libanons, den Vereinigten Arabische Emiraten und des Jemen ist die Organisation verboten. In Großbritannien wurde in den letzten beiden Jahren, insbesondere nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 und den verhinderten Anschlägen auf Transatlantikflüge mit den Verhaftungen vom 10. August 2006 ein Verbot intensiv diskutiert. Dies hielt prominente Sprecher der Organisation aber nicht ab, öffentlich für die Ziele bei Demonstrationen und in Interviews aufzutreten. Die Verbotsdiskussion hatte zur Folge, dass sich prominente Sprecher der Organisation von umstrittenen Äußerungen distanzierten und auf der Internetseite bedenkliche Inhalte bereinigt wurden.[69]

Der Sprecher der „Hizb ut-Tahrir“ in Dänemark wurde bereits im Oktober 2002 aufgrund seiner antijüdischen Äußerungen zu 60 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte Flugblätter mit einem Koranvers (2:191) verteilt, in dem es heißt:

[68] Az.: 6 A 6.05.

[69] Internetauswertung vom 4. Februar 2006.

„Und tötet sie, wo ihr sie trefft (...)".

Im August 2005 trat er erneut in die Öffentlichkeit, als er Flugblätter verteilte, in denen er zum Kampf gegen die amerikanischen Truppen im Irak aufrief. Er meldete sich auch im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der dänischen Muhammad-Karikaturen zu Wort und wurde deswegen im August 2006 erneut verurteilt.

Das Fehlen eines Kalifen gilt als wichtigster Grund für die zahllosen Konflikte und Probleme, mit denen die islamische Umma in der Gegenwart konfrontiert ist. So stellte ein ungenannter Autor eines Artikels vom 17. September 2006 auf der „Hizb ut-Tahrir"-Homepage[70] die ironische Frage:

„Hätte es der römische Papst gewagt, den großartigen Islam anzugreifen, wenn der islamische Staat - das rechtgeleitete Kalifat - vorhanden wäre?"

Den Text will der Autor als Botschaft an die Muslime verstanden wissen. Diese warnte er vor dem *„Betrug des interreligiösen Dialogs"*, den der Papst predigen würde. Der Autor erkennt an diesem Aufruf des Papstes:

„Er dient dazu den Wert des Islam in den Herzen der Muslime zu schwächen und die in ihrem Überzeugungsfundament anzugreifen (...). Dies ist das wahre Motiv hinter dem päpstlichen Aufruf zum interreligiösen Dialog. In einer hinterlistigen und irreführenden Weise ist es ein Aufruf gegen den Islam und seine Anhänger. (...) Wer den Islam beleidigt und sein Buch oder seinen Gesandten, wer seine Speerspitze, den Dschihad, an den Pranger stellt, dem darf nicht erlaubt werden, islamischen Boden zu betreten. Auch darf er nicht in den Stätten des Islam empfangen werden, bis der Staat des Islam, der Staat des rechtgeleiteten Kalifats, wiedererrichtet wird. Dieser wird wissen, wie er den Feinden des Islam zu begegnen hat (...)"

Am 25. Oktober 2006 wurde ein Artikel im Zusammenhang mit den in islamischen Kreisen umstrittenen Äußerungen einer türkischstämmigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages veröffentlicht, die Frauen dazu auf-

[70] Hier und im Folgenden: „Hizb ut-Tahrir"-Website vom 5. Dezember 2006; Übernahme wie im Original.

rief, ihr Kopftuch abzulegen. Der Autor sah u. a. darin die *„Rhetorik erklärter Islamfeinde"* beziehungsweise einer „Ungläubigen". Vor solchen Anfeindungen könne es nur einen Schutz geben:

> *„Die Gründung des Kalifats ist der einzige Weg, um den Muslimen - auch hier in Europa - ihre Würde zurückzugeben und sie in ihrer Gesamtheit vor den hinterlistigen Anfeindungen und den brutalen Attacken der Ungläubigen zu schützen."*

Auf der Homepage der „Hizb ut-Tahrir" wurde auch ein Themenregister des Korans mit dem Titel „Lan Tabur" des Autors RASSOUL eingestellt. Weitere Bücher von RASSOUL werden ebenfalls unter der Rubrik Sunna elektronisch veröffentlicht. Darunter auch ein Lexikon der Sira (Lebensgeschichte des Propheten) und die Hadithsammlung von al-Bukhari[71]. In dem Themenregister kann man gezielt nach Aussagen und Stellen im Koran in deutscher Sprache suchen. In der Hadithsammlung findet sich auch ein besonderes Kapitel *„Vom Dschihad und Leben des Propheten..."*, in dem auch jene Prophetensprüche zu finden sind, die von djihadistischen Gruppen verwendet werden, wie etwa unter der Nummer 2818: *„Und wisset, dass das Paradies unter den Schatten der Schwerter liegt!"*, oder auch Nummer 2926: *„Die Stunde wird nicht kommen, bis ihr gegen die Juden solange kämpft, und bis der Stein, hinter dem sich der Jude versteckt hat, spricht: ‚Du Muslim, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt, so töte ihn.'"*

Schriften in Baden-Württemberg sichergestellt

Schriften der „Hizb ut-Tahrir" konnten in der Vergangenheit in größerer Zahl bei verschiedenen Personen in **Heidelberg**, **Karlsruhe** und **Stuttgart** sichergestellt werden. Viele solcher Texte, Videos und Audiovorträge stehen allerdings auch im Internet zur Verfügung.

Da die Organisation in Großbritannien nicht verboten ist, konnten ihre Anhänger im Jahre 2006 publikumswirksame öffentliche Auftritte organisieren. Besondere Aufmerksamkeit in den Medien wurde den Demonstrationen gegen die dänischen Karikaturen in London zuteil. Bei den Protestzügen der Partei am 4. Februar 2006 nahmen über 1.000 Personen teil. Am Tag zuvor trugen Demonstranten erschreckende Drohslogans auf ihren Plakaten: *„7/7 is on its way"* (der 7. Juli wird kommen, in Anspielung auf die Attentate in der Londoner U-Bahn); *„Europe you will pay, your 9/11 is on the way"* (Europa du wirst zahlen, dein 11. September ist unterwegs); *„Be-*

[71] 810-870. Islamischer Gelehrter, dessen Hauptwerk, der „Sahih" (eine Hadithsammlung), bis heute im sunnitischen Islam höchste Autorität genießt.

head those who insult Islam" (Köpft jene, die den Islam beleidigen).[72] Ein Sprecher der „Hizb ut-Tahrir" verurteilte diese Slogans. Diese Demonstranten wurden aber dem Umfeld der am 17. Juli 2006 in Großbritannien verbotenen militanten Gruppierung „Ghurabaa" (die Fremden) zugerechnet. Diese Organisation gilt als Nachfolgeorganisation einer „Hizb ut-Tahrir"-Abspaltung, der aufgelösten Gruppe um den extremistischen Prediger Omar BAKRI namens „al-Muhajiroun". BAKRI floh nach den Anschlägen am 7. Juli 2005 in den Libanon. Seine Anhänger organisierten sich darauf in den im Juli 2006 verbotenen Gruppen „Ghurabaa" und „Firqat un-Naajiyah" (die errettete Schar).[73]

Diese Entwicklung zeigt, dass sich Personen aus dem Kern der „Hizb ut-Tahrir" für den Weg der Gewalt entscheiden können. Die ideologische Grundlage bleibt dabei nahezu identisch. Die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen im Zusammenhang mit den verhinderten Anschlägen auf Transatlantikflüge zeigten, dass im Umfeld der Verdächtigen die hier beschriebenen Gruppierungen besonders aktiv waren.

3.4 „Tabligh-i Jama'at" („Gemeinschaft für Verkündung und Mission")

Die Bewegung der Tablighis wird in englischsprachigen Medien auch häufiger als *„biggest Muslim evangelical movement"* (größte muslimische evangelikale Bewegung) bezeichnet.[74] Diese indische „Re-Islamisierungsströmung" steht auch unter dem Einfluss der Deobandi-Bewegung, die im 19. Jahrhundert als streng an den schriftlichen islamischen Quellen orientierte Lehrtradition nach Absetzung des letzten Mogul-Herrschers Bahadur Schah Zafar entstanden war. Die Deobandi-Bewegung beabsichtigt die Wiederbelebung eines klassischen Islam und das Beseitigen von fremden Einflüssen. Ihr Ziel war die Trennung von der hinduistischen Bevölkerung, der Zusammenschluss der muslimischen Bevölkerung und die Regelung des Alltags nach der Scharia. In der Stadt Deoband wurde dazu eine Universität gegründet, „Dar al-Ulum", die heute nach der Azhar-Universität in Kairo die größte islamische Universität weltweit ist.

Innerhalb des puristischen Spektrums islamischer Strömungen, zu denen auch die bekannte Bewegung der Wahhabiya oder weitere Salafiya-Organisationen zu zählen sind, ist die „Tabligh-i Jama'at" (Gemeinschaft für Verkündung und Mission) nicht unumstritten. So gibt es Kritiker dieser indischen Form einer buchstabengetreuen Quellenauslegung vor allem auf der

[72] Internetauswertung vom 6. Februar 2006.

[73] Siehe hierzu auch S. 19f.

[74] Zum Beispiel Le Monde diplomatique English edition November 2006.

arabischen Halbinsel, die in den Schriften und der Glaubenspraxis der Tablighis unislamische Elemente erkennen wollten.

Anhänger des Gelehrten Maulana Muhammad ILYAS (1885-1944) fallen in Europa und Deutschland vor allem durch ihre Missionstätigkeit auf. Kleine Gruppen von reisenden Missionaren versuchen, im Glauben vermeintlich nachlassende Muslime wieder auf den Pfad des „richtigen Glaubens" zurückzuführen. Die Tabligh-Bewegung wird daher häufig als unpolitisch beschrieben. So fehlen die für politische Organisationen typischen Formen der Öffentlichkeitsarbeit wie etwa Internetseiten. Eine Einschätzung der Bewegung ist daher erheblich erschwert. Es finden jedoch auch auf lokaler Ebene Zusammenkünfte statt, und es werden Vorträge und Lehrveranstaltungen angeboten. Da die Organisation offen für alle Muslime ist, konnten sich innerhalb dieser konservativen Strömung kleinere Zirkel um einzelne Prediger bilden, die der Ideologie der Djihadisten nahe stehen und die in Pakistan möglicherweise auch Kontakte zu bewaffneten Terrorgruppen und deren Ausbildungslagern unterhalten. In den letzten Jahren wurde im Zusammenhang mit unterschiedlichen Ermittlungsverfahren immer wieder vermutet, dass sich islamistische Terroristen aus dem Umfeld dieser Bewegung rekrutieren.

streng konservatives Islamverständnis

Welch streng konservatives Islamverständnis in der europäischen Hochburg der „Tabligh-i Jama'at" in Dewsbury vorzufinden ist, zeigte auch der Fall einer Lehrerin im Oktober 2006, die nicht auf den Niqab, den Vollschleier, verzichten wollte, der auch das Gesicht bedeckt. Dieser Vorfall führte dazu, dass noch mehr Frauen aus Solidarität zu dieser Form des Vollschleiers griffen. In den Medien wurde dies auch dem Einfluss der Missionsbewegung zugeschrieben.

Die Ideologie der Anhänger ist nicht eindeutig mit bekannten Djihad-Vorstellungen in Verbindung zu bringen. Vielmehr scheinen einzelne Protagonisten, die die Lehren besonders ernst nehmen, Schüler und Anhänger um sich zu versammeln und zu indoktrinieren. Mit gestärktem Selbstbewusstsein können diese Muslime unter bestimmten Umständen dahingehend beeinflusst werden, dass sie sich auch djihadistischen Gruppen anschließen und den Weg der Gewalt wählen.

Die Vorstellungen von einer islamischen Erneuerung, wie sie von Anhängern der „Tabligh-i Jama'at" formuliert werden, sind häufig identisch mit jenen Vorstellungen islamistischer Organisationen, die eine Rückbesinnung auf den „wahren Islam" und eine Verbesserung der Situation der islamischen Umma anstreben. Daher verwundert es nicht, dass in der Vergangen-

heit führende islamistische Aktivisten ihre ersten Anregungen für ein Engagement durch Vortragende und Anhänger der „Tabligh-i Jama'at" erhielten.

Im vergangenen Jahr sind erneut Aktivitäten von Wandermissionaren in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt worden. In Großstädten Baden-Württembergs unterhalten Anhänger der „Tabligh-i Jama'at" Stützpunkte. Durchreisende Missionare wurden von Vereinen unterstützt. Ihnen bot man die Gelegenheit, für die Ziele der Bewegung zu werben und neue Anhänger zu gewinnen.

3.5 Organisation aus dem schiitischen Bereich: „Hizb Allah" („Partei Gottes")

Die „Hizb Allah" ist eine libanesische schiitisch-islamistische Organisation, die seit ihrer Gründung im Jahr 1982 in vielfältiger Weise von politischen Entwicklungen in Iran beeinflusst wurde. Sie ist inzwischen mit ihren vielfältigen Infrastruktur- und karitativen Projekten auch als politische Partei im Libanon fest verankert.

Durch ihre allgegenwärtige straffe Organisation und auf Grund ihrer finanziellen Mittel konnte und kann die „Hizb Allah" Institutionen und Einrichtungen wie Schulen, Kranken- und Waisenhäuser betreiben und damit bei der libanesischen Bevölkerung einen entsprechend positiven Rückhalt erzielen - und das nicht nur beim schiitischen Bevölkerungsteil. Die „Hizb Allah" übernahm damit Funktionen, die in den letzten Jahren der libanesische Staat nicht wahrnehmen konnte. Seit der Gründung spielte die **„al-Muqawama al-Islamiya" („Islamischer Widerstand")**, der militärische Flügel der „Hizb Allah", eine entscheidende Rolle, da der ursprüngliche Anlass für die Gründung der „Hizb Allah" die Präsenz israelischer Truppen zu Beginn der 1980er-Jahre im Südlibanon war, deren Vertreibung sie sich zum Ziel gesetzt hatte. Grundsätzlich hält die „Hizb Allah" an Ayatollah KHOMEINIs Thesen des „welayat-i faqih", der Herrschaft des befähigten Rechtsgelehrten, fest.

Den Rückzug der Israelis am 25. Mai 2000 schrieb sich die „Hizb Allah" als Sieg auf die Fahnen und feiert alljährlich am Jahrestag des Rückzugs ihre „Siegesfeier". Diese wird nicht nur im Libanon gefeiert, sondern auch in „Hizb Allah"-nahen Vereinen, die sich im Ausland befinden. Für Feierlichkeiten in Baden-Württemberg reisen regelmäßig „Hizb Allah"-Mitglieder ein, darunter Scheichs und Funktionsträger oder Parlamentsabgeordnete aus dem Libanon.

Alljährlich nehmen weltweit „Hizb Allah"-Anhänger und Sympathisanten am von Ayatollah KHOMEINI 1979 ausgerufenen „al-Quds-Tag" an Demonstrationen teil. Dieser findet jeweils am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan statt. KHOMEINIs Absicht war, dass an diesem Tag alle Muslime für die Zerstörung Israels demonstrieren sollten. Die „Hizb Allah" verzichtete im Jahr 2006 zwar auf eine zentrale Kundgebung im Libanon, rief aber zu dezentralen Demonstrationen auf, da die Begehung dieses Tages *„eine Pflicht für jeden Muslim, jeden Araber und jeden ehrenhaften Menschen"* sei. Diese Protestzüge zum „al-Quds-Tag" wurden in der Vergangenheit zentral in Berlin durchgeführt. Am 20. Oktober 2006 kamen erneut mehrere Hundert Demonstranten zusammen, um unter strengen Auflagen der deutschen Sicherheitsbehörden (u.a. keine Parolen und Spruchbänder gegen Israel) durch die Straßen zu ziehen.

Proteste anlässlich des „al-Quds-Tags"

In den letzten Jahren war der militante Arm der „Hizb Allah" sowohl für die Entführung von israelischen Soldaten, mit denen Gefangene freigepresst werden sollten, als auch für Selbstmordattentate, Anschläge und Raketenangriffe auf israelisches Staatsgebiet verantwortlich. Argentinische Staatsanwälte haben Klage gegen die „Hizb Allah" und den ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Rafsandjani erhoben, weil sie für den Anschlag am 18. Juli 1994 auf das jüdische Kulturzentrum in Buenos Aires verantwortlich sein sollen. Bei diesem Bombenanschlag kamen 85 Menschen ums Leben und mehr als 300 wurden verletzt. Am 9. November erließ Argentinien einen Haftbefehl gegen Rafsandjani und acht weitere Personen. Der Anschlag soll laut den ermittelnden Staatsanwälten in Iran geplant und von „Hizb Allah"-Angehörigen ausgeführt worden sein.[75]

Nach der Ankündigung von Geiselnahmen durch Hassan NASRALLAH am 26. November 2005 kam es am 12. Juli 2006 zur Entführung von zwei israelischen Soldaten, worauf bis zum 14. August 2006 ein Krieg auf libanesischem und nordisraelischem Boden entbrannte. Bei diesem kam es in erster Linie zu Kampfhandlungen zwischen der „Hizb Allah"-Miliz und Israel. An den Kämpfen waren vereinzelt auch die derzeit mit der „Hizb Allah" verbündeten schiitisch-islamistischen „Amal"-Milizen[76] beteiligt. Aufgrund ihrer Vorgehensweise kann man die „Hizb Allah" als eine Art „Staat im Staate" bezeichnen.

Man schätzt, dass während der militärischen Auseinandersetzung circa 1.200 Zivilisten im Libanon getötet und etwa 4.400 Menschen verletzt wurden.

[75] Neue Zürcher Zeitung, NZZ online vom 9. November 2006.
[76] Ebenfalls eine schiitisch-islamistische Gruppierung im Libanon.

Die „Hizb Allah“ verlor nach eigenen Angaben 80 Kämpfer, nach anderen Schätzungen fielen bis zu 530 „Hizb Allah“-Milizionäre. Durch den Raketenbeschuss der „Hizb Allah“ kamen in Nord-Israel 43 Personen um, fast 700 Menschen wurden verletzt. Auf israelischer Seite sollen 119 Soldaten gefallen sein.

Die beiden entführten israelischen Soldaten wurden von der „Hizb Allah“ in Gefangenschaft genommen und sollen weiterhin als Druckmittel benutzt werden, um einen erneuten Gefangenaustausch zu erzwingen.

Die bewaffnete Auseinandersetzung der „Hizb Allah“ mit Israel wurde im sunnitischen Teil der islamisch-arabischen Welt sehr unterschiedlich bewertet. Dabei spielte die jeweilige Zugehörigkeit zu einer bestimmten sunnitischen Richtung die entscheidende Rolle. Besonders von salafitischer Seite wurden die Unterschiede zu schiitischen Vorstellungen und zu schiitischen Politikern hervorgehoben. Es erhoben aber auch Gelehrte wie QARADAWI und verschiedene Vertreter der „Muslimbruderschaft“ ihre Stimme, die diese Schiiten-feindlichen Äußerungen verurteilten. Hintergrund waren Rechtsgutachten (Fatwas) saudischer Gelehrter wie etwa das von Safar al-HAWALI, der die „Hizb Allah“ als „die Partei des Teufels“ schmähte.[77] Der saudische Islamgelehrte Abdallah bin DJABRIN lehnte es ab, für die „Hizb Allah“ und ihre Anhänger in diesen Auseinandersetzungen mit Israel zu beten.

Auswirkungen des Libanonkriegs auf Baden-Württemberg

Während des Krieges im Libanon kam es in Baden-Württemberg und in der übrigen Bundesrepublik zu zahlreichen Demonstrationen, die teilweise über das Internet koordiniert und organisiert wurden. In **Heidelberg**, **Karlsruhe**, **Mannheim**, **Freiburg im Breisgau** und **Stuttgart** haben sich insgesamt mehrere Tausend an den Protesten beteiligt. Damit konnte die Organisation unter Beweis stellen, dass es ihr bei gegebenem Anlass sehr wohl gelingt, erheblich mehr Menschen zu mobilisieren, als die reinen Mitgliederzahlen vermuten lassen. Unter den Demonstranten waren auch viele „Hizb Allah“-Sympathisanten, die die Flagge der Organisation trugen und ihre Slogans skandierten. Die Internetseite eines baden-württembergischen Aktivisten zeigte sehr deutlich, wie weit - durch den Krieg angeheizt - die Sympathien für die „Hizb Allah“ und die Feindschaft gegen den Staat Israel und seine Bewohner reichen können. Für den ersten Internetauftritt im Juli 2006 wurde die Parole *„ob friedlich oder millitant gemeinsam kämpfen wir Hand in Hand“*[78] mit zwei Händen gezeigt. Eine Hand war mit der gelben Flagge der „Hizb Allah“ bemalt, die andere mit der libanesischen Staatsflagge. Auf

[77] Internetauswertung vom 17. November 2006.
[78] Internetauswertung vom 31. Juli 2006.

dieser Homepage wurden im Verlauf des Libanonkriegs in einem eigens eingerichteten Forum eine Plattform für antijüdische Äußerungen und Gewaltaufrufe geboten. Am 11. August 2006 trug sich ein Leser in gebrochenem Deutsch in das Gästebuch ein:

> *„Wallah* [bei Gott] *Scheiss juden habibi endlich bringt einer die wahrheit ans tageslich inshallah* [so Gott will] *Werden alle Juden verotten schweine.“*[79]

Am selben Tag datiert ein weiterer Beitrag in diesem Gästebuch:

unbändiger Hass gegen Juden

> *„(...) ich war nie so richtige gegen Juden aber in diesem Jahr hat sich alles geändert ich wünsche den PARASITEN DEN TOT OB KLEIN ODER GROSS ALLE gehören ausgerottet so wie es Hitler vor hatte doch Juden sind PARASITEN DIE WIRD MAN NIE LOS DIE KRIECHEN ALLE AUS ALLE LÖSCHE WIEDER RAUS es sind KULTUR Zerstörer (...) ihr wiest es alle das Gott am ende uns die rache nimmt und alle JUDEN auf dem Tron der Hölle landen werden (...)“*[80]

Der so artikulierte Hass ist nicht zuletzt auf die Propagandaparolen und das Bildmaterial auf dieser Internetseite zurückzuführen. Ein weiterer Faktor, der diesen Israel- und Judenhass schürt, ist sicher in den Beiträgen des „Hizb Allah“-nahen Fernsehsenders „al-Manar“ zu finden. Über Satellit erreicht dieser seine Zuschauer auch in der Bundesrepublik Deutschland. Israel war und ist sich des Ausmaßes des Einflusses dieses Propagandaorgans bewusst. Die Zerstörung des Hauptquartiers in Beirut im Laufe des Krieges konnte aber nur für wenige Minuten den Sendebetrieb unterbrechen. Ansonsten sendete der Kanal weiter die Verlautbarungen der prominenten Sprecher der „Hizb Allah“ und diente der Mobilisierung der Anhänger. Am Ende des Krieges strahlte er besondere Spezialsendungen zu den „Märtyrern“ aus, die bei den Kämpfen zu beklagen waren. In langen Sondersendungen durften Angehörige über die Kämpfe und die Angriffe israelischer Truppen berichten. Der Sender beteiligte sich auch an den Berichten über den Wiederaufbau und trug so zur Popularität der „Hizb Allah“ in erheblichem Maße bei, da er über die Verteilung von Geldern an die Obdachlosen und Kriegsflüchtlinge ausführlich berichtete.

[79] Übernahme wie im Original.
[80] Übernahme wie im Original.

Zum UNIFIL[81]-Einsatz und der deutschen Beteiligung kommentierte NASRALLAH bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach dem Waffengang am 22. September 2006 die Äußerung der Bundeskanzlerin, der UNIFIL-Einsatz diene der Existenzsicherung Israels:

> *„(...) und wir sagen ihnen: ‚Blockiert das Meer, den Luftraum und die Grenzen! Schließt die Grenzen, das Meer, den Luftraum! Das wird den Widerstand nicht im Geringsten schwächen, nicht was den Willen des Widerstands betrifft und auch nicht die Waffen des Widerstands'.“*[82]

Damit zeigt sich NASRALLAH vom UNIFIL-Einsatz unbeeindruckt und mit seiner Aussage, die „Hizb Allah“ hätte nach den Kampfhandlungen mehr Raketen als zuvor, fordert er die Teilnehmerstaaten am UNIFIL-Einsatz heraus.

Trotz NASRALLAHs vermeintlicher Akzeptanz demokratischer Spielregeln, die er unter Beweis zu stellen versucht, indem er die schwerwiegenden Streitigkeiten zwischen Konfessionsgruppen und Bündnissen im Libanon als politischen Streit herunterspielt, den es eben in einer Demokratie mit parlamentarischen Wahlen gebe, drohte NASRALLAH im November 2006 damit, die Regierung zu stürzen, wenn die „Hizb Allah“ und ihre Bündnispartner im Parlament nicht ein Drittel der Minister stellen dürften und damit ein Vetorecht bei entsprechenden Beschlüssen erhielten.

Seit Anfang Dezember 2006 protestierten immer wieder Hunderttausende von „Hizb Allah“-Anhängern im Zentrum Beiruts. Einige haben sich in Zelten eingerichtet, um die Forderung nach dem Rücktritt der libanesischen Regierung, der eine zu große Nähe zu den Vereinigten Staaten vorgeworfen wird, zu unterstreichen. Politische Kommentatoren sehen die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges heraufziehen, sollte NASRALLAH weiter seine Strategie der Polarisierung gegenüber den antisyrischen Teilen der Bevölkerung verfolgen. Es bleibt abzuwarten, wohin Aktionen wie „Tage des zivilen Ungehorsams“ führen, wenn „Hizb Allah“-Redner wie Naim QASSIM, der Vertreter NASRALLAHs, der Masse zurufen: *„Für die USA ist kein Platz im Libanon.“*[83]

[81] Die United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) ist eine Beobachtermission der UNO.
[82] Live-Übertragung „al-Manar“ am 22. September 2006.
[83] The New York Times vom 2. Dezember 2006.

3.6 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG)

Gründung:	1985 als „Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V." (AMGT) 1995 Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) und „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft" (EMUG)
Sitz:	Kerpen
Mitglieder:	ca. 3.600 Baden-Württemberg (2005: ca. 3.600) ca. 26.500 Bund (2005: ca. 26.500)
Publikation:	„IGMG Perspektive" (zweisprachig); als Sprachrohr[84] dient auch die türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete" (Europa-Ausgabe)

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) als bedeutendste islamistische Organisation in Deutschland wird vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie mit ihrem langfristigen Ziel der weltweiten Durchsetzung einer auf dem Islam basierenden „göttlichen Ordnung" alle übrigen bestehenden, als „nichtig" erachteten Staats- und Gesellschaftsordnungen zu überwinden bestrebt ist. Sie verfolgt damit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen, die unter anderem darauf ausgerichtet sind, das Recht des Volkes, die Staatsgewalt auszuüben, die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz durch die Errichtung eines Gottesstaates langfristig zu beseitigen (§ 4 Abs. 2 Buchst. a Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG), § 4 Abs. 2 Buchst. b BVerfSchG). Darüber hinaus sind ihre Bestrebungen darauf gerichtet, die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte - hier zumindest in Bezug auf die Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 Grundgesetz) und die Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz) - teilweise zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen (§ 4 Abs. 2 Buchst. g BVerfSchG).[85]

Die regionalen Aktivitäten der IGMG in Baden-Württemberg erstrecken sich auf die so genannten Bölge (Regionen) **Stuttgart**, **Freiburg**, Schwaben (einschließlich einiger bayerischer Ortsvereine) sowie Rhein-Saar (hierzu gehören auch mehrere Ortsvereine in Rheinland-Pfalz). Den Vorsitz des Landesverbands Baden-Württemberg hat seit 2005 Adem KAYA inne.

---

[84] Beschluss des Verwaltungsgerichts Hamburg (Az.: 7 VG 1689/95 vom 27. April 1995); hier wird die „Milli Gazete" sogar als „Vereinsorgan" bezeichnet.

[85] Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts München (Az.: M 25 K 03.1431) vom 11. Dezember 2006 (nicht rechtskräftig, Stand: 11. April 2007; Antrag auf Zulassung der Berufung wurde gestellt).

Die IGMG ist die dominierende Kraft im in Köln ansässigen „**Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland**“, dessen Vorsitzender Ali KIZILKAYA in den Jahren 2001 und 2002 das Amt des IGMG-Generalsekretärs bekleidete. Die Jugendorganisation der IGMG ist im Vorstand der von saudischen Sponsoren geförderten und von der „Muslimbruderschaft“ dominierten „Forum of European Muslim Youth and Student Organisations“ (FEMYSO)[86], vertreten.

Bei „Milli Görüs“ als einer in der Türkei Ende der 1960er-Jahre durch Prof. Dr. Necmettin ERBAKAN begründeten politischen Ideologie, niedergelegt in den von ihm entwickelten Konzepten „Milli Görüs“ (Nationale Sicht)[87] und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung)[88], handelt es sich gleichzeitig um eine politische Bewegung, deren einzelne Komponenten aufgrund engster struktureller und personeller Verbindungen interagieren. Die politische Basis der Bewegung bildet in der Türkei die **„Saadet Partisi“ (SP, „Partei der Glückseligkeit“)** als bislang letzte einer Reihe von durch ERBAKAN seit 1970 gegründeten Parteien.[89] Die Partei wird von Recai KUTAN geführt, während ERBAKAN selbst aufgrund eines bezüglich seiner Person verhängten Politikverbots zwar keine offizielle Funktion in der SP ausübt, jedoch weiterhin als „Milli Görüs“-Führer und spiritueller Mentor verehrt wird. In Europa wird „Milli Görüs“ von der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG)[90] repräsentiert. Sie führt den Namen der Bewegung in ihrer Selbstbezeichnung.

SAADET PARTİSİ

Istanbul war Ende Oktober 2006 Schauplatz des „1. Internationalen Milli Görüs-Symposiums“[91], bei dem die politischen Leitlinien und Ziele für die

[86] Hinter der Gründung im Jahr 1996 standen neben muslimischen Jugendorganisationen verschiedener europäischer Länder die „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE) sowie die saudische „World Assembly of Muslim Youth“ (WAMY).

[87] Necmettin ERBAKAN, Milli Görüs, Istanbul 1975.

[88] Necmettin ERBAKAN, Adil Düzen, Ankara 1991.

[89] „Milli Nizam Partisi“ (MNP, 1970-1971), „Milli Selamet Partisi“ (MSP, 1973-1981), „Refah Partisi“ (RP, 1983-1998), „Fazilet Partisi“ (FP, 1997-2001); außer der MSP, die nach dem Putsch von 1981 infolge des Gesetzes zur Schließung der politischen Parteien geschlossen wurde, wurden die vorgenannten „Milli Görüs“-Parteien jeweils wegen Verstoßes gegen die Prinzipien der laizistischen Republik verboten.

[90] Von der von ERBAKAN gegründeten „Türkischen Union Europa“ (1976) über die „Islamische Union Europa“ (1982) und die „Avrupa Milli Görüs Teskilatlari“ bzw. „Milli Görüs-Organisation in Europa“ (1985) lässt sich eine fortlaufende Linie verfolgen, die in die heutige IGMG mündet.

[91] Veranstalter war ESAM (Ekonomi ve Sosyal Arastirmalar Merkezi/Zentrum für Wirtschafts- und Sozialstudien) in Ankara, dessen Generalvorsitzender mit dem SP-Generalvorsitzenden identisch ist. Auf der ESAM-Homepage war die Veranstaltung (in englischer Übersetzung) als „The Nation's Vision Symposium“ angekündigt; diese korrekte Übersetzung des Begriffs „Milli Görüs“ stellt einmal mehr die vorgebliche Deutung des Begriffs seitens der IGMG als „monotheistische Ökumene“ ins Abseits.

gesamte Bewegung ausformuliert wurden. Auf der Homepage des Veranstalters war dieses als die *„Grundsteinlegung des Rettungsprojekts ‚Eine Neue Welt' für fünf Milliarden unterdrückter Menschen"* angekündigt: Eine *„gerechte Weltordnung"* (adil bir dünya düzeni) werde einen erheblichen Beitrag zum Weltfrieden und zum Aufbau einer *„neuen Weltordnung"* leisten; der rassistischen, unterdrückerischen, kolonialistischen Ordnung werde *„der Krieg erklärt"*[92]. Die Anwesenheit des Vorsitzenden der Kommission für Rechtleitung der IGMG-Zentrale in Kerpen bei dieser Veranstaltung spricht für die Relevanz der dort vertretenen Positionen auch für die europäische Komponente der „Milli Görüs". So wurden bei einer Veranstaltung mit Imamen und Predigern der IGMG Region **Stuttgart** laut Bericht der „Milli Gazete"[93] die Inhalte des Symposiums seitens des Regionalvorsitzenden Adem KAYA thematisiert. In verschiedenen Artikeln der „Milli Gazete" sowie in der Abschlusserklärung des Symposiums wurde auf den *„universellen Charakter"* des Begriffs sowie der Inhalte von „Milli Görüs" hingewiesen: „Milli Görüs" biete, so formulierte ein Mitglied des Organisationskomitees des Symposiums in der „Milli Gazete" vom 31. Oktober 2006, *„für die Menschheit einen neuen Weg. Dieser neue Weg ist die uns von unserem Herrn, unserem geliebten Propheten, aufgezeigte Marschrichtung und Marschformation für dieses Jahrhundert."* In der Abschlusserklärung[94] zum Symposium wurde das *„Zivilisationsprojekt Milli Görüs"* als *„Alternative zur Mentalität des rassistischen Imperialismus"* gepriesen und als *„Reformbewegung"* vorgestellt. Die bekannten Forderungen ERBAKANs nach eigener Währung, eigenem Finanz- und Kreditsystem und eigenem Versicherungssystem für die islamische Welt wurden erneut auf die Tagesordnung gebracht. „Milli Görüs"-Institute, welche sich *„dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet"* fühlten, seien überall auf der Welt zu gründen. „Milli Görüs" sehe es als „eine Art von Sklavenordnung" an, wenn *„eine Nation gemäß der Weltanschauung oder den Wertmaßstäben einer anderen Nation oder Gruppe regiert"* werde. In Bezug auf in Europa lebende „Milli Görüs"-Anhänger ist diese Einschätzung nicht anders denn als definitive Absage an eine mögliche Einordnung in die hiesige Staats- und Gesellschaftsordnung als einer Spielart der „nichtigen Ordnung" (batil düzen) zu werten.

„Milli Görüs"-Symposium: globaler Anspruch

[92] Internetauswertung vom 2. November 2006.
[93] „Milli Gazete" vom 18. November 2006.
[94] Veröffentlicht in der „Milli Gazete" vom 4. November 2006.

„Mission" der „Milli Görüs"

Der SP-Generalvorsitzende KUTAN beschrieb „Milli Görüs" anlässlich des 2. Ordentlichen Kongresses der Partei am 9. April 2006 als eine von den Funktionären als *„heilig"* angenommene Pflicht (kutsal görev), für die *„mit andächtiger Hingabe"* gearbeitet werde. Es mache keinen Unterschied, an der Spitze dieser *„Mission"* oder an der Basis zu stehen; jeder einzelne Anhänger sei *„wie ein Organ, welche zusammen einen Körper bilden"*. Im weiteren Verlauf der Rede KUTANs wurde die *„Vorreiterrolle, die generalstabsmäßige Führung von Prof. Dr. Necmeddin ERBAKAN innerhalb dieser Mission, der zudem das Milli Görüs-Arbeitsmodell zur Gründung der Neuen Groß-Türkei geplant und auf ein systematisches Fundament gestellt"* habe, gewürdigt.[95] Der Aspekt der „Mission" wurde auch auf Veranstaltungen der IGMG in Deutschland hervorgehoben, so bei einer Veranstaltung „Vertragstreue"[96] („Ahde Vefa")[97] der IGMG in **Tuttlingen** seitens des damaligen Vorsitzenden der Kommission für Public Relations und Rechtleitung der IGMG-Zentrale in Kerpen, Ali BOZKURT: „Milli Görüs" sei gleichbedeutend mit der *„Mission Allahs"*; man müsse sich der Bedeutung der „Vertragstreue" bewusst, mit festem Glauben tätig sein und dürfe Lohn für seine Tätigkeit nur von Allah erwarten. In einer Kolumne in der „Milli Gazete" vom 8. Mai 2006 wurde das Wesen der „Milli Görüs" als *„Novum in der politischen Geschichte der Türkei"* beschrieben. „Milli Görüs" repräsentiere *„die erste politische Struktur, die deren Fluss in die Gegenrichtung gelenkt"* habe. Gleichzeitig manifestiere sich hier der *„Kampf zwischen dem Europäischen und dem Türkischen"*. In dem mit „Milli Nizam"[98] begonnenen Prozess habe *„die gläubige Schicht große Erfolge verbuchen"* können. Nachdem „Milli Görüs" zu einer Kraft geworden sei, mit der man rechnen müsse, sei es *„in der Türkei zu sehr positiven Entwicklungen zugunsten der Muslime gekommen"*. Gläubige Menschen hätten sich unter dem Dach einer Organisation gesammelt; es seien Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, ein TV-Sender gegründet und die Zahl der Vereine und Stiftungen erhöht worden. Während man damals kopftuchtragende Schülerinnen an einer Hand habe abzählen können, rede man heute von Tausenden. In jenen Jahren hätten sich die Jugendlichen rasch von der Religion abgewandt, heute sei es genau umgekehrt. In jenen Jahren seien *„die Imperialisten als Freunde betrachtet"* worden, jetzt sehe das Volk sie *„als die größte Gefahr"* an. So lange man von den Muslimen in der Türkei spreche, werde man auch von Prof. Dr. Necmettin ERBAKAN sprechen; wenn Gott es zulasse, werde dies mehr als tausend Jahre dauern.

---

[95] „Milli Gazete" vom 12. Mai 2006.

[96] „Milli Gazete" vom 21. März 2006.

[97] In der Türkei wurde im Oktober 2006 mehr als 60 verdienten Mitgliedern der bisherigen „Milli Görüs"-Parteien, so auch KUTAN, eine „Ahde Vefa-Plakette" verliehen; am „Treue-Tag" („Vefa Günü") der „Milli Görüs" im Rahmen der „Woche der Eroberung" wurde im Rahmen einer von der SP in Istanbul veranstalteten Zeremonie 2.500 Personen eine Ehrenurkunde verliehen.

[98] Bezeichnung der ersten von ERBAKAN 1970 gegründeten Partei in der „Milli Görüs"-Tradition, Verbot 1971.

Bei einer Rede[99] im August 2006 anlässlich des 5. Jahrestags der Gründung der „Saadet Partisi“ in Istanbul beschrieb ERBAKAN die von ihm als *„die vor 37 Jahren begonnene „Milli Görüs-Operation“*[100] bezeichnete Bewegung mit dem „Milli Görüs“ eigenen Pathos folgendermaßen:

> *„Wie Sie alle wissen, war der heilige Ebu Eyüp el-Ensari*[101] *der Bannerträger unseres Propheten. Er war sein ganzes Leben hindurch der Fahnenträger der Heere des Islam (...) Wir haben es jedes Jahr bei den Feiern am 29. Mai*[102] *wiederholt: Wenn jemand Ebu Eyüp el-Ensari vor Augen hat, wie er im Alter von über 90 Jahren auf einem sich aufbäumenden weißen Pferd sitzt, mit je dreien seiner Söhne auf beiden Seiten, gegen die Pfeile der Byzantiner und die Feuer der Gregorianer* [ankämpfend] *(...) wenn jemand diesen Anblick vor Augen hat, sieht er, was Glaube, Bewusstsein und Entschlossenheit heißt. Was Milli Görüs ist, sieht er in eben jenem Augenblick.“*[103]

Gleichzeitig bekräftigte ERBAKAN den globalen Führungsanspruch der „Milli Görüs“:

Heilung der Welt

> *„Inzwischen kennt nicht nur unsere Türkei, sondern die ganze Welt Milli Görüs, und Milli Görüs ist nicht nur die Rettungsoperation für die Türkei, sondern steht für die Rettung der gesamten Menschheit und für die Begründung einer neuen Welt.“*

Das unter Führung der „Milli Görüs“ zu errichtende „Zivilisationsprojekt“ einer „Neuen Welt“ ist auch Bestandteil eines in dieser Rede wie auch häufig von Politikern der „Saadet Partisi“ zitierten Slogans: „Lebenswerte Türkei“ (Yasanabilir Türkiye) - „Neue Groß-Türkei“ (Yeniden Büyük Türkiye)

---

99 Wortlaut der Rede abgedruckt in „Milli Gazete“, Ausgaben vom 10./11./12./14. August 2006.

100 Mit dem hier bewusst verwendeten Begriff „harekat“ („Operation“) statt des zu erwartenden Begriffs „hareket“ (Bewegung“) stellt ERBAKAN hier eine sprachliche Parallele zur im selben Satz erwähnten „Friedensoperation Zypern“ („Kibris Baris Harekati“), der Militärintervention von 1974, her und verleiht dadurch der „Milli Görüs“ gleichsam eine militärische Dimension.

101 Der Prophetengefährte Ebu Eyüp el-Ensari fiel als Glaubenskämpfer während der ersten Belagerung von Byzanz durch die Araber (672-678 n.Chr.). Zu Zeiten der Osmanen fand in Eyüp die Zeremonie des Schwertumgürtens aus Anlass der Thronbesteigung osmanischer Sultane statt.

102 An diesem Tag veranstaltet „Milli Görüs“ eine prunkvolle Feier zum Gedenken an die Eroberung Istanbuls durch Sultan Mehmet II.

103 Hier und im Folgenden: „Milli Gazete“ vom 10. August 2006.

- „Neue Welt“ (Yeni Bir Dünya).[104] ERBAKAN beschrieb in der „Milli Gazete“, welchen politischen Weg eine Türkei unter Führung der „Milli Görüs“ verfolgen würde:

> *„Wäre Milli Görüs heute an der Regierung, würden wir nicht einen Tag länger in den Vereinten Nationen verbleiben, sondern mit sämtlichen muslimischen Staaten austreten und neue, völlig andere Vereinte Nationen gründen, die der Menschheit Glückseligkeit bringen.“*[105]

Deutlich benannte er die politische Kraft, die die Durchsetzung der „Milli Görüs“ und damit einer „gerechten Weltordnung“ bisher verhindert habe:

> *„Indem er die Türkei schluckt, arbeitet der rassistische Imperialismus daran, durch Gründung von Groß-Israel die ganze Welt zu versklaven. Dabei hilft ihm die Mentalität der Kollaborateure. Diejenigen, die dagegen versuchen, eine Gerechte Ordnung (Adil bir Düzen)*[106] *zu gründen, um der gesamten Menschheit zu ihrem Recht zu verhelfen, sind die Milli Görüs-Leute. (...) Der sofortige Abbruch der Verhandlungen mit der EU und die Gründung einer Neuen Welt innerhalb der D-8*[107] *ist nur mit Milli Görüs, mit der Saadet Partisi möglich.“*[108]

„Gerechte Ordnung“ durch „Milli Görüs“

Einzig die „Saadet Partisi“, mit der durch „Milli Görüs“ wahre Unabhängigkeit verwirklicht werden könne, ist nach Auffassung ERBAKANs bleibend. Sämtliche sonstige Parteien sind aus seiner Sicht „Satelliten“, die die „Erniedrigung“, die „ausbeuterische Sicht“ repräsentieren. Der SP-Generalvorsitzende KUTAN zeigte sich bei einer Parteiveranstaltung in Istanbul überzeugt, dass die Begründung der „Gerechten Ordnung“ (Adil Düzen) durch die „Milli Görüs“-Mannschaften verwirklicht werde, denn würden große Missionen rechtmäßig vertreten, so gebe es niemanden, der davon nicht zu überzeu-

[104] Die „Saadet Partisi“ verfügt über eine eigene „Nationalhymne“, in der die Bestandteile des Slogans den Refrain bilden.

[105] „Milli Gazete“ vom 11. August 2006.

[106] Titel der von ERBAKAN verfassten programmatischen Schrift, die zum einen eine „gerechte Wirtschaftsordnung“ ohne das „verderbte Zinssystem“ und zum anderen einen Pluralismus von Rechtssystemen im Staat vorsieht.

[107] Von ERBAKAN begründetes Gegenmodell zu G-8.

[108] „Milli Gazete“, Ausgaben vom 11. und 12. August 2006.

gen wäre. Ausdrücklich bezog KUTAN die Einbindung der „Milli Görüs"-Repräsentanten in Europa in die Verfolgung der gemeinsamen Ziele mit ein. Wörtlich führte er aus:

> *„Unsere Arbeit geht nicht nur in Istanbul, sondern in ganz Anatolien und in Europa weiter. Als ich vor zwei Wochen in Belgien an der Generalversammlung der Milli Görüs-Organisation in Europa* [Avrupa Milli Görüs Teskilati][109] *teilnahm, sah ich, dass der Saal komplett voll war (...) Nicht nur ihr, sondern auch andere Milli Görüs-Leute versuchen in dieser Stunde, überall im Land mit Vorträgen unser Volk aufzuklären. (...)*[110]

Die weltpolitische Konstellation aus „Milli Görüs"-Sicht wird in einer Kolumne der „Milli Gazete" vom 6. und 7. Juni 2006 folgendermaßen dargestellt:

> *„Die Religion ist die erste und einzige Tatsache des menschlichen Lebens. Die Geschichte beginnt mit dem Islam, das heißt mit Adam. Von damals an bis heute befindet sich die Menschheit zwischen zwei Polen: zwischen Recht (hak) und Nichtigem (batil). Die Menschheit ist vom Nichtigen bedroht. Der Unglaube (küfür) hat nur eine einzige Nation. Das Nichtige und der rassistische Imperialismus sind die bedeutendsten Probleme, die die Menschheit bedrohen (...) Wir sind die Bewahrer der Natur, wir sind keine Kolonialisten, sondern Bewahrer. Die Wissenschaft wurde der Welt von den Muslimen geschenkt (...) Wir sind mit dem Bau eines Palastes beschäftigt. Die Innenausstattung kommt erst noch (...) Milli Görüs gehört nicht [nur] der Türkei. Milli Görüs ist das Gehirn. Die Gerechte Ordnung (Adil Düzen) ist das Herz."*

Am 27. Mai 2006 feierte die „Milli Görüs"-Bewegung in einem Istanbuler Stadion den 553. Jahrestag der Eroberung Istanbuls. Organisator der Veranstaltung war laut einem Artikel der „Milli Gazete" vom 1. Juni 2006 die

[109] KUTAN bezieht sich auf den am 4. Juni 2006 abgehaltenen „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität" der IGMG in Hasselt.

[110] „Milli Gazete" vom 26. Juni 2006.

„Anadolu Genclik Dernegi“ (AGD, „Verein Anatolische Jugend“) als eine weitere Komponente der „Milli Görüs“. Vertreter dieser Organisation treten auch bei Veranstaltungen der IGMG auf, so deren stellvertretende Vorsitzende bei einer von der IGMG-Region **Stuttgart** organisierten Koran-Rezitationsveranstaltung im Ramadan 2006, bei der auch führende Funktionäre der Kerpener Generalzentrale zugegen waren.[111] Als Ehrengast bei der Veranstaltung zum Jahrestag der Eroberung sei „Milli-Görüs“-Führer ERBAKAN aufgetreten, auch die ehemaligen Generalvorsitzenden der mittlerweile geschlossenen Stiftung „Milli Genclik Vakfi“[112] und Funktionsträger der „Milli Görüs“-Bewegung hätten die „Erobererjugend“ unterstützt. Die Anwesenheit von Vertretern aus anderen Teilen der islamischen Welt sowie von hohen Funktionären der IGMG habe der Veranstaltung eine *„universelle Dimension“* verliehen. Der Vorsitzende der AGD Istanbul habe bei der Veranstaltung die Meinung vertreten, in Zeiten, in denen *„Menschenrechte und Freiheiten mit Füßen getreten“* würden, seien *„neue Eroberungen“* notwendig. Necmettin ERBAKAN habe hierzu in seiner Rede ausgeführt:

„Eroberer“-Mentalität

> *„Wenn Stadien sich mit Menschen füllen, die die Herrschaft Gottes errichten* (Hakk'i hakim kilmak) *wollen, ist die Rettung nah. Jetzt sind die Stadien gefüllt. Also ist die Rettung nah. Nehmt* [Sultan] *Fatih als Vorbild! Lernt eure Geschichte, euer Volk und eure Religion kennen! Werdet Soldaten der Milli Görüs-Mission!“*

Der Generalvorsitzende der „Islamischen Partei Pakistans“ habe bei dieser Veranstaltung ERBAKAN als *„Führer“* gewürdigt, der das Banner des Islams in der Türkei gehisst und in der Türkei ein Bollwerk gegen den amerikanischen Imperialismus errichtet“ habe. Hasan DAMAR, Berater des Generalvorsitzenden der IGMG-Zentrale in Kerpen, habe sich bei derselben Veranstaltung mit Blick auf die Rolle der „Milli Görüs“ in Europa folgendermaßen geäußert:

> *„Wir durchschreiten einen außergewöhnlichen Prozess. Deshalb müssen wir noch zielstrebiger und eifriger sein als früher. Um Milli Görüs wieder an*

[111] „Milli Gazete“ vom 19. Oktober 2006.

[112] Die Tageszeitung Hürriyet berichtete im Jahr 2000 zu diesen „Eroberungsfeiern“: „Die Regierungspräsidien werden die Feiern zum Jahrestag der Eroberung Istanbuls am 29. Mai, die seitens der MGV, die quasi als Jugendorganisation der Fazilet Partisi fungiert, geplant sind, nicht gestatten. Durch einen landesweiten Erlass des Innenministeriums wurde die Veranstaltung von Feiern zum 29. Mai lediglich dem Regierungspräsidium Istanbul zugestanden.“ (Ausgabe vom 19. Mai 2000).

Befehlshaber ERBAKAN

die Macht zu bringen, müssen wir von Europa und müsst ihr von der Türkei aus mit aller Kraft arbeiten (...) Wir als in Europa befindliche Auswanderer (muhacir)[113] *unterstehen dem Befehl unseres Hodjas Erbakan.“*[114]

Dass ERBAKAN gleichsam als messianische Lichtgestalt verehrt wird, wurde beim „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 4. Juni 2006 im belgischen Hasselt deutlich: ERBAKAN wurde von einem der Moderatoren, dem Prediger der IGMG-Region Bremen, als *„der von sechseinhalb Milliarden* [Menschen] *erwartete Mann, der „Verteidiger“* (Savunan Adam)[115], der das *„ihm von der Geschichte verliehene Siegel im Sinne seiner Mission einsetzt“*, angekündigt.[116] Besonders klar manifestiert sich bei derartigen Großveranstaltungen der „Milli Görüs“ das Bewusstsein einer „auserwählten Gemeinschaft“, die ein spezifisches Konzept des Heilserwerbs verfolgt. KUTAN wurde dem Publikum als *„der Mann aus Anatolien, dem Land der Hoffnung, dem als Lohn für seine Treue von Milli Görüs-Führer Erbakan die Stirn geküsst und der der nächste Ministerpräsident der Türkei sein* [werde],“ präsentiert. Neben der türkischen Nationalflagge und der Fahne mit IGMG-Emblem wurden bei der Veranstaltung grüne Fahnen mit dem islamischen Glaubensbekenntnis geschwenkt, teilweise mit aufgeheftetem Porträt ERBAKANs; junge Männer mit grünen Stirnbändern, auf denen das Glaubensbekenntnis aufgedruckt war, befanden sich gleichfalls im Publikum. Als einziger nichttürkischer Gast trat auf dieser Veranstaltung der Mufti von Sandjak, Muamer ZUKORLIC[117], auf, der eine ins Türkische übersetzte Rede auf Arabisch hielt, in welcher er auf die Brückenfunktion der Muslime des Balkans, auf die Notwendigkeit der „islamischen Einheit“ der Muslime im Europa des 21. Jahrhunderts und gleichzeitig darauf hinwies, dass Europa *„von den wahren Muslimen nur Gutes zu erwarten und sich nicht zu fürchten“* habe.

---

113 Der Begriff spielt auf die „Auswanderung“ (hidra) des Propheten Muhammad im Jahr 622 von Mekka nach Medina an; im Jahr 630 erfolgte von dort aus mit der Eroberung Mekkas die siegreiche Rückkehr.

114 „Milli Gazete“ vom 29. Mai 2006.

115 Beiname ERBAKANS.

116 Hier und im Folgenden: DVD „IGMG-Tag der Brüderlichkeit und Solidarität - 4. Juni 2006, Hasselt/Belgien“.

117 Absolvent einer Medrese in Sarajewo und der Fakultät für Islamisches Recht in Constantine (Algerien); 1993 zum Mufti ernannt, seit 2002 Rektor der privaten Internationalen Universität Novi Pazar; ein 2002 in Novi Pazar durchgeführtes interkulturelles Projekt der EU zu Interkulturalismus, inter-ethnischer Solidarität und Sexualerziehung stieß auf die erklärte Gegnerschaft des Mufti und des von ihm beeinflussten dortigen „Muslim Youth Club“, so dass das Projekt vorzeitig abgebrochen wurde.

antisemitische Rhetorik

Von ERBAKAN von jeher vertretene antisemitische Positionen spiegeln sich exemplarisch in seiner Kommentierung des militärischen Konflikts zwischen der „Hizb Allah" und dem Staat Israel im Sommer 2006 wider, wo er gegenüber Landsleuten äußerte, *„die Massaker* [der Israelis]" seien *„identisch mit deren Charakterzügen."*[118] Es handele sich dabei um die *„Reflexion ihrer realen Sicht auf unsere Welt"*. Die eineinhalb Milliarden Nichtmuslime der Welt würden *„vom selben Zentrum aus gesteuert"*, dessen Name *„rassistischer Imperialismus"* laute. Die Israelis würden mit dem Terror fortfahren, weil sie sich als *„überlegene Rasse"* begriffen, und um die Welt zu korrumpieren, sei ihnen *„jedes Mittel recht"*. Sie arbeiteten auf die Weltherrschaft hin und betrachteten dabei *„alle anderen Nationen als Ungeziefer, welches man zertreten könne."* Deshalb betrieben sie ihre Tyrannei *„geradezu mit andächtiger Inbrunst"*. Zur Abhilfe sind laut ERBAKAN von Seiten der Muslime fünf Dinge notwendig: Gründung eigener Vereinter Nationen und einer eigenen NATO, Übergang zu einer eigenen Währung, Herstellung wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie Gründung einer gemeinsamen islamischen Armee.

kontinuierlicher Austausch mit SP

Visiten von IGMG-Delegationen bei maßgeblichen Repräsentanten der SP in der Türkei untermauern die wechselseitigen engen Beziehungen. Eine Delegation von IGMG-Mitgliedern aus Europa besuchte den SP-Generalvorsitzenden KUTAN in Ankara anlässlich seiner Wahl in dieses Amt.[119] Mitglieder der IGMG-Region Ruhr A besuchten den früheren IGMG-Generalvorsitzenden und derzeitigen Vorsitzenden der SP Istanbul, Osman YUMAKOGULLARI, an seinem Amtssitz. Bei diesem Besuch lobte YUMAKOGULLARI die Gäste aus Deutschland:

> *„Inmitten eines anderen Glaubens, einer anderen Kultur, eines anderen Lebens habt ihr dank der IGMG Eure Werte bewahrt. Bemüht euch auch künftig, euch zu integrieren, indem ihr gleichzeitig diese Werte bewahrt."*[120]

Eine Gruppe von Jugendlichen aus IGMG-Moscheevereinen in Nordrhein-Westfalen wurde bei einem Schulungswochenende in der Zentrale der SP empfangen, wobei auch ein Zusammentreffen mit Prof. Dr. ERBAKAN auf dem Programm stand, dem die Jugendlichen durch Handkuss ihre Verehrung entgegenbrachten.[121] Umgekehrt sind Politiker der „Saadet Partisi" regelmäßig Gäste bei Veranstaltungen der IGMG. So veranstaltete die

[118] Hier und im Folgenden: „Milli Gazete" vom 22. Juli 2006.
[119] „Milli Gazete" vom 3. Mai 2006.
[120] „Milli Gazete" vom 25. April 2006.
[121] DVD des Medienprojekt Wuppertal e.V: „Jung und Moslem in Deutschland" („Taner - Ein Jugendlicher bei Milli Görüs").

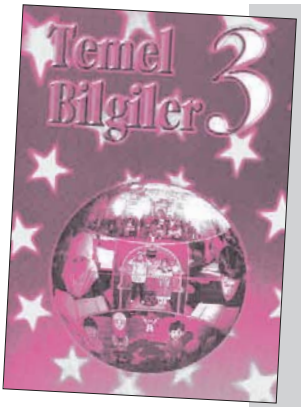
IGMG Region **Stuttgart** Ende Mai 2006 in **Ludwigsburg** einen „Tag des Friedens und der Brüderlichkeit", bei dem der stellvertretende Vorsitzende der SP, Yasin HATIPOGLU, auftrat. Im Rahmen seiner Rede[122] habe er zur *„Brüderlichkeit unter Muslimen"* referiert; derselbe Redner, der auch als Kolumnist für die „Milli Gazete" tätig ist, beschrieb in der Ausgabe dieser Zeitung vom 13. November 2006 den *„edlen Marsch"* der „Milli Görüs" zur *„Weltherrschaft"* (cihan hakimiyeti). Bei der Veranstaltung in **Ludwigsburg** sei die IGMG **Fellbach** für den ersten Platz bei der Kampagne *„Jedes Mitglied* [wirbt] *ein Mitglied"* ausgezeichnet worden. Die in der Saison 2005/2006 erfolgreichen Regional- und Vereinsvorsitzenden sowie Imame und Prediger seien mit Medaillen ebenfalls geehrt worden.

Festigung der Identität als Erziehungsziel

Unverändert intensiv betreibt die IGMG eine auf die Bewahrung der religiösen, kulturellen und nationalen Werte und die Stärkung der muslimischen Identität ausgerichtete Jugendarbeit. Ein Nebeneffekt ihrer schulbegleitenden Kurse ist die ohnehin angestrebte Bindung der Kinder und Jugendlichen an die Moschee. Neben fortlaufenden Kursen und Ferienkursen spielen Angebote in privatem Rahmen wie „Hausgespräche" (ev sohbetleri) eine Rolle. Diese wurden auch in Baden-Württemberg, so im April 2006 in **Esslingen**, durchgeführt.[123] Zum Jahresende 2006 richtete die IGMG-Zentrale Kerpen im Zusammenhang mit ihrer Jugendarbeit das Projekt „2.000 Hausgespräche" aus.[124] „Hausgespräche" hält auch die SP in der Türkei ab; nach einem Bericht einer Stadtteilzeitung der SP Istanbul[125] sollen allein im Februar 2006 in einem Stadtteil Istanbuls 1.000 dieser Veranstaltungen durchgeführt worden sein. In einer „Milli Gazete"-Kolumne zum Thema „Jahr der Wiederbelebung der Sunna 2006"[126] forderte der Autor im Hinblick auf die Inhalte der „Hausgespräche" deren Ausrichtung an der Prophetenbiographie und den Hadithen.[127] Die „Milli Görüs"-Bewegung in der Türkei und die IGMG bedienen sich folglich gleichartiger Strategien, die sowohl dem Zweck der ideologischen Festigung als auch dem der Vergrößerung der Anhängerschaft dienen sollen.

---

122 „Milli Gazete" vom 2. Juni 2006.
123 „Milli Gazete" vom 22. April 2006.
124 „Milli Gazete" vom 17. Oktober 2006.
125 „Saadet", Zeitung der SP für den Stadtteil Bagcilar, Nr. 11 vom April 2006.
126 Das Jahr 2006 war nach einem Kongress der „Muslimischen Weltjugend" unter Vorsitz des „Anadolu Genclik Dernegi" im August 2005 zum „Jahr der Wiederbelebung der Sunna" erklärt worden.
127 „Milli Gazete" vom 18. März 2006.



Wichtig ist für die IGMG auch die eigene Bildungsarbeit. In den Kursen findet das von ihr herausgegebene dreibändige Lehrwerk „Temel Bilgiler" Verwendung. Auch in der Neuauflage findet sich die Gegenüberstellung der *„einzigen Religion, die ihren Kern bewahrt"* habe, mit den *„im Kern verdorbenen Religionen des Juden- und Christentums"*[128], ergänzt um den Hinweis, mit dem Auftreten des Islams seien *„die Bestimmungen der anderen Religionen hinfällig"* geworden. Das Ziel des Muslims, so wird hier gelehrt, müsse es sein, dass alle Menschen sich nach derselben Gebetsrichtung neigten und alle Menschen Allah anbeteten. Dafür müsse man leben, dafür müsse man kämpfen.[129] Der Begriff des „Djihad" ist in diesem Lehrbuch sehr weit gefasst:

> *„Das Leben unseres Propheten, anders ausgedrückt, sein Djihad, bedeutet die Herrschaft des Rechts (hak)[130], das heißt die Sicherung des Friedens auf Erden und die Erlangung und den Schutz der Menschenrechte im eigentlichen Sinn des Wortes. Denn unser Prophet hat niemals aus einem anderen Grund gekämpft. Und er ist immer gegen Ungerechtigkeit eingetreten."*[131]

Djihad als Form des Gottesdienstes

Die Pflicht des Djihad, so wird weiter ausgeführt, sei *„diejenige Form der Andacht, die mit dem Körper, dem Vermögen und gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens auszuführen"* sei. Djihad bedeute, sich mit aller Kraft für den *„Sieg des Guten über das Schlechte und für das Auslöschen von Zwietracht und Übel auf Erden"* einzusetzen. Die Andacht des Djihad geschehe *„nicht um des Individuums, sondern um der ganzen Menschheit willen"*, und das durch den Djihad erworbene Verdienst übersteige deshalb das Verdienst anderer Andachtsformen um ein Vielfaches.[132] Mit der Definition des Begriffs „Djihad" für den Muslim in Europa heutzutage werden zwar weit gefasste mögliche Motivationsanreize benannt, jedoch bleibt offen, mit welchen Mitteln der Djihad zu führen sei:

[128] Temel Bilgiler 2, Köln 2002, S. 2f.
[129] Temel Bilgiler 1, Köln 1998, S. 34.
[130] Zweitbedeutung von „hak" ist „Gott".
[131] Temel Bilgiler 2, Köln 2002, S. 75; Übernahme wie im Original.
[132] Hier und im Folgenden: Temel Bilgiler 2, Köln 2002, S. 76, Übernahme wie im Original.

„Die Muslime in Westeuropa leben heute im allgemeinen in Frieden und Freiheit. In dieser Umgebung ist ‚Djihad' nur als Kampf gegen Ungerechtigkeiten, Unterdrückung und Vorurteile in der Gesellschaft zu verstehen."

Mit der „Schule für Islamische Wissenschaften" in Köln, die im Sommer 2006 die ersten Absolventinnen nach vierjähriger Ausbildung entließ, verfügt die IGMG über eine speziell auf Frauen zugeschnittene Institution, durch die die künftige Ausbildung des eigenen Nachwuchses sichergestellt werden soll. Auf der Website der Schule bezeichnet es die IGMG als ihr Ziel, derartige Schulen in ganz Europa zu verbreiten. Weitere Ziele seien die *„Sicherstellung einer nutzbringenden Funktion innerhalb der eigenen Gemeinschaft"* sowie der *„elementaren Kommunikation innerhalb der Gesellschaft"*.[133]

„Milli Gazete" als Bindeglied

Die Förderung und Verbreitung der „Milli Görüs"-Ideologie und der Zusammenhalt der Bewegung werden maßgeblich durch die „Milli Gazete" sichergestellt. In der Türkei erläuterten im Lauf des Jahres 2006 Verantwortliche der „Milli Gazete" beziehungsweise der SP auf Veranstaltungen in verschiedenen Regionen Anatoliens die Bedeutung der Zeitung für die *„Bewusstwerdung der Nation"*. Der Pressechef der Zeitung, Necdet KUTSAL, schrieb im „Brief von Milli Gazete"[134] in der Ausgabe vom 27. Juni 2006:

„Das Wichtigste, was an diesen Versammlungen für uns zu beobachten war, ist die Tatsache, wie die politische Bewegung der Milli Görüs und die Zeitung Milli Gazete miteinander gekoppelt sind (...) Wir haben einen einzigen Kanal, über den die Rettungskonzepte der Milli Görüs-Politik, die wir unserer Nation vorlegen, der Nation überbracht werden können, und das sind Milli Gazete und TV 5."

Zum selben Thema konstatierte der Kolumnist Dr. Abdullah ÖZKAN[135] in der Ausgabe vom 29. Mai 2006:

---

[133] Internetauswertung vom 25. September 2006.

[134] Rubrik der „Milli Gazete", in der sich Verantwortliche der Zeitung in eigener Sache an die Leserschaft wenden.

[135] Der Kolumnist ist gleichzeitig Leiter der Nachrichtenredaktion von „TV 5".

„Überall dort, wo Milli Gazete gelesen und TV 5 gesehen wird, kann man im Volk eine unglaubliche Bewusstwerdung, ein Erwachen aus dem Schlaf, ein Abschütteln einer Narkosewirkung beobachten (...) Unsere Nation kämpft auf dem Feld der Medien einen neuen Befreiungskampf (kurtulus mücadelesi)[136] *(...) Jeder, der Milli Gazete mit dem Volk zusammenführt und sich dafür einsetzt, dass TV 5 überall in unserem Land gesehen wird, ist ein Held in diesem Befreiungskampf."*

Ungeachtet ihrer formalen Unabhängigkeit wird aus der detaillierten Berichterstattung der „Milli Gazete" über Veranstaltungen in den IGMG-Moscheen und andere Interna die Rolle der Zeitung als Sprachrohr und Forum der IGMG deutlich. Nicht selten nehmen an diesen Veranstaltungen Kolumnisten der Zeitung als Gäste, aber auch als Vortragende teil. So war die Kolumnistin Mine ALPAY GÜN Mitte Oktober 2006 Gastrednerin bei der französischen „Milli Görüs"-Organisation CIMG[137] in der Region Straßburg[138]. Der Kolumnist Sakir TARIM referierte Ende Oktober 2006 bei den „Herzensgesprächen" (gönül sohbetleri) des IGMG-Jugendverbands Hessen[139] und Anfang November bei einem internen Fortbildungsseminar der IGMG Rüsselsheim.[140] Die IGMG veröffentlicht darüber hinaus in der Zeitung ihre Freitagspredigten sowie Genesungs-, Glückwunsch- und Kondolenzanzeigen von und für Mitglieder der Organisation. Außerdem ermöglicht die IGMG der Zeitung die Mitwirkung an ihren Veranstaltungen mit Informationsständen zur Verkaufsförderung und Abonnentenwerbung. In den der IGMG-Region **Stuttgart** zugehörigen Moscheevereinen **Mühlacker**, **Stuttgart-Wangen** und **Waiblingen** richtete die **Stuttgarter** Vertretung der Zeitung im Rahmen einer PR-Kampagne im Mai 2006 Stände ein. Der Stand der „Milli Gazete" in der **Stuttgart-Wangener** Moschee wurde vom Landesvorsitzenden der IGMG, Adem KAYA,

Kampagnen für „Milli Gazete"

[136] Mit der terminologischen Gleichsetzung dieses „Kampfes" mit dem von Atatürk angeführten Befreiungskrieg gegen die Besatzer des anatolischen Territoriums hebt der Kolumnist diese Angelegenheit auf höchste Ebene.

[137] „Communauté Islamique du Milli Gorus".

[138] „Milli Gazete" vom 12. Oktober 2006 und vom 6. November 2006.

[139] „Milli Gazete" vom 30. Oktober 2006.

[140] „Milli Gazete" vom 6. November 2006.

besucht. An den drei Orten der PR-Kampagne wurden mehr als tausend Exemplare der Zeitung an Landsleute verschenkt. Anlässlich einer Massenbeschneidung in einem Festsaal in **Waiblingen** wurden auf jedem Tisch Exemplare der „Milli Gazete" ausgelegt.[141] In **Esslingen** wurde an die Gemeindemitglieder im Anschluss an das Ramadan-Festgebet jeweils eine Ausgabe der Zeitung verteilt.[142] Bei einer von der IGMG-Region **Freiburg** organisierten Koran-Festveranstaltung in **Donaueschingen** war ebenfalls ein „Milli Gazete"-Stand aufgebaut.[143] In „Milli Gazete" vom 7. Februar 2006 wurde berichtet, im Anschluss an eine Versammlung der Vereinsvorsitzenden der IGMG-Region **Freiburg** hätten sich zwei Teilnehmer der *„Milli Gazete-Familie"* als Abonnenten angeschlossen. Der „Milli Gazete"-Funktionär Ekrem KIZILTAS, der auch bei „TV 5" als Moderator fungiert, berichtete in der Ausgabe vom 24. Juni 2006 über die „TV 5-Europa-Tage". Er sei deswegen bei Veranstaltungen in Dortmund, Köln und Duisburg zugegegen gewesen und habe die Gelegenheit genutzt, mit „TV 5"-Zuschauern und „Milli Gazete"-Lesern zusammenzukommen. Vor Beginn des Ramadan 2006 wurden die IGMG-Moscheevereine per Anzeige in der „Milli Gazete"[144] aufgefordert, größere Paketbestellungen der Zeitung rechtzeitig aufzugeben. Der Repräsentant der „Milli Gazete" für die Region **Freiburg**, Ali ATIK, antwortete in der Ausgabe der „Milli Gazete" vom 22. März 2006 auf die Zuschrift einer Leserin aus Konya, die darin ihre Zufriedenheit über die Großdemonstration der SP in Istanbul als Reaktion auf die „Karikaturenkrise" mit den Worten *„Solch eine Großveranstaltung können nur der Glaubenskämpfer Hodja Erbakan und seine glaubenskämpferischen Schüler zustande bringen (...) Wie glücklich, dass wir Milli Görüs-Anhänger und die Umma des Muhammed Mustafa sind!"*, zum Ausdruck gebracht hatte, folgendermaßen:

> *„(...) Ich lade alle Menschen, die Milli Görüs angehören, ein, sich unserer Zeitung, die unsere Stimme und unser Ohr ist, anzunehmen. Wenn sie nur einmal anfangen, sich einmal daran gewöhnen, legen sie sie nicht wieder beiseite (...) Wie glücklich, wer*

141 „Milli Gazete" vom 9. Mai 2006.
142 „Milli Gazete" vom 28. Oktober 2006.
143 „Milli Gazete" vom 6. Mai 2006.
144 So auch in einer entsprechenden Anzeige am 12. Oktober 2006.

Milli Görüs angehört und wer für Milli Gazete eintritt und sie liest (...)“

antisemitische Tendenzen

Bestimmte Meinungsäußerungen, insbesondere antisemitische Positionen, über deren abträgliche Wirkung in Deutschland sich die IGMG im Klaren ist, versuchte man in der Europa-Ausgabe der „Milli Gazete“ zu vermeiden. Dennoch waren entsprechende Inhalte aufzufinden[145], deutlicher noch in der Türkei-Ausgabe der Zeitung, in der sich in einem Fall der Autor in einer den Holocaust relativierenden Kolumne[146] auf den Revisionisten Roger GARAUDY[147] und den Holocaustleugner Fred LEUCHTER[148] berief. Am „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 4. Juni 2006 in Hasselt/Belgien führte der IGMG-Buchclub an seinem Stand das aus dem Iran stammende antisemitische Propagandavideo „Zehras blaue Augen“ („Filistinli Zehra'nin Gözleri“) im Angebot, das zuvor auch über „TV 5“ ausgestrahlt wurde und in dem dargestellt wird, wie Juden aus rassistischen Motiven palästinensische Kinder als menschliche „Ersatzteillager“ missbrauchen.

Einsatz pro Kopftuch

In einem Artikel der „Milli Gazete“ über eine Veranstaltung der Zeitung in Ankara[149] wurde der Generaldirektor der Zeitung mit der Aussage zitiert, es werde in der Türkei *„kein Kopftuchproblem mehr geben“*, sobald eine Auflage von 150.000 bis 200.000 Stück erreicht sei. Die Zeitung, die das Kopftuch und die Verhüllung von Frauen propagiert, stellte hier in Aussicht, das Kopftuchverbot in der Türkei werde nicht mehr zu halten sein, sobald eine entsprechend große Zahl von Anhängern ihren Forderungen stärker Nachdruck verleihen könne. In Deutschland tritt die IGMG gleichfalls als Verfechterin des Kopftuchs hervor. Besonders nach dem öffentlichen Appell einer türkischstämmigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags und weiterer türkischstämmiger Kolleginnen an muslimische Frauen in Deutschland, das Kopftuch als Zeichen ihrer Integration abzulegen, reagierte die IGMG in der Person ihres Generalvorsitzenden Yavuz Celik KARAHAN mit den Worten, man könne nicht Menschen integrieren,

[145] Exemplarisch kann hier die Kolumne „Israel und die ‚gläubigen Muslime'“ in der Ausgabe vom 5. August 2006 angeführt werden.

[146] Online-Ausgabe der „Milli Gazete“ vom 13. September 2006.

[147] Konvertit; wegen Leugnung des Holocaust sowie Aufstachelung zum Rassenhass in seinem 1996 erschienenen Buch „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“ 1998 von einem französischen Gericht verurteilt.

[148] Im „Leuchter-Report“ hatte LEUCHTER behauptet, dass in den Gaskammern der Vernichtungslager des nationalsozialistischen Regimes kein Massenmord an Menschen stattgefunden haben könne.

[149] „Milli Gazete“ vom 11. Oktober 2006.

indem man sie *„dazu aufrufe, ihre Identität aufzugeben“*. Politisch verantwortliches Handeln gebiete vielmehr, *„diese Menschen mit ihren Unterschieden in die Gesellschaft zu integrieren.“*[150] Der Vorsitzende des *„Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland“*, Ali KIZILKAYA, kritisierte den Vorschlag als *„Versuch der Bevormundung der muslimischen Frauen.“* Der Islam könne nicht über Assimilation integriert werden. Vielmehr bedeute Integration, *„dass man auch die Identität bewahren darf und soll.“* Die Vorsitzende der IGMG-Frauenverbände, Zehra DIZMAN, wertete die Aufforderung zum Abnehmen des Kopftuchs als *„in höchstem Maß diskriminierend und gewissenlos“*[151]. Die Äußerungen seien *„äußerst betrüblich und verletzend“* und es müsse *„hinterfragt werden, ob diese Personen überhaupt als Volksvertreterinnen anzusehen“* seien. Als muslimische Frauen verurteile man diese ehrverletzende Haltung aufs Schärfste und appelliere an das *„Einsehen und das Gewissen der Urheber dieser unglücklichen Erklärungen“*.

Die IGMG-Zentrale vergibt an angehende Studentinnen, die in der Türkei aufgrund des dortigen Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen nicht an den Hochschulen zugelassen werden, Stipendien für ein Studium in Europa, vornehmlich in Österreich und Deutschland. Die IGMG setzt diese Studentinnen auch als Lehrkräfte in ihren Kursen ein.[152]

Bindung an Koran und Sunna

Die IGMG propagiert ein allumfassendes, sämtliche Lebensbereiche einschließendes Verständnis des Islam. Die Bindung an Koran und Sunna und deren strikte Observanz sind für die IGMG essenzieller Bestandteil ihres Selbstverständnisses. Oguz ÜCÜNCÜ stellte in seiner Rede beim „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ in Hasselt am 4. Juni 2006 klar:

> *„Wenn die Probleme, die wir als Gemeinschaft, als Milli Görüs, haben, aus unserem Verständnis von Integration herrühren, welches Assimilation kategorisch ablehnt, oder aus unserer Lebensart, d.h. unserer Bindung an Koran und Sunna, dann soll man wissen, dass wir damit einverstanden sind, diese Unannehmlichkeiten auf uns zu nehmen, denn wir sind Muslime. (...) Natürlich werden wir weiterhin den Mitgliedern unserer Organisation den Rücken stärken und unsere juristischen und politischen Aktivitäten fortsetzen.“*[153]

---

150 Hier und im Folgenden: IGMG-Homepage vom 6. November 2006.
151 Hier und im Folgenden: „Milli Gazete“ vom 3. November 2006.
152 „Milli Gazete“ vom 21. November 2006.
153 DVD „IGMG - Tag der Brüderlichkeit und Solidarität - 4. Juni 2006, Hasselt/Belgien“.

ÜCÜNCÜ argumentierte weiter, es könne *„nichts Natürlicheres"* geben, als dass eine religiöse Gemeinschaft nach ihren ureigenen Quellen handle. Wenn dies eine Straftat darstelle, so werde man *„diese Straftat künftig hoffentlich auch weiterhin begehen"*. Bei einer Gedenkveranstaltung für den Propheten in **Mannheim** (IGMG-Region Rhein-Saar) sagte der Regionalvorsitzende, dass *„Gesellschaften, die sich an den Koran hielten, stets überlebt"* hätten[154], während der Vorsitzende des IGMG-Landesverbands, Adem KAYA, in einer Ansprache in der Moschee in **Esslingen** den Islam als *„das einzige System, das nie endet"*, bezeichnete.[155]

Zur Funktion der *„Milli Görüs-Institutionen in Europa"*[156] führte Prof. Dr. Necmettin ERBAKAN beim „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität" am 4. Juni 2006 in Hasselt/Belgien aus, diese Institutionen seien seinerzeit zu dem Zweck gegründet worden, dass *„unsere Menschen dort ihre eigene Kultur leben und weiterentwickeln können"*.[157] Auf derselben Veranstaltung bezeichnete ÜCÜNCÜ unter Hinweis auf den Karikaturenstreit zu Beginn des Jahres 2006 und die Pflicht zur „richtigen Darstellung" des Islams den *„Sinn der Gründung unserer Organisation, den Grund unserer Existenz"* damit, *„der Menschheit unsere Religion und ihren Gesandten mit Weisheit und guten Worten zu erklären"* und wies damit auf den bedeutenden Aspekt der Da'wa[158] hin. In einem auf der Homepage der IGMG eingestellten Kommentar[159] beschrieb ÜCÜNCÜ die IGMG als eine *„unabhängige islamische Religionsgemeinschaft, die sich mit einer weit gefächerten Infrastruktur, im Übrigen sehr erfolgreich, der umfassenden Religionsverwirklichung ihrer Mitglieder"* widme. Der Begriff der angestrebten „umfassenden Religionsverwirklichung" verdeutlicht die Zielsetzung der IGMG, für ihre Anhänger Freiräume für ein Leben zu schaffen, das nur in dieser Ausprägung als „islamkonform" anzusehen sei, indem sie alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft, die ihr eine freiheitliche demokratische Gesellschaft bietet, der sie allerdings im Übrigen skeptisch gegenübersteht. Zwar weist sie im Zusammenhang mit ihrer Integrationsbereitschaft stets darauf hin, sie fordere ihre Mitglieder zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft auf, was sie im Übrigen bereits als Integrationsleistung wertet. Vor dem Hintergrund des Ziels der Verwirklichung einer Lebensführung, welche vollstän-

Ziel: umfassende Religionsverwirklichung

[154] „Milli Gazete" vom 15. April 2006.
[155] „Milli Gazete" vom 13. April 2006.
[156] ERBAKAN verwendete hier die frühere Eigenbezeichnung der „Milli Görüs"-Vereinigungen in Europa, „Avrupa Milli Görüs Teskilatlari", als Synonym für die IGMG.
[157] Hier und im Folgenden: DVD „IGMG - Tag der Brüderlichkeit und Solidarität - 4. Juni 2006, Hasselt/Belgien".
[158] Unter diesem Begriff können sämtliche Tätigkeiten subsumiert werden, die für die Sache des Islam und insbesondere seine Verbreitung „von Nutzen" sind.
[159] IGMG-Website vom 10. Oktober 2006.

dig an einem buchstäblich ausgelegten Islam auszurichten sei, erscheint diese Maßnahme jedoch fragwürdig im Hinblick darauf, ob damit die Erwartungen des Staates an neugewonnene Staatsbürger und deren Verfassungstreue nicht konterkariert werden.

Selbstausgrenzung als positive Integration

Prof. Dr. Arif ERSOY[160], Mitglied des SP-Vorstands und maßgeblich an der Entwicklung des Modells „Adil Düzen" beteiligt, stellte in einem am 13. Oktober 2006 in der „Milli Gazete" veröffentlichten Artikel fest, ein Teil der seit den 1960er-Jahren aus der Türkei ins Ausland abgewanderten Menschen habe sich *„um ihre gemeinsame Weltanschauung und ihre Wertmaßstäbe versammelt und sich in Institutionen zusammengeschlossen, die dabei halfen, die Identität und Kultur unserer Menschen zu bewahren und gleichzeitig dazu beitrugen, dass diese sich den Aufenthaltsländern unter Wahrung ihrer Identität anpassen konnten"*. Nach Auffassung ERSOYs handle es sich dabei um *„positive Integration"* (müspet entegrasyon). Tatsächlich ist hier jedoch eine Resistenz gegenüber einem Mindestmaß an Veränderung zu beobachten, welche von anderen Autoren ebenfalls als positiv hervorgehoben wird, so von Mine ALPAY GÜN, die im Vorfeld ihres Auftritts als Predigerin beim Frauenverband der IGMG-Region Straßburg im Oktober 2006 feststellte:

> *„(...) Es ist, als ob wir hier nicht in Frankreich wären. Als ob wir keinesfalls in Paris, Lyon, Ansy* [Annecy] *oder Straßburg wären, sondern ganz und gar in Anatolien (...) Die Sehnsucht nach der Türkei verbrennt* [diese Menschen] *geradezu (...) Sie haben mich eingeladen, um eine Stimme aus der Türkei zu hören. Wie sehr möchte ich jedoch ihnen zuhören! Wie sehr ist diese Nichtveränderung, diese Bewahrung der eigenen Kultur hochzuschätzen! Was kann ich ihnen schon erzählen?! Sie sind es, die Europa anatolisiert haben."*[161]

Für die Identitätswahrung und gleichzeitig die Implementierung islamischer Positionen auch auf der politischen und juristischen Ebene sorgen Institutionen wie der „European Council for Fatwa and Research" (ECFR), zu dem die IGMG in engem Kontakt steht. Der Vizepräsident des Rats, Faisal

[160] ERSOY betätigt sich auch als Kolumnist der „Milli Gazete"; seine Artikel erscheinen unter dem Motto „Yeni Bir Dünya" („Eine Neue Welt").

[161] „Milli Gazete" vom 12. Oktober 2006.

MAWLAWI, habe sich dafür ausgesprochen, dass die Muslime in Europa *„ins politische Leben eintreten und dabei in allen ihren nutzbringenden und wohlmeinenden Anstrengungen unterstützt werden"*[162] sollten. In diesem Zusammenhang habe MAWLAWI von der Notwendigkeit des Aufbaus eines *„konstruktiven Rechtssystems"* (kurucu bir fikih) gesprochen. Die Relevanz islamischer Rechtsvorschriften für Muslime in Europa ergibt sich auch aus manchem Literaturangebot wie dem mehrfach in der „Milli Gazete" beworbenen rechtswissenschaftlichen Kompendium „Gurbetci Ailenin Fikhi Problemleri" („Die [islam]-rechtlichen Probleme von Familien in der Fremde")[163], welches Muslimen in der Diaspora als Leitfaden für eine umfassende islamische Lebensführung empfohlen wird.

Observanz islamischer Rechtsvorschriften

Seit 2005 wurden im Internet verschiedene, durch Inhalt und Symbolik der „Milli Görüs" nahe stehende türkischsprachige Portale und Foren festgestellt, in denen sich die Anhänger der verschiedenen Komponenten der Bewegung einschließlich der IGMG in Europa austauschen. Die meist jungen Anhänger bekennen sich durch Offenlegen ihrer Funktion innerhalb der Organisation oder ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Regional- oder Ortsverband zum Teil explizit zu ihrer IGMG-Zugehörigkeit. Im Gegensatz zu den über das Forum der IGMG-eigenen Homepage transportierten Inhalten werden hier auch extremistische Äußerungen laut. Deutlich wird, dass hier die ideologischen Grundpositionen ERBAKANs von der Basis rezipiert, verbreitet, vor allem aber uneingeschränkt geteilt werden. Dort platzierte Logos mit entsprechend martialischen Attributen verheißen keine Friedfertigkeit; häufig ist zwischen Textbeiträgen als Motto „Cihad" (Djihad), flankiert von einem Maschinengewehr auf der einen und der schwarzen Fahne des Kalifats auf der anderen, unterlegt mit dem Hadith *„Das Paradies liegt im Schatten der Waffen",* eingestellt. Schriften des Gründers der „Muslimbrüder", Hassan al-BANNA, werden empfohlen, um die *„spirituelle ‚Milli Görüs'-Atmosphäre im Ägypten jener Jahre nachzuvollziehen"* oder um Grundlagen wie „islamische Organisierung" und „Djihad" zu vermitteln.[164] Durch diese sowie weitere Schriften von Necmettin ERBAKAN und Sayyid QUTB werde *„sichtbar, dass die Mission, das Ziel und die Sicht auf die Probleme der Welt bei all diesen Autoren dieselben"* seien. Im *„technologischen Kampf gegen den Unglauben"*[165] wird der *„Geist des Djihad"*[166] im virtuellen Raum beschworen. Neben dem Austausch dienen die Foren auch dem Zweck der Da'wa. Die Konversion von Nichtmuslimen wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen:

martialischer Inhalt in Internetforen

[162] Hier und im Folgenden: „Milli Gazete" vom 15. April 2006.
[163] Anzeige in „Milli Gazete" vom 13. Juni 2006.
[164] Hier und im Folgenden: Internetauswertung vom 31. Januar 2006.
[165] Internetauswertung vom 1. Februar 2006.
[166] Internetauswertung vom 31. Januar 2006.

„Unter dem Vorwand, Arbeit zu suchen, sind wir hierher gekommen, um zu erobern. Für Europa und insbesondere für Deutschland sind WIR verantwortlich (...) Möge Allah uns mit islamischem Bewusstsein ausstatten und (...) möge er uns zum Mittel dazu machen, dass Europa muslimisch wird. Amen."[167]

Ebenso wurden Beiträge festgestellt, die sich mit dem derzeitigen Stand der Da'wa in Deutschland und deren Methodik befassen.[168] Ein in Deutschland ansässiger Autor bemerkte hierzu:

„Denn damit Milli Görüs in Deutschland zur Herrschaft gelangen kann, muss zunächst die Bevölkerung muslimisch werden, sonst ist dies unmöglich. In einem Land, dessen Bevölkerung nicht muslimisch ist, kann man keinen islamischen Staat erwarten (...) An erster Stelle der Dienstleistungen muss folgendes stehen: die Bevölkerung warnen, aufwecken (...), also: Verkündigung betreiben. Parallel dazu muss auch politische Arbeit betrieben werden (...) Milli Görüs ist nicht nur eine politische Organisation. Die Saadet Partisi ist der politische Arm der Milli Görüs. Das heißt, sie ist die politische Bewegung, die für die Vorherrschaft der Milli Görüs tätig ist."

Mit der Aufforderung „Hierher, Ihr IGMG-Anhänger!" konstatierte ein aus der IGMG Holland stammender Teilnehmer unter Angabe seines Absenderorts „Küfristan" („Land des Unglaubens") und seines Berufs „Muslim":

„Liebe Forum-‚Mitbewohner', unser seit Monaten andauernder Djihad läuft nach einer Stockung wieder dem Gipfel zu. Bei dessen Verwirklichung kommt neben den Milli Görüs-Anhängern der Türkei den Milli Görüs-Organisationen in Europa (Avrupa Milli Görüs Teskilatlari), *das heißt der IGMG, die bedeutendste Rolle zu!"*[169]

---

167 Internetauswertung vom 16. März 2006.

168 Internetauswertung vom 1. August 2006 (Rubrik „Islam - Djihad - So sieht der Dienst für Milli Görüs aus").

169 Internetauswertung vom 17. Oktober 2006.

Die Nähe der Forumsteilnehmer zur IGMG untermauern außerdem Fakten wie die Einstellung von Kommentaren über Veranstaltungen der IGMG[170] oder die zeitweilige Einstellung der Verbandszeitschrift „IGMG Perspektive". Auch wurden die Anhänger zur Teilnahme an Unterweisungen in *„Religion und Adil Düzen"* im einschlägigen Forum Paltalk im eigenen „IGMG-Raum" aufgefordert.[171] Zur Homepage der IGMG als einer von zahlreichen „Milli Görüs"-Internetpräsenzen besteht überdies ein Link.[172]

Ungeachtet des permanent vorgebrachten Anspruchs der Gültigkeit islamischer Positionen für sämtliche Lebensbereiche sieht sich die IGMG als „Motor" der Integration von Muslimen in Deutschland. Funktionäre bekräftigen tendenziell pauschale, im Allgemeinen unbestrittene Grundaussagen zur Integration, reden jedoch spezifische Integrationshindernisse als „Kommunikationsproblem"[173] schön oder blenden diese gänzlich aus. Funktionäre beklagen die mangelnde Anerkennung der seitens ihrer Gemeinschaft erbrachten Integrationsleistungen aufgrund angeblich latent islamophober Tendenzen in der Mehrheitsgesellschaft und weisen konkrete Integrationsanforderungen als Versuch der „Assimilation" zurück. Es herrscht die Auffassung vor, durch Integration werde den Muslimen die Aufgabe ihres eigenen Lebensstils abverlangt:

mangelnde Klarheit des Integrationsbegriffs

> *„Die Migranten, insbesondere die muslimische Mehrheit unter den Migranten, glauben, dass ihnen durch Integration ein anderer Lebensstil aufgedrängt werden soll (...) Betrachtet man den juristischen Unterbau, so ist erkennbar, dass das Ziel der Integration darin besteht, zu verhindern, dass Muslime ihre muslimische Identität leben und einen dieser Identität gemäßen Lebensstil pflegen können. Demgegenüber garantieren aber die Verfassungen der europäischen* [Staaten] *mit ihrem Unterbau der*

[170] So der Beitrag vom 21. März 2006, in dem man sich über eine Veranstaltung der europäischen IGMG-Frauenverbände vom 4. und 5. März 2006 in Wesel austauscht.
[171] Internetauswertung vom 1. Februar 2006.
[172] Internetauswertung vom 1. Dezember 2006.
[173] Vgl. hierzu „IGMG Perspektive" vom Februar 2006, Artikel „Die IGMG und ihre Haltung zum Problem der Integration".

freiheitlichen demokratischen Grundordnung Angehörigen anderer Kulturen und Religionen die Pflege eines anderen Lebensstils gemäß eben diesen Kulturen und Religionen. Ungeachtet dieser Fakten wird dieses eminent wichtige Problem, verstärkt durch eine vergiftete tagespolitische Atmosphäre, einfach übergangen."[174]

Die IGMG erhebt dezidiert den Anspruch auf gegenseitigen „Respekt" der jeweils anderen Identität, ohne dass sie das Erfordernis einer Offenheit gegenüber den gegebenen gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen auch nur im Ansatz zugestehen würde. Häufig wird auch eine gegenseitige Bereicherung postuliert, tatsächlich aber eine Parallelexistenz ohne wirklichen Austausch propagiert. In den Niederlanden trat im November 2006 erstmals eine Partei „Islamische Demokraten" mit einem Kandidaten der niederländischen „Milli Görüs"-Föderation zur Vertretung der eigenen politischen Ansprüche bei den Parlamentswahlen an, nachdem diese Partei bereits zuvor auf kommunaler Ebene Kandidaten in der Haager Stadtverwaltung platzieren konnte.[175]

3.7 Der „Kalifatsstaat" („Hilafet Devleti"), früher „Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V." (ICCB)

Gründung: 1984 (ICCB), 1994 Umbenennung in „Kalifatsstaat"
Sitz: Köln
Mitglieder: ca. 300 Baden-Württemberg (2005: ca. 300)
ca. 750 Bund (2005: ca. 750)
Verbot: Nach dem durch Änderung des Vereinsgesetzes erfolgten Wegfall des Religionsprivilegs wurden am 8. Dezember 2001 durch den Bundesminister des Inneren 19 Ortsvereine als Teilorganisationen des „Kalifatsstaats" verboten; am 19. September 2002 wurde das Verbot auf 16 weitere Teilorganisationen ausgedehnt; das Verbot wurde durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. November 2002 bestätigt.

Bereits in den Jahren vor 1980, in denen er in der Türkei im Dienst des Amts für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet Isleri Baskanligi) tätig war, hatte sich Cemaleddin KAPLAN, der Gründer des „Kalifatsstaats", politisch engagiert und den Zugang zum politischen Islam zunächst über Prof. Dr.

[174] „IGMG Perspektive" vom Februar 2006, Beitrag „Was meinen Muslime, wenn sie von Integration reden?" (hier: in deutscher Übersetzung).
[175] „Milli Gazete" vom 15. November 2006.

Necmettin ERBAKAN und dessen „Milli Görüs“ gefunden. 1981, nachdem KAPLAN in der Türkei aufgrund seiner politischen Umtriebe der freiwillige Ruhestand nahegelegt worden war, entsandte ihn ERBAKAN nach Deutschland, wo KAPLAN zunächst in der „Milli Görüs“ als Vorsitzender der Fatwa-Kommission tätig wurde. 1983 kam es aufgrund des Streits darüber, auf welchem Weg die Errichtung eines islamischen Staates in der Türkei zu erreichen sei, zum Bruch zwischen KAPLAN und der „Milli Görüs“. ERBAKAN propagierte die Islamisierung der Gesellschaft auf dem Weg der Nutzung der demokratischen Institutionen, KAPLAN hingegen setzte auf die radikale Lösung der islamischen Revolution. Während ERBAKAN 1983 die „Refah Partisi“ gründete, hielt KAPLAN im selben Jahr in Köln eine Grundsatzpredigt, in der er seinen weiteren Weg zur Erlangung der Macht beschrieb. Er vertrat die Auffassung, dass *„die Partei im Islam nicht erlaubt“*, sondern der *„Methode der Verkündigung“*[176] (teblig) der Vorzug zu geben sei. Im selben Jahr gründete KAPLAN den „Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden“ („Islami Cemiyet ve Cemaatler Birligi“, ICCB), den er 1992 in „Föderativer Islamischer Staat Anatolien“ („Anadolu Federe Islam Devleti“, AFID) und 1994 in „Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“) umbenannte. KAPLAN erklärte sich selbst zum „Kalifen“. Die Stadt Köln sollte bis zur angestrebten „Befreiung Istanbuls“ als Hauptstadt des „exterritorialen ‚Kalifatsstaats‘“ fungieren. Die örtlichen Mitgliedsvereine des Verbandes unterstanden so genannten Gebietsemiren, die ihrerseits an die Weisungen des „Kalifen“ gebunden waren. Die Mitglieder der Organisation waren zu einem „Treueschwur“ und zu unbedingtem Gehorsam dem „Kalifen“ gegenüber verpflichtet.

Nach dem Tode KAPLANs im Mai 1995 wurde seinem Sohn Metin Müftüoglu KAPLAN die Nachfolge im Amt des „Kalifen“ übertragen. Im darauf folgenden Jahr unternahm der „Gebietsjugendemir“ von Berlin, Dr. Halil Ibrahim SOFU[177], der ebenfalls eine Gruppe von Getreuen um sich geschart hatte, den Versuch, Kaplan die Position des „Kalifen“ streitig zu machen.[178] Dieser reagierte mit einer Fatwa[179], welche besagte, dass eine Person, die ungeachtet des Vorhandenseins eines Kalifen gleichfalls dieses Amt bean-

[176] KAPLAN orientierte sich hier am Vorbild Ayatollah KHOMEINIs, der während der Jahre seines Exils in Frankreich die permanente „Verkündigung“ seiner Reden und Predigten als das geeignete Mittel ansah, damit das Volk als „Empfänger“ dieser „Verkündigung“ schließlich zu den Waffen greife und die Revolution vollziehe.

[177] Von seinen Anhängern wurde SOFU „Yusuf Hodja“ genannt.

[178] Mit seinem 1996 erschienenen Buch „Deccal'in Sistemi - Demokrasi“ („Demokratie - das System des Betrugs“; mit „Deccal“ wird in der islamischen Mythologie der vor dem Weltende erscheinende „Antichrist“ bezeichnet), in dem der Islam als ein der Demokratie überlegenes System dargestellt wird, hatte sich SOFU unter seinen Anhängern einen Namen gemacht.

[179] Islamisches Rechtsgutachten.

spruche, zur Reuebekundung aufgefordert und im Falle des Nichtbereuens getötet werde. In der Tat wurde der „Gegenkalif“ 1997 von bisher unbekannten Tätern in seiner Berliner Wohnung erschossen.

Aufgrund des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten hat das Oberlandesgericht Düsseldorf Metin KAPLAN am 15. November 2000 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Die Anerkennung als Asylberechtigter wurde 2002 aufgrund dieser gegen ihn verhängten Freiheitsstrafe widerrufen. Ende 2004 wurde KAPLAN in einem Kölner Internetcafé festgenommen und nach Istanbul ausgeflogen, wo ihm wegen Hochverrats der Prozess gemacht wurde. Man warf ihm vor, zum Zweck der Errichtung eines Gottesstaats zum gewaltsamen Sturz der türkischen Regierung aufgerufen zu haben. Ein weiterer Vorwurf bezog sich auf einen 1998 auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara befohlenen Terroranschlag, bei dem die dort zum Nationalfeiertag versammelte Staatsspitze mit einem mit Sprengstoff beladenen Kleinflugzeug angegriffen werden sollte. Am 20. Juni 2005 wurde KAPLAN zu lebenslanger Haft verurteilt, jedoch wurde dieses Urteil am 30. November 2005 durch Entscheidung eines Berufungsgerichts in Ankara aufgrund von Verfahrensfehlern aufgehoben. Ein Termin für die Neuverhandlung steht noch aus.

Aktivitäten selbst nach Verbot

Auch nach dem Verbot des „Kalifatsstaats“ waren weiterhin Aktivitäten aus den Reihen der Anhänger festgestellt worden, die zu verschiedenen Ermittlungsverfahren geführt hatten. Die verbandseigene Zeitung „Ümmet-i Muhammed“ erschien zunächst auch nach dem Verbot, ebenso war der organisationseigene TV-Sender „Hakk TV“ weiterhin zu empfangen. Nach „Ümmet-i Muhammed“ („Die Gemeinde Muhammeds“) erschienen weitere Publikationen des Kalifatsstaats wie die Zeitung „Beklenen Asr-i Saadet“ („Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit“) und das deutschsprachige Magazin „Der Islam als Alternative“ (D.I.A.). Nach bundesweiten polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen bei Beziehern dieser Publikationen im Dezember 2003 wurde deren Erscheinen eingestellt. In der Folge erschien 2004 einige Monate lang die Zeitschrift „Barika-i Hakikat“ („Das Aufleuchten der Wahrheit“). Die offizielle Internetseite des „Kalifatsstaats“, die über einen Server in den Niederlanden betrieben wird, ist weiterhin abrufbar.[180] Neben Schriften und Büchern Cemalettin und Metin KAPLANs, Video- und Audiodokumenten sind hier Ausgaben der deutschsprachigen Publika-

[180] Internetauswertung vom 1. Dezember 2006.

tion „Der Islam als Alternative“ in Volltext eingestellt.[181] Eine Internetseite des Fernsehkanals „Hakk TV“ unter dem Motto *„Der Islam ist sowohl Religion als auch Staat, sowohl Gottesverehrung als auch Politik“* ist ebenfalls geschaltet[182]; das Gedankengut des „Kalifatsstaats“ wird folglich weiterhin verbreitet.

Das Verbotsverfahren und die staatlichen Exekutivmaßnahmen haben die Organisationsstruktur zwar geschwächt, gleichwohl sind die Anhänger weiterhin in Deutschland präsent. Wie sich diese längerfristig orientieren werden und ob es zu einer Neustrukturierung kommen wird, bleibt abzuwarten.

4. Weitere Informationen

Im Jahr 2006 erschien eine neue Broschüre „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Aktuelle Informationen erhalten Sie auch auf unserer Homepage: http://www.verfassungsschutz-bw.de/kgi/kgi_start.htm.

[181] Internetauswertung vom 27. November 2006.

[182] Internetauswertung vom 1. Dezember 2006.

C. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. Allgemeiner Überblick

Organisationen von Ausländern werden als extremistisch eingestuft und vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Vor allem islamistische Gruppierungen sind verstärkt in das Blickfeld geraten, einerseits durch die aus dem politischen Islamismus hervorgehenden terroristischen Bewegungen, andererseits durch das Bemühen von Organisationen, rechtliche Sonderpositionen einzunehmen, bei denen die freiheitliche demokratische Grundordnung zumindest in Teilen außer Kraft gesetzt würde. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass islamistische Bestrebungen und damit verbundene gewaltorientierte Tendenzen als Phänomen nicht mehr ausschließlich Ausländer betreffen, sondern auch als ein von Inländern befördertes Problem anzusehen sind. Der gesetzlich vorgesehenen Beobachtung unterliegen außerdem Bestrebungen, die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im jeweiligen Heimatland angestrebt wird.

Anhänger extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2004 - 2006

		2004		2005		2006	
		Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
Kurden (linksextremistisch)		810	11.950	700	11.500	700	11.500
Türken		6.860	37.900	6.850	37.900	6.850	37.900
davon:	linksextremistisch	860	3.150	850	3.150	850	3.150
	rechtsextremistisch	2.100	7.500	2.100	7.500	2.100	7.500
	religiös-nationalistisch	3.900	27.250	3.900	27.250	3.900	27.250
Araber		510	3.400	480	3.500	455	3.500
davon:	linksextremistisch	40	150	25	150	25	150
	religiös-nationalistisch	470	3.250	455	3.350	430	3.350
Iraner		80	1.200	80	1.300	80	1.300
davon:	linksextremistisch	80	1.150	80	1.150	80	1.150
	religiös-nationalistisch	-	50	-	150	-	150
Sonstige		250	3.070	320	3.220	320	3.200
Gesamt		8.510	57.520	8.430	57.420	8.405	57.400

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2006

In Baden-Württemberg waren 8.405 (2005: 8.430) Personen in Vereinigungen mit extremistischer oder terroristischer Zielsetzung aktiv. Nennenswerte Änderungen zwischen den einzelnen politischen Lagern ergaben sich im Lauf des Jahres 2006 nicht.

Die Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten im Phänomenbereich Ausländer stieg in Baden-Württemberg leicht um 1,7 Prozent beziehungsweise um eine Straftat von 58 auf 59 Fälle. Hiervon entfielen 45 (2005: 43) auf Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Die Anzahl der Gewaltdelikte stieg ebenfalls leicht von 6 auf 7 Fälle.[183]

Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Ausländer sowie ausländerextremistische Straf- und Gewalttaten im Jahr 2006

	Baden-Württemberg[1] **2006** (2005)	Bund[2] **2006** (2005)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Ausländer insgesamt	**59** (58)	**691** (771)
davon: ausländerextremistische Straftaten	**45** (43)	**477** (644)
davon: ausländerextremistische Gewalttaten	**7** (6)	**95** (47)

[1] Zahlen des LKA Baden-Württemberg.
[2] Zahlen des Bundesministeriums des Innern.

Grafik: LfV BW

Die Entwicklungen im Bereich des Ausländerextremismus sind vor allem von den Ereignissen in den jeweiligen Heimatländern geprägt und können sich anlassbezogen kurzfristig ändern. Obwohl die Zahlen im Vergleich zum Rechts- und Linksextremismus wesentlich niedriger sind, darf insbesondere die vom Islamismus ausgehende Bedrohung nicht unterschätzt werden. Speziell die versuchten Anschläge mit so genannten Kofferbomben im Juli 2006 in zwei Regionalzügen bei Dortmund und Koblenz zeigen deutlich, dass Deutschland nicht mehr nur Rückzugs- und Ruheraum für kriminelle Islamisten ist. Auch die weitere Entwicklung des **„Volkskongresses Kurdistans" (KONGRA-GEL)** beziehungsweise das Verhalten seiner Jugendorganisation, von der mutmaßlich zunehmend unfriedliche Aktionen ausgehen, ist sorgfältig zu beobachten.

[183] Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg führt keine eigene Straf- und Gewalttatenstatistik. Alle in diesem Jahresbericht aufgeführten statistischen Angaben zu politisch motivierten Straftaten beruhen auf Zahlenangaben des Landeskriminalamts Baden-Württemberg.

KONGRA-GEL-Logo

2. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beziehungsweise „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), jetzt: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

Gründung: 1978 (in der Türkei)
Betätigungsverbot in Deutschland vom 22. November 1993 (bestandskräftig seit 26. März 1994), benannte sich im April 2002 in KADEK und im November 2003 in KONGRA-GEL um.
Sitz: Grenzgebiet Türkei / Nord-Irak
Vorsitzender: Zübeyir AYDAR
Abdullah ÖCALAN lenkt jedoch weiterhin faktisch die Organisation.

Anhänger:	ca. 700	Baden-Württemberg	(2005:	ca. 700)
	ca. 11.500	Bund	(2005:	ca. 11.500)

Publikation: „Serxwebun“ (Unabhängigkeit)

ERNK-Logo

Die von Abdullah ÖCALAN gegründete **„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)**, die sich zwischenzeitlich zweimal umbenannt hat, ist die mitgliederstärkste extremistische Kurdenorganisation in Deutschland. Ihr ursprüngliches Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“. Deshalb begann die straff hierarchisch organisierte Kaderpartei 1984 mit Hilfe ihres bewaffneten Arms **„Befreiungseinheiten Kurdistans“ (HRK)**, der im Oktober 1986 in **„Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK)** umgewandelt wurde, einen Guerillakrieg gegen den türkischen Staat. In Deutschland versuchte die Organisation durch politische und gewalttätige Aktionen, den Kampf im Heimatland zu unterstützen. Deshalb wurde der PKK und ihrer im März 1985 gegründeten Propagandaorganisation **„Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK)** sowie weiteren Nebenorganisationen im November 1993 die Betätigung im Bundesgebiet durch den Bundesminister des Innern untersagt. Dieses Verbot umfasst auch den **„Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)** und den **„Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)**. Unter jeder dieser drei Bezeichnungen ist die Organisation auf Beschluss des Rats der „Europäischen Union“ (EU)

SERXWEBÛN

JI SERXWEBÛN Ü AZADIYÊ DI KÛMETTIR TIŞTEK NÎNE

Ateşkes zafere en yakın
kıyasıya mücadele sürecidir

vom 2. April 2004[184] auch in der „EU-Terrorliste“ genannt. Außerdem entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am 21. Oktober 2004,[185] dass die Führungsebene der PKK in Deutschland nach wie vor eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 Abs. 1 Strafgesetzbuch ist.

Nach der Verhaftung ÖCALANs am 15. Februar 1999 in Nairobi/Kenia und den anschließenden Gewaltphasen verkündete die PKK im September 1999 ihre so genannte Friedensstrategie, deren konkrete Ausgestaltung auf dem 7. Parteikongress im Januar 2000 beschlossen wurde. Vorgeblich auf politischem Weg und ohne Anwendung von Gewalt fordern sie und ihre Nachfolgeorganisationen seitdem die Anerkennung der kurdischen Identität sowie mehr Rechte und kulturelle Autonomie. Dabei sieht sie sich als einzig legitime Vertretung der vor allem aus der Türkei stammenden Kurden. Um die politische Neuausrichtung nach außen zu dokumentieren und um sich von dem über viele Jahre hinweg geprägten Makel einer Terrororganisation zu befreien, führte die Organisation verschiedene Veränderungen durch. Insbesondere wurden sowohl die PKK selbst als auch mehrere Teilorganisationen umbenannt beziehungsweise formal aufgelöst und unter neuen Namen wieder gegründet. Der militärische Arm ARGK erhielt zum Beispiel die Bezeichnung **„Volksverteidigungskräfte“ (HPG)**. Die ehemalige Propagandaorganisation ERNK firmiert seit Sommer 2004 als **„Demokratische Gesellschaft Kurdistans“ (CDK)**.[186] Die KONGRA-GEL-Jugendorganisation tritt seit kurzem als **„Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans“ (Komalen Ciwan)** auf.

HPG-Logo

Komalen Ciwan-Logo

keine wirkliche Wandlung

Unabhängig von ihrer Bezeichnung ist die Organisation nach wie vor trotz der nach außen propagierten „Friedenslinie“ und der vielen Veränderungen seit Herbst 1999 eine Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands, denn eine grundsätzliche Wandlung ist nicht feststellbar. An dem strikt hierarchischen Aufbau und an der autoritären Führung haben sich bis jetzt weder substanziell noch personell nennenswerte Veränderungen ergeben. Auch wird Gewalt nach wie vor als ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung der Ziele und zum eigenen Schutz angesehen, weshalb deren Anwendung in Deutschland zumindest vorbehalten bleibt oder auch - so in der Türkei - praktiziert wird. Anlassbezogen und damit insbesondere, wenn es um ÖCALAN geht, der von seinen Anhängern als große Führungs- und Symbolfigur verehrt wird, besteht durchaus die Möglichkeit, einen großen Teil der Mitglieder und Anhänger auch in Baden-Württemberg für gewalttätige Aktio-

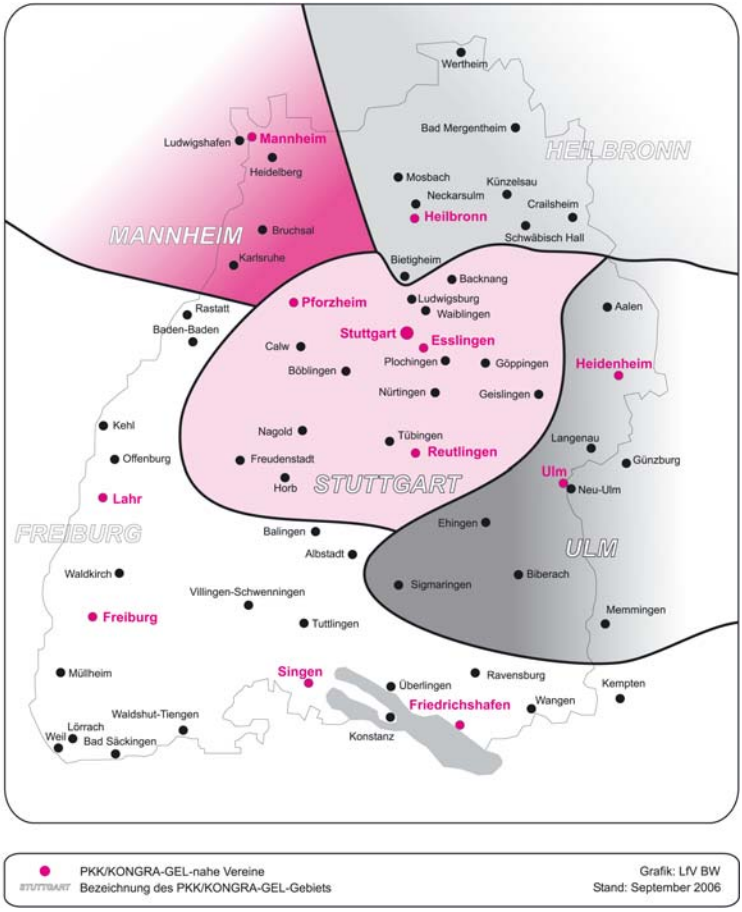
[184] Amtsblatt der Europäischen Union L 99 vom 3. April 2004, S. 28f.
[185] Urteil des BGH vom 21. Oktober 2004, Az.: 3 StR 94/04.
[186] Wird auch als „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ bezeichnet.

nen zu mobilisieren. Eine zumindest teilweise Demokratisierung der Strukturen ist bislang trotz mehrerer Versuche, wenigstens einzelne demokratische Elemente einzuführen und die Basis bei Entscheidungen mit einzubeziehen, nicht erfolgt.

❑ Gebietseinteilung in Baden-Württemberg und Mobilisierung

Das Jahr 2006 war von mehreren Aktionswellen geprägt, die durch Meldungen über die Haftbedingungen ÖCALANs, Ereignisse in der Türkei und restriktive Maßnahmen in Deutschland ausgelöst wurden. Die Aktions-

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) - „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)
Einteilung Baden-Württemberg in 5 Gebiete



PKK/KONGRA-GEL-nahe Vereine
STUTTGART Bezeichnung des PKK/KONGRA-GEL-Gebiets

Grafik: LfV BW
Stand: September 2006

schwerpunkte in Baden-Württemberg waren dabei **Stuttgart**, **Mannheim**, **Heilbronn**, **Freiburg im Breisgau** und **Ulm,** die gleichzeitig auch den fünf KONGRA-GEL-Gebieten ihren Namen geben. Das Gebiet **Heilbronn** entstand im Sommer 2006, nachdem es als Teilgebiet des Gebiets **Mannheim** abgetrennt und verselbstständigt wurde. Landesweit konnten 2006 wieder etwa 700 Personen zu dem Kreis gerechnet werden, der sich aktiv für den KONGRA-GEL beziehungsweise die ihm nahe stehenden Organisationen engagiert. Für besondere Anlässe lassen sich jedoch in Baden-Württemberg mehrere Tausend Kurden mobilisieren, die vorwiegend über die dem KONGRA-GEL nahe stehenden örtlichen Kurdenvereine erreicht werden. Öffentlichkeitswirksame Aktionen werden grundsätzlich im Namen dieser Vereine angemeldet und verlaufen weitgehend friedlich. In letzter Zeit konnten jedoch zunehmend Rangeleien bis hin zu Handgreiflichkeiten am Rand von Veranstaltungen beobachtet werden. Diese entstanden meist nach Provokationen national eingestellter türkischer Personen.

Die aktuellen Ereignisse 2006 in der Türkei und in Deutschland führten in Baden-Württemberg dazu, dass der seit Jahren rückläufige Trend bei der Zahl der aktiven Anhänger und sonstigen Teilnehmer bei Veranstaltungen gestoppt werden konnte. Außerdem war eine zunehmende Unterstützung durch türkische linksextremistische Organisationen festzustellen. Dabei dürfte es sich weniger um eine Zusammenarbeit mit dem verbotenen KONGRA-GEL, als um eine Solidarisierung mit den türkischen Kurden im Allgemeinen handeln.

❑ Aktionen wegen 20-tägiger Einzelhaftstrafe für ÖCALAN

Das beherrschende Thema im Januar 2006 war die 20-tägige Einzelhaftstrafe für ÖCALAN. Medienmeldungen zufolge hatte ein türkisches Gericht diese Einzelhaft als Disziplinarmaßnahme verhängt, weil er beim Besuch seiner Anwälte am 30. November 2005 Parteipropaganda betrieben haben soll. Das Präsidium des Exekutivrats des **„Koma Komalen Kurdistan" (KKK)**[187] bezeichnete ÖCALANs aktuelle Haftsituation als Gipfel der gegen ihn gerichteten *„Vernichtungspolitik"*.[188] In einer Erklärung des Komitees „Freiheit für ÖCALAN" wurde die *„Isolation innerhalb der Isolation"* als *„neues Angriffskonzept des türkischen Staates"* bezeichnet.[189] Die

KKK-Logo

gegen angebliche „Vernichtungspolitik"

[187] Deutsch „Union der kurdischen Gemeinschaften" oder „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan", von ÖCALAN am 20. März 2005 proklamiertes politisches Konzept des „Demokratischen Konföderalismus" mit einer Art Verfassung für die von den Kurden besiedelten Gebiete.

[188] Internetmeldung der Nachrichtenagentur Firat (ANF) vom 11. Januar 2006, Arbeitsübersetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV).

[189] Internetmeldung der Nachrichtenagentur Firat (ANF) vom 12. Januar 2006, Arbeitsübersetzung des BfV.

CDK machte in ihrer Verlautbarung auch die EU und die übrigen westlichen Staaten für die Situation ÖCALANs verantwortlich. Der KONGRA-GEL-Vorsitzende Zübeyir AYDAR erklärte, dass die *„Isolationshaft"* ÖCALANs zu einer kompletten Isolierung und psychologischen Folter umgewandelt worden sei. Dieses Verfahren sei willkürlich und nicht akzeptabel. Er betonte, dass man damit gegen das kurdische Volk einen umfassenden Angriff beschlossen habe, und rief dazu auf, die *„demokratischen Aktionen zu intensivieren und sich Öcalans anzunehmen"*.[190]

In Baden-Württemberg beteiligten sich aus diesem Anlass rund 500 Personen an einer friedlichen Demonstration am 21. Januar 2006 in **Heilbronn**. In **Mannheim** demonstrierten am 28. Januar 2006 circa 200 Menschen. An einer Kundgebung unter dem Motto „IMRALI[191] - 7 Jahre Kontinuität jenseits des Rechts" nahmen am 4. Februar 2006 in **Friedrichshafen** 60 Personen teil. Aus Solidarität und wohl auch Besorgnis um ÖCALAN beteiligten sich am 11. Februar 2006 rund 12.000 Anhänger aus ganz Europa an der alljährlichen Demonstration in Straßburg. Anlass war der 7. Jahrestag seiner Verhaftung. AYDAR richtete in seiner Rede folgende Worte an den türkischen Staat:

> *„Es sind keine leeren Worte, wenn wir sagen „Der Vorsitzende Apo[192] ist die Brücke zum Frieden. Zerstört diese Brücke nicht.' Das kurdische Volk steht hinter seinem Vorsitzenden."*[193]

Offenbar stark vom Schicksal ÖCALANs emotionalisiert setzten einige Jugendliche am 12. Januar 2006 in der **Mannheimer** Innenstadt Benzin auf einer Straße in Brand, wodurch die Fahrbahndecke beschädigt wurde. Die herbeigerufene Polizei stellte fest, dass zudem einige wenige Flugblätter mit ÖCALAN-Bezug verbrannt worden waren. Dies ist der seit Jahren erste bekannt gewordene, in seinem Umfang aber eher unbedeutende, vermut-

---

190 Internetmeldung der Nachrichtenagentur Firat (ANF) vom 11. Januar 2006, Arbeitsübersetzung des BfV.
191 Gefängnisinsel, auf der ÖCALAN als einziger Häftling inhaftiert ist.
192 Dt. Onkel, Bezeichnung für ÖCALAN.
193 Tageszeitung „Yeni Özgür Politika" vom 13. Februar 2006, Arbeitsübersetzung des BfV.

lich von kurdischen Jugendlichen in Baden-Württemberg verursachte Vorfall. Anders als in der Türkei, wo Pressemeldungen zufolge u.a. Molotow-Angriffe und Straßenblockaden zunehmen, ist hier deshalb nicht von einer nachhaltigen oder gar flächendeckenden Ausdehnung von gewalttätigen Aktionen Jugendlicher auszugehen. Mit einzelnen anlassbezogenen Taten ist allerdings weiterhin zu rechnen, nachdem die KONGRA-GEL-Jugendorganisation in einer Erklärung jede Aktion der kurdischen Jugend als *„berechtigt“* und *„legitim“* bezeichnet hatte. Keiner dürfe mehr Geduld erwarten. Martialisch hieß es:

> *„Es ist der Tag, an dem wir angesichts der Einzelhaft unserer Führung einen Kreis aus Feuer um unseren Führer bilden und uns opfern. Heute ist der Tag, an dem wir uns für unsere Freiheit und Ehre einsetzen, alle Orte in Feuer verwandeln und den Serhildan[194] ausweiten.“*[195]

❑ Proteste nach dem Tod von 14 Guerilla-Kämpfern in der Türkei

SERXWEBÛN

ONLAR BİR DAMLA OLDU

TUFAN SIRASI BİZDE

İçindekiler

Nach insgesamt ruhigen Newroz-Feiern[196] reagierten die KONGRA-GEL-Anhänger in Baden-Württemberg mit großer Betroffenheit und Wut auf Meldungen über den Tod von 14 HPG-Kämpfern bei einer Frühjahrsoffensive der türkischen Armee. Nach Ansicht der HPG waren die Männer durch den Einsatz von chemischen Waffen gestorben: Die Leichen sollen keine Einschusswunden, sondern Verbrennungen aufgewiesen haben. Diese Behauptung heizte die Stimmung unter den Kurden besonders auf. Nach der Beisetzung von vier dieser Kämpfer am 28. März 2006 in der Großstadt Diyarbakir/Türkei kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Teilen der überwiegend kurdischen Bevölkerung. Die mehrere Tage andauernden Ausschreitungen breiteten sich nicht nur auf andere Stadtteile aus,

schwere Auseinandersetzungen

[194] Volksaufstand, hier im Sinne von Rebellion gegen den Staat.

[195] Internetmeldung der Nachrichtenagentur Firat (ANF) vom 13. Januar 2006, Arbeitsübersetzung des BfV.

[196] Das kurdische Neujahrsfest Newroz wird regelmäßig am 21. März gefeiert.

sondern griffen auch auf weitere Städte der Region über und forderten mehrere Tote und Hunderte Verletzte.

In Baden-Württemberg führten diese Ereignisse am 1. April 2006 in **Freiburg im Breisgau** und in **Heilbronn** sowie am 3. April 2006 in **Ulm** zu Kundgebungen, an denen bis zu mehrere Hundert Personen teilnahmen. Dabei wurden Reden gehalten, Parolen skandiert und verschiedene Flugblätter verteilt. Außerdem wurden Fahnen, themenbezogene Transparente sowie Bilder von ÖCALAN und den getöteten Kämpfern mitgeführt. Im KONGRA-GEL-nahen Verein in **Freiburg im Breisgau** fand außerdem am 2. April 2006 in den anlassbezogen geschmückten Räumen eine Trauerfeier mit circa 100 Personen statt.

❑ Protestwelle nach Verhaftung von Funktionären in Deutschland

Die Festnahme eines KONGRA-GEL-Funktionärs Anfang August 2006 in den Niederlanden und die Verhaftung zweier mutmaßlicher so genannter Serit[197]-Leiter am 8. August 2006 in **Mannheim** und am 9. August 2006 in Duisburg führten zu erheblicher Unruhe innerhalb der Organisation. Diese Maßnahmen wurden in mehreren Verlautbarungen allgemein als Teil einer konzertierten Aktion verschiedener Länder angesehen, um die „kurdische Freiheitsbewegung" zu vernichten. Die Türkei gehe militärisch, Deutschland mit rechtlichen Mitteln des Straf- und Ordnungsrechts gegen die Organisation vor. Auch die USA spielten eine entscheidende Rolle. Die eigenen Friedensbemühungen fänden dagegen keinerlei Beachtung. Mit scharfen Worten wurde eine kurdenfeindliche Politik in Deutschland skizziert und die sofortige Freilassung der Inhaftierten gefordert. Neben den üblichen emotionalisierten Diskussionen der KONGRA-GEL-Anhänger fanden auch bundesweit Protestaktionen statt. Da üblicherweise Festnahmen nur kurz in den organisationsnahen Medien bekannt gemacht werden und darüber hinaus kaum Beachtung finden, wiesen diese heftigen Reaktionen auf eine angespannte und nervöse Stimmung innerhalb des KONGRA-GEL hin. Die Proteste dürften deshalb auch als Ventil für aufgestaute Gefühle gedient haben.

heftige Reaktionen

[197] Deutsch: Sektor. Der KONGRA-GEL pflegt mehrere Gebiete zu einem Sektor zusammenzufassen.

vielfältige Aktionen in Baden-Württemberg

Die **„Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V." (YEK-KOM)**[198] rief ihre Mitgliedsvereine dazu auf, *„aus Protest gegen die anhaltende Kriminalisierungspraxis"* ab 21. August 2006 ihre Räume zu schließen und *„Hungerstreiks"* in Köln, **Stuttgart** und Berlin durchzuführen.[199] Infolgedessen waren die KONGRA-GEL-nahen Vereine u.a. in **Stuttgart**, **Ulm**, **Heilbronn**, **Mannheim** und **Friedrichshafen** über eine Woche geschlossen. In **Stuttgart** führte der örtliche KONGRA-GEL-nahe Verein vom 22. bis 25. August 2006 eine Mahnwache am Alten Schloss durch. Dort konnten an verschiedenen Tagen durchschnittlich 30 bis 40 Personen festgestellt werden. Teilweise trugen sie Umhänge mit der Aufschrift *„Hungerstreik"*. Da die Räume des KONGRA-GEL-nahen Vereins geschlossen waren, übernachteten die auswärtigen Teilnehmer im **Stuttgarter** Verein der „Föderation der Arbeiter und Immigranten aus der Türkei in Deutschland e.V."[200]. Am 22. August 2006 übergab eine Delegation eine Informationsmappe von YEK-KOM mit dem Titel *„Dialog statt Verbot"* an den Landtag von Baden-Württemberg. Als Höhepunkt der Protestwelle, bei der auch in verschiedenen Städten Informationsstände betrieben wurden, fanden am 26. August 2006 in **Stuttgart**, **Mannheim** und **Freiburg im Breisgau** Aufzüge mit Kundgebungen statt. An diesen beteiligten sich bis zu 300 Personen. In **Heilbronn** wurde eine bereits zu einem anderen Thema angemeldete Demonstration am 12. August 2006 dazu genutzt, um kurzfristig gegen die Verhaftungen zu protestieren. Alle Veranstaltungen orientierten sich an dem Motto *„Wir protestieren gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung der Kurden in Deutschland"*.

Auf die Festnahmen der Funktionäre reagierte die Organisationsführung. Auf dem von der YEK-KOM organisierten „14. Internationalen Kurdistan Kulturfestival" am 2. September 2006 in Gelsenkirchen, zu dem 45.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland anreisten, wurde eine Videobotschaft eines hochrangigen Kaders abgespielt. Er warf Deutschland vor, sich am *„Vernichtungskonzept"* der Türkei zu beteiligen.

[198] Dachverband mit Sitz in Düsseldorf, in dem überwiegend die örtlichen KONGRA-GEL-nahen Vereine in Deutschland zusammengeschlossen sind.

[199] Flugblatt von YEK-KOM vom 18. August 2006.

[200] Steht der „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei" (MLKP) nahe.

❑ Waffenstillstand ab 1. Oktober 2006

Ende September 2006 richtete ÖCALAN sowohl an den türkischen Staat als auch an die Organisation einen Aufruf zur Waffenruhe. Das Blutvergießen müsse gestoppt und dem Frieden eine neue Chance gegeben werden. Das „Recht auf Selbstverteidigung" bleibe jedoch weiterhin gültig; man werde nicht zu den Waffen greifen, solange keine *„Vernichtungsaktionen"* ausgeführt würden. Diese Waffenruhe dürfe nicht wie frühere als Zeichen der Schwäche gewertet werden. Sie entspringe vielmehr dem dringenden Bedürfnis nach sozialem Frieden. ÖCALAN forderte außerdem die Kräfte in *„Südkurdistan"*[201], die EU und die USA zur Unterstützung der Waffenruhe auf.[202] Diesem Appell entsprechend verkündete der KKK-Exekutivrat bei einer am 30. September 2006 abgehaltenen Pressekonferenz einen Waffenstillstand ab 1. Oktober 2006. Bei einem weiteren Besuch seiner Anwälte betonte ÖCALAN, dass er sich höchstens sechs Monate für diese Waffenruhe einsetzen könne. Bis Mai 2007 müssten erste Schritte zur Lösung durchgeführt werden.

Dem Friedensaufruf ÖCALANs war eine Gewaltserie in der Türkei vorausgegangen. Offenbar als Vergeltung für eine weitere, ÖCALAN auferlegte Einzelhaftstrafe, verübten die **„Freiheitsfalken Kurdistans" (TAK)**[203] mehrere Anschläge, u.a. am 27. und 28. August 2006 in den türkischen Touristenorten Istanbul, Marmaris und Antalya. Dabei wurden auch ausländische Touristen getötet und verletzt. Die HPG lieferte sich außerdem in dieser Zeit blutige Auseinandersetzungen mit dem türkischen Militär, wobei es auf beiden Seiten viele Tote gab. Große Bestürzung und Betroffenheit löste der Bombenanschlag am 12. September 2006 in Diyarbakir aus. Ein Sprengsatz war in der Nähe eines Parks in einem Wohngebiet explodiert. Medienmeldungen zufolge wurden circa 15 Personen verletzt und über zehn - darunter auch viele Kinder - getötet.

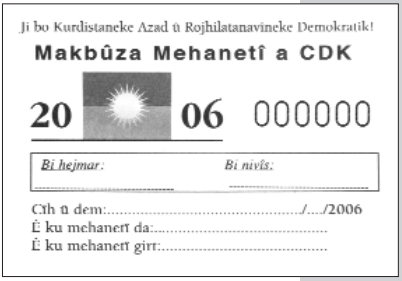
---

[201] Gemeint ist damit der Nordirak.

[202] Bericht in der „Yeni Özgür Politika" vom 29. September 2006, Arbeitsübersetzung des BfV.

[203] Die TAK sind bislang in Deutschland nicht aktiv geworden ist. Sie werden allgemein dem KONGRA-GEL zugerechnet, obwohl sich dieser von der Gruppierung und ihren Taten distanziert.

❑ Finanzierung


Ji bo Kurdistaneke Azad û Rojhilatanavineke Demokratik!
Makbûza Mehanetî a CDK
20 06 000000
Bi hejmar: Bi nivîs:
Cîh û dem:...../...../2006
Ê ku mehanetî da:.....
Ê ku mehanetî girt:.....

Spendenquittung

Der KONGRA-GEL benötigt für seine Propagandatätigkeit, den Parteiapparat sowie für die Versorgung seiner Guerillakämpfer und deren Ausstattung mit Waffen und Munition hohe Geldbeträge. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen und über Gewinne aus Großveranstaltungen. Zusätzlich sollen die angesprochenen Landsleute bei der alljährlichen Spendenkampagne einen größeren Betrag in Abhängigkeit von ihrem Einkommen bis zur Höhe von mehreren Hundert Euro abliefern. Dabei werden allein in Deutschland mehrere Millionen Euro eingenommen. Diese Einnahmen sind seit Verkündung des „Friedenskurses" rückläufig, weil sich zahlreiche Kurden nicht mehr ausreichend mit der Organisation identifizieren. Deshalb weigerten sich viele, den geforderten Beitrag ganz oder teilweise zu zahlen. Selbst das Argument, dass für die Kämpfer in der Heimat wegen der dortigen Aktivitäten der Guerilla mehr Gelder erforderlich seien, war nicht zugkräftig.

Gelder für die Guerilla

❑ Ausblick

Das weitere Verhalten des KONGRA-GEL und seiner Anhänger in Baden-Württemberg ist nach wie vor weitgehend von den Ereignissen in der Türkei, den Entscheidungen der türkischen Regierung und dem Vorgehen des dortigen Militärs abhängig. Aufgrund der zeitlichen Befristung und der Erfahrungen mit den bisherigen folgenlosen Waffenstillständen ist davon auszugehen, dass die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Jahr 2007 nach der üblichen Winterpause weitergehen werden. Bislang gab es trotz der sich in der Türkei verschärfenden Lage keine Anzeichen für ein Ende des „Friedenskurses" in Deutschland. Die Stimmung unter den Anhängern in Baden-Württemberg hat sich jedoch im Lauf des Jahres 2006 merklich verschlechtert und konnte zeitweise sogar als aggressiv bezeichnet werden. Die Anhänger begrüßten die Vergeltungsaktionen der HPG als notwendige Antwort. Die Anschläge der TAK, bei denen auch Touristen betroffen waren, wurden ebenfalls befür-

angespannte Stimmung unter den Anhängern

wortet. Zur Schwächung der türkischen Wirtschaft müssten, so die Begründung, solche „Kollateralschäden“ hingenommen werden. Außerdem hat sich das Bild Deutschlands bei den Anhängern des KONGRA-GEL nicht nur aufgrund restriktiver Maßnahmen wie den oben geschilderten Festnahmen verschlechtert. Verunsicherung und Frustration entstanden in Baden-Württemberg bei den Anhängern vor allem auch durch das entschiedene und nachdrückliche Vorgehen der Behörden beispielsweise bei Einbürgerungen, ausländerrechtlichen Fragen und Sicherheitsgesprächen.

3. Türkische Vereinigungen[204]

3.1 Extrem nationalistische Organisationen

3.1.1 „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)/„Türkische Föderation Deutschland“ (ATF)

Gründung:	1978						
Sitz:	Frankfurt am Main						
Mitglieder:	ca.	2.100	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	2.100)
	ca.	8.750	Bund	(2005:	ca.	8.750)
Publikation:	„Türk Federasyon Bülteni“ (Bulletin der Türkischen Föderation)						

Die „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ („Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF), auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ (Bozkurt)[205] bekannt, ist eine extrem nationalistische Organisation mit pantürkischen[206] und neofaschistischen Idealen. Die bedeutendsten baden-württembergischen Ortsvereine befinden sich in **Stuttgart**, **Ulm** und **Mannheim**. Die Organisation ist in Deutschland in 13 so genannte Bölge (Regionen) aufgeteilt.

Seit ihrem Bestehen wird die ADÜTDF als Auslandsorganisation der türkischen Mutterpartei **„Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetci**

[204] Ohne kurdische.

[205] Der Legende nach führen die Türken ihren Ursprung auf den Wolf als Ahnherrn zurück, der zum nationalen Symbol des Türkentums stilisiert wurde. In der Symbolik der Nationalisten spielen der mit den Fingern der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“ und die Fahne mit den drei nach unten geöffneten Halbmonden (osmanische Kriegsflagge) eine Rolle.

[206] In dem Streben nach „Turan“, der zentralasiatischen Urheimat der Türken, konkretisieren sich die pantürkischen Ziele der „Idealisten“, die sämtliche türkischstämmigen Völker Asiens in einem großtürkischen Reich vereinigt sehen möchten.

Hareket Partisi", MHP) betrachtet, deren politische Ziele sie teilt und unterstützt. Oberstes Ziel der extremen Nationalisten, die sich selbst als „Idealisten" (ülkücü) bezeichnen und sich als die wahren türkischen Patrioten verstehen, ist eine von äußeren Einflüssen unabhängige, starke, selbstbewusste türkische Nation. In der „türkisch-islamischen Synthese"[207] wird dem ethnisch definierten Türkentum die sunnitische Variante der islamischen Religion als untrennbarer kultureller Aspekt zugeordnet. Das Emblem der Organisation, welches die Silhouette einer Moschee mit Halbmond und Stern aufweist, symbolisiert diese religiöse Komponente, die sich auch in entsprechenden Unterrichtsinhalten in den Mitgliedsvereinen manifestiert. Rechtsextremistische und antisemitische Tendenzen sowie dogmatische Feindschaft in Bezug auf die „Linke" und nicht-türkische Minderheiten prägen unverändert die Ideologie der Bewegung.

übersteigerter Nationalismus

Alle Organisationen der „Ülkcü"-Bewegung sind auf den „Führer" (basbug), Ex-Oberst Alparslan TÜRKES, ausgerichtet, der 1969 die MHP gründete und dessen Biografie auf allen Internetseiten der Bewegung einschließlich der ADÜTDF zu finden ist. Die von TÜRKES formulierte „Neun-Lichter-Doktrin" mit den wesentlichen Komponenten „Nationalismus" (milliyetcilik), „Idealismus" (ülkücülük) und „Ethik" (ahlakcilik), bei der es sich um die Weiterentwicklung einer Doktrin des als maßgeblicher Ideologe der Bewegung geltenden Nihal ATSIZ handelt, stellt die programmatische Basis für die Bewegung dar. Seit dem Tod des MHP-Gründers TÜRKES im Jahr 1997 wird die Partei von Devlet BAHCELI geführt.

Verehrung des „Führers"

Devlet BAHCELI

Die Verbundenheit zum „Führer" kommt im „Eid des Idealisten" (ülkücü yemini) zum Ausdruck, in dem unter Berufung auf Allah, Koran, Vaterland und Fahne mit dem *„Kampf für die nationalistische Türkei und Turan*[208] *bis zum letzten Atemzug und bis zum letzten Blutstropfen"* insbesondere der auf dem Schlachtfeld auszutragende Kampf beschworen wird.

[207] Bereits in den 1960er-Jahren in akademischen Kreisen entwickeltes Konzept einer Verknüpfung vorislamischer türkischer mit islamischen und nationalen Elementen, wobei die nationale Komponente vorherrscht.

[208] Vgl. Fußnote 206.

desintegratives Wirken

Ebenso wie die islamistischen Organisationen bezwecken auch die „Idealisten“ eine größtmögliche Isolation ihrer ethnisch-nationalen Gemeinschaft von den gesellschaftlichen Gruppen und wirken desintegrativ. An deutschen Schulen sahen sich im Lauf des Jahres 2006 Lehrer mit Situationen konfrontiert, in denen insbesondere männliche Jugendliche ihre „türkisch-nationalistische“ Identität in chauvinistischer Weise zur Schau trugen, ihrer Verachtung für „Kommunisten“ und Kurden Ausdruck gaben und auch ihre antisemitische Haltung nicht verhehlten.[209]

3.2 Linksextremisten

3.2.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C-Devrimci Sol)

3.2.1.1 Entstehungsgeschichte

Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und die „Türkische Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke“ (THKP-C) sehen sich in der politischen Erbfolge nach wie vor jeweils als die wahre Nachfolgerin der aus der „linken“ Studentenbewegung hervorgegangenen, 1978 in der Türkei gegründeten „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“). Diese verfolgte insbesondere das Ziel, einen Umsturz der dortigen politischen Verhältnisse herbeizuführen und eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Als terroristisch-linksextremistische Organisation wurde sie bereits zwei Jahre später in der Türkei und am 27. Januar 1983 (bestandskräftig seit 1989) durch den Bundesminister des Innern in der Bundesrepublik Deutschland verboten, nachdem von ihr massive und äußerst gewalttätige Ausschreitungen ausgegangen waren.

Jahrelange innerorganisatorische Streitigkeiten und persönliche Zwistigkeiten führender Funktionäre spalteten die konspirativ agierende „Devrimci Sol“ Ende 1992 in zwei konkurrierende, alsbald verfeindete Flügel, obwohl beide bis heute die gleichen ideologischen Grundlagen und politischen Ziele haben. Fortan bezeichneten sich die beiden rivalisierenden Fraktio-

[209] taz, Online-Ausgabe vom 8. April 2006.

nen nach ihren Führungsfunktionären Dursun KARATAS und dem im März 1993 in der Türkei von Sicherheitskräften erschossenen Bedri YAGAN als „KARATAS"- beziehungsweise „YAGAN"-Flügel. Mit dem am 30. März 1994 in Damaskus abgehaltenen „Parteigründungskongress" hat der „KARATAS"-Flügel, der sich seitdem DHKP-C nennt, organisatorisch endgültig die Trennung vollzogen. Der „YAGAN"-Flügel verwendet seit Mitte 1994 die Bezeichnung THKP-C.

Die von März 1993 bis Anfang des Jahres 1999 mit hoher krimineller Energie bis hin zu Mord ausgetragenen Flügelkämpfe und die im gleichen Zeitraum durchgeführten Anschläge gegen staatliche und vor allem gegen private türkische Einrichtungen belegen, dass beide Gruppierungen ihre politischen Ziele auch im Bundesgebiet durch Gewalt zu verwirklichen versuchten. Am 13. August 1998 erließ daher der Bundesminister des Innern gegen die THKP-C ein Betätigungsverbot. Die DHKP-C bezog er zeitgleich als Ersatzorganisation der 1983 verbotenen „Devrimci Sol" in das frühere Verbot mit ein. Die Anfechtungsklage der DHKP-C hiergegen wies das Bundesverwaltungsgericht am 1. Februar 2000 letztinstanzlich ab.

Betätigungsverbot

Die in Baden-Württemberg inaktive THKP-C entwickelte im Jahr 2006 kaum noch öffentliche Aktivitäten. Die folgenden Ausführungen beziehen sich daher ausschließlich auf die DHKP-C.

3.2.1.2 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C)

Gründung:	30. März 1994 in Damaskus/Syrien nach Spaltung der 1978 in der Türkei gegründeten „Devrimci Sol" (Dev Sol - Revolutionäre Linke), Verbot in Deutschland seit 13. August 1998					
Leitung:	Funktionärsgruppe um den Vorsitzenden Generalsekretär Dursun KARATAS					
Mitglieder:	ca.	80	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	80)
	ca.	650	Bund	(2005:	ca.	650)
Publikation:	„DEVRIMCI SOL" (Revolutionäre Linke)					

❑ Revolutionäre Zielsetzung

Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei" (DHKP), politischer Flügel der „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C), strebt eine revolutionäre Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Türkei und die Errichtung einer „Volksmacht", das heißt einer „Gesellschaft und einer Welt ohne Ausbeutung und ohne Klassen", auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an. Als die „Feinde des Volkes" werden neben der

„faschistischen“ Türkei der US-Imperialismus und alle diesen unterstützenden Kräfte genannt, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gezählt wird.

Zur Bekämpfung dieser Feinde bedient sich die DHKP-C in der Türkei auch terroristischer Methoden. Zahlreiche Anschläge in der Vergangenheit, vor allem in den Großstädten der Türkei gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und andere staatliche Einrichtungen gehen auf das Konto der DHKP-C.

❑ Struktur

In der Bundesrepublik Deutschland, die wegen der großen Zahl der hier lebenden Türken und aufgrund ihres relativen Wohlstands wichtigstes Betätigungsfeld der DHKP-C nach der Türkei ist, bestehen fest gefügte Organisationsstrukturen. Zur Führung zählen neben dem Deutschlandverantwortlichen und dessen Vertretern die Regions- und Gebietsverantwortlichen sowie weitere, mit Sonderaufgaben betraute Funktionäre wie die Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit. Den Führungskadern der Deutschlandorganisation obliegt die eigenverantwortliche Umsetzung der vom Zentralkomitee der DHKP-C geplanten und angeordneten Aktionen, durch die der „Kampf“ in der Türkei unterstützt werden soll.

Die Funktionäre und Mitglieder der DHKP-C verhalten sich ausgesprochen konspirativ, d.h., sie verwenden Decknamen und wechseln häufig ihren Aufenthaltsort. Als örtliche oder regionale Basis dienen DHKP-C-nahe Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Organisation zulassen. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt in Baden-Württemberg liegt neben **Stuttgart** in **Ulm**. Zusammenkünfte von Aktivisten und Großveranstaltungen verlagert die Organisation zunehmend ins angrenzende Ausland, so zum Beispiel die traditionelle Veranstaltung zum Parteigründungstag am 29. April 2006 in ’s-Hertogenbosch/Niederlande.

Durchsuchungen auch in Baden-Württemberg

Bei einer im November 2006 gegen mutmaßliche DHKP-C-Anhänger und Führungsfunktionäre durchgeführten Exekutivmaßnahme kam es in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu Durchsuchungen von Personen und Objekten. In Baden-Württemberg waren die Städte **Stuttgart**, **Pforzheim** und **Ulm** betroffen. Bei den einzelnen Durchsuchungen wurde umfangreiches DHKP-C-Propagandamaterial aufgefunden. Zeitgleich durchsuchte die Polizei in Köln die Räumlichkeiten der „Anatolischen Föderation e.V.“, wo ebenfalls umfangreiches DHKP-C-Material sicherge-

stellt wurde. Außerdem wurden in diesem Zusammenhang mehrere Personen, unter anderem auch in Baden-Württemberg, festgenommen. Die „Anatolische Föderation e.V." kritisierte den Polizeieinsatz scharf und erhob in mehreren, im Internet veröffentlichten Erklärungen, massive Vorwürfe gegen das Vorgehen der deutschen Sicherheitsbehörden.

❑ Finanzierung

Die DHKP-C finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spendengeldsammlungen, den Verkauf von Publikationen sowie durch Einnahmen aus Musik- und anderen Veranstaltungen.

❑ Medieneinsatz

intensive Nutzung des Internets

Neben den regelmäßig erscheinenden Publikationen nutzt die DHKP-C intensiver als andere linksextremistische Migrantenorganisationen das Internet für Aufrufe und politische Erklärungen. Sie verfügt über eine mehrsprachige Homepage. Nachdem die Publikation „Ekmek ve Adalet" (Brot und Gerechtigkeit) nach Veröffentlichung der 158. Ausgabe ihr Erscheinen eingestellt hatte, erschien ab dem 22. Mai 2005 für Europa eine neue Zeitschrift mit dem Titel „Yürüyüs" (Marsch). Äußere Aufmachung und inhaltliche Themen unterscheiden die Zeitschrift „Yürüyüs" kaum von der „Ekmek ve Adalet". Schwerpunkt ihrer Berichterstattung ist die Türkei. Neben der Agitation gegen die türkische Regierung und einen möglichen EU-Beitritt der Türkei sowie Berichten über die Gefängnissituation und das „Todesfasten" in der Türkei veröffentlicht sie auch Beiträge über Aktivitäten der **„Anatolischen Föderation"** in Deutschland und Europa. In ihrer Erstausgabe legte die Publikation, die sich selbst auf dem Weg zur Änderung des Systems sieht, ein klares Bekenntnis zu einem revolutionären Umsturz und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Türkei ab. Redaktion, Druck und Vertrieb der Publikation „Yürüyüs" befinden sich seit Mitte 2005 in den Niederlanden.

Fortführung des Hungerstreiks in der Türkei

❑ „Todesfasten“

Beherrschendes Agitations- und Kampagnenthema der DHKP-C blieb auch im Jahr 2006 der im Oktober 2000 in türkischen Haftanstalten begonnene „unbefristete Hungerstreik“, der sich gegen neue Gefängnistypen[210] richtete. Nach nur wenigen Wochen wurde er bereits damals zum „Todesfasten“ ausgeweitet, an dem sich fast nur noch DHKP-C-Anhänger beteiligten.

Bei den bisher 122 Toten, mehrheitlich Mitglieder der DHKP-C, handelt es sich nicht nur um Personen, die an den Folgen des Hungerstreiks gestorben sind. Etwa 40 Personen verstarben nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften und einige „politische Gefangene“ infolge von Selbstverbrennungen.

In Deutschland trat bei Demonstrationen, Infoständen und Flugblattaktionen, die das „Todesfasten“ zum Thema hatten, meist der **„Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei“ (TAYAD)** in Form des **„TAYAD-Komitees e.V.“**[211] als Veranstalter auf. So initiierte das „TAYAD-Komitee“ vom 10. September bis 20. Dezember 2006 in mehreren deutschen Städten eine Kampagne, die die Haftbedingungen in der Türkei zum Thema hatte. In diesem Zusammenhang fanden vom 16. bis 22. Oktober 2006 anlässlich des 7. Jahrestages des Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen sowie zum Gedenken an die bislang 122 „Gefallenen“ vom „TAYAD-Komitee e.V.“ organisierte Veranstaltungen statt, bei denen man u.a. Informationsmappen an die Landtage in Europa zu diesem Thema übergab beziehungsweise ein Hungerstreik in den DHKP-C-nahen Vereinen durchgeführt wurde.

❑ Anschläge

Seit 2003 verübte die DHKP-C durch ihren militärischen Arm **„Revolutionäre Volksbefreiungsfront“ (DHKC)** mehrere Sprengstoffanschläge in der

[210] So genannter F-Typ, der überwiegend aus Einzelzellen und kleinen Gemeinschaftszellen besteht.

[211] Das „TAYAD-Komitee e.V.“ ist eine der DHKP-C nahe stehende Organisation, welche ausschließlich die Gefangenenproblematik der in der Türkei inhaftierten DHKP-C-Anhänger thematisiert.

Türkei. Ziele waren staatliche türkische Einrichtungen, insbesondere Gebäude, aber auch Mitarbeiter der türkischen Sicherheitsbehörden, der Armee und der Justiz. Auch im Jahr 2006 war die DHKP-C für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich. So bekannte sich die DHKC auf ihrer Internetseite in der Erklärung Nr. 363 vom 25. Juni 2006 zum Angriff auf einen Polizeiwagen am 19. Juni 2006 in einem Stadtteil Istanbuls, bei dem ein Polizist schwer verletzt wurde:

„Wir werden Rechenschaft verlangen von denjenigen, die die grausame Isolationshaft und die Massaker in den Haftanstalten weiterführen."

auch Aktionen gegen „Verräter"

Daneben wurden auch Bestrafungsaktionen gegen Organisationsverräter durchgeführt. So nahmen Kämpfer der DHKP-C am 2. Februar 2006 einen „Verräter" gefangen und ermordeten ihn. Wiederum übernahm die DHKC in ihrer Erklärung Nr. 355 vom 6. Februar 2006 die Verantwortung:

„Kein Volksfeind und auch kein Überläufer kann der Gerechtigkeit des Volkes entkommen."

3.2.2 „Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML)/„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei" (MLKP)

❑ „Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML)

Gründung:	1972 (in der Türkei)					
Anhänger:	ca.	320	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	320)
	ca.	1.300	Bund	(2005:	ca.	1.300)

türkische linksextremistische Organisationen

Die Organisation ist in die folgenden Flügel gespalten:
„Partizan" (im schriftlichen Sprachgebrauch **„TKP/ML"** abgekürzt)

Leitung:	Funktionärsgruppe
Anhänger:	ca. 120 in Baden-Württemberg
Militärische Teilorganisation:	„Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee" (TIKKO); verübt in der Türkei Guerillaaktionen

Publikation: „Özgür Gelecek Yolunda Isci Köylü“ (Arbeiter und Bauern auf dem Weg in die freien Zukunft)

Der „Partizan“-Flügel wird in Europa von der „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e. V.“ (ATIK) und in Deutschland von der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF) vertreten;

und

„Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)
(bis Ende 2002 „Ostanatolisches Gebietskomitee“ - DABK - im schriftlichen Sprachgebrauch früher **„TKP(ML)“** abgekürzt)

Leitung:	Funktionärsgruppe
Anhänger:	ca. 200 in Baden-Württemberg
Militärische Teilorganisation:	„Volksbefreiungsarmee“ (HKO); verübt in der Türkei Guerillaaktionen
Publikation:	„Halk Icin Devrimci Demokrasi“ (Revolutionäre Demokratie für das Volk)

Für die MKP agiert in Europa die „Konföderation für demokratische Rechte in Europa“ (ADHK) und in Deutschland die „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland“ (ADHF).

❑ **„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)**

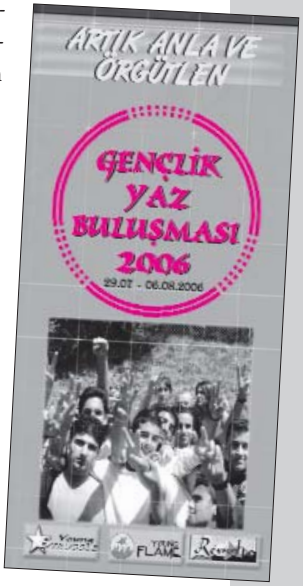
Gründung:	1994 (in der Türkei)						
Anhänger:	ca.	240	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	240)
	ca.	600	Bund	(2005:	ca.	600)
Publikation:	„Politikada Atilim“ (Der politische Angriff)						

Die MLKP wird auf europäischer Ebene durch die „Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa“ (AvEG-Kon) und in Deutschland durch die „Föderation der Arbeiter und Immigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (AGIF) vertreten.

Das linksextremistische türkische Spektrum präsentierte sich auch im Jahr 2006 aufgrund innerorganisatorischer Differenzen, Spaltungen und ideolo-

gischer Abgrenzungen in viele kleinere und einige größere, darunter die oben genannten Gruppierungen, zersplittert. Zwangsläufige Folge ist, dass unter diesen Voraussetzungen das allen gemeinsame Ziel, das türkische Staatsgefüge zu zerschlagen und durch eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen, wenig aussichtsreich erscheint. Nach türkischem Recht sind Organisationen mit dieser Ausrichtung in der Türkei verboten, was diese aber nicht daran hindert, dennoch konspirative Parteistrukturen zu unterhalten. Zur Realisierung der selbst erklärten Ziele bedienen sich die Gruppierungen in ihrem Heimatland zunehmend ihrer dort terroristisch agierenden Guerillaeinheiten. Die Geldbeschaffung zur Finanzierung des Parteiapparats und der Guerillaeinheiten erfolgt weitgehend durch jährlich getrennt unter den Anhängern durchgeführte europaweite Spendenkampagnen. Zusätzlich werden Gewinne aus der Durchführung von Kulturveranstaltungen und dem Verkauf von Propagandamaterial erzielt. Die ebenfalls jährlich von den Organisationen regelmäßig veranstalteten Sommercamps für ihre Jugendlichen dienen überwiegend dazu, Nachwuchs zu gewinnen. Dabei wird den teilnehmenden Jugendlichen insbesondere Wissen über das sozialistische Gedankengut vermittelt. Beispielhaft ist hier das in der Zeit vom 29. Juli bis 6. August 2006 vom **Ulmer** AGIF-Verein in **Göppingen-Hohenstaufen** durchgeführte internationale Jugendlager zu nennen. An der Ferienveranstaltung nahmen etwa 110 Personen teil, darunter Jugendliche aus Großbritannien, Frankreich und Spanien. Schulungen in Parteitheorie und Antiimperialismus sowie sportliche Betätigung wurden bei der Veranstaltung angeboten.

Gewinnen und Ausbilden von Nachwuchs



Neben den in der Türkei verdeckten Parteistrukturen bedienen sich die Mutterparteien in Deutschland und auf europäischer Ebene offen arbeitender Dach- und Basisorganisationen. Diese versorgen die im Allgemeinen in Vereinen organisierten Anhänger und Sympathisanten vorwiegend mit Propagandamaterial zu Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Rassismus, aktuelles politisches Tagesgeschehen insbesondere mit Bezug zur Türkei und zu Deutschland. Neben der Verbreitung von Flugblättern und Broschüren veröffentlichen die Organisationen immer häufiger ihre Stellungnahmen im Internet.

Agieren in Aktionsbündnissen

In Baden-Württemberg traten die Anhänger der linksextremistischen türkischen Szene vorwiegend in den Städten **Stuttgart**, **Ulm** und **Mannheim** öffentlich durch Demonstrationen, Info-Stände und Kundgebungen in Erscheinung. Dabei agierte die Szene vorwiegend in Aktionsbündnissen, so unter anderem am 1. Mai und zu den Themen Nahost-Konflikt oder Antikriegstag. Hervorzuheben sind insofern

- eine gemeinsame Demonstration verschiedener palästinensischer und türkischer Organisationen am 22. Juli 2006 in **Ulm**. Im Verlauf der unter dem Thema Nahost-Konflikt stehenden Veranstaltung, an der etwa 60 Personen teilnahmen, verteilten die Angehörigen der türkischen Linken unter anderem ein Flugblatt mit dem Motto „NIEDER MIT DER ZIONISTISCHEN AGGRESSION UND BARBAREI! ES LEBE DER WIDERSTAND DES PALÄSTINENSISCHEN UND LIBANESISCHEN VOLKES!"

- eine 40-minütige Spontankundgebung von etwa 50 Angehörigen der linksextremistischen türkischen und deutschen Szene am 10. September 2006 auf dem Schlossplatz in **Stuttgart**. Anlass für diese Veranstaltung war eine am 8./9. September in der Türkei durchgeführte Verhaftungswelle, bei der 23 Personen festgenommen worden sein sollen. Die türkischen Sicherheitskräfte gehen bei den Verhafteten davon aus, dass es sich um Mitglieder beziehungsweise Funktionäre der MLKP handelt.

4. Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und ethnische Albaner

„Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue" (B.K.D.SH)

Diese extrem nationalistisch geprägte Organisation mit Sitz in **Donzdorf**/Krs. **Göppingen**, die in Baden-Württemberg noch über circa 20 und bundesweit über rund 50 Mitglieder verfügt, entfaltete im Jahr 2006 nur wenig wahrnehmbare öffentliche Aktivitäten. So fungierte die B.K.D.SH am 17. März 2006 als Mitorganisator einer Gedenkveranstaltung zu Ehren gefallener Kämpfer der „Befreiungsarmee Kosovos" (USK) in **Pforzheim**. Am 1. April 2006 organisierte sie anlässlich einer Buchpräsentation der „Albanischen Rechten" eine Veranstaltung in Aschaffenburg.

Kontakte zu albanischen Nationalisten

Der Präsident der B.K.D.SH hielt sich 2006 wiederholt in Albanien und im Kosovo auf, um zu versuchen, die Organisationsstrukturen neu zu gliedern. Er und einige seiner politischen Freunde nahmen erstmals an Veranstaltungen der „Albanischen Rechten" teil. Dabei handelt es sich um einen losen Zusammenschluss extrem nationalistischer kosovo-albanischer Organisationen, die sich eng mit der Tradition des legendären albanischen Volkshelden SKANDERBEK[212] und den Ideen der in Albanien in den Jahren 1944 kämpfenden Einheit der albanischen SS-Division Skanderbek verbunden fühlen. Diese Einheit wird deshalb verherrlicht, weil sie im Dienst des Deutschen Reichs für ein Großalbanien kämpfte.

Reststrukturen der Organisation sind in Baden-Württemberg nach wie vor existent. Politisches Ziel der B.K.D.SH ist die Schaffung eines unabhängigen Staates Kosovo in seinen ethnischen Grenzen (Großalbanien).

❑ „Volksbewegung von Kosovo" (LPK)

Die LPK wurde im Frühjahr 1982 in der serbischen Provinz Kosovo unter dem Namen **„Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien" (LRSSHJ)** gegründet. Nach mehreren Umbenennungen führt sie seit 1993 die Bezeichnung „Volksbewegung von Kosovo" (LPK). Ihr Ziel ist die Errichtung eines großalbanischen Staates, der Albanien, das Kosovo, von Albanern besiedelte Gebiete Südserbiens und an Albanien angrenzende Teile von Mazedonien, Montenegro und Griechenland umfassen soll. Im Bundesgebiet sind ihre Strukturen nur noch in Süddeutschland feststellbar. Die Zentrale der LPK im Kosovo verfügte im Frühjahr 2006, dass sich die Organisation im Ausland wieder neu zu strukturieren habe. Die Veranstaltungen der LPK wurden überwiegend kurzfristig terminiert und in wechselnden Veranstaltungslokalen durchgeführt, oftmals aus konspirativen Gründen auch in Wohnobjekten ausgewählter Funktionäre.

Auch in Baden-Württemberg wurden wieder öffentliche Gedenkveranstaltungen dieser Organisation abgehalten, bei denen gefallener Kämpfer der „Befreiungsarmee von Kosovo" (UCK) und LPK-Helden gedacht und Agitation im Sinne ihrer Ideologie betrieben wurde. Bei einer am 21. Januar 2006 in **Pforzheim** durchgeführten Veranstaltung kam es zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen Funktionären und einzelnen Teilnehmern, weil neben Bildern von „Märtyrern" auch das des verstorbenen Präsidenten des Kosovo Rugova aufgehängt war.

[212] Eigentlich: Gjergj KASTRIOTI.

Da den Führungsfunktionären bewusst wurde, dass die Organisationsstrukturen im Kosovo und im Ausland geschwächt sind und somit auch ihr Einfluss auf ihre Anhängerschaft schwindet, versuchte sich die LPK an Aktivitäten einer neuen **„Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht" (Levizja Vetevendosje)**[213] zu beteiligten. So nahmen erstmals am 1. Oktober 2006 in Nürnberg auch Funktionäre der LPK aus Baden-Württemberg und Vertreter der **„Front für die Albanische Nationale Vereinigung" (FBKSH)** an einer Veranstaltung dieser „Bewegung" teil.

Ziel dieser Organisation ist die Souveränität des Kosovo. Jedwede Fremdbestimmung soll verhindert werden. Durch demonstrative und gewaltorientierte Aktionen gegen Einrichtungen der UNMIK, die teilweise auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften führten, trat sie im Jahr 2006 regelmäßig im Kosovo in Erscheinung. In Mitteilungsblättern und über das Internet wurden die Anhänger turnusmäßig über ihre Aktionen informiert.

❑ „Front für die Albanische Nationale Vereinigung" (FBKSH)

Ziel: Schaffung eines Großalbanien

Diese Organisation versteht sich als politischer Flügel der **„Albanischen Nationalarmee" (AKSH)**, eigenen Angaben zufolge eine politisch-militärischen Formation, die im Dezember 1999 u. a. von früheren Angehörigen der UCK gegründet worden ist, um die Errichtung eines Großalbanien zu erkämpfen. Dies bedeutet die Abtrennung aller von „illyrisch-stämmigen" Albanern besiedelten Gebiete von den Staaten Serbien, Montenegro, Mazedonien und Nordgriechenland (Cameria) und deren Vereinigung mit dem albanischen Mutterland in einem neu zu schaffenden albanischen Nationalstaat. Um dieses Ziel zu propagieren und zur effektiveren Unterstützung der im Untergrund agierenden militärischen Struktur wurde im Juli 2002 in Tirana/Albanien die FBKSH gegründet.

Die „Albanische Nationalarmee" (AKSH) ist seit etwa 2002 durch eine Reihe von politisch motivierten Gewaltaktionen in den von Albanern besiedelten Gebieten des Balkans (Mazedonien, Kosovo, Südserbien) in Erscheinung getreten. Dabei verübten Angehörige der Gruppierung Anschläge gegen Sicherheitsorgane oder die Infrastruktur der betroffenen Staaten beziehungsweise Verwaltungsgebiete. Spektakulärste Aktion war

[213] Diese Organisation hat ihren Hauptsitz im Kosovo, dort existieren 15 Ortsgruppen. Die „Bewegung" erhält vor allem finanzielle Unterstützung von Aktivisten im Ausland. In der Diaspora wurden Zweigstellen in Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen, Schweden, den USA, in der Schweiz und in Deutschland etabliert. Die deutsche Sektion wurde am 29. Oktober 2005 in Dortmund gegründet.

die Sprengung einer Eisenbahnbrücke zwischen Serbien und dem Kosovo. Nach diesem Anschlag hatte die UNMIK die AKSH im April 2003 als terroristische Organisation eingestuft und verboten.

Bemühungen scheiterten, in Deutschland wie auch in anderen westeuropäischen Staaten ein Netzwerk der FBKSH zur propagandistischen und möglicherweise finanziellen Unterstützung der auf dem Balkan agierenden AKSH aufzubauen. Seit der Festnahme des politischen Sekretärs der Organisation Mitte Dezember 2003 an der deutsch-schweizerischen Grenze und dessen Auslieferung nach Albanien im Juni 2004 fehlt der Vereinigung und ihren Funktionären die politische Leitfigur. Auch Anschläge mutmaßlicher AKSH-Angehöriger im Heimatland sind seitdem nicht mehr bekannt geworden. Die Organisation tritt jedoch nach wie vor durch Verlautbarungen in Erscheinung. Militante Aktivitäten der AKSH sind zumindest dann wieder zu befürchten, wenn sich die hohen Erwartungen der Kosovo-Albaner auf die Unabhängigkeit des Kosovo in absehbarer Zeit nicht erfüllen sollten. Öffentliche Aktivitäten wie Informationsveranstaltungen wurden in Deutschland nicht organisiert, vielmehr trafen sich Führungsfunktionäre regelmäßig zu konspirativen Treffen im Raum **Heidelberg**.

Um die Existenz der Organisation zu verschleiern, gründeten Funktionäre in Albanien die **„Vaterlandsgesellschaft für nationale Identität und Vereinigung" (SH.A.I.B.K.)**. Zweigniederlassungen wurden auch im Ausland, unter anderem in Deutschland gegründet, um sich dem Focus der deutschen, schweizerischen und anderen europäischen Nachrichtendienste zu entziehen. Die „Gesellschaft" ist bisher jedoch nicht durch öffentliche Aktionen in Erscheinung getreten.

5. Sikh-Organisationen

❑ „Babbar Khalsa International" (BK)

Gründung:	1978 in Indien				
Sitz:	derzeit unbekannt				
Mitglieder:	ca.	50	Baden-Württemberg	(2005:	50)
	ca.	200	Bund	(2005:	200)

❑ „International Sikh Youth Federation" (ISYF)

Gründung: 1984 als weltweite Auslandsorganisation der „All India Sikh Student Federation" (AISSF)

	1985 Gründung der „Deutschen Sektion der ISYF“ in Frankfurt am Main					
Sitz:	Frankfurt am Main					
Mitglieder:	ca.	100	Baden-Württemberg	(2005:	100)
	ca.	600	Bund	(2005:	600)

❑ „Kamagata Maru Dal International“ (KMDI)

Gründung:	1997 als „Internationale Kamagatamaru Partei“ in San Francisco/USA 1998 Zweigorganisation in Baden-Württemberg					
Sitz:	vermutlich München					
Mitglieder:	ca.	20	Baden-Württemberg	(2005:	20)
	ca.	40	Bund	(2005:	40)

Kampf für einen unabhängigen Staat

Trotz des hohen Verfolgungsdrucks indischer Sicherheitsbehörden gegenüber Sikh-Extremisten und Verurteilung dieses Personenkreises zu langjährigen Haftstrafen oder der Todesstrafe im Pandschab haben dort militante Sikhs im Jahr 2006 unverändert auch durch Gewaltanwendung für die Schaffung eines unabhängigen Staates „Khalistan“ (Land der Reinen) gekämpft. Aufgrund des konsequenten Vorgehens der indischen Regierung gegen die Terrorkommandos und deren mutmaßliche Sympathisanten wurden viele Sikhs in die Emigration gezwungen. Die im Exil lebenden Anhänger der Sikh-Bewegung haben sich überwiegend in Kanada, den USA und in Großbritannien, aber auch in Frankreich und Deutschland politisch organisiert.

Der am 17. April 2006 in Hasselt/Belgien an einem Mitglied der dortigen Sikhgemeinde begangene Mord löste weltweite Beachtung, tiefe Betroffenheit und Verunsicherung in den internationalen extremistischen Sikh-Kreisen aus. Maskiert mit einer Sturmhaube stürmte der Täter in das Telefonkartengeschäft seines Opfers, tötete es durch Kopfschüsse aus nächster Nähe und flüchtete unerkannt. In extremistischen Sikh-Kreisen machte man für die Tat zum einem den indische Geheimdienst[214] verantwortlich, zum anderen wurde ein krimineller Hintergrund gesehen.

[214] Der Getötete war im Jahre 1992 an einem missglückten Attentat auf den ehemaligen Polizeichef von Pandschab und damaligen indischen Botschafter in Bukarest/Bulgarien beteiligt. Dort wurde er wegen des Anschlags zu acht Jahren Haft verurteilt.

geführt auf der „EU-Terrorliste“

Die ISYF und die BK sind von der Europäischen Union (EU) als terroristische Organisationen eingestuft. Terroristische Aktivitäten entwickelten sie bisher fast ausschließlich in Indien. 2006 sind in Deutschland extremistische Sikh-Gruppierungen nicht durch gewalttätige Aktionen in Erscheinung getreten. Lediglich in Baden-Württemberg wurden zwei politisch motivierte Auseinandersetzungen bekannt. Protestdemonstrationen anlässlich des indischen Nationalfeiertags (26. Januar) und des Unabhängigkeitstags (15. August 1947), an denen auch Anhänger extremistischer Sikh-Organisationen aus Baden-Württemberg teilnahmen, verliefen friedlich.

Deutschland als Ruhe- und Finanzierungsbasis

Deutschland dient den hier lebenden Sikh-Extremisten als Ruhe- und Finanzierungsbasis. Kultureller, religiöser und politischer Mittelpunkt sind die Sikh-Tempel (Gurdwaras). In Baden-Württemberg sind diese in **Stuttgart**, **Mannheim** und **Tübingen** als Vereine angemeldet. In den Vereinsräumen treffen sich regelmäßig Anhänger der in zwei Flügel gespaltenen ISYF, der BK und der KMDI. Funktionäre dieser Gruppierungen nutzen dort durchgeführte Versammlungen oder Veranstaltungen zu Ehren gefallener Kämpfer stets zu Propagandazwecken und zum Aufruf zu großzügigen Spendenzahlungen, um den „Befreiungskampf“ zu unterstützen. Neben den Tempeln konnten Stützpunkte extremistischer Sikhs in **Herrenberg**, **Nürtingen**, **Reutlingen**, **Sigmaringen** und im Raum **Überlingen** lokalisiert werden.

Erstmals konnte unter den einzelnen Gruppierungen eine gesteigerte Aggressivität beobachtet werden, die auf permanente politische Streitigkeiten zurückzuführen ist. So wurden am 6. Juni 2006 bei einer Schlägerei vor dem Sikh-Tempel in **Stuttgart** zwei Sikhs verletzt. Der Tat waren anhaltende ideologische Meinungsverschiedenheiten unter verschiedenen Sikh-Gruppierungen vorausgegangen. Im Gegensatz zu den Sikh-Tempeln in Frankfurt/Main und Köln war diese tätliche Auseinandersetzung für den Bereich des **Stuttgarter** Sikh-Tempels ein Novum, zumal es hier bisher gemäßigten Anhängern extremistischer Gruppierungen stets gelungen war, politische Streitigkeiten zu schlichten oder körperliche Auseinandersetzungen schon im Vorfeld abzuwenden.

Ebenfalls aus politisch motivierten Streitigkeiten kam es am 14./15. Juli 2006 in **Holzgerlingen**/Krs. **Böblingen** unter Mitgliedern der KMDI zu körperlichen Auseinandersetzungen.

Die in Großbritannien publizierte pandschabisprachige Zeitung „Des Pardes“ ist für die in der Diaspora lebende Sikh-Gemeinde eine wichtige Informationsquelle. Hier werden sie über Ereignisse in Indien und über Akti-

vitäten im Ausland unterrichtet. Vor allem aber bietet das Blatt extremistischen Organisationen eine politische Plattform für Mitteilungen an ihre Anhänger.

6. „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE)

Gründung:	1972 auf Sri Lanka als „Tamil New Tigers" (TNT)				
	1976 Umbenennung in LTTE				
Sitz:	Oberhausen/Nordrhein-Westfalen (Deutsche Sektion)				
Mitglieder:	ca.	110	Baden-Württemberg	(2005:	110)
	ca.	800	Bund	(2005:	800)

Im Jahr 2006 eskalierte die Gewalt in Sri Lanka, wo seit über zwei Jahrzehnten die „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) mit Waffengewalt für einen eigenständigen Staat „Tamil Eelam" im mehrheitlich von Tamilen bewohnten Norden des Landes kämpfen. Bei zahlreichen Attentaten der separatistischen LTTE unter Führung von Vellupillai PRABHAKARAN und anschließenden Aktionen der sri-lankischen Armee kamen allein 2006 insgesamt über 3.000 Menschen ums Leben, 200.000 sollen inzwischen auf der Flucht sein. So starben bei einem im April durchgeführten Selbstmordanschlag im Hauptquartier der sri-lankischen Armee in Colombo zahlreiche Menschen, der Armeechef überlebte schwer verletzt. 64 Menschen, darunter auch mehrere Kinder, wurden getötet, als im Juni in der Nähe eines Reisebusses Sprengsätze detonierten. Im Oktober verloren bei einem Selbstmordanschlag auf einen Militärkonvoi im Norden des Landes über 100 Soldaten ihr Leben. Im selben Monat verübten die LTTE einen Anschlag auf eine Marinebasis in Galle, einem Touristenort im Süden Sri Lankas, und töteten dabei über 20 Soldaten. Die Situation verschärfte sich vor allem nach einem Luftangriff der sri-lankischen Armee auf ein Kinderheim in der LTTE-Region Mullaitivu im August 2006. Die sri-lankische Regierung begründete diese Aktion damit, dass es sich bei dieser Einrichtung um ein verstecktes LTTE-Ausbildungslager gehandelt habe. Bei dem Angriff wurden 61 vorwiegend junge Mädchen getötet und 130 verletzt.

Selbstmordanschläge

Die im Jahr 2002 begonnenen Friedensgespräche zwischen den LTTE und der sri-lankischen Regierung schienen aufgrund dieser Eskalation bedeu-

tungslos geworden zu sein. Im September 2006 mussten sich die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, denen die LTTE eine pro-singhalesische Haltung vorwarfen, auf Druck der LTTE aus der Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) zurückziehen, die seither nur noch aus norwegischen und isländischen Beobachtern besteht.

erstmals auf „EU-Terrorliste"

Im Mai 2006 setzte die Europäische Union (EU) die LTTE aufgrund der von ihr ausgehenden Gewalt auf die Liste terroristischer Organisationen.[215] Die tamilische Diaspora in Deutschland nahm diese Maßnahme als ein „EU-Verbot" wahr und reagierte mit einer Reihe regionaler und überregionaler Demonstrationen. Den Abschluss dieser Reihe bildete eine Großkundgebung in Berlin am 18. September 2006, an der mehrere Tausend Personen teilnahmen. Das **„Tamil Coordinating Committee" (TCC)** mit Sitz in Oberhausen hatte diese Protestaktionen in einem Flugblatt angekündigt:

> *„Mit dem Beschluss der Europäischen Union, die LTTE - die Repräsentantin der Tamilen - als terroristische Organisation zu verbieten, hat sie einseitig in den Konflikt interveniert und damit unsere politischen Aspirationen kriminalisiert."*

In Baden-Württemberg fanden u. a. folgende Veranstaltungen mit LTTE-Bezug statt:

- Am 29. April 2006 richtete die **Stuttgarter** „Kulturvereinigung der Tamilen e.V." eine Märtyrergedenkveranstaltung aus, die ursprünglich als „Tamilisches Kulturfest" angemeldet worden war. Etwa 600 Personen nahmen daran teil.

- Am 25. Juli 2006 organisierte die „Kulturvereinigung der Tamilen e.V." **Stuttgart** auf dem Schlossplatz einen Hungerstreik unter dem Motto *„Stopp der Tötung der Tamilen"*. Mit dieser Aktion machte man auf die aktuelle politische Situation in Sri Lanka aufmerksam, gedachte zugleich aber auch des ersten LTTE-Selbst-

[215] Siehe Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union zur Einstufung der LTTE als terroristische Organisation vom 31. Mai 2006.

mordattentats aus dem Jahr 1987. Über 50 Personen nahmen an dieser eintägigenProtestaktion teil.

- Zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung des Kinderheims in Mullaitivu organisierte die **Stuttgarter** LTTE-nahe „Tamilische Bildungsvereinigung e.V." (TBV) im August 2006 in mehreren Städten Mahnwachen und Infostände, darunter in **Kirchheim unter Teck**, **Mannheim** und **Stuttgart**.

bislang friedliche politische Aktivitäten

Trotz der sich verschärfenden Situation in Sri Lanka blieben die Kundgebungen der LTTE-Anhänger friedlich. Deutschland dient diesem Personenkreis neben der Beschaffung von Geldmitteln durch den Verkauf von Propagandaartikeln oder durch die gezielte Sammlung von Geldspenden in erster Linie als Zufluchtsort und Plattform, um auf die politische Situation in Sri Lanka aufmerksam zu machen.

7. Iranische Gruppen

Die „Volksmodjahedin" unter der Bezeichnung **„Modjahedin-e Khalq Organisation" (MEK oder MKO)** und **„People's Mojahidin of Iran" (PMOI)** gelten auch in dem am 29. Mai 2006 veröffentlichten und überarbeiteten Beschluss des Rats der Europäischen Union (EU) vom 2. Mai 2002 als terroristische Organisation. Gegen diesen Beschluss haben die „Volksmodjahedin" vor dem Europäischen Gericht in erster Instanz in Luxemburg am 12. Dezember 2006 erfolgreich geklagt. Ihr militanter Flügel **„National Liberation Army of Iran" (NLA)** sowie die **„Muslim Iranian Student's Society"** werden ebenfalls als terroristische Gruppierungen genannt. Der **„Nationale Widerstandsrat von Iran" (NWRI)** beziehungsweise der **„National Council of Resistance of Iran" (NCRI)** werden von der Auflistung als Terrororganisation ausgenommen.

Der international tätige NWRI wurde als scheinbar parteiübergreifende demokratische Sammlungsbewegung 1981 in Paris gegründet und versteht sich selbst als die wichtigste Oppositionsgruppe gegen das religiöse iranische Regime. Dominiert wird der „Widerstandsrat" allerdings von Anhängern und Mitgliedern der „Volksmodjahedin".

Im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 in Deutschland, an der auch die iranische Nationalmannschaft teilnahm, bestand zunächst die Befürchtung, dass diese Oppositionsgruppe die weltweite Aufmerksamkeit für ihre Zwecke nutzen könnte. Mögliche Aktionen von Anhängern der

„Volksmodjahedin“ während dieser Zeit konnten nicht ausgeschlossen werden. In Baden-Württemberg entstand eine besondere Brisanz dadurch, dass die iranische Fußballnationalmannschaft während des Zeitraumes der Vorrundenbegegnungen in **Friedrichshafen** am Bodensee ihr Mannschaftsquartier unterhielt. Hinzu kamen Ankündigungen der iranischen Staatsführung, gegebenenfalls ein Vorrundenspiel der iranischen Nationalmannschaft besuchen zu wollen.

Entgegen den Aussagen einiger Kritiker der „Volksmodjahedin“, die in diversen Briefen auf das Gewaltpotenzial der Organisation aufmerksam zu machen versuchten, versicherte die Deutschlandvertretung des NWRI in öffentlichen Verlautbarungen, keine Aktionen durchzuführen, die den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderhandeln würden. Tatsächlich wurden während des gesamten Zeitraumes der Fußball-Weltmeisterschaft keine nennenswerten Aktionen der „Volksmodjahedin“ bekannt.

europaweite Veranstaltungen

Wie auch in den Jahren zuvor richteten sich die Aktivitäten des NWRI in europaweiten Veranstaltungen gegen das iranische Regime und seinen Präsidenten Ahmadinejad. Die größte Kundgebung fand am 1. Juli 2006 in Le Bourget bei Paris statt. Dort versammelten sich mehrere Tausend Anhänger aus ganz Europa, um für einen demokratischen Wandel im Iran und gegen Teherans Atompolitik zu protestieren. Im Beisein von Parlamentariern aus Europa und Übersee forderte die NWRI-Präsidentin Maryam RAJAVI den *„Umsturz der religiösen Diktatur“*.[216]

Weiterhin unklar blieb das Schicksal der über 3.000 Frauen und Männer der NLA, die sich auf irakischem Boden im „Camp Ashraf“ aufhalten sollen. Im Jahr 2006 stand das Lager unter der Kontrolle von 120 bulgarischen Soldaten. Nach Inkrafttreten der neuen irakischen Verfassung hat man den Flüchtlingsstatus, den die Frauen und Männer der NLA vor dem Einmarsch der US-Truppen und dem Sturz Saddam Husseins im Lager Ashraf innehatten, nicht wieder bestätigt. Am 12. September 2006 trat ein durch Parlamentarier und Menschenrechtler aus der ganzen Welt gegründetes *„Komitee zur Verteidigung der Mitglieder der PMOI im Irak“* zu seiner

[216] Spiegel Online vom 2. Juli 2006: Iranische Exil-Opposition - Hoffen auf die friedliche Revolution.

ersten Sitzung in Brüssel zusammen, um sich für die Anerkennung als politische Flüchtlinge und das Bleiberecht im Irak einzusetzen.

Geldbeschaffung wichtiges Betätigungsfeld

Seit 1994 sind die „Volksmodjahedin" durch den NWRI in Deutschland vertreten. In Baden-Württemberg unterstützen unverändert etwa 70 Aktivisten und zahlreiche Sympathisanten die Organisation. Auch im Jahr 2006 demonstrierten ihre Anhänger auf zahlreichen Kundgebungen gegen das iranische Atomprogramm, so am 12. Januar vor dem Auswärtigen Amt in Berlin.

Um die zum Teil mit großem Aufwand durchgeführten Aktionen zu finanzieren, zählte auch weiterhin die Geldbeschaffung zu einem wichtigen Betätigungsfeld des NWRI. Durch Sammelvereine wurden in Städten im gesamten Bundesgebiet Spendensammlungen angeblich für humanitäre Zwecke durchgeführt. Als wahrscheinlicher gilt wohl, dass diese Gelder in die umfangreiche politische Arbeit der Organisation fließen.

„Einschränkungen für die iranische Hauptoppositionskraft sind das größte Hindernis in Richtung einer demokratischen Änderung in Iran"[217], stellte RAJAVI in einer Rede am 10. April 2006 in Straßburg fest. RAJAVI sieht die Möglichkeit einer Wende im Iran nur dann für gegeben, wenn die „Volksmodjahedin" von der „Terrorliste" gestrichen werden. Ob aber die von RAJAVI in ihrer Rede genannte *„große Basis im Volk"* vorhanden ist, um *„zusammen mit seinem organisierten Widerstand"* eine demokratische Wende herbeizuführen, bleibt fraglich.

Insofern muss man auch hier die weiteren Beschlüsse und Verhandlungen rund um das umstrittene iranische Atomprogramm und die weitere Entwicklung des explizit „anti-jüdisch" eingestellten Präsidenten Ahmadinejad abwarten. Die im Jahr 2006 immer schwieriger gewordene Lage im Irak wird die Bedeutung der iranischen Regierung für eine Lösung der regionalen Konflikte erhöhen. Dies wird wiederum entsprechende Auswirkungen auf die iranische Exilopposition haben, deren Einfluss mit diesen Entwicklungen wachsen oder schwinden wird.

[217] Hier und im Folgenden: NWRI-Website vom 24. April 2006.

8. Weitere Informationen

Weitere Informationen zum Thema Ausländerextremismus können der Broschüre „Erscheinungsformen des Ausländerextremismus“ (2001) entnommen werden.

Aktuelle Berichte zum Ausländerextremismus können Sie auch auf unserer Internetseite http://www.verfassungsschutz-bw.de/ausl/start_ausl.htm abrufen.

D. Rechtsextremismus

1. Aktuelle Entwicklung und Tendenzen

Der deutsche Rechtsextremismus rückte auch 2006 wiederholt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: die seit Jahren schon ansteigende Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten; die sich verstärkende rechtsextremistische Demonstrationstätigkeit insbesondere von neonazistischer Seite, die mit einer Zunahme gewalttätiger so genannter „Rechts-Links-Auseinandersetzungen" einhergeht; der Einzug der **„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD)** in den mecklenburg-vorpommerschen Landtag; die Verteilung so genannter „Schulhof-CDs" rechtsextremistischen Inhalts zur Indoktrinierung Jugendlicher; die Prozesse gegen prominente rechtsextremistische Geschichtsrevisionisten. Diese und andere Faktoren führten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu Debatten über die Dimension des gesamtgesellschaftlichen Problems Rechtsextremismus und über die richtigen Wege, es zu lösen.

zunehmende Bedeutung der NPD

Aufgabe des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem ist es unter anderem, durch Aufklärung der Öffentlichkeit einen Beitrag zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu leisten. Es ist zu konstatieren, dass sich die NPD in den letzten Jahren zur auffälligsten rechtsextremistischen Partei in Deutschland entwickelt hat und einen spürbaren Einfluss auch auf weite Teile der übrigen rechtsextremistischen Szene ausübt beziehungsweise auszuüben versucht. Es können sogar erste Ansätze einer Ausrichtung oder Konzentration größerer Teile der rechtsextremistischen Gesamtszene auf die NPD festgestellt werden, womit sie als eine der bedeutendsten, wenn nicht die bedeutendste rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik einzustufen ist.

Wie schon in vergangenen Jahren, so kommentierten auch im Jahr 2006 deutsche Rechtsextremisten insbesondere diejenigen gesamtgesellschaftlichen Debatten, bei denen sie Themen mitten in der Gesellschaft breit diskutiert sahen. 2006 galt dies für die Debatten um die Spannungen zwischen westlicher und islamischer Welt und die Patriotismusdebatte. Schon 2002 wurde diese Tendenz bei der Antisemitismus- sowie der Vertreibungsdebatte festgestellt und 2003 bei der Bombenkriegsdebatte. Rechtsextremisten verbinden mit solchen Diskussionen die Hoffnung, dass zukünftig nicht nur diese Themen gesamtgesellschaftliche Diskursfähigkeit erlangen, sondern auch rechtsextremistische Positionen zu diesen Themen. Dementsprechend interpretieren sie solche Debatten immer wieder als begrüßenswerte Tabubrüche, die eine tief greifende Trendwende des Zeitgeistes, einen

umfassenden politisch-kulturellen Paradigmenwechsel in Deutschland einleiteten. Eine Beschäftigung mit den rechtsextremistischen Beiträgen zu diesen Debatten gewährt einen intensiven Einblick in rechtsextremistisch-ideologische Denkweisen.

1.1 Rechtsextremistische Personen- und Wählerpotenziale

Rückgang beim Personenpotenzial

2006 war das rechtsextremistische Gesamtpersonenpotenzial im Vergleich zu 2005 in Baden-Württemberg wie im Bund rückläufig, womit ein seit Mitte der 1990er-Jahre fast bruchloser Trend seine Fortsetzung fand. Seit 1993 hat sich durch diesen Trend die Zahl der Rechtsextremisten im Bund um deutlich mehr als ein Drittel und in Baden-Württemberg sogar fast um die Hälfte verringert. Hinter diesem personellen Schrumpfungsprozess verbergen sich jedoch seit Jahren zwei gegenläufige Entwicklungen: Während rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse, die wie zum Beispiel die DVU über ein überdurchschnittlich lebensaltes Mitgliederreservoir verfügen, seit Jahren in der Summe teils drastische Rückgänge zu verkraften haben, sind gleichzeitig überdurchschnittlich junge rechtsextremistische Segmente, hier insbesondere die rechtsextremistische Skinhead-, aber auch die Neonaziszene, von quantitativ ehemals eher marginalen zu bedeutenden Faktoren herangewachsen, die zusammen mittlerweile rund ein Drittel der deutschen Rechtsextremisten ausmachen. Zumindest in Baden-Württ-

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2004 - 2006

Rechtsextremismus		2004		2005		2006	
		Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Zirkel		1.000	10.000	1.080	10.400	900	10.400
Neonazistische Organisationen und Einzelpersonen nach Abzug der Doppelmitgliedschaften		300	3.800	310	4.100	320	4.200
Rechtsextremistische Parteien		2.390	24.300	2.300[2]	22.000	2.150[2]	22.000
davon:	DVU	1.000	11.000	900	9.000	800	8.500
	NPD	380	5.300	390	6.000	400	7.000
	DP	60	500	60	500	50	500
Sonstige rechtsextremistische Organisationen		350[1]	3.800	260	3.500	270	3.300
Gesamtsumme		4.040	41.900	3.950	40.000	3.640	39.900
Tatsächliches Personenpotenzial nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften		3.900	40.700	3.900	39.000	3.600	38.600

[1] Einschließlich Studenten- und Jugendorganisationen.
[2] Einschließlich Studenten- und Jugendorganisationen. Doppelmitgliedschaften in Parteien und deren Unterorganisationen werden ab 2006 nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2006

temberg stagnierte dieser bedenkliche Verjüngungsprozess 2006 jedoch: Zwar hatte die immer noch mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland, die DVU, auf Bundes- und auf Landesebene wieder mehr oder minder deutliche Mitgliederverluste hinzunehmen, während die um einen Schulterschluss mit Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads bemühte NPD auf beiden Ebenen Mitgliederzuwächse verbuchen konnte. Auch die Neonaziszene verzeichnete in Bund wie Land wieder leichte Zuwächse. Doch verlor die rechtsextremistische Skinheadszene in Baden-Württemberg erstmals seit 2002 wieder Anhänger. Und auch auf Bundesebene verharrte die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, unter denen die rechtsextremistischen Skinheads einen wesentlichen Teil ausmachen, in Stagnation.

erstmals auch Rückgang bei den Skinheads

Der Blick auf das Abschneiden rechtsextremistischer Parteien bei den fünf Landtagswahlen des Jahres 2006 offenbart ein differenziertes Bild: Bei den beiden Landtagswahlen am 26. März 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz setzte die NPD die nach ihrem Einzug in den sächsischen Landtag im September 2004 begonnene Serie der für sie desillusionierenden Wahlniederlagen fort. Zwar gelangen ihr in Baden-Württemberg, wo sie nur in 52 von 70 Wahlkreisen antreten konnte, und in Rheinland-Pfalz mit Ergebnissen von 0,7 Prozent beziehungsweise 1,2 Prozent Zugewinne auf niedrigem Gesamtniveau, doch ist die Partei von einer Etablierung als erfolgreiche Wahlpartei zumindest in Westdeutschland weiterhin weit entfernt. Die am 17. September 2006 in Berlin abgehaltene Landtagswahl bescherte der NPD mit 2,6 Prozent zwar wieder ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, doch gelang ihr am selben Tag in Mecklenburg-Vorpommern der Einzug in das Schweriner Parlament, so dass sie jetzt über eine zweite ostdeutsche Landtagsfraktion verfügt. Gemäß den Bestimmungen ihres „Deutschland-Paktes“ mit der NPD trat die „Deutsche Volksunion“ (DVU) 2006 nur in Sachsen-Anhalt an, wo sie 1998 mit 12,9 Prozent das beste Landtagswahlergebnis einer rechtsextremistischen Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erzielt hatte. Nicht nur vor diesem Hintergrund war das Ergebnis von 3,0 Prozent eine Enttäuschung für die DVU.

weiterer Einzug der NPD in ein Landesparlament

1.2 Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- wie auch der darin enthaltenen Gewalttaten stieg 2006 weiter an. Doch während die Zahl rechtsextremistischer Straftaten insgesamt im Vergleich zu 2005 (1.071) „nur“ um ein knappes Fünftel (19,7 Prozent) auf 1.282 zulegte, erhöhte sich die Anzahl entsprechender Gewalttaten um knapp zwei Fünftel (39,4 Prozent).

Mit 99 solcher Gewalttaten im Jahr 2006 (2005: 71) setzte sich der bereits seit Jahren anhaltende Trend fort, beschleunigte sich offenbar sogar noch (2002: 51; 2003: 56; 2004: 67). Diese Entwicklung ist unter anderem auf verstärkt zu registrierende „Rechts-Links-Auseinandersetzungen" zurückzuführen. Die Zunahme dieser Auseinandersetzungen steht in engem Zusammenhang mit der verstärkten rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Demonstrationstätigkeit in den letzten Jahren. Hinzu kommt eine generell ansteigende Gewaltbereitschaft insbesondere von Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads gegenüber politischen Gegnern und Sicherheitskräften.[218]

Zunahme bei „Rechts-Links-Auseinandersetzungen"

Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Rechts sowie rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 2006

	Baden-Württemberg[1] **2006** (2005)	Bund[2] **2006** (2005)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Rechts insgesamt	**1.351** (1.166)	**18.142** (15.914)
davon: rechtsextremistische Straftaten	**1.282** (1.071)	**17.597** (15.361)
davon: rechtsextremistische Gewalttaten	**99** (71)	**1.047** (958)

[1] Zahlen des LKA Baden-Württemberg.
[2] Zahlen des Bundesministeriums des Innern.

Grafik: LfV BW

1.3 Ideologie

Die rechtsextremistische Szene in der Bundesrepublik Deutschland ist in sich ideologisch zersplittert. Dennoch gibt es diverse Ideologiebestandteile, die bereits seit vielen Jahrzehnten (teils seit dem 19. Jahrhundert) im Rechtsextremismus eine zentrale Rolle spielen und bis heute für viele oder gar für die meisten Rechtsextremisten im Grundsatz konsensfähig sind. Dabei haben einzelne dieser Bestandteile aufgrund wechselnder historisch-politischer Rahmenbedingungen an Bedeutung innerhalb des ideologischen Gesamtgefüges verloren (zum Beispiel die rechtsextremistische Variante des **Antikommunismus** seit 1989), andere gewonnen (zum Beispiel die rechtsextremistische Variante des **Antiamerikanismus** seit 1989):

[218] Vgl. dazu das Teilkapitel 4.3 auf den Seiten 150 bis 157.

Wesensmerkmale des Rechtsextremismus

- Die **„Ideologie der Ungleichheit“**, insbesondere der rechtsextremistische **Nationalismus**, **Sozialdarwinismus**[219] und **Rassismus**. Der Rassismus erhält eine erhöhte Brisanz, wenn er zur Begründung des im rechtsextremistischen Lager allgegenwärtigen **Antisemitismus** herangezogen wird **(Rassenantisemitismus)**.

- Die **„Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘**, die auch als **Völkischer Kollektivismus** bezeichnet wird. Rechtsextremistische **Fremden- und Ausländerfeindlichkeit** haben nicht zuletzt in diesem rassistisch-nationalistischen Konzept ihren Ursprung.

- **Autoritarismus**. Konkrete Ausformungen des rechtsextremistischen Autoritarismus sind **Militarismus** und **Antiliberalismus**[220], aber auch ein auf das **„Führerprinzip“** reduziertes Staats- und Politikverständnis, das wiederum **Demokratiefeindschaft** und **Antiparlamentarismus** beinhaltet.

- **Revisionismus**. Von **Geschichtsrevisionismus** spricht man, wenn Rechtsextremisten die NS-Verbrechen - besonders den Holocaust und die nationalsozialistische Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges - verschweigen, rechtfertigen, verharmlosen, durch Aufrechnung mit vermeintlichen und tatsächlichen Verbrechen anderer Nationen und politischer Systeme relativieren oder sogar leugnen. Von **Gebietsrevisionismus** ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, wie sie sich aus den beiden Weltkriegen ergeben haben, verweigern oder noch weitere Gebiete entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise 1945 eingegangen ist, für Deutschland beanspruchen.

- Der rechtsextremistische **Antimodernismus** äußert sich in deutlich ablehnenden Reaktionen auf geistige, wissenschaftlich-technische, ökonomische, soziale und kulturelle Modernisierungsschübe und in der Verklärung vergangener Zustände.

---

[219] Sozialwissenschaftliche Theorie, die Charles Darwins Lehre von der natürlichen Auslese auf die Entwicklung menschlicher Gesellschaften überträgt.

[220] Ablehnung einer Staats- und Wirtschaftsauffassung, nach der dem Einzelnen größtmögliche Freiheit gewährt werden soll.

2. Gewaltbereiter Rechtsextremismus

2.1 Häufigkeit und Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt

Anstieg bei den Gewalttatenzahlen

Im Jahr 2006 stieg die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten weiter an, nämlich auf 99 (2005: 71). Damit setzte sich der bereits seit Jahren anhaltende Trend auf diesem Gebiet fort, beschleunigte sich offenbar sogar noch (2002: 51; 2003: 56; 2004: 67). Diese Entwicklung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass aufgrund der verstärkten rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Demonstrationstätigkeit in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten zunehmen.

Vernetzung

Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit sind heutzutage im deutschen Rechtsextremismus zwar in der Regel fast ausschließlich auf die Skinheadszene und Teile der Neonaziszene - hier ist generell eine ansteigende Gewaltbereitschaft gegenüber politischen Gegnern und Sicherheitskräften festzustellen[221] - begrenzt. Dennoch können bei diesem Thema auch andere Teile der rechtsextremistischen Szene nicht aus der Mitverantwortung entlassen werden: Denn schon seit Jahren ist eine mehr oder minder ausgeprägte Vernetzung nicht nur von Skinheads und Neonazis untereinander, sondern auch mit anderen Rechtsextremisten zu beobachten, beispielsweise mit der NPD, die bei ihrer seit 2004 betriebenen „Volksfront"-Strategie den Schulterschluss mit Neonazis und Skinheads übt und Vertreter dieser beiden Gruppen auf ihren Demonstrationen zumindest duldet, wenn nicht begrüßt. Wer sich in dieser Weise mit gewaltbereiten Rechtsextremisten vernetzt, ihnen ein Forum bietet und sie damit in der Konsequenz aufwertet, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, sich von deren Gewaltbereitschaft entschieden und eindeutig zu distanzieren.

Eine erhebliche Nähe zur Gewalt ist schon seit dem 19. Jahrhundert in den ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus (hier besonders: Sozialdarwinismus; Militarismus; Hass auf Feindbilder) angelegt. Diese Ideologiebestandteile werden bis heute - in verschiedenen Abwandlungen - in der rechtsextremistischen Szene - und nicht nur unter Skinheads und Neonazis - verbreitet.

[221] Vgl. dazu das Teilkapitel 4.3 auf den Seiten 150 bis 157.

2.2 Die rechtsextremistische Skinhead(musik)szene: Ein Boom schwächt sich ab?

Manche zentralen Indikatoren, an denen man noch - und gerade - im Jahr 2005 den bis in die frühen 1990er-Jahre zurückreichenden Boom der rechtsextremistischen Skinheadszene[222] im Allgemeinen und der dazugehörigen Musikszene im Besonderen[223] hatte ablesen können, wiesen im Jahr 2006 nach unten, insbesondere die Anzahl der in Baden-Württemberg registrierten rechtsextremistischen Skinheads und die Zahl der von rechtsextremistischen Skinheadbands im Land gegebenen Konzerte. Zugleich aber stieg die Zahl der baden-württembergischen Skinheadbands auf bereits hohem Niveau noch weiter an (2006: 19; 2005: 18), was mit der Entwicklung auf Bundesebene konform geht, wo die entsprechende Vergleichszahl von 142 im Jahr 2005 auf 153 im Jahr 2006 anwuchs. Auch die Zahl der von baden-württembergischen Skinheadbands produzierten CDs, die in den letzten Jahren sogar rückläufig war (2003: neun; 2004: sieben; 2005: fünf), zog wieder auf acht an. Hinzu kamen zwei CD-Sampler aus Anlass der Fußball-WM, zu denen auch baden-württembergische Skinheadbands Titel beisteuerten: der Sampler „no one like's us, we don't care", unter anderem mit Beiträgen der Skinheadbands „Act of Violence" aus dem **Raum Ulm**, „Schutt & Asche" aus **Friedrichshafen** und „Propaganda" aus dem **Raum Horb am Neckar** sowie der Sampler „...zu Gast bei uns, der Fußballsampler", wiederum unter anderem mit einem Beitrag von „Act of Violence".

Rückgang der Skinheadzahl

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads ging auf circa 840 zurück[224] und unterschritt damit nicht nur die 2005 (circa 1.040) erstmals überschrittene Tausender-Marke, sondern auch die Zahl für 2004 (circa 960). Dadurch verringerte sich auch ihr Anteil an den gewaltbereiten Rechtsextremisten insgesamt (2006: circa 900; 2005: circa 1.080; 2004: circa 1.000). Die baden-württembergische Entwicklung des Jahres 2006 liegt damit nicht im Bun-

[222] Nicht alle Skinheads in Deutschland sind Rechtsextremisten. Neben rechtsextremistischen existieren auch linksorientierte, linksextremistische, aber auch un- bis antipolitische Skinheads.

[223] Für die Details, Hintergründe und Ursachen dieses Booms siehe: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2005, S. 115-129.

[224] Der Anteil der weiblichen Skinheads, der so genannten „Renees", blieb mit circa 19% konstant (2003-2005: 19%).

destrend: Hier stagnierte die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, unter denen die rechtsextremistischen Skinheads einen Großteil ausmachen, bei circa 10.400 (2005: circa 10.400).

Übersicht über rechtsextremistische Skinheadbands und Vertriebe in Baden-Württemberg

1 Aufbruch
2 Blue Max
3 Asgard-Versand
4 Ragnarök Records
5 Beer 4 War
6 Chaos Crew Records
7 Donner des Nordens
8 Carpe Diem, Jagdstaffel
Kommando Skin,
Noie Werte,
Ultima Ratio,
RACords
9 Race War
10 Sturmpropheten
11 Tobsucht
12 Propaganda,
vfve-Versand
13 Act of Violence, NS Chaos
14 Zollernwut
15 White Voice
16 Terror Records
17 Priorität 18
18 Kurzschluss
19 Stromschlag/Schutt und Asche[1]

Die räumliche Zuordnung der Skinheadbands orientiert sich an den Wohnsitzen der aktuellen bzw. Gründungsmitglieder.

[1] Die zwei Skinheadbands werden als eine gezählt, da Personenidentität besteht.

Die Zahl der in Baden-Württemberg veranstalteten Skinheadkonzerte ging 2006 im Vergleich zu 2005 (26) drastisch auf 14 und damit wieder auf den Wert des Jahres 2004 zurück. Zudem nahm die durchschnittliche Konzertbesucherzahl weiter auf circa 115 Personen ab (2005: circa 140). Damit fällt die Tendenz in diesem Bundesland noch deutlicher aus als im Bund insgesamt, wo statt 193 Konzerten (2005) 2006 nur noch 163 Konzerte stattfanden (durchschnittliche Konzertbesucherzahl Bund 2005: circa 160, 2006: circa 135).

❑ Erklärungsansätze für die Entwicklung im Jahr 2006

mögliche Trendwende

Es ist noch zu früh, in den zum Teil rückläufigen Zahlen für das Jahr 2006 bereits eine grundsätzliche Trendumkehr zu erkennen. Schon in der Vergangenheit zeigten vorübergehend einzelne Indikatoren abwärts[225], und dennoch ergab sich in der Gesamtschau seit den Anfängen der 1990er-Jahre ein regelrechter Boom der rechtsextremistischen Skinhead(musik)szene. Zwar fallen die jetzigen Rückgänge der Konzertzahlen und der Zahl rechtsextremistischer Skinheads in Baden-Württemberg, deren Rückgang unter die Tausender-Grenze sicherlich nicht nur von symbolischer Bedeutung ist, relativ deutlich aus. Doch gilt dieser Befund in Bezug auf die Skinheadzahlen eben nur für Baden-Württemberg, nicht für die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten im Bund insgesamt, und außerdem bezüglich der Konzertzahlen nur im Vergleich zu 2005. Beide Werte, sowohl die Zahl baden-württembergischer Skinheads wie auch der im Land veranstalteten Skinheadkonzerte, liegen immer noch über den Werten für 2003, als der Boom der rechtsextremistischen Skinhead(musik)szene bereits im vollen Gange war.

Es lassen sich für die Entwicklung des Jahres 2006 Erklärungsansätze aufzeigen. Manche dieser Faktoren könnten, wenn sie auch in den kommenden Jahren wirksam bleiben, zu einem weiteren, dann vielleicht kontinuierlichen Schrumpfen der rechtsextremistischen Skinheadszene beitragen:

- Es liegen Anzeichen dafür vor, dass die repressiven Maßnahmen, mit denen sich die rechtsextremistische Skinhead(musik)szene seit Jahren konfrontiert sieht, im Jahr 2006 Wirkung gezeigt haben. Dabei schien sich die Entwicklung des Jahres 2005 bei den Skinheadkonzerten in Baden-Württemberg zu Anfang des Jahres 2006 fortzusetzen: Am 21. Januar 2006 fanden gleichzeitig in Karlsruhe und **Geislingen-Eybach**/Krs. **Göppingen** die ersten beiden Konzer-

[225] So fiel beispielsweise von 2001 auf 2002 die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads in Baden-Württemberg von circa 820 auf circa 770. Von 1999 auf 2000 sank die Zahl der im Land veranstalteten Skinheadkonzerte von zehn auf acht.

te des Jahres statt, wovon das erstgenannte mit gut 450 Teilnehmern (darunter auch Schweizer und Franzosen) das bestbesuchte Skinheadkonzert in Baden-Württemberg seit Juli 2004 war (**Geislingen**: circa 130). Doch beide Konzerte wurden von der Polizei aufgelöst, obwohl sich die Veranstalter des Karlsruher Konzertes - wie in der Szene mittlerweile üblich - im Vorfeld sehr konspirativ verhalten hatten und die Verantwortlichen in **Geislingen** - auch das ein in der Szene mittlerweile üblicher Winkelzug - die Auflösung ihres Konzertes im letzten Moment dadurch zu verhindern versucht hatten, dass sie es faktenwidrig in eine Geburtstagsfeier umdeklarierten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die beiden Konzertauflösungen gleich zu Beginn des Jahres, zumal sie 2006 nicht die einzigen blieben, erheblichen Eindruck in Form von Abschreckung, Frustration und Demotivation auf die Szene gemacht haben dürften: Veranstalter sahen ihre Konspirationsbemühungen nicht fruchten und ihre Profiterwartungen unerfüllt, blieben womöglich sogar auf hohen Ausgaben sitzen. Teilnehmer sahen sich nach zum Teil langer Anfahrt um ihr „Vergnügen" gebracht. Beide Gruppen mussten bei zukünftigen Konzerten damit rechnen, dieselben Erfahrungen wieder zu machen.

erfolgreiche Repression

- Die hohe Konzertzahl von 2005 war auch einer vorübergehenden Sonderkonstellation geschuldet: Acht und damit fast ein Drittel der 2005 in Baden-Württemberg registrierten Skinheadkonzerte fanden zwischen Mitte Januar und Ende Mai 2005 im damaligen Clubhaus der Rockergruppe „MC Bandidos" in **Mannheim-Rheinau** statt, obwohl damals wie heute nicht von einer inhaltlich-ideologischen Annäherung der rechtsextremistischen Skinheadszene an die Rockergruppe „MC Bandidos" im Speziellen oder an die Rockerszene im Allgemeinen - oder umgekehrt - ausgegangen werden konnte. Vielmehr scheinen hier vorrangig kommerzielle Interessen im Vordergrund gestanden und private Beziehungen eine Rolle gespielt zu haben, zumal die damaligen Skinheadkonzerte zumeist von einem bekannten, damals vor Ort in **Mannheim** ansässigen Rechtsextremisten veranstaltet worden waren. Nach dem 21. Mai 2005 wurde im „Bandidos"-Clubhaus kein Skinheadkonzert mehr durchgeführt, da der „MC Bandidos" dieses Gebäude zum 31. Mai 2005 verlassen musste. Eine ähnlich günstige Gelegenheit, viele Konzerte relativ kurz aufeinander folgend an einem Ort zu veranstalten, ergab sich nach Mai 2005 und auch im Jahr 2006 für die baden-württembergische Szene nicht wieder.

- Im bisherigen Boom der rechtsextremistischen Skinheadmusikszene steckt eine wichtige Teilerklärung für die eklatanten Rekrutierungserfolge der dazugehörigen Skinheadszene der vergangenen Jahre - und umgekehrt. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass die beiden Phänomene sich zumindest zum Teil gegenseitig erzeugen, bedingen und somit füreinander ebenso Ursache wie Folge sind: Zum einen geht von der rechtsextremistischen Skinheadmusik ein Rekrutierungseffekt für die rechtsextremistische Skinheadszene aus. Über den Konsum der Musik finden umso mehr Jugendliche Zugang zum Rechtsextremismus, je präsenter die Szene durch ein vielfältigeres CD- und ein flächendeckenderes Konzertangebot wird. Umgekehrt stellen rechtsextremistische Skinheads naturgemäß die Hauptzielgruppe und die primären Konsumenten rechtsextremistischer Skinheadmusik. Durch ihre bisher steigende Anzahl verbreiterten sie also wiederum den Markt für die rechtsextremistische Skinheadmusik. Alle diese Mechanismen können jedoch auch in die Gegenrichtung Wirkung entfalten: So ist nicht auszuschließen, dass die drastisch zurückgegangene Zahl der rechtsextremistischen Skinheadkonzerte im Land auch eine Abwärtsspirale bei der Zahl der rechtsextremistischen Skinheads in Gang setzt, da weniger Konzerte - im Zusammenspiel mit der relativ deutlich gesunkenen durchschnittlichen Konzertbesucherzahl - demnach eine geringere Rekrutierungswirkung ausüben. Die sinkende Zahl rechtsextremistischer Skinheads verkleinert wiederum den Markt für rechtsextremistische Skinheadmusik. Diese These wird allerdings durch die im Jahr 2006 gestiegene Zahl baden-württembergischer Skinhead-CDs zum Teil relativiert.

❑ Strukturierungsansätze in der rechtsextremistischen Skinheadszene

geringer Organisierungsgrad

Skinheads erweisen sich zumeist als unwillig und/oder unfähig, eigene, festere Organisationsstrukturen zu bilden oder in bereits vorhandenen rechtsextremistischen Organisationen kontinuierlich mitzuarbeiten. Ursache dafür sind für die Szene typische Eigenschaften wie Desinteresse an ideologisch-politischen Fragen, Hang zu exzessivem Alkoholkonsum und Disziplinlosigkeit. Dennoch gegründete regionale Skinhead-Vereinigungen sind häufig kurzlebig. Auch 2006 waren in Baden-Württemberg keine erwähnenswerten Neugründungen zu verzeichnen, während bereits bestehende Gruppierungen weniger aktiv waren.

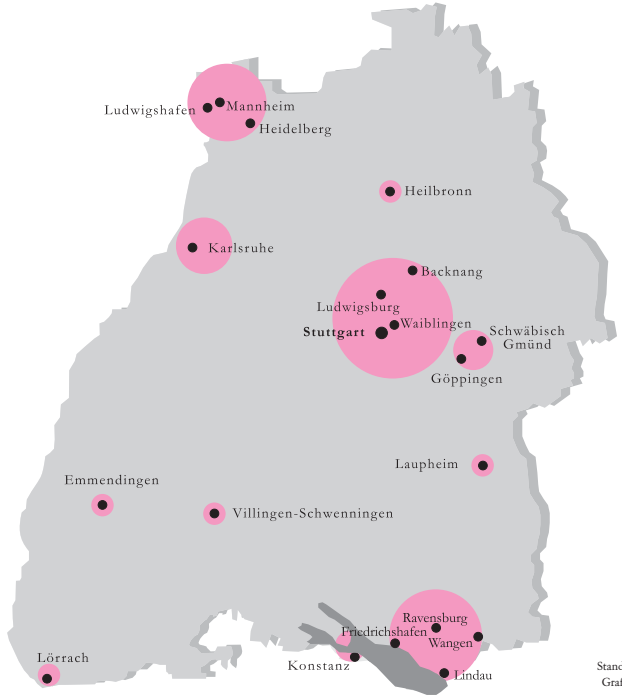
Die seit circa 2000 existierende baden-württembergische Skinhead-Gruppierung **„Stallhaus Germania“** aus **Mühlacker**, die mit einer eigenen Seite im Internet vertreten ist, setzte ihre Aktivitäten auch 2006 fort. So versuchte sie am 7. Oktober 2006 in ihrem Clubhaus in **Mühlacker-Lomersheim** ein Skinheadkonzert zu veranstalten, das jedoch von der Polizei verhindert wurde.

Internetseite der „Stallhaus Germania“

Die deutsche „Division“ der neonazistisch geprägten Skinheadorganisation **„Blood&Honour“ (B&H)** wurde bereits im September 2000 verboten. Dennoch wurden vor allem in Südwestdeutschland seit 2003 Nachfolgebestrebungen beobachtet. Dabei blieben maßgebliche Personen weitgehend in ihrem früheren Hauptbetätigungsfeld - der Organisation rechtsextremistischer Skinheadkonzerte - aktiv. Aufgrund dessen wurden am 7. März 2006 in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen 120 Wohnobjekte von insgesamt 80 Rechtsextremisten durchsucht. Die Beschuldigten standen im Verdacht, B&H fortzuführen oder Nachfolgestrukturen zu unterstützen, also gegen das Vereinigungsverbot gemäß § 85 StGB verstoßen zu haben. Die Durchsuchungen waren die umfangreichste Exekutivmaßnahme gegen B&H-Angehörige seit dem Verbot. In Baden-Württemberg waren 19 Wohnobjekte von der Aktion betroffen. Schwerpunkt war der Großraum **Karlsruhe**. Es wurden zahlreiche Gegenstände mit B&H-Bezug beschlagnahmt, darunter Textilien, Tonträger und PCs.

Die 1986 in den USA gegründeten, dezidiert rassistischen **„Hammerskins“** haben sich die Schaffung einer so genannten „Hammerskin-Nation“ zum Ziel gesetzt, die alle Skinheads weißer Hautfarbe umfassen soll. Doch dieses Ziel wird zumindest in Deutschland weit verfehlt: Bundesweit werden ihnen nur circa 100 Personen zugerechnet. Ihre Anhängerschaft in Baden-Württemberg beschränkt sich auf einzelne Personen.

Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinheadszene in Baden-Württemberg nach Wohn-, Veranstaltungsorten/Szeneaktivitäten



3. Rechtsextremistische Musikszene

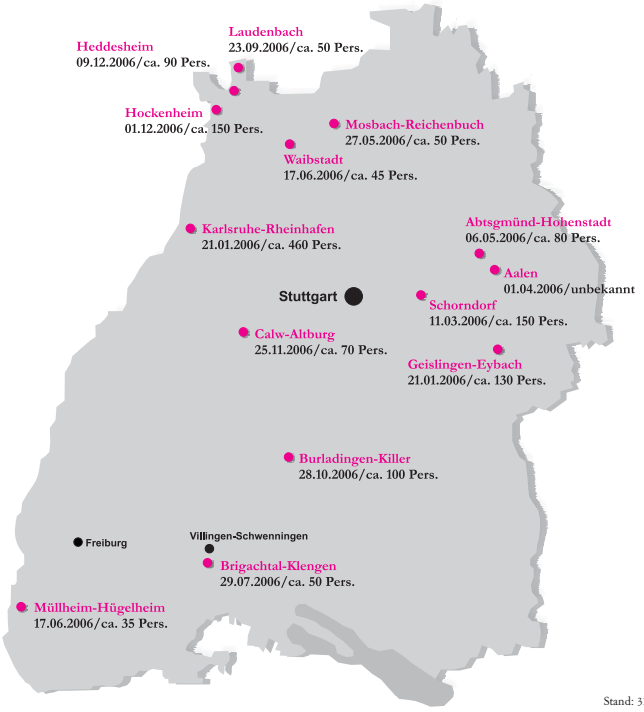
Prozess gegen „Race War“

Am 21. November 2006 begann vor dem Landgericht Stuttgart der Prozess gegen vier Mitglieder der rechtsextremistischen Skinheadband „Race War“ aus dem **Ostalbkreis**. Schon am folgenden Tag wurden die vier Angeklagten, nachdem sie umfassende Geständnisse abgelegt hatten, unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) zu Freiheitsstrafen von 17 bis 23 Monaten auf Bewährung verurteilt. Dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung hatte sich zuvor erst eine rechtsextremistische Band ausgesetzt gesehen, die neonazistische Berliner Band „Landser“. Drei ihrer Mitglieder wurden am 22. Dezember 2003 vom Kammergericht Berlin unter anderem wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt, darunter der Sänger und Texter der Band zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten.

stilistische Vielfalt

Die rechtsextremistische Musikszene reduziert sich nicht allein auf die zwar stilistisch relativ vielfältige, aber doch deutlich auf einen jugendlichen Musikgeschmack ausgerichtete Skinheadmusik. Sie wird ergänzt durch eine ganze Reihe rechtsextremistischer Liedermacher, die in der Regel traditionelle Musikstile pflegen und dadurch auch ältere Rechtsextremisten ansprechen. Der wohl bekannteste rechtsextremistische Liedermacher des deutschsprachigen Raums ist Frank RENNICKE, der bis September 2006 in **Ehningen**/Krs. **Böblingen** wohnhaft war und dann nach Bayern verzog. Doch unabhängig von seinem Wohnort erreicht er durch seine vielfältigen Kontakte und Auftritte bei Veranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Organisationen bundesweit ein breites, an einzelnen Tagen in die Tausende gehendes Publikum aus allen Altersstufen.

Skinheadkonzerte in Baden-Württemberg 2006



Stand: 31.12.2006
Grafik: LfV BW

3.1 „Schulhof-CDs“ als rechtsextremistische Rekrutierungsmittel und Wahlkampfmedien

Bereits seit Anfang 2004 entwarf eine breite Allianz von Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, darunter auch einschlägig bekannte Rechtsextremisten aus Südwestdeutschland, eine Propagandaoffensive mit damals neuer, singulärer Dimension: das so genannte „Projekt Schulhof“. Im Zentrum dieses Projekts stand die erklärte Absicht der Initiatoren, eine CD mit dem Titel *„Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“* in außerordentlich hoher Stückzahl bundesweit, kostenlos und an jugendspezifischen Orten (zum Beispiel auf Schulhöfen) an Jugendliche zu verteilen, um diese für den Rechtsextremismus zu interessieren und letztlich zu rekrutieren. Das „Projekt“ fand schon bald verschiedene rechtsextremistische Nachahmer, so dass sich mittlerweile mehrere „Schulhof-CD“-Varianten im Umlauf befinden. Alle diese CD-Projekte haben im Kern ein Hauptziel gemeinsam: Sie sollen für den deutschen Rechtsextremismus die Jugend und damit die Zukunft gewinnen. Die Konzepte, die den CD-Projekten zugrunde liegen, erweisen sich dabei - zumindest in der Theorie - als ausgesprochen zielgerichtet und zielgruppenorientiert. Tatsächlich aber wird die Praxis der Theorie nicht immer gerecht, zumal wenn - wie in der Vergangenheit wiederholt geschehen - die Verteilung der CDs eher willkürlich und eben nicht an jugendspezifischen Orten erfolgt. Mit der Multimedialität ihrer Produkte (vom klassischen Werbeplakat über die CD selbst bis zur Projekt begleitenden Internetseite) und der Vielfalt der auf den CDs vertretenen musikalischen Stilrichtungen (vom Hardrock über Liedermacher-Balladen bis zum Deutschlandlied) zeigen sich die CD-Macher jedoch innovativ und undogmatisch. Inhaltlich-ideologisch bewegen sich die CDs aber auf ausgetretenen rechtsextremistischen Pfaden und predigen somit in letzter Konsequenz rechtsextremistische, antimodernistische Gegenentwürfe zur westlichen Moderne.

Jugendliche im Visier von Rechtsextremisten

Insbesondere die NPD entdeckte in den letzten Jahren das Propagandapotenzial von „Schulhof-CDs“ für ihre Wahlkampf- und sonstigen Rekrutierungszwecke und produzierte verschiedene eigene Tonträger.

3.1.1 Das ursprüngliche „Projekt Schulhof“[226]

Verteilaktionen in Baden-Württemberg

Nachdem die Verteilung der CD mit dem Titel *„Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“* im August 2005 angelaufen war und zur Sicherstellung von bundesweit circa 3.700 Tonträgern (davon etwa 850 in Baden-Württemberg) geführt hatte, tauchten 2006 in Baden-Württemberg weitere Exemplare auf. So wurden in der Nacht zum 25. Januar 2006 insgesamt 130 „Schulhof-CDs“ an drei Schulen in **Bad Säckingen** und **Wehr** im **Landkreis Waldshut** ausgelegt. Damit wurde erstmals in Baden-Württemberg die ursprüngliche Projektintention umgesetzt, die CDs an jugendspezifischen Orten zu platzieren. In beiden Städten wiederholten sich solche Aktionen unter anderem an Haltestellen und wieder an öffentlichen Schulen am 22. Juni 2006 mit insgesamt 168 CDs. Ende Juni 2006 tauchten auch im benachbarten **Schopfheim**/Krs. **Lörrach** weitere rund zwei Dutzend CDs auf. Schon am 20. Mai 2006 waren elf „Schulhof-CDs“ in Briefkästen in **Waldbronn-Busenbach**/Krs. **Karlsruhe** entdeckt worden.

Am 8. Februar 2006 wurde der Auftraggeber der 50.000 Exemplare des „Projekt Schulhof“-Samplers vom Vorwurf der schweren Jugendgefährdung erstinstanzlich freigesprochen. In seiner Urteilsbegründung hob das Amtsgericht Stendal/Sachsen-Anhalt darauf ab, dass die Inhalte der „Schulhof-CD“ zwar rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich seien, jedoch nicht den Straftatbestand der schweren Jugendgefährdung erfüllen. Die Staatsanwaltschaft Halle legte noch am selben Tag Revision gegen das Urteil ein. Damit hat der allgemeine bundesweite Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Halle vom 4. August 2004 vorerst weiterhin Bestand. Am 6. April 2006 indizierte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die zum Projekt gehörige Internetseite. Die CD selbst ist nach wie vor nicht indiziert. Anfang September 2006 erhob die Staatsanwaltschaft **Stuttgart** Anklage gegen zwei Rechtsextremisten aus **Stuttgart** und **Laupheim**. Der Vorwurf lautet auf Verunglimpfung des Staates und Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz. Bei den beiden waren 2005 bei einer Durchsuchung in **Stuttgart** 235 beziehungsweise bei einer Fahrzeugkontrolle im **Raum Ulm** 425 „Schulhof-CDs“ gefunden worden. Ein Urteil steht noch aus.

[226] Zu den Details des ursprünglichen „Projekts Schulhof“: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2004, S. 176-181. Dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2005, S. 124-126.

3.1.2 „Schulhof-CDs“ der NPD

Die NPD griff die Strategie des „Projekt Schulhof“ schon 2004 erstmals auf und setzte in den Landtagswahlkämpfen in Sachsen 2004 und in Schleswig-Holstein 2005 eine eigene kostenlose „Schulhof-CD“ mit dem polemisch-populistischen Titel *„Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“* ein. Nicht zuletzt aufgrund ihres Wahlerfolges in Sachsen, wo Jungwähler weit überdurchschnittlich für die Partei gestimmt hatten, veröffentlichte die NPD schon zur Bundestagswahl am 18. September 2005 eine zweite NPD-„Schulhof-CD“ mit dem provokativen Titel *„Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“*. Eine strafrechtliche Relevanz der beiden CDs ist nach Prüfung verschiedener Staatsanwaltschaften nicht gegeben.[227]

Im Zuge des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes brachte der NPD-Regionalverband **Böblingen-Stuttgart-Ludwigsburg** eine eigene CD heraus. Gerade diese CD ist das klassische Beispiel eines Multimedia-Paketes. Auf ihr sind abspiel- beziehungsweise abrufbar: insgesamt zehn Titel von Frank RENNICKE und der rechtsextremistischen Skinheadband „Noie Werte“ aus dem **Raum Stuttgart**, über ein Dutzend NPD-Flugblätter, die NPD-Satzung, drei programmatische NPD-Texte, ein Unterschriftenformular gegen einen EU-Beitritt der Türkei, zwei Wahlkampfzeitungen, ein NPD-Aufnahmeantragsformular und ein Video-Wahlkampfspot. Teile der CD wurden auf strafrechtliche Relevanz überprüft und nicht beanstandet. Nach Angaben des Regionalverbands wurde eine *„Auflage von zunächst 5.000“ CDs hergestellt, die „an Schulen in den Landkreisen Böblingen und Ludwigsburg sowie in der Stadt Stuttgart verteilt werden“* sollte. CD und Hülle wurden bewusst unauffällig gestaltet, um *„die Tonträger vor Lehrer-Beschlagnahmungen, beziehungsweise -Raub zu schützen“*.[228] Neben dieser neuen, anlassbezogenen und Baden-Württemberg spezifischen CD tauchten im März 2006 in **Langenau/Alb-Donau-Kreis** und im Juli 2006 in **Ellwangen** Exemplare der NPD-CD *„Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“* auf.

---

[227] Zu diesen beiden CDs siehe: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2005, S. 126-128.

[228] Meldung „„Regionale Schulhof-CD im Umlauf! NPD startet in der Region Stuttgart Jugendaufklärung mit Musik“ vom 15. März 2006, Homepage des NPD-Regionalverbands **Böblingen-Stuttgart-Ludwigsburg** vom 6. April 2006, Übernahme wie im Original.

Werbeträger im Wahlkampf

Zu den beiden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin am 17. September 2006 publizierte die Partei eine in der Titelzusammenstellung teilweise veränderte Neuauflage der CD *„Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!"*. Auch ihr Inhalt liefert keinen Anlass für strafrechtliche Beanstandungen. Aus Baden-Württemberg waren dieselben rechtsextremistischen Musiker vertreten wie schon in der ursprünglichen Version: „Noie Werte" steuerten ebenso wieder einen Titel bei wie „Faktor Widerstand", ein Projekt, das aus einzelnen Mitgliedern von „Noie Werte" und einer rechtsextremistischen Liedermacherin aus Niedersachsen besteht. „Carpe Diem" aus dem **Raum Esslingen** und ihre Nachfolgeband „Odem" aus **Stuttgart**, die sich beide zu diesem Zeitpunkt allerdings schon aufgelöst hatten, tauchen ebenso wieder auf wie Frank RENNICKE. Nach Angaben der Partei wurde die CD in einer Auflage von 25.000 Exemplaren hergestellt. Die NPD führte am 5. September 2006 einen *„landesweite*[n] *Aktionstag zur Verteilung von Tausenden Exemplaren"*[229] der CD in Mecklenburg-Vorpommern durch.

❑ Bewertung

Die NPD dürfte sich nicht zuletzt durch ihre beiden Wahlerfolge in Sachsen 2004 und in Mecklenburg-Vorpommern 2006, bei denen sie insbesondere unter jungen Wählern überdurchschnittlich hatte abschneiden können, in ihrer Strategie, „Schulhof-CDs" einzusetzen, grundsätzlich bestätigt sehen. Ihnen kommt wie schon dem ursprünglichen „Projekt Schulhof" auf jeden Fall eine - allerdings schwer in ihrer Tragweite einzuschätzende - Bedeutung bei der mittel- und langfristigen Indoktrination Jugendlicher zu. Es besteht die Gefahr, dass solche CDs, deren Zahl durch immer neue CD-Projekte fortwährend erhöht wird, ähnlich wie Skinhead-CDs und Skinheadkonzerte junge Menschen generell an den Rechtsextremismus heranführen können, unabhängig von Wahlkampfzeiten und dem aktuellen (Wahl-)Alter der CD-Konsumenten. Dass die NPD bei der Verbreitung dieser CDs nicht nur an kurzfristiger Wähler- sondern auch an möglichst langfristiger Mitgliederrekrutierung interessiert ist, wird schon allein durch den Umstand deutlich, dass auf der während des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes vom NPD-Regionalverband **Böblingen-Stuttgart-Ludwigsburg** veröffentlichten „Schulhof-CD" auch ein NPD-Aufnahmeantragsformular abrufbar ist. Noch eindeutiger wird dies am Beispiel der im Juni 2006 mit einer eigenen Auftaktveranstaltung ins Leben gerufenen *„Schulhof-Kampagne"* des NPD-Bezirksverbands Mittelfranken mit dem

Gefährdung der Jugend

[229] Meldung „MVP: Landesweiter Schulhof-CD-Aktionstag", NPD-Homepage vom 1. September 2006.

Titel *„Rebellion im Klassenzimmer - NPD rockt"*.[230] Die dazugehörige, nach Angaben des Bezirksverbands seither schon mehrfach in Bayern verteilte CD heißt zwar *„Rebellion im Klassenzimmer...gegen Umerziehung und Multikulti"*, ist jedoch von ihren Musiktiteln her deckungsgleich mit der ursprünglichen Version der NPD-CD *„Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!"*, lediglich das Booklet und die CD-Oberfläche wurden neu gestaltet. Zweck dieser Kampagne ist ausschließlich die Indoktrination von Jugendlichen und die Mitgliederrekrutierung für NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN).

3.1.3 CD-Projekte der DVU

Die DVU startete im Vorfeld der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl am 26. März 2006 ein eigenes CD-Projekt mit dem Titel *„Stolz und frei!"*. Es zielte offensichtlich nicht nur auf die eigentliche Landtagswahl ab, sondern auch darauf, *„die eine Woche vor der regulären Wahl stattfindende offiziöse U-18-Abstimmung"* zu *„beeinflussen"*.[231] Bei dem Projekt „U18 - Deine Wahl" konnten zwischen dem 13. und dem 18. März 2006 alle Jugendlichen in Sachsen-Anhalt *„auf einem Stimmzettel, der analog zu dem der Landtagswahl gestaltet war"*, ihre Stimme abgeben, ohne dass diese Stimmen in das Landtagswahlergebnis am 26. März einflossen.[232]

erfolgloser Nachahmungsversuch der DVU

Das CD-Projekt dürfte auf das gute Abschneiden der DVU bei der sachsen-anhaltinischen U18-Wahl wie auch auf das Scheitern der Partei an der Fünf-Prozent-Hürde bei der darauf folgenden Landtagswahl ohne Einfluss geblieben sein. Zwar wurden acht Lieder von der CD auf den Internetseiten der Bundes-DVU und des sachsen-anhaltinischen DVU-Landesverbands ins Internet eingestellt.[233] Doch wurde von Verteilaktionen in Sachsen-Anhalt nichts bekannt. Und auch der Inhalt der CD, von der DVU als *„Eine Musiksammlung* [...] *nach Art einer rechten Schulhof-CD"*[234] angekündigt, dürfte kaum dazu angetan sein, ein jugendliches Publikum anzusprechen: Trotz

---

230 Bericht „03. Juni/Auftaktveranstaltung zur Schulhof-Kampagne", Homepage des NPD-Bezirksverbands Mittelfranken vom 29. November 2006.

231 „National-Zeitung" (NZ) Nr. 11 vom 10. März 2006, Artikel „Sachsen-Anhalt-Wahlkampf in der Zielgeraden - Wie viel von der ‚Schnauze voll'-Stimmung kann die DVU in Stimmen ummünzen?", S. 10.

232 URL: http://www.u18-Isa.de vom 14. Dezember 2006. Die U18-Wahl, an der insgesamt 3.660 Kinder und Jugendliche teilnahmen und bei der die DVU 9,6% erreichte, war ein Projekt der „Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V." Zu den Unterstützern des Projekts zählten unter anderem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Land Sachsen-Anhalt.

233 Homepages des DVU-Bundesverbands und des DVU-Landesverbands Sachsen-Anhalt vom 14. Dezember 2006.

234 NZ Nr. 10 vom 3. März 2006, Artikel „‚Dampf raus' bei Etablierten, ‚Prinzip Provokation' bei der DVU - In Sachsen-Anhalt beginnt der Wahlkampf-Endspurt", S. 11.

der Ankündigung, auf dieser *„rockig-schmissigen Musiksammlung"* sei auch *„Rechtsrock"* zu hören,[235] sind rechtsextremistische Skinheadbands unter den acht im Internet eingestellten Liedern nicht vertreten. Lediglich zwei rechtsextremistische Liedermacher steuerten insgesamt drei Titel bei. Darüber hinaus sind unter anderem das „Deutschlandlied" mit allen drei Strophen und *„Das DVU-Lied"* namens *„Stolz und frei sind wir geboren!"* abrufbar. Hinzu kommen zwei Lieder aus der Zeit der Befreiungskriege und ein Lied aus den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts, die in Stil wie Sprache kaum dazu angetan sein dürften, ausgerechnet Jugendliche für die DVU zu begeistern.

4. Neonazismus

4.1 Allgemeines

Definition

Jeder Neonazi ist Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist Neonazi. Der Neonazismus ist nur eine von mehreren Erscheinungsformen des Gesamtphänomens Rechtsextremismus, die vom ganz besonders ausgeprägten ideologischen Fanatismus ihrer Angehörigen gekennzeichnet ist. Die im öffentlichen Sprachgebrauch häufig vorgenommene Gleichsetzung „Rechtsextremismus = Neonazismus" läuft also auf eine Vereinfachung hinaus, die der komplexen Realität der ideologisch zersplitterten rechtsextremistischen Szene nicht gerecht wird. Als neonazistisch werden Personenzusammenschlüsse und Bestrebungen bezeichnet, die ein direktes oder indirektes Bekenntnis zu Ideologie, Organisationen und/oder Protagonisten des historischen Nationalsozialismus erkennen lassen und in letzter Konsequenz auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zugunsten eines totalitären Führerstaates nach dem Vorbild des „Dritten Reiches" ausgerichtet sind.

Dieses Eintreten für die Wiedererrichtung einer NS-Diktatur führte in den 1990er-Jahren zum Verbot zahlreicher neonazistischer Vereinigungen, was

[235] NZ Nr. 11 vom 10. März 2006, Artikel „Sachsen-Anhalt-Wahlkampf in der Zielgeraden - Wie viel von der ‚Schnauze voll'-Stimmung kann die DVU in Stimmen ummünzen?", S. 10.

Organisierung ohne Organisation

das Erscheinungsbild dieser Szene nachhaltig veränderte. Um sowohl bereits vollzogene als auch für die Zukunft erwartete Vereinsverbote zu unterlaufen, sind seither in der Neonaziszene an die Stelle fester Organisationsstrukturen zumeist lockere, organisationsunabhängige und informelle Personenzusammenschlüsse getreten. Diese Gruppen verfügen zumeist nur über eine regionale Basis, über relativ wenige Angehörige (in der Regel pro Gruppe nicht mehr als circa fünf bis 20 Personen, meist junge Männer) und geben sich den Anstrich privater Cliquen oder Freundeskreise. Diese Aspekte kommen auch in den Selbstbezeichnungen der Gruppen zum Ausdruck: zum Beispiel **„Kameradschaft Karlsruhe“** oder **„Kameradschaft Rastatt“**. Die typische Aktivität dieser „Kameradschaften“ ist der so genannte „Kameradschaftsabend“, bei dem man in Privatwohnungen oder Gaststätten unter sich bleibt, keine Außenwirkung entfaltet und die Zeit mit politisch-ideologischen Schulungen, der Vorbereitung von Aktionen oder einfach mit Geselligkeit verbringt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass fast jede dieser Gruppen meist fest in die bundesweite Neonaziszene, zum Teil aber auch in andere Teile der rechtsextremistischen Szene eingebunden ist und zuweilen bis ins Ausland Kontakte zu Gesinnungsgenossen pflegt. Dabei kommt den Neonazis ihre hohe Mobilität und ihre teils moderne Ausstattung mit Kommunikationstechnik (zum Beispiel Internetportale, „Nationale Info-Telefone“ (NIT) mit abrufbaren Ansagetexten) zugute. Innerhalb dieser netzwerkartigen Strukturen legen sie einen nicht unerheblichen Aktionismus an den Tag, den sie vor allem durch Teilnahme an zahlreichen, nicht nur neonazistischen Demonstrationen - auch fernab ihrer regionalen Basis - ausleben. Die Überschneidungen zwischen Neonazi- und rechtsextremistischer Skinheadszene äußern sich unter anderem in der Existenz entsprechender Mischszenen und in der Teilnahme einzelner Neonazis an Skinheadkonzerten.

Versuche der Abtarnung

Die Furcht vor staatlichen Repressionsmaßnahmen hat mittlerweile manche Neonazis zu „Tarnmaßnahmen“ bewogen. Ziel ist dabei, nicht immer sofort als - gesellschaftlich stigmatisierter - Neonazi erkannt zu werden, vielleicht sogar mit den eigenen politisch-ideologischen Vorstellungen Gehör auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene zu finden. Einzelne Neonazis nehmen hierzu äußerliche Anleihen bei der linksextremistischen autonomen Szene auf, beispielsweise, indem sie sich die Selbstbezeichnung „Autonome Nationalisten“ zulegen. Aus ähnlichen Motiven vereinigen sich Neonazis immer wieder zu unverdächtig klingenden „Bürgerinitiativen“ beziehungsweise „Bürgerbewegungen“.

4.2 Bundesweite Aktivitäten

4.2.1 Rudolf Heß: Zentrale Symbol- und Integrationsfigur der Neonaziszene

Personenkult

Der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß (1894-1987) ist eine, wenn nicht die zentrale Symbol- und Integrationsfigur der deutschen und internationalen Neonaziszene. Obwohl sich Heß' Todestag 2007 schon zum zwanzigsten Mal jährt, nimmt die kultische, teilweise religiös anmutende Verehrung seiner Person noch an Inbrunst zu. Kam zum Beispiel die neonazistische Monatszeitschrift „Nachrichten der HNG"[236], die seit Jahren auf ihrer Seite 3 ein Heß-Bild samt entsprechender Huldigung abdruckt, bis zu ihrer Ausgabe vom Februar 2006 dafür mit einer knappen halben Seite aus, so nehmen Bild und Huldigungstext seit der 300. HNG-Ausgabe vom März 2006 unter der Überschrift *„Rudolf Hess - Märtyrer des Friedens"* die gesamte Seite 3 ein. Der neue Text ist ein aussagekräftiges Beispiel für kritiklosen Personenkult und ideologischen Fanatismus:

RUDOLF HESS -
MÄRTYRER DES FRIEDENS

Als Parlamentär hielten sie Dich 46 Jahre lang schlimmer als ein Tier, menschenunwürdig in ihrem Isolationskäfig, brachen ihre eigenen Gesetze – das Völkerrecht!

Kalt läßt die Antimenschen das deutschen Menschen Schicksal. Für sie und Rudolf Hess: Weder Recht noch Menschlichkeit!

Nach 46 Jahren freilassen, wollte Dich der Russe, aber Du wußtest zuviel von den Lügen gegen das Reich. Ermordet haben sie Dich darum. Deine Mörder kamen vom anglo-usraelischen Geheimdienst. Totgeschwiegen wird es von den Democraten. Verleumdet wirst Du. Am meisten von den Verwaltern der - brddr –

Märtyrer des Friedens bist Du – Rudolf Hess – Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und - überall in der Welt!

> *„Als Parlamentär hielten sie Dich 46 Jahre lang schlimmer als ein Tier, menschenunwürdig in ihrem Isolationskäfig, brachen ihre eigenen Gesetze - das Völkerrecht! Kalt lässt die Antimenschen des deutschen Menschen Schicksal. Für sie und Rudolf Hess: Weder Recht noch Menschlichkeit! Nach 46 Jahren freilassen, wollte Dich der Russe, aber Du wusstest zuviel von den Lügen gegen das Reich. Ermordet haben sie Dich darum. Deine Mörder kamen vom anglo-usraelischen Geheimdienst. Totgeschwiegen wird es von den Democraten. Verleumdet wirst Du. Am meisten von den Verwaltern der - brddr - Märtyrer des Friedens bist Du - Rudolf Hess - Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und - überall in der Welt!"*[237]

[236] „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), vgl. 4.2.2, S. 150.

[237] „Nachrichten der HNG" Nr. 307 vom Oktober 2006, S. 3, Übernahme wie im Original. Publikation der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V., vgl. 4.4.2, S. 150.

Die faktenwidrige, längst widerlegte Verschwörungstheorie, Heß habe im Berlin-Spandauer Kriegsverbrechergefängnis nicht Selbstmord begangen, sondern sei ermordet worden, um die „wahren" Hintergründe seines Großbritannien-Fluges vom Mai 1941 zu vertuschen, wird nicht nur in diesem Text vertreten, sondern ist in der Neonaziszene seit 1987 zum Allgemeingut geworden. Sie wird manchmal auch von anderen Rechtsextremisten kolportiert, die nicht der Neonaziszene zuzuordnen sind. Deshalb ist auch nicht Heß' Geburtstag, sondern sein Todestag (17. August) ein wichtiges Datum im neonazistischen Veranstaltungskalender: Gilt es doch, nicht nur den Märtyrerkult um Heß zu pflegen, sondern auch klassische rechtsextremistische Feindbilder (hier vor allem, aber nicht nur die westlichen Siegermächte des 2. Weltkrieges) als vermeintlich eiskalt berechnende Mörder an einem 93-jährigen, angeblich schuldlosen Greis zu diffamieren. Schon vor geraumer Zeit hatte der Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Jürgen RIEGER bis 2010 jährliche Gedenkveranstaltungen um dieses Datum herum im bayerischen Wunsiedel angemeldet, wo Heß begraben liegt. Daraufhin konnte die Neonaziszene in den Jahren 2001 bis 2004 zentrale „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche" in dieser Stadt durchführen. Die Zahl der Demonstrationsteilnehmer stieg dabei von rund 900 (2001) auf laut Polizeiangaben circa 3.800 (2004).

kein zentraler Marsch in Wunsiedel

2006 konnte jedoch wie schon 2005 kein zentraler „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel stattfinden. Das Bundesverfassungsgericht hatte ein entsprechendes Verbot des Landratsamtes Wunsiedel bestätigt. So wich die Szene wieder auf diesmal insgesamt zehn kleinere, dezentrale Veranstaltungen aus, die am oder um den 17. August, vor allem am 19. August, durchgeführt wurden. Daran nahmen insgesamt circa 1.200 Personen teil, was im Vergleich zu den rund 2.000 Teilnehmern, die 2005 die verschiedenen Ersatzveranstaltungen besucht hatten, noch einmal ein deutlicher Rückgang war. Die teilnehmerstärkste Demonstration fand mit gerade einmal rund 480 Personen in Jena statt.

Zwei Ersatzdemonstrationen fanden auch in Baden-Württemberg statt, zogen jedoch nur wenige Teilnehmer an. Zu der von den JN angemeldeten Veranstaltung unter dem Motto *„Für freie Meinung und gegen Zensur"* versammelten sich am 17. August 2006 in **Langenau/Alb-Donau-Kreis** lediglich 24 Personen. Ging der Heß-Bezug dieser Demonstration aus dem Motto

kaum hervor, so räumten die Demonstranten eventuelle diesbezügliche Zweifel aus, indem sie die Parole *„Märtyrer des Friedens - Rudolf Heß"* skandierten. Zwei Tage später fand in **Schopfheim/**Krs. **Lörrach** eine Spontandemonstration mit circa 30 Teilnehmern statt, die Flugblätter mit Heß-Bezug verteilten. Daneben kam es in mehreren baden-württembergischen Städten zu Plakatklebeaktionen mit Heß-Bezug, unter anderem in **Friedrichshafen**, **Karlsruhe**, im Bereich **Freudenstadt** und im Landkreis **Waldshut**. Heß-Aufkleber, für die der neonazistische „Freie Widerstand - Süddeutschland" verantwortlich zeichnete, tauchten unter anderem in **Friedrichshafen**, **Ravensburg** und **Wangen** auf. An Brücken über die Bundesautobahnen A5 im Bereich **Karlsruhe** und A8 im Bereich **Pforzheim** wurden einschlägige Transparente unter anderem mit dem Text *„Rudolf Hess/Das war Mord!!"* angebracht.

Aktivitäten in Baden-Württemberg

Das Verbot eines zentralen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches" in Wunsiedel basierte 2006 wie schon im Vorjahr auf dem erst 2005 in Kraft getretenen Absatz 4 des § 130 StGB.[238] Es wird vom Ausgang des beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängigen Hauptsacheverfahrens, durch das die Verfassungsmäßigkeit und die Anwendung des neuen § 130 Abs. 4 StGB im konkreten Fall geklärt werden soll, abhängen, ob auch 2007 wieder ein zentraler Gedenkmarsch verhindert werden kann. Die Ereignisse von 2005 und 2006 haben bewiesen, dass die Variante der Heß-Verehrung mit mehreren dezentralen Ersatzveranstaltungen für die neonazistische Szene nicht nur unattraktiver ist als die zentrale, sondern immer unattraktiver zu werden scheint. Ein Gedenkmarsch in Wunsiedel mitsamt seines Symbolwerts und seiner Mobilisierungskraft ist für die Szene also nicht ersetzbar. Dass die Ersatzveranstaltungen aus juristischen Rücksichtnahmen in ihren Mottos keinen direkten Heß-Bezug mehr aufwiesen (zum Beispiel *„Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat in der BRD! Rückführung statt Integration"* auf der NPD-Demonstration am 19. August 2006 in München) und dadurch zu thematisch fast beliebigen rechtsextremistischen Demonstrationen wurden, dürfte manchen potenziellen Teilnehmer demotiviert haben. Die mangelnde Attraktivität, die von den dezentralen Veranstaltungen für die Szene ausging, war schon im Vorfeld des 17. August 2006 darin abzulesen, dass weder Mobilisierungen noch Busanmietungen durch baden-württembergische Rechtsextremisten registriert werden konnten.

gerichtliche Entscheidung steht noch aus

[238] Dieser Absatz 4 lautet: „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt."

4.2.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG)

Gründung:	1979					
Sitz:	Frankfurt am Main					
Mitglieder:	ca.	60	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	70)
	ca.	600	Bund	(2005:	ca.	600)
Publikation:	„Nachrichten der HNG"					

Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) ist mit ihrer Langlebigkeit und ihrer relativ hohen Mitgliederzahl - die HNG ist die mitgliederstärkste Einzelorganisation in der Neonaziszene - untypisch für den deutschen Neonazismus, der im Hinblick auf die zahlreichen Verbote neonazistischer Vereinigungen in den 1990er-Jahren feste Organisationsstrukturen kaum noch ausbildet. In ihren Aktivitäten ist die HNG absolut spezialisiert: Sie verfolgt den selbst gestellten Auftrag, inhaftierte Gesinnungsgenossen moralisch und materiell zu unterstützen, zum Beispiel durch Rechtsberatung, Überlassung rechtsextremistischer Literatur und Vermittlung von Briefkontakten. Ihr Ziel ist dabei, diese Gesinnungsgenossen auch während der Haft sozial und ideologisch weiter an die rechtsextremistische Szene zu binden und somit die staatlichen Ausstiegsangebote zu unterlaufen.

Ansonsten erschöpft sich die Bedeutung der HNG in der monatlichen Veröffentlichung ihrer 20-seitigen Publikation „Nachrichten der HNG" und in der jährlichen Abhaltung einer Jahreshauptversammlung, die 2006 mit circa 200 Teilnehmern am 18. März im thüringischen Dillstädt stattfand. Trotz ihrer letztjährigen Ankündigung, in Zukunft nicht mehr für das Amt der HNG-Vorsitzenden zu kandidieren, bekleidet Ursula MÜLLER aus Mainz diese Funktion weiterhin wie schon seit 1991.

4.3 Verstärkte Demonstrationstätigkeit als Agitationsschwerpunkt der Neonaziszene

Seit einigen Jahren nimmt die Anzahl rechtsextremistischer Demonstrationen[239] in Bund wie Land deutlich zu. Neonazi-Demonstrationen haben an

[239] Hierbei werden unter Demonstrationen angemeldete wie unangemeldete Kundgebungen und Aufzüge, aber auch Eil- und Spontanversammlungen verstanden. Letztere machen mit ihrem in der Regel sehr kleinen Teilnehmerkreis (meist im unteren zweistelligen Bereich) einen erheblichen Anteil der rechtsextremistischen Demonstrationen aus.

deutlicher Anstieg der Demonstrationszahlen

dieser Zunahme entscheidenden Anteil: Auf Bundesebene stieg ihre Zahl von 61 (2001) auf 145 (2005), die der entsprechenden NPD-Veranstaltungen von 50 (2003) auf 60 (2005). In Baden-Württemberg verläuft die Entwicklung in dieselbe Richtung: Zwischen 2001 und 2005 verzehnfachte sich Zahl der Neonazi-Demonstrationen hier von zwei auf 20. Für 2006 waren rund 25 Demonstrationen mit eindeutigem Neonazi-Bezug zu verzeichnen. Dagegen stagnierte die Anzahl der baden-württembergischen NPD-Demonstrationen in den Jahren 2001 bis 2005 zwischen zwei und fünf. Doch ist für 2006 auch hier eine Steigerung zu verzeichnen, schlugen doch allein die JN mit sieben Demonstrationen zu Buche. Die NPD selbst trat 2006 dreimal als Demonstrationsanmelderin auf. Hinzu kommen fünf Wahlkampfkundgebungen des Neonazis und NPD-Landtagskandidaten Lars KÄPPLER aus **Neckarwestheim**/Krs. **Heilbronn**, die bei der Gegenüberstellung von NPD- und Neonazi-Demonstrationen eine Art Zwitterstellung einnehmen. Insgesamt fanden rund 35 rechtsextremistische Demonstrationen in Baden-Württemberg statt - worin die fünf Wahlkampfkundgebungen noch nicht einmal enthalten sind -, was einer erneuten Steigerung im Vergleich zu 2005 (22 rechtsextremistische Demonstrationen) entspricht. Die Gründe, die dieser Entwicklung zugrunde liegen, sind zahlreich und vielschichtig:

Überwindung der Isolation

- Ein zentrales, schon länger gültiges Motiv, das Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, aber auch NPD-Aktivisten bei ihrer (verstärkten) Demonstrationstätigkeit leitet, besteht darin, rechtsextremistische beziehungsweise neonazistische Präsenz auf der Straße zu zeigen. Vor dem Hintergrund der eigenen gesamtgesellschaftlichen Isolation, die sich nicht zuletzt in einer äußerst negativen Medienberichterstattung über den Rechtsextremismus beziehungsweise Neonazismus niederschlägt, erscheint dieser Demonstrationsaktionismus Aktivisten wie KÄPPLER offensichtlich als die beste Möglichkeit, die Szene und ihre Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen und Aufmerksamkeit zu erregen. Neonazis versuchen dabei, ihr trotz in den letzten Jahren steigender Zahlen immer noch relativ geringes Personenpotenzial (Bund 2006: 4.200, 2005: circa 4.100; Land 2006: circa 320, 2005: circa 310) dadurch aufzufüllen, dass sie sich der rechtsextremistischen Skinheadszene als Mobilisierungspotenzial bedienen, wodurch die bereits seit Jahren festzustellenden Überschneidungen (zum Beispiel in Form von Mischszenen) zwischen diesen beiden rechtsextremistischen Teilszenen partiell zu erklären sind.

- Das Spektrum der Rechtsextremisten, die Demonstrationen veranstalten, hat sich in den letzten Jahren deutlich aufgefächert. Bis vor

wenigen Jahren trat vorwiegend die NPD als Demonstrationsveranstalterin auf, was nicht zuletzt auf ihren Parteienstatus, aber auch auf ihren erklärten Willen, im Zug ihres *„Drei-*[mittlerweile Vier-]*Säulen-Konzeptes“*[240] auch einen *„Kampf um die Straße“* führen zu wollen, zurückzuführen war. Schon damals nahmen häufig Neonazis an NPD-Demonstrationen teil. Seit 2000 erzielte jedoch auch die neonazistische Szene selbst, insbesondere der Hamburger Neonazi Christian WORCH, Erfolge bei der juristischen Anfechtung von Verboten eigener Demonstrationen. Daher verlagerte sich ab 2001 bundesweit der Agitationsschwerpunkt der Neonaziszene auf die Durchführung möglichst vieler öffentlichkeitswirksamer Demonstrationen. Wie die oben angeführten Zahlen beweisen, hat sie auf diesem Gebiet der NPD mittlerweile zumindest quantitativ den Rang abgelaufen. Allerdings ist es angesichts der relativ engen Kooperation zwischen NPD und Neonaziszene in Einzelfällen nicht mehr einfach, zwischen NPD- und Neonazi-Demonstration trennscharf zu unterscheiden, wofür KÄPPLERs Wahlkampfkundgebungen Beispiele sind. Seit wenigen Jahren treten vereinzelt auch rechtsextremistische Skinheads als Demonstrationsveranstalter auf.

Agitationsschwerpunkt

„Doppel-“ und „Mehrfachdemos“

- Seit 2003 trägt auch in Baden-Württemberg das Konzept der „Doppel-“, manchmal auch „Mehrfachdemo“ dazu bei, die Zahl rechtsextremistischer, speziell neonazistischer Demonstrationen in die Höhe zu treiben. Dabei werden mit demselben Personenpotenzial an einem Tag an mindestens zwei verschiedenen Orten, die jedoch nahe beieinander liegen oder verkehrstechnisch sehr günstig miteinander verbunden sind, Demonstrationen durchgeführt.

Bestimmte Ereignisse und Kampagnen trugen dazu bei, dass das rechtsextremistische und insbesondere das neonazistische Demonstrationsaufkommen gerade 2006 weiter zunahm:

- Wie bereits dargestellt, ermöglichte die Neufassung des § 130 StGB 2006 wie schon 2005 ein Verbot eines zentralen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ im bayerischen Wunsiedel. Von den daraufhin durchgeführten dezentralen Ersatzveranstaltungen mit Heß-Bezug war Baden-Württemberg wie beschrieben am 17. August in **Langenau** und am 19. August in **Schopfheim** betroffen. Doch bereits im Herbst 2005 waren für den 28. Januar 2006 bundesweit mehrere Demonstrationen gegen den § 130 StGB allgemein angemeldet wor-

[240] Vgl. S. 169.

Protest gegen staatliche Repression

den, darunter zunächst auch eine durch einen Neonazi aus dem **Raum Karlsruhe** in **Karlsruhe** unter dem Motto *„Gegen staatliche Repressionen, weg mit dem § 130 StGB“*. Nachdem dem Anmelder von der Stadt Karlsruhe bereits am 10. Januar 2006 eröffnet worden war, dass diese Demonstration verboten werden würde, führte er zusammen mit weiteren rund 25 Rechtsextremisten noch am selben Tag eine spontane Protestkundgebung in **Karlsruhe** durch. Eine der Teilnehmerinnen, eine Stuttgarter Rechtsextremistin, meldete kurz danach eine Demonstration in **Stuttgart** für den ursprünglich vorgesehenen 28. Januar unter dem nun abgeänderten Motto *„Keine Demonstrationsverbote - Meinungsfreiheit erkämpfen!“* an. Das von der Stadt Stuttgart verhängte Verbot wurde sowohl vom Verwaltungsgericht Stuttgart als auch vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim aufgehoben. Insgesamt mobilisierten zu dieser Demonstration rund 20 rechtsextremistische Gruppierungen aus Baden-Württemberg und Bayern, darunter neonazistische „Kameradschaften“, rechtsextremistische Skinhead-Vereinigungen und mehrere Untergliederungen der JN, so dass schließlich mindestens 300 überwiegend jüngere Teilnehmer aus der Neonazi- und rechtsextremistischen Skinheadszene erschienen. Dabei führte das Aufeinandertreffen zum Teil gewaltbereiter Demonstrationsteilnehmer mit ihren linksextremistischen, ebenfalls gewaltbereiten Gegnern aus der „Antifa“- und Autonomenszene in einigen Fällen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Steinwürfen, Schlägereien und verletzten Personen, darunter auch Einsatzkräften der Polizei[241].

Antikapitalismus-Kampagne

- Auch die 2006 gestartete, laut Unterstützerliste vorwiegend von Neonazis, NPD- und JN-Unterorganisationen - in BW vom neonazistischen **„Aktionsbüro Rhein-Neckar“** und vom JN-Landesverband - getragene[242] bundesweite Antikapitalismuskampagne verstärkte die rechtsextremistische Demonstrationstätigkeit in Baden-Württemberg. So fand am 22. Juli eine von den JN angemeldete Versammlung unter dem Motto *„Freie Menschen statt freie Märkte - Globalisierung und Kapitalismus stoppen“* mit circa 50 Teilneh-

Internetbanner des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“

[241] Vgl. S. 206.

[242] Internetauswertung vom 22. November 2006.

mern in **Buchen/Neckar-Odenwald-Kreis** statt. Noch am selben Tag versammelten sich rund 80 Rechtsextremisten auf Anmeldung der NPD unter dem Motto *„Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre"* in **Eberbach/Rhein-Neckar-Kreis**. Außerdem demonstrierten Rechtsextremisten an diesem Tag im Rahmen der Kampagne noch in mehreren mehr oder minder direkt an das nördliche Baden-Württemberg angrenzenden Orten in Hessen und Bayern, so dass von einer regelrechten Demonstrationsserie am 22. Juli 2006 gesprochen werden muss.

„Tag der Arbeit"

❑ Während die NPD am 1. Mai 2006 eine zentrale Mai-Kundgebung in Rostock veranstaltete, kam es bundesweit zu mehreren dezentralen neonazistischen Demonstrationen am „Tag der Arbeit", von denen zwei - erstmals seit 2002 - in Baden-Württemberg stattfanden. Insgesamt veranstalteten Neonazis auf geographisch engstem Raum entlang der baden-württembergisch-hessischen Grenze sogar drei Mai-Demonstrationen mit jeweils rund 300 Teilnehmern. Nachdem zunächst schon Monate zuvor sowohl im hessischen Heppenheim unter dem Motto *„Stoppt den Sozialabbau - Schafft Arbeitsplätze"* als auch in **Weinheim** unter dem Motto *„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche - Kapitalismus und Globalisierung stoppen!"* zwei als „Doppeldemo" konzipierte Veranstaltungen angemeldet worden waren[243], erfolgte nur wenige Tage vor dem 1. Mai eine dritte Anmeldung für **Ladenburg** durch einen bekannten Rechtsextremisten aus Koblenz. Bei dem Anmelder der Heppenheimer Demonstration handelte es sich um KÄPPLER als Vertreter der von ihm im Dezember 2004 gegründeten und faktisch allein personifizierten **„Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland" (BIBD)**. KÄPPLER trat in Heppenheim auch als Redner auf. Nachdem es dem in Ludwigshafen wohnhaften Anmelder der Weinheimer Demonstration, der in diesem Zusammenhang als Vertreter der neonazistischen, nach Oktober 2005 nur noch selten in Erscheinung getretenen **„Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit"** auftrat, aus formalen Gründen nicht

„Bürgerinitiative"

Internetbanner der „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit"

[243] „Demonstrationsaufruf für Heppenheim (Südhessen) & Weinheim (Nordbaden)", Internetauswertung vom 22. November 2006.

gelungen war, rechtswirksam Widerspruch gegen einen restriktiven Auflagenbescheid der Stadt Weinheim einzulegen, erfolgte umgehend eine weitere Anmeldung für **Weinheim** durch einen aus dem Saarland stammenden bekannten Rechtsextremisten. Das Motto dieser Demonstration lautete *„Gegen staatliche Willkür"*. Diese personellen Konstellationen belegen, welch geringe Bedeutung Ländergrenzen für die weitläufig vernetzte Rechtsextremisten- beziehungsweise Neonaziszene haben. Ohnehin ist ungeachtet der einzelnen Anmelder als zentraler Koordinator dieser Demonstrationsserie das seit 2003 bestehende neonazistische „Aktionsbüro Rhein-Neckar" anzusehen. Es koordiniert im gesamten Rhein-Neckar-Raum die Aktivitäten der dort vertretenen Neonazi- und rechtsextremistischen Skinheadgruppierungen, ist mittlerweile personell mit der NPD verflochten und verfügt über enge Kontakte zu rechtsextremistischen Führungspersonen und Gruppierungen in den angrenzenden Regionen. Sein Internetportal, auf dem das „Aktionsbüros Rhein-Neckar" der „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit" Speicherplatz für deren Internetseite zur Verfügung stellt, gehört mittlerweile zu den bundesweit wichtigsten rechtsextremistischen Internetseiten. Während die überwiegend aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen angereisten rechtsextremistischen Demonstranten am späten Vormittag des 1. Mai in Heppenheim begleitet von starken Polizeikräften noch relativ ungestört ihre Aufzugsstrecke absolvieren konnten, musste die Polizei am Nachmittag in **Ladenburg** einen massiven Blockadeversuch linksextremistischer Gegendemonstranten unterbinden und konnte mehrfach nur noch unter großen Anstrengungen ein gewalttätiges Aufeinandertreffen beider Lager verhindern. Anschließend begaben sich die rechtsextremistischen Demonstrationsteilnehmer via Nahverkehr nach **Weinheim** und hielten am frühen Abend auf dem Bahnhofsvorplatz noch eine kurze stationäre Kundgebung ab. Ebenfalls am 1. Mai störte eine rund 25 Personen umfassende, geschlossen und teilweise vermummt auftretende Gruppe von Rechtsextremisten massiv eine öffentliche Kundgebung des DGB und der IG Metall auf dem Marktplatz in **Gaggenau**/Krs. **Rastatt**, wobei rechtsextremistische Parolen skandiert und Veranstalter bedroht und beleidigt wurden. Die der regionalen Neonaziszene zuzuordnende Gruppe führte ein rotes Transparent mit der Aufschrift *„1. Mai seit 1933 arbeitsfrei. Nationale Sozialisten"* mit sich.

„Aktionsbüro Rhein Neckar"

Die Vorfälle in **Ladenburg** und **Gaggenau** am 1. Mai 2006, aber auch schon am 28. Januar 2006 in **Stuttgart** stehen stellvertretend für zwei immer aku-

„Rechts-Links-Auseinandersetzungen“

tere Probleme, die in engem Zusammenhang stehen mit der verstärkten rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Demonstrationstätigkeit: das zunehmende Auftreten von so genannten „Rechts-Links-Auseinandersetzungen“ und die ansteigende Gewaltbereitschaft insbesondere von Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads gegenüber politischen Gegnern und Sicherheitskräften. Da es seit vielen Jahren erklärtes Ziel gewaltbereiter Linksextremisten ist, rechtsextremistische Veranstaltungen - auch mit Gewalt - zu stören oder zu verhindern, führt die verstärkte rechtsextremistische Demonstrationstätigkeit zu einem deutlichen Anstieg bei den „Rechts-Links-Auseinandersetzungen“, also zu Gewalttätigkeiten zwischen rechtsextremistischen Demonstranten und ihren linksextremistischen Kontrahenten. Gingen diese Gewaltakte in der Vergangenheit in der Regel und auch heute noch in der Mehrzahl von linksextremistischer Seite aus, ist seit wenigen Jahren bei solchen Gelegenheiten auch eine gesteigerte Gewaltbereitschaft von Seiten mancher Rechtsextremisten zu beobachten. Während selbst Neonazis sich bislang in den seltensten Fällen provozieren ließen und ganz überwiegend polizeiliche Auflagen und Weisungen einhielten, um so den Behörden keine Handhabe für ein Demonstrationsverbot oder eine Auflösung zu liefern sowie sich keiner Strafverfolgung auszusetzen, hat sich dieses Bild etwa seit Mitte 2004 gewandelt. Verstärkt treten - seit 2005 auch in Baden-Württemberg - „Autonome Nationalisten“, häufig

„Autonome Nationalisten“

Internetbanner der „Autonome Nationalisten“

schwarz gekleidet und teilweise vermummt, bei Demonstrationen als „schwarzer Block“ in Erscheinung, drohen Gewalt an und lassen sich mit Einsatzkräften und gewaltbereiten Gegendemonstranten auf Auseinandersetzungen ein, die teilweise sogar bewusst provoziert werden. In der Szene wird dieses Vorgehen ausgiebig diskutiert, teilweise auch kritisiert, dennoch ist klar zu erkennen, dass es eine wachsende Strömung unter Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads gibt, die im Falle von Blockaden und gewalttätigen Protesten das entschlossene Vorgehen gegen Polizeiketten und Gegendemonstranten bejaht. Motive sind hier offenbar sowohl die Absicht, sich das Demonstrationsrecht nicht nehmen zu lassen beziehungsweise es notfalls gewaltsam durchzusetzen, als auch es dem politischen Gegner mit gleicher Münze heimzuzahlen und aus der vermeintlichen Opferrolle herauszukommen. Zunehmend ist auch zu beobachten, dass Rechtsextremisten ihrerseits versuchen, gezielt Veranstaltungen des politischen Gegners zu stören.

KÄPPLER war auch 2006 wieder zu den zentralen Protagonisten der baden-württembergischen Neonaziszene zu zählen, dessen Aktivitäten jedoch nicht ausschließlich auf dieses Bundesland begrenzt sind, wie sein Auftreten am 1. Mai in Heppenheim belegt. So lebte er seinen ideologisch motivierten Aktionismus nicht nur unter dem Signum BIBD aus, sondern stellte sich auch bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 26. März 2006 wie schon bei der vergangenen Bundestagswahl der NPD als Kandidat zur Verfügung (Wahlkreis 18 **Heilbronn**: 1,2 Prozent; Wahlkreis 22 **Schwäbisch Hall**: 1,7 Prozent). Zudem wählte ihn das im Oktober 2004 gegründete und im November 2006 aufgelöste **„Nationale Bündnis Heilbronn" (NBH)** auf seiner Mitgliederversammlung am 8. September 2006, auf der es sich zugleich in **„Nationales Bündnis Heilbronn-Franken"** umbenannte, zu seinem neuen Vorsitzenden.[244] Die BIBD zählte zu den offiziellen Unterstützern des NBH.[245] Das berufliche Standbein KÄPPLERs war 2006 seine Funktion als Geschäftsführer des in **Rosenberg-Hohenberg/Ostalbkreis** ansässigen „Verlags- und Medienhauses Hohenberg OHG", das unter anderem die neonazistische Zeitschrift „Volk in Bewegung - Vierteljahrsschrift für eine neue Ordnung!" herausgibt, als deren verantwortlicher Schriftleiter er 2006 fungierte. Mit Wirkung zum 1. Juni 2006 wurde die 2005 vom Verlag herausgegebene 48-seitige Schrift „Neue Ordnung. Grundlagen des nationalen Welt- und Menschenbildes" von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.[246] Am 7. September 2006 erfolgte die Indizierung der kompletten Internetseite des Verlags durch die BPjM. Da der Verlag in erster Linie als Internethandel agiert, bedeutete diese Indizierung einen herben Schlag für KÄPPLER. Seit Mitte Oktober 2006, sofort nach Rechtswirksamkeit der Indizierung, der mit dem Abschalten der bisherigen Internetseite formal Genüge getan wurde, befindet sich der Verlag zwar wieder mit einer Internetseite im Netz. Doch fällt auf, dass KÄPPLER seit Herbst 2006 seinen ideologisch motivierten Aktionismus offensichtlich deutlich zügelt. So sagte er drei für Oktober beziehungsweise Dezember 2006 angemeldete Demonstrationen in **Schwäbisch Hall**, **Crailsheim** und **Heilbronn** wieder ab.

KÄPPLER auf dem Rückzug

Die bereits seit Ende 1993 bestehende und damit älteste Neonazi-„Kameradschaft" in Deutschland, die „Kameradschaft Karlsruhe", die lange Zeit

[244] Meldung „Nationales Bündnis Heilbronn-Franken bestimmt neuen Vorstand: Lars Käppler als neuer Frontmann gewählt!", Homepage des NBH vom 12. Oktober 2006.

[245] Homepage des NBH vom 12. Oktober 2006.

[246] Vgl. BPjM Aktuell 2/2006, S. 59.

„Kameradschaft Rastatt" auf Vormarsch

die bekannteste und aktivste neonazistische Kameradschaft in Baden-Württemberg war, verschwindet wegen ihrer Inaktivität immer mehr aus der Öffentlichkeit. An ihre Stelle scheint die „Kameradschaft Rastatt" getreten zu sein. Sie rückte 2006 unter anderem dadurch in den Fokus der Öffentlichkeit, dass sie eine ehemalige Pizzeria in **Rastatt** anmietete, die seitdem als überregionales Treff- und Veranstaltungslokal der rechtsextremistischen Skinhead- und der Neonaziszene genutzt wird.

5. Rechtsextremistische Parteien

5.1 Parteien mit rechtsextremistischer Zielsetzung

5.1.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Gründung:	1964					
Sitz:	Berlin					
Mitglieder:	ca.	400	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	390)
	ca.	7.000	Bund	(2005:	ca.	6.000)
Publikation:	„Deutsche Stimme" (DS)					

❑ Bedeutung innerhalb des deutschen Rechtsextremismus

zentrale Rolle der NPD

In den letzten Jahren hat sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) zur auffälligsten rechtsextremistischen Partei in Deutschland entwickelt, die einen spürbaren Einfluss auch auf weite Teile der übrigen rechtsextremistischen Szene ausübt beziehungsweise auszuüben versucht. Es können sogar erste Ansätze einer Ausrichtung oder Konzentration größerer Teile der rechtsextremistischen Gesamtszene auf die NPD konstatiert werden. Die Partei ist somit als eine der bedeutendsten, wenn nicht die bedeutendste rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik einzustufen. Ihr baden-württembergischer Landesverband steht aber in seiner innerparteilichen Bedeutung immer noch hinter einigen anderen, geschlossener auftretenden, aktiveren, mitgliederstärkeren und bei Wahlen erfolgreicheren Landesverbänden wie zum Beispiel dem sächsischen und dem mecklenburg-vorpommerschen deutlich zurück.

Der Bedeutungsgewinn der NPD fällt in die Amtszeit ihres Bundesvorsitzenden Udo VOIGT, der die Partei seit 1996 anführt und auf dem NPD-Bundesparteitag vom 11./12. November 2006 mit deutlicher Mehrheit in seinem Amt bestätigt wurde. Die herausgehobene Position der NPD innerhalb der rechtsextremistischen Organisationslandschaft lässt sich unter anderem an folgenden Anhaltspunkten festmachen:

- Seit der Einstellung des 2001 gegen die NPD angestrengten Verbotsverfahrens (18. März 2003) wächst der Mitgliederbestand der Partei wieder und lag 2006 bei nunmehr ca. 400 (2005: ca. 390) im Land und 7.000 im Bund (2005: ca. 6.000). Damit hat die Partei die Mitgliederverluste, die ihr das Verbotsverfahren eingebracht hatte (Mitgliederbestand 2000 im Land: circa 480; im Bund: circa 6.500; Mitgliederbestand 2003 im Land: circa 380; im Bund: circa 5.000), zumindest zum Teil wieder wettgemacht und ist im Jahr 2006 auf Bundesebene zur personell zweitstärksten rechtsextremistischen Partei hinter der DVU aufgestiegen. Seit 1996, als die Partei auf ihrem bisherigen Tiefpunkt angekommen war, hat sich die Bundesmitgliederzahl sogar verdoppelt (1996: circa 3.500), während die Landesmitgliederzahl im gleichen Zeitraum allerdings leicht zurückging (1996: circa 440). Mit dem personellen Zuwachs zumindest auf Bundesebene hebt sich die Mitgliederentwicklung der NPD von derjenigen der DVU in der Tendenz deutlich ab, die nämlich im Gegensatz dazu in den letzten zehn Jahren dramatisch an Mitgliedern verlor: Bund 1996: circa 15.000; 2006: 8.500; DVU im Land 1996: 1.900; 2006: 800.

deutlicher Anstieg bei den Mitgliederzahlen

- Die Tatsache, dass sich die NPD trotzdem immer noch auf personell relativ niedrigem Niveau bewegt, wird zum Teil dadurch kompensiert, dass die Partei nicht nur in der Bundesspitze, sondern auch auf mancher Landes- und Kommunalebene über aktionistische, kampagnefähige Kader verfügt, die zudem häufig ideologisch geschult und gefestigt sind. Auch diese Faktoren unterscheiden die NPD von der DVU und verleihen der Partei eine öffentliche Präsenz (zum Beispiel aufgrund von Demonstrationstätigkeit), die von den anderen rechtsextremistischen Parteien nicht erreicht wird.

hohes Aktionspotenzial

- Die NPD bemüht sich intensiv um einen Schulterschluss mit der Neonaziszene, was in der von ihr seit 2004 betriebenen „Volksfront"-Strategie zum Ausdruck kommt. Dabei kalkuliert die NPD den Eintritt von - teils führenden - Neonazis in die Partei bewusst mit ein. So wurde im September 2006 der Parteieintritt des Hamburger Rechtsanwalts und bundesweit bekannten Neonazis Jürgen RIEGER gemeldet[247], der schon bei der Bundestagswahl vom 18. September 2005 die Hamburger NPD-Landesliste angeführt hatte. Auf dem Bundesparteitag am 11./12. November 2006 in Berlin wurde er zudem als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt.

Parteieintritte von Neonazis

[247] Pressemitteilung des NPD-Unterbezirks Stade „Rechtsanwalt Jürgen Rieger tritt der NPD bei" vom 5. September 2006, Homepage des NPD-Regionalverbands Südlicher Oberrhein vom 11.Oktober 2006.

Bereits seit Oktober 2004 ist mit Thorsten HEISE ein weiterer bundesweit bekannter Neonazi Mitglied im NPD-Bundesvorstand. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 26. März 2006 stellte sich der Neonazi KÄPPLER wie schon bei der vergangenen Bundestagswahl der Partei als Kandidat zur Verfügung. Diese personelle Verzahnung zwischen Neonaziszene und NPD verstärkt nicht nur die ohnehin schon vorhandenen neonazistischen Tendenzen innerhalb der Partei, sondern verbessert auch das früher immer wieder angespannte gegenseitige Verhältnis, was wiederum das Ansehen und damit die Einflussmöglichkeiten der NPD in der Neonaziszene erhöht.

Einbindung der Skinheadszene

- Die NPD strebt auch einen Schulterschluss mit der rechtsextremistischen Skinheadszene an. Zu diesem Zweck veranstaltet sie zum Beispiel - zumindest vereinzelt - Skinheadkonzerte oder lässt Skinheadbands auf ihren Veranstaltungen auftreten. Hintergedanke beziehungsweise Ziel ist dabei, die jugendliche Skinheadszene als Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial zu gewinnen. So traten auf dem 5. Pressefest des „Deutschen Stimme"-Verlags am 5. August 2006 in Dresden mehrere Skinheadbands auf, darunter „Carpe Diem" aus dem **Raum Stuttgart/Göppingen**. Nicht zuletzt auf diese Musikdarbietungen dürfte zurückzuführen sein, dass das Pressefest 2006 trotz widriger Witterungsbedingungen mit rund 7.000 Teilnehmern (NPD-Angaben: rund 8.000)[248] so gut besucht war wie keines seiner vier Vorgänger. Aufgrund der für Skinheads typischen Unfähigkeit beziehungsweise Abneigung, sich langfristig in eine Organisation einbinden zu lassen und dort auch diszipliniert mitzuarbeiten, sind die langfristigen Erfolgsaussichten dieser Annäherungsversuche jedoch wohl begrenzt.

Schon im Verfassungsschutzbericht 2005 wurde darauf hingewiesen, dass die seit geraumer Zeit zu beobachtende personelle Verflechtung der NPD mit anderen rechtsextremistischen Organisationen zunehmend enger wird. Dies äußert sich unter anderem darin, dass führende NPD-Mitglieder Leitungsfunktionen in solchen Organisationen übernehmen, was der Partei entsprechende Einflussmöglichkeiten eröffnet. So sitzt der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Jürgen SCHÜTZINGER aus **Villingen-Schwenningen**, der zudem gemäß eines Beschlusses des Berliner NPD-Bundesparteitages zukünftig wie alle NPD-Landesvorsitzenden dem Bundesvorstand der Partei angehören soll, im Vorstand der rechtsextremisti-

[248] Sonderausgabe der „Deutschen Stimme" (DS) vom September 2006 zum Pressefest 2006, Artikel „Breitgefächertes Spektrum nationalen Wollens - Das fünfte Pressefest der Deutschen Stimme", S. 1.

schen **„Gesellschaft für Freie Publizistik e. V." (GFP)**, als deren Vorsitzender Andreas MOLAU fungiert. MOLAU war 2006 stellvertretender Chefredakteur der im sächsischen Riesa erscheinenden NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" (DS). Gleichzeitig ist SCHÜTZINGER als führender Funktionär der **„Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH)** tätig. Die zunehmende personelle Verflechtung der NPD mit anderen rechtsextremistischen Organisationen lässt sich aber auch am Beispiel des NBH nachvollziehen. Dieses wählte auf seiner Mitgliederversammlung am 8. September 2006, auf der es sich zugleich in **„Nationales Bündnis Heilbronn-Franken"** umbenannte, den NPD-Bundestags- und Landtagskandidaten KÄPPLER zu seinem neuen Vorsitzenden, wodurch zugleich das neonazistische Element im NBH gestärkt wurde. Im Amt eines der beiden stellvertretenden NBH-Vorsitzenden wurde der damalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Heilbronn, bestätigt.[249] Außerdem zählten die NPD und JN seit jeher zu den offiziellen Unterstützern des NBH.[250] Der NBH-Homepage war zu entnehmen, dass das Bündnis laut *„Jahreskalender 2006"* von ***„Januar bis März** Unterstützung"* im *„NPD-Landtagswahlkampf"* geleistet hatte.[251] Auch die Art und Weise, wie die im November 2006 erfolgte Auflösung des NBH im Dezember 2006 der breiten Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde, dokumentiert die enge Verflechtung dieser beiden Organisationen: Die Bekanntmachung erfolgte auf der Internetseite des NPD-Kreisverbands **Heilbronn** mit einer Erklärung, die vom Kreisverband unterschrieben worden war. Darin wurde ausdrücklich betont, dass es von *„Anfang an"* die NPD gewesen sei, *„die das NBH maßgeblich getragen [...] und durch seine Strukturen auch hauptsächlich unterstützt"* habe.[252]

zunehmende personelle Verflechtungen

❑ Wahlen

Die Bilanz des Wahljahres 2006 fällt für die NPD ambivalent aus. Zwar trat sie bei vier der fünf Landtagswahlen des Jahres an und zeigte sich somit wieder als aktive Wahlpartei. Nur in Sachsen-Anhalt verzichtete

[249] Meldung „Nationales Bündnis Heilbronn-Franken bestimmt neuen Vorstand: Lars Käppler als neuer Frontmann gewählt!", Homepage des NBH vom 12. Oktober 2006.

[250] Als seine weiteren Unterstützer gab das NBH unter anderem an: die im Vergleich zur NPD weitgehend unbedeutende rechtsextremistische **„Deutsche Partei" (DP)**, die DVU, die dem neonazistischen Spektrum zuzuordnende **„Freiheitliche Initiative Heilbronn"** und die BIBD (Homepage des NBH vom 12. Oktober 2006).

[251] Ebd., Übernahme wie im Original.

[252] Beitrag „Nationales Bündnis Heilbronn löst sich auf - NPD-Heilbronn meldet sich 2007 mit neuem Schwung zurück!", Homepage des NPD-Kreisverbands **Heilbronn** vom 19. Januar 2007, Übernahme wie im Original.

weiterer Einzug in ein Landesparlament

sie gemäß der Bestimmungen des „Deutschland-Paktes“ vom 15. Januar 2005 zugunsten der DVU. Auch gelang ihr in Mecklenburg-Vorpommern (17. September) mit 7,3 Prozent (2002: 0,8 Prozent) der Zweitstimmen zum zweiten Mal nach 2004 (9,2 Prozent am 19. September 2004 in Sachsen) der Einzug in ein Landesparlament, nachdem sie 36 Jahre lang - seit den baden-württembergischen Landtagswahlen von 1968 (9,8 Prozent) - bei Wahlen im Wesentlichen die Existenz einer Splitterpartei gefristet hatte. Doch beschränkt sich ihr Comeback als halbwegs erfolgreiche Wahlpartei auf Ostdeutschland. Denn bei den beiden westdeutschen Landtagswahlen des Jahres in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (beide am 26. März) schnitt sie mit 0,7 Prozent (2001: 0,2 Prozent) beziehungsweise 1,2 Prozent (2001: 0,5 Prozent) erfolglos ab und knüpfte damit nahtlos an ihre beiden westdeutschen Wahlniederlagen des Jahres 2005 an (Schleswig-Holstein 1,9 Prozent und Nordrhein-Westfalen 0,9 Prozent). Auch die 2,6 Prozent (2001: 0,9 Prozent) in Berlin (17. September) bedeuteten für die NPD ein klares, allerdings auch erwartetes Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde.

Misserfolge in Baden-Württemberg

Schon seit 2005 wird der baden-württembergische Landesverband der NPD von internen Querelen erschüttert, die nicht nur innerhalb relativ kurzer Zeit zu einem zweimaligen Wechsel an der Spitze der Landespartei führten, sondern mit dazu beitrugen, dass die NPD bei der Landtagswahl am 26. März nur in 52 von 70 Wahlkreisen antreten konnte. Hinzu kommt, dass der offene Schulterschluss, den Bundes- wie Landespartei seit 2004 mit der Neonaziszene üben, die NPD dieser Szene vielleicht näher bringt, gleichzeitig jedoch geeignet ist, potenzielle Wähler abzuschrecken, die nicht diesem härtesten Kern des deutschen Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Die Tatsache, dass die NPD unter der 1-Prozent-Marke blieb und damit keinen Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung erheben kann, bedeutet zudem einen herben finanziellen Verlust für die Partei.

Internetbanner der NPD

Dort, wo funktionierende NPD-Kreisverbände oder charismatische Mitglieder fehlen, erzielte die Partei besonders schlechte Wahlergebnisse, beispielsweise im Wahlkreis Stuttgart II mit 0,4 Prozent (2001: 0,1 Prozent). In Wahlkreisen mit bekannten NPD-Funktionären oder einem aufwändigeren Wahlkampf konnte die NPD hingegen ihre höchsten Zuwachsraten errei-

chen. Ihr Landesvorsitzender SCHÜTZINGER trat in den Wahlkreisen Villingen-Schwenningen und Tuttlingen-Donaueschingen an und schnitt mit 2,6 Prozent (bestes NPD-Wahlkreisergebnis bei dieser Landtagswahl; 2001: 0,4 Prozent) beziehungsweise 1,3 Prozent (2001: 0,4 Prozent) überdurchschnittlich ab.[253]

Teilerfolg in Rheinland-Pfalz

Bei der am gleichen Tag stattfindenden Wahl in Rheinland-Pfalz verbesserte sich die NPD zwar ebenfalls leicht und kam sogar in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung. Doch konnte sie auch bei dieser Wahl nicht die Führung im rechtsextremistischen Parteienspektrum erringen oder gar in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde gelangen.

Die Wahlniederlagen der NPD in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bestätigten den sich schon 2005 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen deutlich abzeichnenden Trend, dass es der Partei momentan nicht möglich ist, einen Erfolg wie zuvor in Sachsen in westlichen Bundesländern zu wiederholen. Auch deshalb war schon der in der Euphorie des sächsischen Wahlerfolges von manchen NPD-Kadern beschworene Einzug in den Bundestag ein Wunschtraum geblieben. Die Hoffnungen der NPD ruhten nun auf der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl am 17. September 2006. Dort hatte sie mit 3,5 Prozent bei der letzten Bundestagswahl ihr drittbestes Landesergebnis erzielt. Unbestreitbar gelang der Partei am 17. September 2006 mit dem Einzug einer sechsköpfigen Fraktion in den Schweriner Landtag ein Erfolg. Doch steht die Partei nun unter noch stärkerem Druck, nachzuweisen, dass sie Ergebnisse wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nicht nur unter den besonders prekären ökonomischen und sozialen Bedingungen Ostdeutschlands erringen kann, sondern auch in Westdeutschland. Andernfalls wird sie in der Öffentlichkeit endgültig als ostdeutsches Sonderphänomen ohne ernstzunehmende Chancen in Westdeutschland wahrgenommen. Gesamtdeutsch aber, zum Beispiel bei zukünftigen Bundestags- oder Europawahlen, bieten ihr Ergebnisse relativ knapp über der Fünf-Prozent-Hürde in nur wenigen ostdeutschen Bundesländern keine Perspektive.

ostdeutsches Sonderphänomen

Bei den ebenfalls am 17. September 2006 abgehaltenen Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen konnte die NPD lediglich kleinere Erfolge verzeichnen. Sie trat zwar nur in fünf von zwölf Bezirken an, zog aber in vier Bezirksverordnetenversammlungen mit Ergebnissen bis zu 6,4 Prozent ein und verfügt dort nun über insgesamt elf Sitze.[254] Möglich wurde

[253] Wahlnachtbericht zur Landtagswahl am 26. März 2006 in Baden-Württemberg, URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de vom 3. April 2006.

[254] URL: http://www.statistik-berlin.de vom 21. September 2006.

dieser Erfolg vor allem dadurch, dass pro Bezirk nur eine Drei-Prozent-Hürde zu überwinden war.

„kommunalpolitischer Arbeitskreis“

Ermutigt von den Wahlerfolgen seiner Parteifreunde in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gründete der baden-württembergische NPD-Landesverband am 24. September 2006 in **Ludwigsburg** einen 20-köpfigen *„kommunalpolitischen Arbeitskreis“*, dessen Zielvorgabe darin besteht, ein möglichst gutes Abschneiden der Partei bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen 2009 zu erreichen. Dabei soll sich der „Arbeitskreis“ schwerpunktmäßig auf die **Region Stuttgart** konzentrieren, *„da hier auch der Einzug in das Regionalparlament angestrebt wird“.* Die von der Südwest-NPD angestrebte Verankerung auf kommunaler Ebene soll dabei langfristig als Schritt hin zu einem Einzug in den baden-württembergischen Landtag im Jahr 2011 dienen.[255]

❑ Ideologische Ausrichtung

Die NPD ist eine unverhohlen rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei. Das Spektrum der in der Partei repräsentierten Rechtsextremismusvarianten reicht bis in den Neonazismus. Dementsprechend wird aus den Reihen der NPD der bundesdeutschen Verfassungsordnung immer wieder der Kampf angesagt und ein baldiger Untergang nicht nur prophezeit, sondern auch ausdrücklich gewünscht. Gegenteilige Beteuerungen von NPD-Vertretern, die das zu relativieren oder abzustreiten versuchen, stellen sich bei genauerer Analyse als taktisch motiviert heraus. Sie sollen insbesondere dazu dienen, ein erneutes Verbotsverfahren gegen die Partei zu vermeiden, dessen Einleitung in Medien und Politik im Jahr 2006 wieder diskutiert wurde.

betonte Verfassungsfeindlichkeit

Diese betonte Verfassungsfeindlichkeit ist auch bei den JN verankert und wird entsprechend nach innen wie außen propagiert. So endet ein vom JN-Bundesvorstand am 28. Januar 2006 in Berlin verabschiedeter Beschluss unter der Überschrift *„Vorwärts zur deutschen Revolution!“* mit den kämpferisch-nationalrevolutionären Worten:

> *„Revolutionär ist ideologischer und nicht bewaffneter Kampf. Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewusstsein unserer Mitstreiter. Das bedeutet die Erkenntnis, dass das System, bei einigen Annehm-*

[255] Meldung „NPD gründet kommunalpolitischen Arbeitskreis“, Homepage des NPD-Landesverbands Baden-Württemberg vom 18. Oktober 2006.

lichkeiten, prinzipiell schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, dass man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muss. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution. Ist das Bewusstsein der aktiven nationalistischen Kampfgefährtinnen und Kampfgefährten dahingehend ausgerichtet, geht es im nächsten Schritt darum, das Bewusstsein möglichst vieler Menschen in diese Richtung zu schärfen. In Verbindung mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Frage wird die Revolution wahrscheinlich und die Chance für eine revolutionäre Kampfpartei wird zunehmen. Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!"[256]

Internetbanner der JN

Die in diesem Zitat geäußerte Absage an einen bewaffneten Kampf mindert nicht die darin zum Ausdruck kommende kompromisslose Frontstellung des JN-Bundesvorstands gegen die bundesdeutsche Verfassungsordnung. Doch ist die Bedeutung der hinter dieser martialischen Kampfansage stehenden Organisation zu relativieren: Die JN verfügen nicht bundesweit über Organisationsstrukturen. Der Landesverband Baden-Württemberg hat zwar die Zahl der von ihm offiziell ausgewiesenen „Stützpunkte" von fünf im Jahr 2005 auf zehn im Jahr 2006 (im Bereich **Bodensee** mit Postfach in **Friedrichshafen**, in **Esslingen**, **Göppingen**, **Heilbronn**, **Luwigsburg**, im Bereich **Ostalb** mit Postfach in **Schwäbisch Gmünd**, **Pforzheim**, **Schwäbisch Hall**, **Stuttgart** und **Ulm/Heidenheim**)[257] verdoppeln können und zudem mit einer relativ regen Demonstrationstätigkeit auf sich aufmerksam gemacht, doch steigerte sich sein Mitgliederbestand nur leicht auf circa 60 (2005: circa 50). Auf dem JN-Landeskongress, der am 4. November 2006 *„in der Nähe von **Heilbronn**"* stattfand, wurde Lars GOLD aus **Stimpfach**/Krs. **Schwä-**

Aktivitäten der JN

[256] Text „Revolution statt Reform - Vorwärts zur deutschen Revolution!", Homepage des JN-Bundesvorstands vom 10. Oktober 2006, Übernahme wie im Original.

[257] Homepage des JN-Landesverbands Baden-Württemberg vom 14. Dezember 2006.

bisch Hall zum neuen JN-Landesvorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger Alexander NEIDLEIN fungiert seither nur noch als stellvertretender JN-Landesvorsitzender.

Auf diesem Kongress wurde aus verschiedenen Wortbeiträgen deutlich, dass zumindest die Führung des baden-württembergischen JN-Landesverbands die nationalrevolutionäre Linie des Bundesvorstands mitträgt. Schon zu Kongressbeginn äußerte NEIDLEIN laut NPD-Internetbericht wörtlich: *„„Nationalismus heißt Revolution. Und unsere Revolution findet im 21. Jahrhundert statt. Unsere Revolution ist keine kleine Veränderung, sondern wir müssen uns ein komplett anderes politisches System erkämpfen!"* Bei dieser Gelegenheit wurde von NEIDLEIN auch *„der bedingungslose Wille"* beschworen, *„dieses kranke System auf die Müllhalde der Geschichte zu katapultieren"*. Zum Abschluss betonte GOLD laut NPD-Internetbericht wörtlich: *„Wir stehen im Jahre 2006 im revolutionären Kampf gegen dieses System"*.[258]

„revolutionärer Kampf gegen dieses System"

Entschiedene Verfassungsfeindlichkeit charakterisiert auch den baden-württembergischen NPD-Landesverband. Beispielsweise wurde Ende September 2006 auf dessen Internetseite eine Nachbetrachtung zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern eingestellt, in der es unter anderem heißt:

> *„Das eigentlich schöne waren neben dem Erfolg der NPD, die tiefe Krise des Establishments - ja, die nicht mehr zu verbergende Schwäche des gesamten politischen Systems. (...) Ein politisches System ist sichtbar an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen, es ist weder Wunschdenken noch übertrieben, von einem politischen Erdbeben zu sprechen, insbesondere deshalb nicht, weil die Risse im Fundament des gegenwärtigen politischen Systems weder zu übersehen, noch zu übertünchen sind."*[259]

Verfassungsfeindliche Aussagen finden sich nicht zuletzt in der DS. Beispielsweise hieß es in der Mai-Ausgabe im Nachgang zu den drei Landtagswahlen vom 26. März 2006:

> *„Es bedarf (...) eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem*

[258] Bericht „Erfolgreicher JN-Landeskongress 2006", Homepage des NPD-Landesverbands Baden-Württemberg vom 9. November 2006.

[259] Text „Der Herbstwind fährt über Mecklenburg - ein Kommentar zu den Landtagswahlen", Homepage des NPD-Landesverbands Baden-Württemberg vom 17. Oktober 2006, Übernahme wie im Original.

DS Deutsche Stimme

ZEIGT CHARAKTER!

Multikulturelle Endzeit

Deutsche Schulen werden zu staatlichen Zonen

gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt, ein marodes System hinwegzufegen. (...) Demokratie à la BRD braucht das Volk nicht."[260]

Die DS ist aber nicht nur ein Forum für dezidierte Systemopposition. In ihr leisten mehr oder minder prominente NPD-Mitglieder auch theoretisch-strategische Grundlagenarbeit, sie ist ein Ort für Grundsatzdebatten. Beispielsweise wird in der DS einer Aktualisierung beziehungsweise Modernisierung des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons das Wort geredet. Dabei wird eine Abkehr von vergangenheitsbezogenen, rückwärtsgewandten Themen (insbesondere aus dem Bereich des Geschichtsrevisionismus) gefordert, die außerhalb der rechtsextremistischen Szene niemanden interessieren. Stattdessen wird eine stärkere Hinwendung zu gegenwartsbezogenen bis hin zu tagesaktuellen Themen (beispielsweise aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik) angemahnt, die gesamtgesellschaftlich relevant sind und daher auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene diskutiert werden. Ziel ist es dabei, die eigene Propaganda attraktiver, oberflächlich weniger angreifbar und damit effektiver zu machen, also möglichst bis in die Mitte der Gesellschaft neue Bündnispartner, Anhänger, Mitglieder und Wähler zu gewinnen. Den vergangenheitsbezogenen, rückwärtsgewandten Themen scheint in dieser Strategie nur noch eine Rolle in der partei- beziehungsweise szeneinternen Kommunikation zugedacht zu sein, insbesondere bei der ideologischen Selbstvergewisserung längst eingeschworener Rechtsextremisten, die es nicht mehr zu überzeugen gilt. Mit der Überholung des eigenen Themenkanons ist keine Aufgabe oder auch nur Relativierung althergebrachter rechtsextremistischer Positionen in der NPD beabsichtigt. Ganz im Gegenteil: Mit der Aufbereitung zeitgemäßer Themen soll rechtsextremistisches Gedankengut erfolgreicher transportiert werden. In der Februar-Ausgabe 2006 brachte der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen W. GANSEL diesen Ansatz auf den Punkt:

Versuch der Modernisierung

> *„Für mich markiert der Nationalsozialismus eine historisch abgeschlossene Epoche. Er war so stark zeit- und personenabhängig, dass er selbst dann nicht wiederzubeleben wäre, wenn man es unbedingt wollte. Für den so genannten Hitlerismus gilt dies*

[260] DS Nr. 05/06 vom Mai 2006, Artikel „Es ist Wahl - und keiner geht hin! Eine Nachbetrachtung zu den Landtagswahlen", S. 8.

durch den Tod des Namensgebers vor 61 Jahren erst recht. Ich habe immer wieder betont: Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart. Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf - ‚Wir Deutschen oder die Fremden', ‚Unser Deutschland oder das Ausland' - und untermauern wir den Schlachtruf ‚Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung' noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren."[261]

❑ Aktivitäten

Auch 2006 legte die NPD im Rahmen des von ihr verfolgten *„Vier-Säulen-Konzepts"* (*„Kampf um die Straße", Kampf um die Köpfe", Kampf um die Parlamente", „Kampf um den organisierten Willen"*) vielfältige Aktivitäten an den Tag, was nicht nur durch die vier Landtagswahlteilnahmen und die Veranstaltung des 5. DS-Pressefestes dokumentiert wird. Auch der baden-württembergische Landesverband erwachte während des Landtagswahlkampfs zumindest zeit- und teilweise aus seiner Lethargie, wurde bei dieser Gelegenheit jedoch auch an seine Zerstrittenheit erinnert, die ein flächendeckendes Antreten und damit ein auch nur halbwegs achtbares Ergebnis verhindert hatte. Am 19. November 2006 hielt die baden-württembergische NPD ihren 42. ordentlichen Landesparteitag ab, der von den Medien weitgehend unbeachtet in **Villingen-Schwenningen** stattfand.

Landesparteitag

Der baden-württembergische JN-Landesverband machte mit mehreren Demonstrationen von sich reden. So meldeten die JN im Rahmen einer rechtsextremistischen Antikapitalismuskampagne für den 22. Juli 2006 eine Versammlung unter dem Motto *„Freie Menschen statt freie Märkte - Globalisierung und Kapitalismus stoppen"*, zu der sich aber nur etwa 50 Teilnehmer in **Buchen/Neckar-Odenwald-Kreis** einfanden. Diesen standen insgesamt circa 130 Gegendemonstranten gegenüber. Mit der von ihr für den 23. September 2006 in **Göppingen** angemeldeten Demonstration hatte die

[261] DS Nr. 02/06 vom Februar 2006, Interview „Hartz IV und Verausländerung ist heute - Jürgen Gansel zum Vorwurf der Vergangenheitsorientierung der NPD", S. 8, Übernahme wie im Original.

JN mehr Mobilisierungserfolg: Etwa 200 Rechtsextremisten, darunter als Redner NEIDLEIN und KÄPPLER, demonstrierten an jenem Tag unter dem fremden-feindlichen Motto *„Ein Rückflug kostet 19 Euro, Integration Millionen"*. Unter den bis zu 500 Gegendemonstranten befanden sich circa 150 gewaltbereite Personen, aus deren Reihen es zu Gewalttätigkeiten (zum Beispiel Steinwürfen) gegen Einsatzkräfte der Polizei kam. Nur zwei Wochen später, am 7. Oktober 2006, demonstrierten die JN mit circa 165 Teilnehmern in **Laupheim** unter dem Motto *„Her mit dem schönen Leben - Mut zu Alternativen"*, wohinter sich wiederum eine rechtsextremistisch-antikapitalistische Stoßrichtung verbarg. Zwischen den Demonstrationsteilnehmern und den insgesamt über 500 Gegendemonstranten kam es zu keinen ernsthaften tätlichen Auseinandersetzungen.

Demonstrationen

Die NPD ist eine von Männern dominierte Partei mit antifeministisch-antiemanzipatorischer Programmatik, deren Führungspersonal sowie Wählerschaft, wie Wahlanalysen zeigen, sich in weit überproportionalem Maße aus Männern zusammensetzen. Die mangelnde Attraktivität der NPD auf Frauen ist von der Parteiführung offensichtlich als Problem erkannt worden, denn am 16. September 2006 erfolgte im sachsen-anhaltinischen Sotterhausen die Gründung einer eigenen NPD-Frauenorganisation, des **„Ringes Nationaler Frauen" (RNF)**. Ein erklärtes Ziel des RNF besteht darin, *„verstärkt weibliche Mitglieder für die nationale Opposition zu gewinnen"*.[262] Auch wolle man die für Frauen *„möglicherweise existierende Hemmschwelle, in die Partei einzutreten, abbauen"*[263] sowie *„die Wählerinnen ansprechen"*. Es ist sogar die Rede davon, man wolle Frauen zur *„Übernahme von Mandaten" „ermutigen": „Wie kann es (...) sein, dass der Großteil unserer Mandatsträger Männer sind? (...) Die NPD ist keine altbackene Herrensekte (...)"*[264] Solche Bekundungen sind jedoch nicht nur in sich zumindest partiell widersprüchlich. Vollends konterkariert wird ihr vermeintlich emanzipatorischer Gehalt, wenn sie in der DS auf exakt derselben Seite mit einem halbseitigen Artikel publiziert werden, in dem antifeministische Rollenmuster von der Frau als nicht berufstätiger Hausfrau und Mutter und vom Mann als zur Hausarbeit nicht geschaffenen Ernährer propagiert werden.[265]

RNF
Ring Nationaler Frauen

[262] Meldung „NPD-Frauen schließen sich zusammen" vom 13. September 2006, NPD-Homepage vom 11. Oktober 2006.

[263] Meldung „Ring Nationaler Frauen' gegründet" vom 16. September 2006, RNF-Homepage vom 19. Oktober 2006.

[264] DS Nr. 08/06 vom August 2006, Interview „In der Verantwortung - Im September wird der Nationale Frauenring gegründet", S. 20, Übernahme wie im Original.

[265] Ebd., Artikel „Kinderland in Mütterhand - Gedanken einer deutschen Mutter", S. 20.

5.1.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Gründung:	1971 als eingetragener Verein					
	1987 als politische Partei					
Sitz:	München					
Mitglieder:	ca.	800	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	900)
	ca.	8.500	Bund	(2005:	ca.	9.000)
Sprachrohr:	„National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)					

❑ Bedeutung innerhalb des deutschen Rechtsextremismus und Aktivitäten

weiterhin deutliche Mitgliederverluste

Noch in den 1990er-Jahren war die „Deutsche Volksunion“ (DVU) schon aufgrund der relativ hohen Zahl ihrer Mitglieder (1993: circa 26.000) ein zumindest quantitativ bedeutender Faktor innerhalb des deutschen Rechtsextremismus. Auch 2006 war sie die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Doch die Zahl von nunmehr circa 8.500 Parteizugehörigen (2005: circa 9.000) dokumentiert ihren drastischen personellen Niedergang innerhalb der letzten 13 Jahre. In diesem Zeitraum büßte auch der baden-württembergische DVU-Landesverband mit seinen mittlerweile nur noch circa 800 Mitgliedern (2005: circa 900) deutlich mehr als zwei Drittel seiner personellen Substanz ein (1993: circa 2.900). Hinzu kommt, dass die meisten DVU-Mitglieder heute wie damals eine ausgeprägte Passivität an den Tag legen. Beispielsweise spielte 2006 selbst der seit Oktober 2005 amtierende baden-württembergische DVU-Landesvorsitzende Heinrich DEINZER aus **Dischingen**/Krs. **Heidenheim** trotz seiner formal hohen Position weder in der Partei noch im Rest der rechtsextremistischen Szene eine auffällige Rolle. Stattdessen wird die Partei seit ihrem Bestehen von ihrem Gründer und seither einzigen Bundesvorsitzenden, dem finanzkräftigen Münchner Verleger Dr. Gerhard FREY, dominiert. Sie steht in einem weitgehenden finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm, was er dazu nutzt, jeden innerparteilichen Pluralismus oder gar Widerspruch zu unterbinden. Daher kann sich weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine eigenständige, nicht aus München gelenkte Parteiarbeit entwickeln. FREYs dominanter Führungsstil hat zudem zur Folge, dass neben ihm kaum überregional bekanntes, profiliertes DVU-Führungspersonal existiert.

Phantomcharakter der Partei

Aktivitäten des baden-württembergischen Landesverbands sind kaum feststellbar. So verfügt er wie die meisten der anderen DVU- Landesverbände nicht einmal über eine eigene Internethomepage, was ein Schlaglicht auf den Phantomcharakter der Partei wirft. Von den beiden DVU-Stammtischen in **Aalen/Heidenheim** und **Schwäbisch Hall**, die auf der DVU-

Bundeshomepage und in der NZ beworben werden[266], geht, soweit sie überhaupt stattfinden, keine Außenwirkung aus.

„National-Zeitung" als Sprachrohr

Das Sprachrohr der DVU, die von FREY herausgegebene Wochenzeitung NZ, ist das auflagenstärkste und in der Öffentlichkeit wohl bekannteste rechtsextremistische Presseorgan in Deutschland, womit ihm nicht nur für die Partei, sondern auch für die gesamte rechtsextremistische Szene eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommt. Inhaltlich vertritt die NZ eindeutig rechtsextremistische Positionen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Geschichtsrevisionismus. So leistete sie 2006 einem der weltweit bekanntesten Geschichtsrevisionisten, dem 2005 in Österreich verhafteten, am 20. Februar 2006 vom Landgericht Wien wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung verurteilten Briten David IRVING, wiederholt publizistische Schützenhilfe.[267]

❑ Wahlen

Ihre größte Bedeutung kommt der DVU noch als Wahlpartei zu. Auf diesem Gebiet ist sie erfolgreicher als jede andere rechtsextremistische Partei: Seit 1987 konnten rechtsextremistische Parteien dreizehnmal in deutsche Landesparlamente einziehen, davon allein achtmal die DVU. Allerdings waren drei ihrer Wahlerfolge einer Besonderheit des Bremer Bürgerschaftswahlrechts geschuldet.[268] Diese Erfolge sind vor allem darauf zurückzuführen, dass FREY seine Partei nur zu Wahlen antreten lässt, bei denen er ihr eine wenigstens halbwegs realistische Aussicht auf Erfolg einräumt,[269] und dann auch bereit ist, erhebliche Summen in den Wahlkampf zu investieren. Momentan ist die DVU mit einer sechsköpfigen Fraktion im brandenburgischen Landtag vertreten und mit einem einzelnen Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft. Seit

---

[266] NZ Nr. 36 vom 1. September 2006, S. 14. DVU-Homepage vom 27. Oktober 2006.

[267] Siehe beispielsweise: NZ Nr. 5 vom 27. Januar 2006, Artikel „Der Fall David Irving: Freiheit, die sie meinen - Iran oder Israel - wer gefährdet den Weltfrieden?" von Dr. Gerhard FREY, S. 3-4.

[268] Bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft muss eine Partei nur in einem der beiden Wahlgebiete, in Bremen oder Bremerhaven, die 5-Prozent-Hürde überwinden, um in das Parlament einzuziehen. Lediglich bei der Bürgerschaftswahl 1991 gelang der DVU mit 6,2 Prozent im gesamten Land Bremen der Sprung in das Parlament in Fraktionsstärke. 1987, 1999 und 2003 überwand sie diese Hürde nur in Bremerhaven.

[269] Die DVU trat seit 1987 daher nur zu 16 Landtagswahlen, einer Bundestags- und einer Europawahl an.

Misserfolg in Sachsen-Anhalt

Januar 2005 ist die DVU durch den „Deutschland-Pakt“ vor Konkurrenzkandidaturen durch die NPD geschützt, was sie allerdings nicht davor bewahrte, bei der einzigen Landtagswahl, zu der sie 2006 antrat (am 26. März in Sachsen-Anhalt), mit 3,0 Prozent der Stimmen relativ deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. In Sachsen-Anhalt hatte die DVU noch bei der Landtagswahl 1998 mit 12,9 Prozent der Stimmen ihren bisher größten Wahlerfolg verbuchen können, war 2002 aber aufgrund heftiger fraktionsinterner Streitigkeiten, die bis zur Spaltung der Fraktion geführt hatten, nicht einmal mehr angetreten.

5.2 Parteien mit Anhaltspunkten für eine rechtsextremistische Zielsetzung

5.2.1 „Die Republikaner“ (REP)

Gründung:	1983					
Sitz:	Berlin					
Mitglieder:	ca.	900	Baden-Württemberg	(2005:	ca.	950)
	ca.	6.000	Bund	(2005:	ca.	6.500)
Publikation:	„Zeit für Protest!“					

drastische Mitgliederverluste

„Die Republikaner“ (REP) gleiten immer mehr in die Bedeutungslosigkeit ab. 1993 circa 23.000 Mitglieder stark und Mitte der 90er-Jahre sogar die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland, fielen die REP im Jahr 2006 mit gerade einmal noch rund 6.000 Mitgliedern (2005: circa 6.500) selbst hinter die traditionell mitgliederschwache NPD zurück (circa 7.000). In Baden-Württemberg lag die Partei mit rund 900 Parteigängern (2005: circa 950) zwar noch vor DVU (circa 800) und NPD (circa 400), doch sind auch hier seit Jahren in der Summe drastische Mitgliederverluste zu verzeichnen (REP in Baden-Württemberg 1993: circa 2.500 Mitglieder).

Auch die REP-Landtagswahlergebnisse des Jahres 2006 dokumentieren den Bedeutungsverlust der Partei. Insbesondere ihr Abschneiden bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 26. März 2006 geriet den REP zur Enttäuschung: Obwohl sie Kandidaten in allen 70 Wahlkreisen hatten aufstellen können, erreichten sie nur 2,5 Prozent der Stimmen. 2001 waren sie mit 4,4 Prozent nur relativ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und aus dem Landtag ausgeschieden. Das baden-württembergische Wahlergebnis lässt - zusammen mit dem noch schlechteren Abschneiden der Partei in Rheinland-Pfalz (Landtagswahl am 26. März 2006: 1,7 Prozent), Sachsen-

Wahlniederlagen

Anhalt (Landtagswahl am 26. März 2006: 0,5 Prozent) und Berlin (Abgeordnetenhauswahl am 17. September 2006: 0,9 Prozent) - außerdem darauf schließen, dass die REP-Bundesführung mit ihrem innerparteilich ohnehin umstrittenen Kurs der Abgrenzung gegenüber (anderen) Rechtsextremisten es nicht geschafft hat, die Attraktivität der Partei auf breitere Wählerschichten zu erhöhen.

Schon seit Jahren gilt: Nicht jedes einzelne REP-Mitglied verfolgt verfassungsfeindliche Ziele. Zudem setzten sich auf dem Bundesparteitag der REP am 9./10. Dezember 2006 im bayerischen Höchstadt die Befürworter des bisherigen Abgrenzungskurses gegenüber den rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU erneut durch. Diese Beschlusslage veranlasst immer mehr Rechtsextremisten inner- wie außerhalb der Partei, die Partei zu verlassen beziehungsweise in den REP, zumindest aber in dem dominierenden Flügel der Abgrenzungsbefürworter politische Gegner zu sehen, die der rechtsextremistischen Szene nicht (mehr) zuzurechnen seien. Gleichwohl waren in Teilen der REP im Jahr 2006 weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen gegeben, insbesondere im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit NPD und DVU.

2006 noch Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen

6. Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

6.1 Organisationsunabhängige rechtsextremistische Verlage in Baden-Württemberg: „GRABERT-Verlag"/„Hohenrain-Verlag"

GRABERT

Der 1953 von Dr. Herbert GRABERT (verstorben 1978) in **Tübingen** als „Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung" gegründete „GRABERT-Verlag" firmiert seit 1974 unter seinem jetzigen Namen. Seit 1972 fungiert GRABERTs Sohn Wigbert als Verlagsleiter und seit dem Tod seines Vaters als alleiniger Geschäftsführer. Der Verlag zählt aber nicht nur zu den ältesten, sondern auch zu den bedeutendsten organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlagen in Deutschland: Mittlerweile hat er sich mehrere Tochterunternehmen zugelegt, darunter den 1985 gegründeten und ebenfalls in **Tübingen** ansässigen „Hohenrain-Verlag", der wie der „GRABERT-Verlag" seit 2004 mit einer eigenen Seite im Internet vertreten ist. Über die **„Versandbuchhandlung GRABERT"** vertreiben die beiden Verlage ihre Produkte jedoch auch weiterhin auf konventionelle Weise. Die Mitglieder des **„Deutschen Buchkreises"** sind berechtigt, Bücher der beiden Verlage unter bestimmten Bedingungen zu günstigeren Konditionen zu beziehen.

In den relativ zahlreichen Veröffentlichungen des „GRABERT-“ und des „Hohenrain-Verlages“ werden immer wieder entschieden rechtsextremistische Positionen propagiert. Schon mehrfach wurden daher Publikationen der beiden Verlage wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfens Verstorbener eingezogen und/oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert. So wurden am 8. Juni 2006 auf Anordnung des Amtsgerichts Tübingen die Restexemplare der Nummer 1 vom März 2006 aus dem 54. Jahrgang der vierteljährlich in **Tübingen** erscheinenden Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG; Untertitel: „Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“) beschlagnahmt. Wigbert GRABERT, wurde am 6. Februar 2007 in dieser Sache wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) vom Amtsgericht Tübingen zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. GRABERT gibt (laut Impressum in Zusammenarbeit mit dem faktisch inexistenten „Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte“) die pseudowissenschaftlich aufgemachte, meist 50-seitige DGG heraus. In dem in diesem Zusammenhang vom Amtsgericht Tübingen inkriminierten Artikel *„Bericht aus Finnland“* eines mutmaßlichen Finnen heißt es unter anderem:

> *„(...) in Finnland gab es im zurückliegenden Sommer und Herbst eine erschreckende Vielzahl von Fällen brutaler Gewalt und Kriminalität von Immigranten gegen die Volksangehörigen unseres Landes. Obwohl die Zeitungen wie auf geheime Anordnung zum Beispiel die vielen Gruppenvergewaltigungen finnischer Frauen und Mädchen durch Negerbanden im letzten Sommer verschwiegen, kamen diese trotz der offensichtlichen Zensur ans Tageslicht. (...) Kann es sein, dass es hier um etwas ganz anderes geht als um Schutz vor Verfolgung oder um „Bereicherung' durch Multikultur - zum Beispiel um eine spezielle Methode von Völkermord?“* [270]

In einem dem Artikel zur Seite gestellten Text der beiden finnischen Übersetzer werden dieselben verschwörungstheoretischen und fremdenfeindlich-rassistischen Behauptungen inhaltlich wiederholt und ausgeweitet: *„In*

[270] DGG Nr. 1 vom März 2006, Artikel „Bericht aus Finnland. Multikultur - eine unmögliche Vision“, S. 10-12, hier: S. 11-12, Übernahme wie im Original.

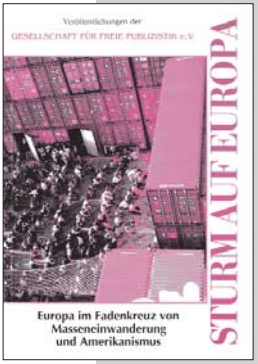
Schweden ist die Situation mit den Vergewaltigungen durch Negerbanden ebenfalls sehr schlimm (...)".[271]

rechtsextremistische Publizistik

Mit dem „Euro-Kurier - Aktuelle Buch- und Verlags-Nachrichten" verfügt der „GRABERT-Verlag" über ein weiteres Periodikum, das sogar alle zwei Monate erscheint, dafür aber weit weniger umfangreich ist als die DGG. Der rechtsextremistische Charakter vieler der im „Euro-Kurier" veröffentlichten Beiträge, die zu einem erheblichen Teil auch der Werbung für Publikationen aus den beiden Verlagen dienen, steht demjenigen der meisten DGG-Artikel in Nichts nach.

6.2 „Gesellschaft für Freie Publizistik e. V." (GFP)

Die „Gesellschaft für Freie Publizistik e. V." (GFP) wurde 1960 von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründet, ist heutzutage jedoch trotz ihrer eindeutig rechtsextremistischen Ausrichtung nicht dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Wie schon 2005 verfügt sie bundesweit über circa 500 und in Baden-Württemberg über circa 40 Mitglieder. Sie bleibt damit die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung in Deutschland und rekrutiert sich vor allem aus rechtsextremistischen Verlegern, Redakteuren, Publizisten und Buchhändlern. Ihr Mitteilungsblatt „Das Freie Forum" erscheint vierteljährlich.



Zum GFP-Jahreskongress unter dem Motto *„Sturm auf Europa"* (Untertitel des Kongress-Reports: *„Europa im Fadenkreuz von Masseneinwanderung und Amerikanismus")* versammelten sich diesmal nach GFP-Angaben *„knapp 300 Teilnehmer"* (2005: über 300) vom 28. bis 30. April 2006 in Bayreuth.[272] Die personelle Verflechtung der GFP-Führung mit der NPD wird immer enger: Seit dem Jahreskongress 2005 amtiert der stellvertretende Chefredakteur der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme", Andreas MOLAU, als GFP-Vorsitzender. Sein langjähriger Vorgänger, Dr. Rolf KOSIEK, aus **Nürtingen** ist seither nur noch einer von zwei stellvertretenden Vorsitzenden. Im GFP-Vorstand sitzt zudem bereits seit Jahren der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Jürgen SCHÜTZINGER. Seit Ende 2006 gehört das GFP-Vorstandsmitglied Dr. Olaf ROSE dem Parlamentarischen Beratungsdienst der sächsischen NPD-Fraktion an.[273]

[271] Ebd., S. 11.

[272] Beitrag „Bericht vom GFP-Kongress 2006 im April unter dem Motto: „Sturm auf Europa"", GFP-Homepage vom 31. Oktober 2006.

[273] Meldung „NPD-Fraktion erhält kompetente Verstärkung - Dr. Olaf Rose wird Parlamentarischer Berater der Nationaldemokraten im Sächsischen Landtag" vom 6. Oktober 2006, Homepage der sächsischen NPD-Landtagsfraktion vom 31. Oktober 2006.

7. Aktionsfeld Geschichtsrevisionismus[274]: Ein Beispiel für die internationale Dimension des Rechtsextremismus

internationale Vernetzung

Die rechtsextremistische Geschichtsrevisionistenszene hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte immer stärker internationalisiert. Unter ihren Protagonisten waren beziehungsweise sind neben Deutschen zum Beispiel auch Briten, Franzosen oder US-Amerikaner anzutreffen. Diese Tatsache mag auf den ersten Blick erstaunen, da es rechtsextremistischen Geschichtsrevisionisten doch (unter anderem) darum geht, das nationalsozialistische Deutschland von der Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Gegensatz zu den historischen Fakten freizusprechen, im Gegenzug jedoch den Kriegsgegnern des „Dritten Reiches" - also zum Beispiel Großbritannien, Frankreich oder den USA - diese Schuld in die Schuhe zu schieben. Trotzdem fühlen sich nichtdeutsche Geschichtsrevisionisten - offenbar aus mehr oder minder großer ideologischer Nähe zum Nationalsozialismus - dem historischen Ansehen des „Dritten Reiches" mehr verpflichtet als dem ihrer eigenen Nation.

Schwächung der Szene

Schon 2005 wurde die internationale rechtsextremistische Geschichtsrevisionistenszene personell erheblich geschwächt. Damals gingen insgesamt vier ihrer führenden Protagonisten den deutschen beziehungsweise österreichischen Strafverfolgungsbehörden ins Netz.

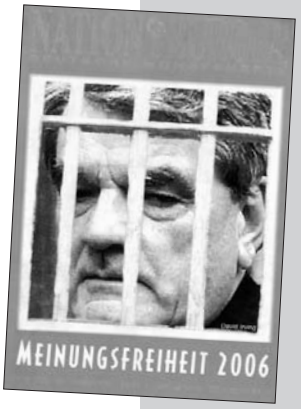
- Am 1. März 2005 wurde der aus Baden-Württemberg stammende Ernst ZÜNDEL von den kanadischen Behörden nach Deutschland abgeschoben und befindet sich seither in Haft. Die Staatsanwaltschaft Mannheim hatte gegen ihn seit 1996 unter anderem wegen des Verdachts der Volksverhetzung (§ 130 StGB) ermittelt und 2003 den nun vollstreckten Haftbefehl erlassen. Im November 2005 begann vor dem Landgericht Mannheim der Prozess gegen ZÜNDEL, der mehrmals ausgesetzt wurde und am 15. Februar 2007 mit einer Verurteilung ZÜNDELs endete: Das Gericht erkannte wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§§ 130, 185 und 189 StGB) auf die Höchststrafe von fünf Jahren Haft. Gegen dieses Urteil legten ZÜNDELs Verteidiger beim Bundesgerichtshof Revision ein.

[274] Definition vgl. Kap. 1.3.

strafprozessuale Erfolge

- Der Haftbefehl gegen den am 1. November 2005 von den niederländischen Behörden an die Bundesrepublik ausgelieferten belgischen Geschichtsrevisionisten Siegfried VERBEKE wurde auf Beschluss des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 5. Mai 2006 gegen Zahlung einer Kaution von 1.000 Euro außer Vollzug gesetzt. Grund für diesen Schritt war die aus Sicht des Gerichts unverhältnismäßig lange Untersuchungshaft. VERBEKE musste jedoch seinen Pass hinterlegen und darf sich unter strengen Meldeauflagen nur in Deutschland und Belgien aufhalten. Laut Pressemitteilung vom 18. April 2006 hatte die Staatsanwaltschaft Mannheim gegen VERBEKE Anklage wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener erhoben. Seine Festnahme im August 2005 in Amsterdam war auf Grundlage eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Mannheim erfolgt.

- Der am 14. November 2005 von den USA nach Deutschland abgeschobene Germar RUDOLF hat mittlerweile seine 14-monatige Freiheitsstrafe verbüßt, zu der er 1995 vom Landgericht Stuttgart wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt worden war[275] und der er sich 1996 durch Flucht ins Ausland entzogen hatte. Allerdings begann am 14. November 2006 vor dem Landgericht Mannheim bereits der nächste Prozess gegen RUDOLF. Am 15. März 2007 wurde er wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Noch im Gerichtssaal nahm RUDOLF das Urteil an, das somit rechtskräftig ist.



- Der bekannte britische Geschichtsrevisionist David IRVING, der am 11. November 2005 während eines Aufenthaltes in Österreich verhaftet worden war, wurde am 20. Februar 2006 vom Landgericht Wien wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Seit 1989 hatte in Österreich ein Haftbefehl gegen IRVING in dieser Sache bestanden. Gegen das Urteil legten beide Seiten Berufung ein. In der Berufungsverhandlung wurde das Strafmaß zwar bestätigt, doch setzten die Richter zwei Drittel der Strafe nun

[275] Gegenstand des Verfahrens war unter anderem das so genannte „Rudolf-Gutachten", ein wissenschaftlich aufgemachtes Scheingutachten, mit dem der Chemiker die Existenz von Gaskammern in Konzentrationslagern widerlegen wollte.

zur Bewährung aus, so dass IRVING am 20. Dezember 2006 aus der Haft entlassen wurde. Am 21. Dezember 2006 erfolgte die Ausweisung IRVINGs aus Österreich. Er wurde zudem mit einem lebenslangen Aufenthaltsverbot belegt.

„Holocaust-Konferenz" in Iran

Die internationale Dimension des rechtsextremistischen Geschichtsrevisionismus kam insbesondere auf der so genannten „Holocaust-Konferenz" am 11./12. Dezember 2006 in der iranischen Hauptstadt Teheran zum Ausdruck. Unter den Teilnehmern der Konferenz, die unter dem Motto „Review of the Holocaust: Global Vision" von dem iranischen „Institute for Political and International Studies" ausgerichtet wurde, befanden sich einschlägig bekannte Geschichtsrevisionisten und andere Rechtsextremisten unter anderem aus Deutschland, Frankreich, den USA, Österreich, der Schweiz und Australien. Allerdings konnten mehrere prominente Protagonisten der Geschichtsrevisionistenszene nicht nach Teheran anreisen, weil sie sich zum Zeitpunkt der Konferenz in Europa in Haft befanden. Dem ehemaligen baden-württembergischen NPD-Landes- sowie früheren NPD-Bundesvorsitzenden Günter DECKERT, der wegen Leugnung des Holocaust bereits verurteilt wurde, entzog die Stadt Weinheim den Reisepass,[276] so dass er zu der Teheraner „Holocaust-Konferenz" ebenfalls nicht anreisen konnte.

Rechtsextremistische Geschichtsrevisionisten verbreiten ihre Thesen häufig über das Internet, da sie sich hier vor Strafverfolgung sicher fühlen. Dieser Kalkulation steht aber ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 12. Dezember 2000 entgegen, wonach sich auch in Deutschland strafbar macht, wer Äußerungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung im Sinne des § 130 Abs. 1 oder des § 130 Abs. 3 StGB erfüllen („Auschwitz-Lüge") und die konkret zur Friedensstörung im Inland geeignet sind, auf einem ausländischen, aber Internetnutzern in Deutschland zugänglichen Server in das Internet einstellt. Aber das World Wide Web ist nicht das einzige Medium, über das geschichtsrevisionistische Thesen Verbreitung finden. Die zweimonatlich bei der rechtsextremistischen **„VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH"** im bayerischen Inning erscheinende rechtsextremistische Zeitschrift **„Deutsche Geschichte - Europa und die Welt" (DG)** widmet sich auf über 60 Seiten schwerpunktmäßig historischen Themen, die für die rechtsextremistische Szene aus verschiedenen ideologischen Grün-

[276] Gemäß §§ 10, 7 Abs. 1 Passgesetz kann einem Deutschen die Ausreise unter anderem dann untersagt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass er die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

pseudowissenschaftlicher Charakter

den von Bedeutung sind. Das umfasst auch geschichtsrevisionistische Umdeutungen der für Rechtsextremisten neuralgischen Ereignisse, ohne dass dabei jedoch strafrechtliche Normen verletzt werden. Im Redaktionsbeirat der Zeitschrift und unter ihren wechselnden Mitarbeitern befinden sich mehrere einschlägige Rechtsextremisten. Mit ihrem unverdächtigen Titel und ihrer bunten, oberflächlich ansprechenden Titelseite ähnelt sie im Layout einigen der auf dem Markt befindlichen populärwissenschaftlichen Geschichtszeitschriften, die nicht extremistisch ausgerichtet sind. Das führt dazu, dass sie leicht mit diesen unbedenklichen Publikationen verwechselt werden kann und manchmal im öffentlichen Zeitschriftenhandel neben diesen angeboten wird. Die DG tritt auch als Veranstalterin von Tagungen und Vortragsveranstaltungen auf. So kündigte sie in ihrer Oktober-Ausgabe 2006 eine geschlossene Vortragsveranstaltung zum Thema *„Wer wollte den Zweiten Weltkrieg? Kriegsursachen 1939/41"* für den 25. November 2006 *„im Raum Tübingen, Ludwigshafen, Esslingen"* an, die dann auch - allerdings in **Stuttgart** - stattfand. Schon am 6. Mai 2006 hatte die DG in München nach eigenen Angaben *„in Zusammenarbeit mit der"* in **Tübingen** erscheinenden rechtsextremistischen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" zu dem ähnlich lautenden Thema *„Wollte Adolf Hitler den Krieg?' ein historisches Seminar"* veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit sprach laut DG einer der Vortragenden im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch 1939 von *„entscheidenden Bemühungen der damaligen Reichsregierung, die den Frieden retten wollte und um beinahe alles in der Welt einen Krieg zu vermeiden suchte."*[277] Die in dieser Aussage zum Ausdruck kommende, jeden seriösen Forschungsstand ignorierende Behauptung, Hitler-Deutschland habe nicht einmal den Krieg gegen Polen gewollt und sei daher gänzlich unschuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gewesen, gehört zu den klassischen Konstanten in der verzerrten Realitätswahrnehmung rechtsextremistischer Geschichtsrevisionisten.

8. Theorie- und Strategiebildung im deutschen Rechtsextremismus

(Rechts)extremistische Ideologien reduzieren die komplexen Realitäten des modernen Lebens auf wenige ideologische Leitsätze, präsentieren zur Erklärung (vermeintlicher und tatsächlicher) gesellschaftlicher Missstände wenige Feindbildgruppen (zum Beispiel Juden oder Ausländer) als „Alleinschuldige" und bieten vermeintlich einfache Lösungen für tatsächlich schwierige Probleme an. Eine solche Vereinfachung der komplizierten

[277] DG Ausgabe 84 vom Juli/August 2006, Veranstaltungsbericht „Wer wollte den Zweiten Weltkrieg wirklich?", S. 60-61. Eine DVD, auf der die Vorträge dieser Veranstaltung in Bild und Ton aufgezeichnet sind, bewirbt die DG auf dem rückwärtigen Cover dieser Ausgabe.

Hang zur Vereinfachung

Wirklichkeit und die Verheißung simpler Problemlösungen können gerade für tendenziell weniger gebildete und intellektuelle Menschen sehr attraktiv sein. Daneben existiert eine nicht unerhebliche Zahl rechtsextremistischer Intellektueller. Es reicht ein Blick auf die Erfolge, die der NS-Studentenbund schon vor 1933 an deutschen Universitäten verbuchen konnte, um festzustellen, dass selbst eine äußerst fanatische Rechtsextremismusvariante wie der Nationalsozialismus auch für formal hoch qualifizierte, mutmaßlich intelligente und gebildete Menschen durchaus attraktiv sein kann.

eklatante Mängel

Heutzutage kann von einer ähnlichen Verankerung des Rechtsextremismus, gar des Neonazismus an den deutschen Universitäten keine Rede sein. Auch sind, wie Wahlanalysen belegen, formal hoch qualifizierte Wähler (zum Beispiel Akademiker) innerhalb der Wählerschaft rechtsextremistischer Parteien in der Regel deutlich unterrepräsentiert. Die aus diesen Tatsachen sprechende tendenziell geringe Attraktivität des heutigen deutschen Rechtsextremismus auf bildungsnahe Bevölkerungsschichten kommt nicht von ungefähr: Denn ein eklatanter Mangel an ideologisch-theoretischer Homogenität und Fundierung zusammen mit - nicht zuletzt daraus resultierender - Zerstrittenheit und organisatorischer Zersplitterung zählen schon seit Jahrzehnten zu den schwerstwiegenden internen Problemen, mit denen sich der aktuelle Rechtsextremismus konfrontiert sieht und die sein öffentliches Erscheinungsbild entsprechend negativ prägen. Bereits seit Jahren versuchen daher einige rechtsextremistische Zirkel, Periodika und Fortbildungseinrichtungen, aber auch einzeln agierende rechtsextremistische Intellektuelle, diese Defizite abzubauen und die rechtsextremistische Szene auf breiter Front mit einem möglichst einheitlichen ideologischen und intellektuellen Rüstzeug zu versehen, um damit in der Konsequenz ihre Attraktivität auf bildungsnahe Schichten zu erhöhen, aber auch ihrer organisatorischen Zersplitterung Herr zu werden. Bisher war ihnen damit aber kaum Erfolg beschieden.

Das **„Deutsche Kolleg" (DK)**, das als Kontaktadresse ein Postfach in Würzburg angibt, bezeichnet sich selbst als *„Schwert und Schild des Deutschen Geistes"*, als *„geistige Verbindung reichstreuer Deutscher und reichstreuer Schutzgenossen des Deutschen Volkes"* und *„somit"* als *„Denkorgan des Deutschen Reiches"*.[278] Hinter dieser Selbstcharakterisierung verbirgt sich eine kleine Gruppe rechtsextremistischer Theoretiker, in deren Verlautbarungen immer wieder ein besonders fanatischer Rechtsextremismus zum Ausdruck kommt. Das DK verbreitet entsprechende Positionspapiere über seine eigene Internet-Homepage und führt Schulungsveranstaltungen durch.

[278] DK-Homepage vom 2. November 2006.

Die **„Deutsche Akademie" (DA)** gibt auf ihrer neu gestalteten Homepage als Kontaktadresse ein Postfach in Wuppertal an. Der DA steht ein zweiköpfiger Sprecherrat vor. In ihrer *„Selbstdefinition"* bezeichnet sich die DA als *„eine parteiunabhängige Initiative national gesinnter Deutscher, die an der geistigen Wiedergeburt ihres Volkes arbeiten"*. In ihrem Zwischenziel der *„Heranbildung einer geistigen Gegenelite zum pseudodemokratischen Vasallensystem auf deutschem Boden"* kommt die verfassungsfeindliche Stoßrichtung der DA schon sehr viel deutlicher zum Ausdruck.[279] Langfristiges Ziel der DA ist die nationalrevolutionäre Überwindung der bundesdeutschen Verfassungsordnung, getreu ihrem Motto *„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis"*. Um ihr rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten, *„führt"* die DA *„mehrmals im Jahr Wochenend-Seminare zu unterschiedlichen Themen durch"*, zum Beispiel zum Thema *„nationalrevolutionär heute"*.[280]

national-revolutionäre Theorien

DS Deutsche Stimme

Die Meinungsfreiheit der Heuchler

Im Tal der Feigen

Ich suche Arbeit

Zumindest Teile der NPD bemühen sich verstärkt darum, sich in die Theorie- und Strategiebildung im deutschen Rechtsextremismus einzubringen. So hat beispielsweise die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" in den letzten Jahren den Charakter eines führenden rechtsextremistischen Theorie- und Strategieorgans angenommen. Ebenfalls dem Willen zur intellektuellen Unterfütterung und Propagierung rechtsextremistischer Ideologieelemente fühlen sich die im Umfeld der sächsischen NPD-Fraktion angesiedelte so genannte „Dresdner Schule" und deren organisatorische Konkretisierung, das **„Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e. V." (i. G.) (BHNI)**, verpflichtet. Die Vertreter der „Dresdner Schule" gerieren sich als lose gruppierter rechtsextremistischer „Think Tank", der sich inhaltlich als ideologischer Gegenentwurf zur „Frankfurter Schule"[281] anpreist. Da die „Dresdner Schule" den politischen und sonstigen demokratischen Eliten der Bundesrepublik unterstellt, seit der Studentenrevolte von 1968 unter dem Einfluss und in der Tradition der „Frankfurter Schule" zu stehen, ist ihr Wirken letztlich und ausdrücklich gegen diese Eliten gerichtet:

„Dresdner Schule"

„Das heutige BRD-Establishment in Politik, Medien und Kulturbetrieb ist das geistige Deformationspro-

[279] „Selbstdefinition" vom Januar 2005, DA-Homepage vom 2. November 2006.

[280] DA-Homepage vom 2. November 2006.

[281] Bezeichnung für den Kreis von Sozial- und Kulturwissenschaftlern um Max Horkheimer und das Frankfurter „Institut für Sozialforschung" sowie die hier entwickelten, auf Karl Marx und Sigmund Freud basierenden soziologisch-philosophischen Lehren (auch: „Kritische Theorie").

dukt der Frankfurter Schule. (...) Die Achtundsechziger, und damit die charakterlich und geistig verlumpte Klasse, welche die Schaltstellen in Politik, Medien und Kulturbetrieb besetzt hat, sind die Ziehsöhne ebendieser Frankfurter Schule. (...) Wer den politischen Kampf gegen die volks- wie staatszersetzende BRD-Nomenklatura aufnehmen will, muss die Frankfurter Schule als deren Ideengeberin erkennen und eine geistig-politische Gegenfront aufbauen. Mit der ‚Dresdner Schule' (...) hat sich diese Front gegen die herrschenden Volks- und Staatsabwickler aufgebaut. (...) Es ist etwas im Entstehen begriffen, dem die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind: der organisierten Intelligenz einer selbstbewussten deutschen Nation!"[282]

Das BHNI wurde nach NPD-Angaben bereits im April 2005 in den Räumen der sächsischen NPD-Fraktion gegründet, nahm aber laut eigener Pressemitteilung erst mit einer Veranstaltung am 6. Juli 2006 in Dresden die Arbeit auf. Bei dieser Gelegenheit sprach der Vorsitzende Peter DEHOUST *„von der einstweilen noch ungesicherten Finanzierung"* des Bildungswerks, womit ein wichtiger Grund für die gut einjährige Untätigkeit des BHNI benannt sein dürfte.[283]

„Nation & Europa"

Die 1951 gegründete, in der Regel monatlich im bayerischen Coburg erscheinende Zeitschrift **„Nation & Europa - Deutsche Monatshefte"** ist das älteste rechtsextremistische Theorie- und Strategieorgan und damit eine der langlebigsten Konstanten des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus. Ihre Auflage beträgt 18.000 Exemplare. Außerdem ist sie mit einer eigenen Seite im Internet vertreten.

9. Aktionsfelder

Generell kommentieren deutsche Rechtsextremisten diejenigen gesamtgesellschaftlichen Debatten, bei denen sie Themen mitten in der Gesellschaft breit diskutiert sehen, die aus ihrer Sicht bislang von der Mehrheitsgesellschaft vernachlässigt wurden, in der rechtsextremistischen Szene aber einen hohen Stellenwert einnehmen. Rechtsextremisten verbinden mit solchen

[282] Erklärung „Wesen und Wollen der „Dresdner Schule"" vom 3. Mai 2005, NPD-Homepage vom 2. November 2006, Übernahme wie im Original.

[283] Beitrag „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität nimmt Arbeit auf", Homepage des NPD-Kreisverbandes Löbau-Zittau vom 12. Oktober 2006.

Diskussionen die Hoffnung, dass zukünftig nicht nur diese Themen gesamtgesellschaftliche Diskursfähigkeit erlangen, sondern auch rechtsextremistische Positionen zu diesen Themen. Dementsprechend interpretieren sie solche Debatten immer wieder als begrüßenswerte Tabubrüche, die eine tief greifende Trendwende des Zeitgeistes, einen umfassenden politisch-kulturellen Paradigmenwechsel in Deutschland einleiten sollen. In den letzten Jahren wurden zum Beispiel die Antisemitismus- beziehungsweise die Vertreibungsdebatte von 2002 und die Bombenkriegsdebatte von 2003 von deutschen Rechtsextremisten in dieser Weise interpretiert. 2006 traf dies auf die Patriotismusdebatte sowie auf die Debatte um einen vermeintlichen so genannten „Kampf der Kulturen" zwischen westlicher und islamischer Welt zu.

Aufgreifen gesamtgesellschaftlicher Debatten

9.1 Rechtsextremistische Positionen zur Patriotismusdebatte anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft

Dass die nicht erst durch die Fan-Euphorie während der Weltmeisterschaft, sondern teilweise schon vor dem 9. Juni im Feuilleton und durch Buchpublikationen ausgelöste Patriotismusdebatte in der rechtsextremistischen Szene auf ein positives Echo stoßen würde, war zu erwarten. Und tatsächlich wurde sie mehrheitlich positiv bis euphorisch von der Szene aufgenommen. Dennoch mischten sich in die rechtsextremistischen Kommentare immer wieder auch Zweifel, ob diese Debatte und die Richtung, die sie nahm, wirklich im rechtsextremistischen Sinne waren. Die zentrale Frage, die dabei immer wieder durchschien, lautete sinngemäß: Bezog sich der Patriotismus, der sich im Zuge der WM Bahn brach, konkret auf die Bundesrepublik als politisch-konstitutionelles System oder allgemeiner auf Deutschland als Heimat der deutschen „Volksgemeinschaft". Das macht für systemoppositionelle Rechtsextremisten einen entscheidenden Unterschied, wie zum Beispiel in der Plakataktion zum Ausdruck kam, die im Vorfeld der WM vom später durch das brandenburgische Innenministerium verbotenen **„Schutzbund Deutschland"** unter anderem auch im **Landkreis Freudenstadt** und im **Zollernalbkreis** gegen einen farbigen deutschen Nationalspieler betrieben wurde: *„Nein* [Vorname des Spielers], *Du bist nicht Deutschland*[,] *Du bist BRD!"* Denn im Falle, dass die patriotischen Emotionen des Sommers 2006 sich konkret auf die Bundesrepublik Deutschland bezögen, wirkte das aus rechtsextremistisch-systemoppositioneller Sicht systemstabilisierend und damit Bestrebungen entgegen, die Bundesrepublik durch ein nach rechtsextremistischen Maßstäben (zum Beispiel als „Volksgemeinschaft") organisiertes Deutschland zu ersetzen.

„Volksgemeinschaft"

Auch drängte die Form, in der deutsche Fußballfans ihre patriotische Begeisterung zum Ausdruck brachten, Rechtsextremisten die Frage auf, ob es sich hier wirklich um einen politischen, in ihrem Sinne instrumentalisierbaren Patriotismus handelte oder lediglich um einen Pseudo-Patriotismus, der nach ihrer Meinung unpolitischen Massen nur als Anlass und Vorwand für Massenvergnügungen gedient habe, bei denen Schwarz-Rot-Gold[284] lediglich als Accessoire und das Deutschlandlied nur als Partyhit fungiert hätten. Ohnehin bezeichnet sich ein erheblicher Teil der deutschen Rechtsextremisten (zum Beispiel Neonazis) gar nicht primär als Patrioten, sondern als „Nationalisten", frönen also einem Nationalismus, der sich bei genauerer Betrachtung oft sogar als Chauvinismus und/oder Rassismus entpuppt, der aus einem - zuweilen als Ethnopluralismus verbrämten - rassistischen Nationsverständnis heraus Deutsche nichtdeutscher Abstammung aus der deutschen „Volksgemeinschaft" ausschließen will, wie manche rechtsextremistischen Äußerungen in Bezug auf farbige deutsche Nationalspieler belegen. Beispielsweise sprach zu WM-Beginn im Juni 2006 der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT, sich dabei vordergründig von rassistischen zugunsten ethnopluralistischer Vorstellungen distanzierend, einem namentlich genannten farbigen Nationalspieler rundheraus ab, ein Deutscher zu sein oder auch nur sein zu können. Aus verschiedenen Gründen protestiere die NPD unter seiner Führung (*„wir"*)

Rassismus

> *„(...) gegen die Versuche, das bereits gescheiterte Modell einer multikulturellen Gesellschaft nun auf Nationalmannschaften übertragen zu wollen. Wir haben dies immer abgelehnt, nicht etwa, weil es für uns eine qualitative Werteordnung unter den verschiedenen Menschen, Kulturen und Rassen gäbe, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass sich unterschiedliche Kulturen am besten dadurch entwickeln, wenn sie ihre Identität und Eigenständigkeit bewahren können. So mag* [Nachname eines farbigen Nationalspielers] *ein netter Kerl und toller Spieler sein, Angehöriger des deutschen Volkes wird er auch nicht durch zehn Pässe der BRD."*[285]

[284] Bei den bundesdeutschen Nationalsymbolen Schwarz-Rot-Gold handelt es sich um Farben, die aufgrund der mit ihr verbundenen demokratisch-republikanischen Traditionen manche Rechtsextremisten ohnehin nicht als die ihren ansehen und durch die ehemaligen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot ersetzen wollen.

[285] DS Nr. 06/06 vom Juni 2006, Artikel „WM 2006: Wir begrüßen die Völker der Welt" von Udo VOIGT, S. 2, Übernahme wie im Original.

Solch ein - trotz gegenteiliger Beteuerungen - rassistisch grundierter Nationalismus ist mit den Formen von Patriotismus, wie sie 2006 in der Gesellschaft diskutiert wurden, nicht kompatibel. Die rechtsextremistische Stimmungsmache gegen farbige deutsche Fußballnationalspieler stieß übrigens - zumindest vereinzelt - auch in der rechtsextremistischen Szene selber auf relativ entschiedenen Widerspruch.[286]

Im Juni 2006 veröffentlichte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. GANSEL im Internet einen ausführlichen Text zur Patriotismusdebatte, in dem er die Bedenken und Vorbehalte systemoppositioneller Rechtsextremisten zusammenfasste:

> *„Ist das alles nun bloß patriotisch verbrämter Party- und Fußball-Hedonismus oder der Beginn einer Re-Nationalisierung des gesellschaftlichen Lebens? Zunächst stimmt es misstrauisch, wenn man sieht, wer in diesen schwarz-rot-gold drapierten Tagen so alles eine Lanze für den Patriotismus bricht. (...) Angesichts der patriotischen Schalmeienklänge aus den Reihen des antideutschen Establishments fragt man sich, welcher Film vor unser aller Augen da eigentlich abläuft? Warum die Patriotismusforderung aus der Systemecke? Die Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten. Die Herrschenden in Politik und Kultur haben festgestellt, dass über sechzig Jahre nach Kriegsende nationale Gemeinschaftssehnsüchte nicht länger unterdrückt und Nationalbewusstsein nicht mehr unter moralische Quarantäne gestellt werden kann. Dass es unter den Deutschen einen übermächtigen Wunsch nach nationaler Normalisierung und Identitätsfindung gibt, zeigte sich (...) bereits an der Art und Weise, wie in den letzten Jahren über die deutschen Opfer des letzten Weltkrieges gesprochen wurde. (...) Ließen die Herrschenden diesen Normalisierungswunsch in Sachen Volk und Vaterland weiterhin unberücksichtigt oder belegten ihn gar mit dem Bannfluch der NS-Verharmlosung, würde sich die Kluft zwischen Regierenden und Regierten um den Preis eines galoppierenden Legitimitätsschwundes*

[286] NZ Nr. 26 vom 23. Juni 2006, Artikel „Wer hat Angst vor David Odonkor? Warum deutsche Staatsbürger (halb)afrikanischer Herkunft in unserer WM-Auswahl zuallerletzt als Feindbild taugen" von Dr. Gerhard FREY, S. 6.

„Fußball-Patriotismus“

des Gesamtsystems noch weiter vergrößern. (...) Während der Nationalismus (...) diesen Verhältnissen den Kampf ansagt, soll der von tonangebenden Kreisen neuerdings propagierte Patriotismus die gesellschaftlichen Verhältnisse vielmehr stabilisieren und hat eindeutig Ablenkungscharakter. (...) Den neuen Patriotismus verstehen die Herrschenden überdies augenzwinkernd als Probe auf die Integrationsbereitschaft der nun offiziell 15 Mio. Menschen mit ‚Migrationshintergrund' im Lande. Der Fußball-Patriotismus integriert in der Tat jeden, dessen Deutschkenntnisse ihn dazu befähigen, bei irgendeinem Mitmigranten ein schwarz-rot-goldenes Tuch zu erwerben. Was mit der Schwarzenparade im Weiß der Nationalelf vorexerziert wird, klappt auf der tanzenden Straße sowieso. Hier werden selbst Neger zu deutschen Patrioten (...). Und schließlich soll der BRD-Patriotismus erklärtermaßen der NPD das Wasser abgraben und ihr das Monopol aufs Nationale streitig machen. Die Herrschenden wissen nur zu genau, dass sie das Ventil des Druckkessels, in dem die unterdrückten nationalen Leidenschaften, Sehnsüchte und Bedürfnisse brodeln, etwas öffnen müssen, damit ihnen eines Tages nicht der ganze Kessel um die Ohren fliegt. (...) Aus Sicht des Establishments muss sich also etwas ändern, damit alles beim Alten bleibt. Gemeint ist: Wir brauchen etwas Patriotismus, damit wir keinen Nationalismus bekommen.“

Trotz solcher Bedenken überwogen in der rechtsextremistischen Szene diejenigen Stimmen, die letztlich eine im rechtsextremistischen Sinne positive Bewertung der Patriotismusdebatte vornahmen. Auch GANSEL machte hier letztlich keine Ausnahme:

„Die Rechnung wird für die Systemkräfte aber nicht nur deshalb nicht aufgehen, weil der Wohlstandskitt für einen solch windelweichen Patriotismus nicht mehr vorhanden ist, sondern weil die gefühlsschweren Urwerte von Volk und Vaterland eine ganz besondere Eigendynamik entwickeln können, wenn sie erst einmal im öffentlichen Raum stehen

und in wirtschaftlichen Krisenzeiten von den Menschen als entscheidend auch für das eigene Wohl und Wehe begriffen werden. Ideen, deren Zeit gekommen ist, weil ‚die da oben' nicht mehr können und ‚die da unten' nicht mehr wollen, können ganze morsche Systeme hinwegfegen. Wenn der nationale Geist nun der Flasche entweicht, in den die inneren und äußeren Feinde Deutschlands ihn nach 1945 gesperrt haben, lässt er sich dorthin nicht mehr zurückbannen. Einmal aus der bisher verordneten Schmuddelecke geholt, ist der nationale Gedanken nicht mehr diskreditierbar, sondern wird sich zwangsläufig politisch aufladen, wenn die eigenen wirtschaftlichen Belange im Globalisierungszeitalter mit der ganzen Nation identifiziert werden (Wohlstands- und Standortnationalismus). Was in der gegenwärtigen Schwarz-Rot-Gold-Begeisterung aufscheint, die Ineinssetzung von Person und Nation, wird mittelfristig nicht ohne politische Folgen bleiben. Das (...) im ganzen Stadion so kraftvoll geschmetterte ‚Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland' und ‚Blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland' reimt sich - ins Politische übersetzt - doch förmlich auf ‚Deutschland zuerst' und ‚Deutsches Geld für deutsche Aufgaben'. (...) Der gegenwärtige Fußball-Patriotismus hat - trotz seines trivialen und partyhaften Charakters - einen bislang nur unterirdisch wirkenden Normalisierungsnationalismus zutage treten lassen. Aus dem postnationalen Homo bundesrepublicanus wird wieder der aufrecht gehende Deutsche, der ein ganz natürliches nationales Identitäts- und Gemeinschaftsbewusstsein pflegt."[287]

rechtsextremistisches Wunschdenken

Die Hoffnungen, die deutsche Rechtsextremisten mit der Patriotismusdebatte verbanden, dürften sich als subjektives Wunschdenken erweisen. Denn während Rechtsextremisten dieses Thema in den letzten Jahren meinten weitgehend für sich monopolisieren und Menschen, denen dieses Thema wichtig war, auf diese Weise für sich interessieren zu können, wird es ihnen durch gesamtgesellschaftliche Debatten wie die im Jahr 2006 teil-

[287] Text „Der Fußball und der deutsche Normalisierungsnationalismus" von Jürgen W. GANSEL, NPD-Homepage vom 6. Juli 2006, Übernahme wie im Original.

weise aus der Hand geschlagen. Entscheidend ist nämlich in diesem wie in ähnlich gelagerten Fällen nicht, welche Themen in der Gesellschaft diskutiert, sondern welche Positionen dazu vertreten werden. So gesehen kann eine breite gesellschaftliche Debatte über einen toleranten, demokratisch grundierten Patriotismus ein indirekter Beitrag zur weiteren Marginalisierung rechtsextremistischer, hier nationalistisch-chauvinistischer und rassistischer Positionen sein. Auf eine solche Debatte zu verzichten, hieße, sich indirekt von rechtsextremistischen Themenvorgaben treiben zu lassen.

9.2 Der „Kampf der Kulturen" aus rechtsextremistischer Sicht

Gerade im Jahr 2006 gaben einige, zum Teil sehr spektakuläre Ereignisse der These von einem heraufdämmernden oder schon akuten „Kampf der Kulturen" zwischen westlicher und islamischer Welt neue Nahrung. Zu diesen Ereignissen zählten der so genannte „Karikaturenstreit", die Spannungen zwischen der iranischen Führung um den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad einerseits und den USA, Israel, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der EU andererseits, der ungelöste Nahostkonflikt, der im Sommer 2006 mit den mehrwöchigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der „Hizb Allah" eine weitere Eskalationsstufe erreichte, aber auch die weiter schwelenden Kriege in Irak und Afghanistan mit ihren Begleiterscheinungen. In Deutschland führte die Angst vor eventuell gewalttätigen islamistischen Reaktionen zur vorübergehenden Absetzung der Mozart-Oper „Idomeneo" an der Deutschen Oper Berlin, was wiederum eine heftige gesellschaftliche Debatte über die Vereinbarkeit von westlichen und islamischen Werten zur Folge hatte.

Welch hoher Stellenwert dem Themenkomplex „Kampf der Kulturen" in der rechtsextremistischen Propaganda im Jahr 2006 eingeräumt wurde, wird schon daraus ersichtlich, dass die NPD im baden-württembergischen Landtagswahlkampf einen Schwerpunkt auf das Thema „Islamismus" legte.

❑ Die innenpolitische Dimension

Instrumentalisierungsversuche

Fast alle deutschen Rechtsextremisten versuchten, die oben genannten Ereignisse des Jahres 2006 innenpolitisch zur Agitation gegen Phänomene und Entwicklungen zu instrumentalisieren, die sie ohnehin seit Jahrzehnten entschieden ablehnen: gegen Zuwanderung, multikulturelle Gesellschaft, aber auch gegen einen türkischen EU-Beitritt. Sie sahen sich in ihren ideologischen Überzeugungen und daraus resultierenden (zum Beispiel ausländerpolitischen) Forderungen zu diesen Themen durch diese Ereignisse bestätigt. Als Beleg kann die neonazistische Vierteljahresschrift „Volk in

Bewegung“ zitiert werden, die ihre erste Ausgabe des Jahres 2006 ganz dem Thema *„Eskaliert der Kampf der Kulturen?“* widmete:

> *„Europa präsentiert sich in einer tiefen Krise, ja in einem erbärmlichen Zustand. Die Multikulti-Utopisten haben eine Identitätskrise und breite Verunsicherung auf dem Kontinent verursacht. Das wiederum ermutigt natürlich die Moslems in der Islamischen Welt und in Europa zu allerhand herausfordernden Handlungen. (...) All diesen Konflikten kann nur durch konsequente ethnische Separation die Grundlage entzogen werden. Das gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Europa und der Islamischen Welt: Der Bosporus und die Straße von Gibraltar bilden nicht nur eine geographische Barriere - sie müssen auch wieder eine ethnische, kulturelle und selbstverständlich eine politische Grenze bilden. (...) Verschiedene Kulturkreise können nebeneinander, aber nicht miteinander leben. (...) Kein Halbmond über Europa - Kein EU-Beitritt der Türkei - Europa endet am Bosporus!“*[288]

Ideologisch besonders strikte Rechtsextremisten bezogen im „Kampf der Kulturen“ sowohl gegen die moslemische als auch gegen die westliche Welt Position, da sie beide - aus unterschiedlichen ideologischen Gründen und teils mit unterschiedlicher Intensität - ablehnen. Beispielsweise sahen diese Rechtsextremisten keinen Sinn darin, im „Karikaturenstreit“ westliche Meinungs- und Pressefreiheit zu verteidigen, da sie unter Hinweis auf den § 130 StGB und die daraus resultierenden Gerichtsverfahren gegen Rechtsextremisten behaupten, dass es diese Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland - und in anderen Teilen der westlichen Welt - ohnehin nicht gebe. In diesem Sinne hieß es in dem bereits zitierten „Kulturkampf“-Themenheft von „Volk in Bewegung“:

> *„(...) es ist zynisch, ja pervers, wenn sich im ‚Karikaturen-Streit’ jene als Verteidiger einer Meinungsfreiheit aufspielen, die im Normalfall immer die erste Geige bei der Verfolgung der Nationalen Opposi-*

[288] „Volk in Bewegung“ (ViB) Nr. 1-2006, Artikel „Kampf der Kulturen“, S. 4-7, hier: S. 5.

tion spielen. Eine Meinungsfreiheit, die es in weiten Teilen Europas und insbesondere in der Bundesrepublik nicht gibt. (Von der stalinistischen Politjustiz in Österreich ganz zu schweigen.....). Oder sitzen die Revisionisten Zündel, Rudolf und Verbeke etwa nicht wegen ihrer Forschungen und ihrer verbotenen Meinung in Haft?"[289]

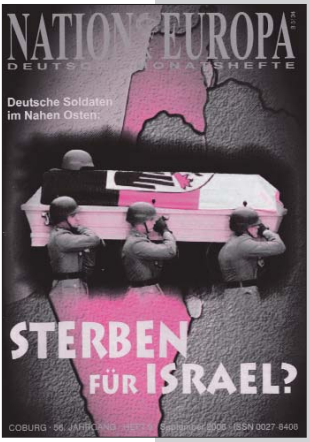
Aus Sicht dieser Rechtsextremisten müssen Deutschland und Europa in einer kulturell multipolaren Welt eine eigenständige Kultur entwickeln, die an nationalistischen Interessen ausgerichtet ist. Diese Position brachte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. GANSEL im April 2006 in einem DS-Grundsatzartikel zu dieser Thematik auf den Punkt:

„Islamismus und Amerikanismus sind raumfremde Mächte, die dem Europa der Vaterländer völlig wesensfremd sind und hier nur zerstörerisch wirken. Für Islamisten wie Amerikanisten stellen Völker keine Kollektivpersönlichkeiten mit Eigenwert da, für sie spielen ethno-kulturelle Identitäten keine Rolle und gelten Nationalstaaten nur als Hindernisse auf dem Weg zur je eigenen Weltherrschaftsordnung. Letztlich macht es keinen großen Unterschied, ob die Völker in die Herde der muslimischen Umma (...) oder in die Idiotenmasse der amerikanischen McWorld hineingetrieben werden sollen - Souveränität und Identität der Völker kommen bei beiden Universalismen unter die Räder. (...) So gesehen mag nun ein gewaltiger Konflikt zwischen Umma und Americanopolis heraufziehen, ein Kampf zwischen Dschihad und McWorld toben. Europa sollte dabei jede sich ergebende Schwächung der beiden Konfliktparteien zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen und damit zum ‚lachenden Dritten' in der Weltarena werden. Nicht um missionarisch und imperialistisch auf den Spuren von Islamismus und Amerikanismus zu wandeln, sondern um dem Europa der Vaterländer neues Leben einzuhauchen und wieder Herr im überfremdeten Eigenheim zu werden."[290]

[289] Ebd.

[290] DS Nr. 04/06 vom April 2006, Artikel „Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen' - Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus" von Jürgen W. GANSEL, S. 19, Übernahme wie im Original.

❑ Die außenpolitische Dimension



Neonazis und andere besonders fanatische Rechtsextremisten beziehen im Konflikt zwischen westlicher Welt und Islam beziehungsweise Islamismus nur dann Stellung gegen Muslime beziehungsweise Islamisten, wenn sie Deutschland direkt und im Innern von deren Handlungen und/oder Gegenwart negativ betroffen sehen. Sobald sie den Konflikt als einen rein außenpolitischen wahrnehmen (zum Beispiel in Palästina, Irak oder Iran), in dem deutsche Interessen aus rechtsextremistischer Sicht nicht oder nur geringfügig betroffen sind, können sich diese rechtsextremistischen Positionierungen in ihr Gegenteil verkehren. Dann nämlich werden reflexartig ganz andere rechtsextremistische Ideologeme aktiviert, insbesondere Antiamerikanismus, Antisemitismus (beziehungsweise konkrete Israelfeindschaft) und die Ablehnung der westlichen Moderne. Denn mit den USA, Israel und der westlichen Wertegemeinschaft sind in den „Kampf der Kulturen" drei Parteien involviert, die klassische Feindbilder dieser Rechtsextremisten verkörpern und denen sie keinesfalls zur Seite stehen wollen. Rein außenpolitisch betrachtet werden aus dieser rechtsextremistischen Sicht Muslime beziehungsweise Islamisten zu willkommenen, vitalen, zu allem entschlossenen Bündnispartnern im Kampf gegen diese drei Feindbilder, streng nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund". In solchen außenpolitischen Zusammenhängen gilt der ideologisch-religiöse Fanatismus der Islamisten deutschen Rechtsextremisten als positiver Gegensatz zu der vermeintlichen Inhaltsleere, Beliebigkeit und Dekadenz des Westens.

gemeinsame Feindbilder

❑ Muslime als vorübergehende innenpolitische Verbündete gegen den modernen, vermeintlich linksliberalen Zeitgeist

Die Zweiteilung bei dieser rechtsextremistischen Beurteilung des „Kampfes der Kulturen" in eine innenpolitische und in eine außenpolitische Dimension belegt auch das folgende Zitat aus einer unter anderem über die Internetseite des NPD-Kreisverbands **Heilbronn** verbreiteten Pressemitteilung der Bundes-NPD:

> *„Das eigentliche Problem ist nicht, dass in Riad oder Teheran aufgebrachte Menschen gegen den dekadenten Westen demonstrieren. Der eigentliche Sprengstoff liegt in der Frage, wann die hier lebenden Moslems gegen ihnen nicht genehme Institu-*

tionen vorgehen werden. Frankreich warnt. Die Hoffnung der Systemparteien, dass man die inzwischen in vielen Städten zur Mehrheit gewordenen moslemischen Gemeinden durch Konsum und Materialismus verwestlichen und abrichten könnte, wird sich als trügerisch erweisen."[291]

In diesem Zitat klingt aber auch ein weiterer wichtiger Aspekt rechtsextremistischer Wahrnehmung des vermeintlichen westlich-islamischen „Kampfes der Kulturen" an: ein nicht unerhebliches Maß an Bewunderung für die Muslime, und hier insbesondere für diejenigen, die sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und anderen westlichen Ländern niedergelassen haben.

„Furcht und Hass aus Bewunderung"

Dazu muss vorausgeschickt werden, dass ein wichtiger Aspekt rechtsextremistischer Feindbildkonstruktion zuweilen übersehen wird, der sich jedoch wie ein roter Faden durch die Geschichte des deutschen Rechtsextremismus seit dem 19. Jahrhundert zieht. Dieser Aspekt lässt sich auf die Formel bringen „Furcht und Hass aus Bewunderung". Was auf den ersten Blick paradox erscheint, ist tatsächlich nur ideologisch konsequent. Deutsche Rechtsextremisten hassen bestimmte Feindbilder vor allem auch deswegen, weil diese in ihrer auf Stereotypen ausgerichteten Wahrnehmung angeblich so sind, wie nach ihrer Meinung die Deutschen sein sollten, aber aufgrund ihrer vermeintlich typischen Beeinflussbarkeit und Leichtgläubigkeit nicht sind. Das heißt in Bezug auf die rechtsextremistische Wahrnehmung der in Deutschland lebenden Muslime: Sie gelten als traditionsverhaftet-konservativ (unter anderem als sehr religiös), als aggressiv-nationalistisch, selbstbewusst, intolerant, höchst gebärfreudig und insgesamt als immun gegenüber den Anfechtungen durch die westliche Moderne. Da deutsche Rechtsextremisten seit jeher davon ausgehen, dass all dies auf die Deutschen nicht oder doch zuwenig zutrifft, schreibt man den zugewanderten Muslimen eine ursprüngliche, antimoderne Kraft, einen Willen, eine Vitalität und Durchsetzungs- und Verdrängungskraft zu, denen die aus rechtsextremistischer Sicht durch westlich-modernistische Einflüsse wachsweich, nihilistisch, genusssüchtig, feige und schwach gewordenen Deutschen, die sich zudem nicht mehr ausreichend fortpflanzen, nicht gewachsen sind. Also lehnen deutsche Rechtsextremisten die Muslime in Deutschland nicht deshalb ab, weil sie die aktuellen, westlich-modernistisch beeinflussten Deutschen den türkischen, kurdischen oder arabischen Muslimen als so über-, sondern ganz im Gegenteil als so unterlegen ansehen.

[291] Pressemitteilung „Karikaturen-Streit: Doppelmoral als politisches Prinzip" vom 8. Februar 2006, Homepage des NPD-Kreisverbands Heilbronn vom 17. Februar 2006, Übernahme wie im Original.

Die „National-Zeitung“ (NZ) des Münchener Verlegers und DVU-Bundesvorsitzenden FREY spricht sich seit Jahrzehnten konsequent gegen Zuwanderung aus der islamischen Welt aus, beschwört außenpolitisch jedoch eine angeblich traditionelle deutsch-arabische beziehungsweise deutsch-islamische Freundschaft, vor deren Hintergrund sie jedes deutsche Engagement in der islamischen Welt an der Seite der USA oder Israels ebenso entschieden ablehnt. Dennoch zollte ein NZ-Artikel im Februar 2006 den bereits hier lebenden Muslimen Respekt für ihre vermeintliche Immunität gegenüber den Verlockungen der westlichen Moderne und konstatierte ein Scheitern der Hoffnungen, die die bundesdeutschen Politikverantwortlichen in die Zuwanderung gesetzt hätten:

Respekt vor Muslimen

> *„Die Merkels dieser Republik stehen (...) vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Ausländerpolitik. (...) Jetzt ist das Gejammere groß, weil man nämlich feststellt, dass die Fremden im Land sich weniger für ‚Wetten, dass...’, sondern eher für den Koran interessieren. Die Eindeutschung und Entwurzelung hier lebender Ausländer will einfach nicht funktionieren. Kein Wunder, denn unter ‚Integration’ verstehen arrogante Herrschende in erster Linie, islamischen Mädchen das Kopftuch wegzunehmen und sie bauchnabelfrei in die angebliche Freiheit der nächsten Diskothek zu entsenden. (...) Gutmenschen begreifen tatsächlich erst in diesen Tagen, dass die islamische Geistlichkeit im Grunde genommen gegen alles predigt, was Etablierten heilig ist. Hiesige Etablierte haben keine Chance, Islamisten vor ihren klapprigen antideutschen Karren zu spannen. Und das ist gut so. Kopftuch statt Love Parade. Herd statt westlicher Tittenkultur. Wer wollte das unseren Gästen verdenken! Muslime haben an einer Zwangsgermanisierung beziehungsweise ‚Verwestlichung’ kein Interesse. Sie plappern eben nicht Michel Friedman nach dem Mund, sie umschleimen nicht die Israel-Lobby, sie wagen es, die USA zu kritisieren, sie kreischen nicht vor Begeisterung, wenn sie einen schwulen bundesdeutschen Politiker erblicken, sie wollen ihre Töchter behüten und neigen nicht dazu, sich von* [Name eines Moderators] *und irgendwelchen Verblödungs-Shows politisch ruhigstellen zu lassen. Und sie werden wohl auch nicht*

die Merkel wählen, selbst wenn sie denen eines Tages das Wahlrecht in die Wiege legen würde."

verschwörungstheoretischer Erklärungsansatz

Vor diesem Hintergrund interpretierte der NZ-Autor den gesellschaftlichen Diskurs um den „Kampf der Kulturen" verschwörungstheoretisch: Dieser Diskurs sei von bundesdeutscher Politik und Medien initiiert, um die angeblich unbotmäßigen islamischen Migranten, die die Erwartungen ihrer Zauberlehrlinge enttäuscht hätten, auszugrenzen und als Feindbilder zu markieren. In diesem Zusammenhang deutete der Autor sogar einen Vergleich mit dem Schicksal der Juden im „Dritten Reich" an:

> *„Nach Kampfhunden, Skinheads und Serben haben Bundesdeutschlands Vorzeige-Größen ein neues Feindbild: Moslems, Islamisten, Mullahs! Vorbei das ‚Mein-Freund-ist-Ausländer'-Geplärre. (...) Was Massenmedien und etablierte Politiker dieser Tage veranstalten, ist an kleinkarierter, verlogener und gefährlicher Hetze kaum zu unterbieten. Man fragt sich, was die aus der Geschichte eigentlich wirklich gelernt haben. (...) Neben Machtgier und miesem Abzockertum ist es vor allem ein ganz finsteres Menschenbild, das hier die üblichen Verdächtigen auszeichnet und einer miesen Hetzkampagne die Feder führt (...). Islamisten sind gegenwärtig an allem schuld. Gleichgeschaltet die großen Medienorgane, lesen wir an jedem Zeitschriftenkiosk die gleichen platten Parolen. So etwa hat schon einmal ein Kesseltreiben gegen Andersgläubige begonnen. (...) Wehret den Anfängen!"*[292]

❑ Ethnisch-religiöse Ghettos und Parallelgesellschaften: Aus rechtsextremistischen Perspektiven Bedrohung und Chance

Die Herausbildung ethnisch mehr oder minder homogener Ghettos und Parallelgesellschaften ist aus rechtsextremistischer Sicht sichtbarster Ausdruck der von ihnen so genannten „Überfremdung" Deutschlands und der Deutschen, Europas und der Europäer. Sie wird dementsprechend fundamental von den meisten deutschen Rechtsextremisten abgelehnt, weil angeblich der „Kampf der Kulturen" in Deutschland und anderen europäischen Staaten in einen Bürgerkrieg zwischen einer immer größeren, vitalen

[292] NZ Nr. 8 vom 17. Februar 2006, Artikel „Der Nachbar als Feind? Was Merkel und Gesinnungsfreunde anrichten", S. 5.

Zuwandererbevölkerung und einer schwindenden, überalterten deutschen beziehungsweise europäischen Bevölkerung auszuarten drohe, der langfristig, wenn nicht schon mittelfristig in die endgültige Verdrängung oder gar Vernichtung des deutschen Volkes und der Europäer münde. Auch das „Kulturkampf"-Themenheft von „Volk in Bewegung" malte dieses Menetekel an die Wand und verlieh ihm zudem eine deutlich rassistisch-sozialdarwinistische Färbung:

angeblich droht ein Bürgerkrieg

> *„Die multikulturelle Wahnutopie, Rassen- und Völkervermischung führen mit naturgesetzlicher Sicherheit zu blutigen Konflikten. (...) Die Rassenunruhen die Europa in immer kürzeren Abständen erschüttern, nehmen (...) immer größere Ausmaße an, Holland und Frankreich waren mit Sicherheit erst der Anfang! (...) Der ‚Kampf der Kulturen' ist v.a. in den städtischen Ballungsräumen in ganz Westeuropa Realität und die Einheimischen werden von den Einwanderern in immer brutalerer Weise aus ihrem angestammten Lebensraum verdrängt: Sie werden immer mehr - und wir werden immer weniger! (...) Das 21. Jahrhundert (...) wird Konflikte in noch nie dagewesenen Größenordnungen mit sich bringen. Nicht nur einzelne Staaten, ganze Kontinente, die weiße und die farbige Welt werden aufeinanderprallen. Dieser Prozess hat wenig mit vordergründiger Machtpolitik zu tun, er vollzieht sich unaufhaltsam und unerbittlich wie die Natur selbst. Denn die Natur duldet keine schwachen Völker und Rassen: Wenn sich Europa und die weiße Rasse nicht ihre große Dekadenzkrise überwinden, werden sie am Ende unseres Jahrhunderts Geschichte sein, so einfach lautet dann der Richtspruch der Natur. Der ‚Kampf der Kulturen' ist von dieser Warte aus betrachtet ein Naturzustand, ihn wegdiskutieren zu wollen, ist lächerlich und ein Zeichen von Dummheit und Schwäche."*[293]

„Kampf der Kulturen" ist „Naturzustand"

Gleichzeitig jedoch werden von anderen deutschen Rechtsextremisten die sprachliche, kulturelle und religiöse Absonderung immer breiterer Einwandergruppen und die daraus resultierende geographische Absonderung in

[293] ViB Nr. 1-2006, Artikel „Kampf der Kulturen", S. 4-7, hier: S. 5 und 7, Übernahme wie im Original.

Form von Ghettos und Parallelgesellschaften ausdrücklich begrüßt. Sie sehen in ethnischen Ghettos und Parallelgesellschaften die letzte Möglichkeit, das deutsche Volk in einer Zwischenphase vor einer Vermischung mit den Zuwanderern und damit vor dem „Rasse-" beziehungsweise „Volkstod" zu bewahren. Gleichzeitig, so lautet der zweite Teil dieser rechtsextremistischen Logik, werden die Zuwanderergesellschaften in ihrer Eigenart konserviert, was für die Zeit nach einer rechtsextremistischen Machtübernahme die Möglichkeit offen halte, diese ethnischen Ghettos und Parallelgesellschaften geschlossen aus Deutschland auszuweisen, ohne in großem Umfang auf Mischehen, deutsche Ehepartner und deren Kinder Rücksicht nehmen zu müssen. Dazu wieder GANSEL in der DS vom April 2006:

„Als größtes Integrationshindernis gilt derweil der Islam, weshalb man vielen orientalischen Landbesetzern bis zum Tag ihrer Rückführung nur viel Koranfestigkeit wünschen kann. Für die Multikulturalisten sind die Islamisten längst ‚Spielverderber' geworden, die sich einfach nicht in die Dekadenzgesellschaft des Westens einschmelzen lassen wollen. Der Islam bindet die Fremden zu einem kulturellen Kollektiv zusammen, das seine Angehörigen vollständig vereinnahmt und die unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland unterstreicht. So bewirkt die Lehre des Propheten Mohammed in Europa eine positive Selbstghettoisierung der Gläubigen und einen Verzicht auf Mischehen mit Ungläubigen. Damit leistet der Islam einen wichtigen Beitrag zum ethnobiologischen Erhalt auch der Deutschen. Solange die Fremden wegen der politischen Verhältnisse noch nicht ausgewiesen werden können, muss ihre islamische Identitäts- und Glaubensgemeinschaft intakt bleiben, damit es nicht zu kulturellem Einheitsbrei und Völkervermischung kommt. Diese partielle Wertschätzung des Islam darf aber nur vorübergehender und taktischer Natur sein, um in einer Zeit, in der die Völker von den Globalisten durch den Vermischungswolf gedreht werden, eine wichtige Integrationsbremse zu haben. Niemand darf bezweifeln, dass der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist."[294]

„Islam in Europa ist Fremd- und Feindreligion"

[294] DS Nr. 04/06 vom April 2006, Artikel „Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen' - Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus" von Jürgen W. GANSEL, S. 19.

Diese Position gründet auf zwei Annahmen: Erstens, dass irgendwann eine Umgestaltung der Bundesrepublik nach rechtsextremistischen Maßstäben stattfinden werde, die innenpolitisch die machtpolitischen Voraussetzungen für die Vertreibung von Millionen Muslimen schaffen würde. Zweitens, dass die internationale Staatenwelt eine derartig verbrecherische „Ausländerpolitik" dulden würde. In beiden Fällen handelt es sich weniger um realistische Annahmen als um irreales Wunschdenken.

irreales Wunschdenken

10. Weitere Informationen

Im Jahr 2006 erschien eine neue Broschüre „Rechtsextremismus", die neben Informationen über ideologische Grundlagen und rechtsextremistische Bestrebungen im Einzelnen auch eine Abhandlung über Ursachen und Anlässe für rechtsextremistisches Denken und Handeln enthält sowie Strategien gegen den Rechtsextremismus aufzeigt.

neue Broschüre

Aktuelle Informationen erhalten Sie auch auf unserer Homepage: http://www.verfassungsschutz-bw.de/rechts/start_rechts.htm. Dort ist auch die Broschüre „Rechtsextremistische Skinheads" (2001) abrufbar, deren gedruckte Auflage vergriffen ist.

E. LINKSEXTREMISMUS

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

neue Partei als Zukunftsträger

Das Jahr 2006 brachte Linksextremisten teils hoffnungsvoll, teils eher pessimistisch stimmende politische Entwicklungen. Hoffnungsträger ist das Projekt einer neuen Partei „Der Linken" geblieben, das aus der Vereinigung von **„Linkspartei.PDS"** und „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WASG)[295] hervorgehen soll. Entgegen der Idee einer umfassenderen Sammlungsbewegung zeichnete sich bereits der prägende Einfluss der „Linkspartei.PDS" ab. War aus dem Konzept einer Fusion beider Partner lediglich ein Beitritt der WASG zur „Linkspartei.PDS" geworden, so ließen auch bislang veröffentlichte gemeinsame Papiere deutlich die Handschrift der „Linkspartei.PDS" erkennen und künftig deren politische Dominanz befürchten. Während die „Fusion" auf der Führungsebene beschlossene Sache war, traf der Parteibildungsprozess nicht zuletzt deshalb vor allem an der Basis beider Parteien auf misstrauisch-kritische Stimmen. Auch die Entscheidung zur Fortsetzung der heftig umstrittenen Regierungsbeteiligung in Berlin nach der Landtagswahl am 17. September 2006 trug dazu bei, dass die Parteiformierung von spürbaren Dissonanzen begleitet war.

Vor allem seit ihrem Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2005 nimmt die „Linkspartei.PDS" im Spektrum der linksextremistischen Parteien eine Schlüsselrolle ein. Ihre durchaus erfolgreiche Selbststilisierung als „Partei der sozialen Gerechtigkeit" sollte sie als wählbare „linke" Alternative zum politischen Kurs von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ausweisen. Im Bundestag erneut und stärker denn je als Fraktion präsent, fungiert sie als Transmissionsriemen außerparlamentarischer Bewegungen. Dadurch und noch zusätzlich auf internationaler Ebene hat die „Linkspartei.PDS" der **„Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP)** längst den Rang abgelaufen. Die DKP dürfte sich ihrer weitgehenden Bedeutungslosigkeit bewusst sein. Dennoch legt sie Wert darauf, als eigenständige Partei fortzubestehen. Die **„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)** ist im Gegensatz zu der von ihr angestrebten und ständig propagierten Entwicklung zur kommunistischen „Massenpartei" noch immer eine Randerscheinung, wenngleich sie stärker als in früheren Jahren öffentlich in Erscheinung getreten ist und auf örtlicher Ebene sogar auf vereinzelte bündnispolitische Erfolge zurückblicken kann.

[295] Die WASG ist kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

Stark in den Vordergrund ist für Linksextremisten das angebliche Weiterdrehen des Staates an der „Repressionsschraube“ getreten, angeblich insbesondere zur „Diskriminierung“ und „Unterdrückung“ „linken Widerstands“. Als Belege dafür, dass sich die unterstellte politisch motivierte Repression bevorzugt gegen den „unliebsamen“ Gegner von „links“ richte, wurden besonders Maßnahmen gegen linksextremistische „Antifaschisten“ angesehen, sei es in Form polizeilichen Einschreitens, von „Berufsverboten“ oder mit Mitteln des Strafrechts. Das Agitationsfeld des „Antifaschismus“ als solches hat zugleich, spiegelbildlich zur erhöhten Aktivität von Rechtsextremisten, weiter an Bedeutung gewonnen und maßgeblich zum sprunghaften Anstieg der Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten beigetragen. Gegen „Repression“ und „Unterdrückung“ wendet sich letztendlich auch der Kampf um den Erhalt beziehungsweise die Neugründung so genannter Autonomer Zentren.

Während sich Linksextremisten verstärkt als Opfer staatlicher „politischer Willkür“ betrachteten, reichten die eigenen Kräfte indes weiterhin nicht dazu aus, „offensiv“ gegen die „herrschenden Verhältnisse“ vorzugehen. Dazu trugen szeneinterne Kontroversen bei, die vor allem in teils diametral entgegen gesetzten Positionen zum Nahost-Konflikt ihren Ausdruck fanden. Wegen der damit in Zusammenhang stehenden Uneinigkeit in der Haltung zum Irakkrieg blieb auch hier die Resonanz eher verhalten. Gleichwohl wurde der Besuch des amerikanischen Präsidenten im Juli 2006 zu Protesten genutzt und dazu, die Gefahren eines möglicherweise drohenden Kriegs gegen den Iran zu beschwören.

Indikatoren wie „Sozialabbau“, zunehmende „Repression nach innen“ oder Kriegseinsätze der Bundeswehr schienen 2006 für Linksextremisten eine Entwicklung des kapitalistischen Systems wie aus dem kommunistischen Lehrbuch anzukündigen. Die ständig verlängerte Kette „sozialer Grausamkeiten“, flankiert von einer am reinen „Profitinteresse“ orientierten, „neoliberal“ geprägten Wirtschaft, musste nach Ansicht von Linksextremisten breiten Bevölkerungsschichten das wahre Gesicht und die Konsequenzen eines von seinen sozialen Fesseln zunehmend befreiten „Turbokapitalismus“ vor Augen führen. Eine in Deutschland geführte „Kapitalismusdebatte“ wie auch zuletzt die „Unterschichtendebatte“ waren zusätzlich Wasser auf die Mühlen von Linksextremisten. Allerdings blieb der erhoffte Mobilisierungsschub zu einer breiten Protestbewegung aus.

G8-Gipfel im Focus

Andere Themen, die in den letzten Jahren kontinuierlich an Attraktivität verloren hatten, standen erneut auf der Agenda. Dass der Gipfel der acht größten Industrienationen (G8-Gipfel) 2007 in Deutschland stattfinden

wird, verlieh der Bewegung der Globalisierungsgegner neuen Schub. Die Planungen und Vorbereitungen dazu hatten bereits 2005 eingesetzt. Die Gipfelveranstaltung von 2006 in St. Petersburg/Russland rief hingegen wenig Resonanz hervor. Es zeichnete sich deutlich ab, dass für Linksextremisten der G8-Gipfel in Heiligendamm ein zentrales Thema des Jahres 2007 sein wird.

2. Übersicht in Zahlen

2.1 Personenpotenzial

Die Bemühungen linksextremistischer beziehungsweise linksextremistisch beeinflusster[296] Parteien und Organisationen um einen Mitgliederzuwachs waren auch 2006 selten von Erfolg gekrönt. Namentlich die MLPD und die DKP räumten der Gewinnung neuer Mitglieder eine zentrale Bedeutung ein. Die Angabe der MLPD, wonach sie seit ihrem Parteitag von 2004 eine Steigerung um 30 Prozent zu verzeichnen habe, muss bezweifelt werden, wenngleich von gewissen Zuwächsen vor allem in den neuen Bundeslän-

Linksextremistisches Personenpotenzial in Deutschland und Baden-Württemberg im Zeitraum 2004 - 2006[1]

Linksextremismus	2004		2005		2006	
	Land	Bund	Land	Bund[1]	Land	Bund
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten						
Kern- und Nebenorganisationen	**1.740**	**25.700**	**1.900**	**25.400**	**2.080**	**25.000**
davon: **DKP**	500	4.500	500	4.500	500	4.200
MLPD	600	2.000	600	2.300	600	2.300
PDS[2]	460	65.800	600	61.600	680	60.300
Beeinflusste Organisationen	**1.400**	**18.000**	**1.300**	**10.500**	**1.300**	**10.300**
Gewaltbereite Linksextremisten	**615**	**5.500**	**590**	**5.500**	**590**	**6.000**
Summe der Mitgliedschaften ohne PDS[2] und beeinflusste Organisationen	2.355	31.200	2.490	30.900	2.670	31.000
Tatsächliches Personenpotenzial nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	**2.295**	**30.800**	**2.420**	**30.600**	**2.600**	**30.700**

[1] Die Zahlenangaben Land/Bund sind zum Teil geschätzt und gerundet.

[2] Die PDS wird in der Gesamtsumme der Mitgliedschaften nicht mitgezählt, da das Bundesamt für Verfassungsschutz von den Mitgliedern der PDS Deutschland nur die der „Kommunistischen Plattform" (KPF) erfasst (2006: 1.000). In Baden-Württemberg unterliegt der gesamte Landesverband der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Grafik: LfV BW
Stand: 31.12.2006

[296] Extremistisch beeinflusst sind solche Organisationen, die außer extremistischen auch nichtextremistische Mitglieder haben. Die Extremisten, die unter den Mitgliedern nicht die Mehrheit bilden müssen, bestimmen jedoch den Kurs der Organisation und vertreten diesen nach außen.

dern ausgegangen werden kann. Für diese Partei dürfte - ähnlich wie für trotzkistische Vereinigungen - gelten, dass Neuzugänge schon bald nach Erkennen des sektenhaften beziehungsweise autoritär-doktrinären Charakters der jeweiligen Organisation nicht lange zu halten sind.

Rückgänge, bestenfalls Stagnation kennzeichneten demzufolge die Situation im Allgemeinen. Selbst für eine Organisation wie die **„Rote Hilfe e.V." (RH)**, die sich jahrelang im Aufwärtstrend befunden hat, fehlten Anhaltspunkte für eine Fortsetzung dieser Tendenz. Ähnlich wie bei der DKP dürfte auch der **„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA)** die Überalterung ihres Mitgliederbestandes anhaltend Sorgen bereiten.

Eine Ausnahme bildete die „Linkspartei.PDS". Durch erneut möglich gewordene Doppelmitgliedschaften dürften vorrangig Mitglieder der WASG der Partei beigetreten sein, wie dies im Übrigen umgekehrt gilt. In Baden-Württemberg bewegen sich die Mitgliederzahlen seit einigen Jahren kontinuierlich nach oben.

Weiterhin vorhandene interne Zerwürfnisse haben die zahlenmäßige Relevanz auch der autonomen Szene weitgehend unverändert gelassen. Verstärkte Aktivitäten im Bereich „Antifaschismus" dürften weniger auf ein gestiegenes Potenzial, als vielmehr auf vermehrte Aktivitäten des politischen Gegners zurückzuführen sein.

2.2 Straf- und Gewalttaten

Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Links sowie linksextremistische Straf- und Gewalttaten im Jahr 2006

	Baden-Württemberg[1] **2006** (2005)	Bund[2] **2006** (2005)
Politisch motivierte Kriminalität im Phänomenbereich Links insgesamt	**685** (460)	**5.363** (4.898)
davon: linksextremistische Straftaten	**271** (155)	**2.369** (2.305)
davon: linksextremistische Gewalttaten	**87** (44)	**862** (896)

[1] Zahlen des LKA Baden-Württemberg.
[2] Zahlen des Bundesministeriums des Innern.

Grafik: LfV BW

Gewalttaten in Baden-Württemberg nahezu verdoppelt

Linksextremistisch motivierte Straftaten haben in Baden-Württemberg erneut und deutlich zugenommen. Während erwartete Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft weitestgehend ausblieben, wuchsen dagegen vor allem die tätlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten in Reaktion auf eine ansteigende Zahl rechtsextremistischer Demonstrationen, aber auch bei gewaltsamen Zusammenstößen mit Polizeikräften im gleichen Zusammenhang spürbar an.

3. Gewaltbereiter Linksextremismus

Gewaltbereite Linksextremisten konzentrierten ihre Aktivitäten erneut und verstärkt auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten. Dabei war eine zunehmende Gewaltbereitschaft und Zielstrebigkeit bei entsprechenden Aktionen erkennbar. Dass die Anwendung von Gewalt gegen „Nazis" nach wie vor in der autonomen Szene auf große Akzeptanz stieß, bestätigten auch Kommentare etwa aus der **Heidelberger** Szene:

> *„Letzte Meldung: Einige Nazis aus Mannheim, Ludwigshafen und dem Raum Heppenheim staunten am frühen Abend des 3. Dezember* [2005] *nicht schlecht, als sie in Hockenheim aus dem Zug stiegen. Acht ihrer Autos - darunter zwei dickere Schlitten - waren demoliert und fahruntüchtig gemacht worden. Auch eine Art des Umgangs mit Neonazis."*[297]

„Antifaschismus" bleibt Schwerpunkt

Hab und Gut von Rechtsextremisten befanden sich weiterhin im Visier linksextremistischer Gewalttäter. Im Fokus aber stand die direkte Konfrontation mit „Nazis" auf der Straße. Für den 28. Januar 2006 war bundesweit zu Gegenaktionen anlässlich der geplanten rechtsextremistischen Demonstrationen in **Stuttgart**, Dortmund und Lübeck mobilisiert worden. In **Stuttgart** gelang es gewaltbereiten Linksextremisten nach Beendigung der bürgerlichen Gegenkundgebung teilweise, in „Kleingruppentaktik" zu den „rechten" Demonstranten vorzudringen. Dabei kam es zu Schlägereien zwischen beiden Lagern. Ein anderer Teil der gewaltbereiten linksextremistischen Demonstrationsteilnehmer lieferte sich heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei.

[297] Monatsschrift der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg" (AIHD) „break-out" 12/2005, S. 4.

Bei Gegenaktionen zu einer rechtsextremistischen „Doppeldemo“ in Heppenheim und **Weinheim** am 1. Mai 2006 kam es zum Teil zu schweren Übergriffen auf Rechtsextremisten und zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, nachdem die „rechten“ Demonstranten nach **Ladenburg** ausgewichen waren. Unter den Linksextremisten gab es Festnahmen wegen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot und wegen des Werfens von Flaschen, Steinen, Dosen und Knallkörpern.

Demonstrationen boten darüber hinaus die Gelegenheit, Gewalttaten unerkannt im „Schutz der Masse“ zu begehen. Priorität wurde geschlossenem und kollektivem Auftreten - etwa in Form eines „Schwarzen Blocks“ - aus Gründen des Selbstschutzes in der Szene gegenüber dem „individuellen Spaßfaktor“ isolierter Einzeltäter eingeräumt. Presseberichterstattung über Demonstrationen als regionale (Groß-) Ereignisse verstärkte die von den Tätern selbst beabsichtigte propagandistische Wirkung von Gewalttaten, die bei solchen Anlässen begangen wurden. Im Verlauf der Demonstration in **Stuttgart** am 21. Oktober 2006 gegen die Sozialreformen der Bundesregierung etwa kam es zu schweren Sachbeschädigungen. Aus einem „schwarzen Block“ heraus wurde die Fassade einer Bank in der **Stuttgarter** Innenstadt mit Farbbeuteln, Glasflaschen und pyrotechnischen Gegenständen beworfen. Nach Beendigung der Veranstaltung wurden Glasflaschen mit schwarzer Flüssigkeit gegen das Gebäude der Geschäftstelle einer demokratischen Partei in **Stuttgart** geschleudert. Polizeiliche Maßnahmen gegen gewalttätige Demonstranten, von Linksextremisten als politisch motivierte „Repression“ eingestuft, können wie in diesem Fall gewaltsame Reaktionen aus der Szene auslösen. In der Nacht zum 23. Oktober 2006 bewarfen unbekannte Täter einen **Mannheimer** Polizeiposten mit Farbbeuteln. Mit diesem „*symbolischen Angriff*“ bezog sich eine **„Autonome Gruppe gegen Repression“** in einer Erklärung auf vorausgegangene „militante Aktionen“ gegen Polizeiwachen in **Stuttgart** und **Karlsruhe**[298].

[298] „Dokumentation“ des Bekennerschreibens auf der Homepage des „Infoladens Ludwigsburg“; Internetauswertung vom 26. Oktober 2006.

4. Parteien und Organisationen

4.1 „Linkspartei.PDS“

Gründung: 1946 (als SED)
Sitz: Berlin
Mitglieder: ca. 700 Baden-Württemberg (2005: ca. 600)
ca. 60.000 Bund (2005: ca. 61.600)
Publikationen: „Disput“, „Die Linke.PDS-Pressedienst“, „PDS Landesinfo Baden-Württemberg“

Die heutige „Linkspartei.PDS“ ist nach mehreren Umbenennungen aus der ursprünglich 1946 gegründeten „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), der Staats- und Regierungspartei der früheren DDR, hervorgegangen. Im wiedervereinigten Deutschland nach 1990 vermochte sich die Partei in den neuen Bundesländern als eine Art Volkspartei mit noch immer sehr beachtlichen Wahlergebnissen zu etablieren. Im Westen konnte sie hingegen kaum Fuß fassen. Ihre dortigen Landesverbände sind seit ihren Anfängen in unterschiedlichem Grad von Mitgliedern anderer linksextremistischer Organisationen, vor allem ehemaliger K-Gruppen[299], durchsetzt. Ihre Schwäche im Westen hat die „Linkspartei.PDS“ schon seit langem als ihr Problem erkannt.

Seit der Zusammenarbeit mit der WASG erlebt die Partei einen Aufschwung. Auf dem Parteitag am 29./30. April 2006 in Halle stellte der Parteivorsitzende Lothar BISKY fest, die Partei schaue *„mit mehr Selbstbewusstsein auf die letzten beiden Jahre. Wir haben uns aus eigener Kraft seit der Krise 2003 wieder stabilisiert und im Jahr 2005 haben wir erstmals in der Geschichte der PDS einen leichten realen Mitgliederzuwachs erzielt.“*[300]

So beteiligte sich die „Linkspartei.PDS“ 2006 zum ersten Mal an einer Landtagswahl in Baden-Württemberg, indem sie mit mehreren Kandidaten auf

[299] Sammelbezeichnung für politische Gruppierungen wie den „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW), die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) oder die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), die sich vor allem in den 1960er- bis 1980er-Jahren am chinesischen Marxismus-Leninismus (Maoismus) orientiert und beabsichtigt hatten, das bestehende Gesellschaftssystem in Deutschland zu beseitigen.

[300] „Lothar BISKY: „Für eine politikfähige neue Linke. Rede des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS auf der 1. Tagung des 10. Parteitages in Halle am 29./30. April 2006.“ Homepage der „Linkspartei.PDS“ vom 19. Oktober 2006.

der Liste der WASG vertreten war. Nachdem letztere die „Linkspartei.PDS“ bei den Bundestagswahlen 2005 unterstützt hatte, verzichtete die „Linkspartei.PDS“ absprachegemäß ihrerseits in Baden-Württemberg auf eine Eigenkandidatur. Nach langen Auseinandersetzungen darüber, ob der Wahlkampf unter dem Logo der „Linkspartei.PDS“ oder dem der WASG geführt werden sollte, hatte sich die WASG schließlich durchgesetzt. Insgesamt erreichte sie 3,1 Prozent der Stimmen. Nach dem Erfolg der „Linkspartei.PDS“ bei der Bundestagswahl 2005 hatte diese Landtagswahl als ein weiteres Etappenziel gegolten. Entsprechend weitreichende Hoffnungen wurden mit dem verpassten Einzug in den Landtag enttäuscht.

Das Projekt einer „neuen“ Partei der „Linken“ in Deutschland war das alles überragende Thema des Jahres 2006. Dabei wurden bereits entscheidende Schritte auf dem Weg der Vereinigung von „Linkspartei.PDS“ und WASG zur Gesamtpartei „DIE LINKE“ unternommen. Beide Parteien hatten bereits Anfang des Jahres *„Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“* vorgestellt. Im September 2006 folgte eine überarbeitete, inhaltlich aber weitestgehend gleiche Version dieses Eckpunktepapiers. Im Zuge des Parteiformierungsprozesses entstandene Strömungen wie die „Antikapitalistische Linke“ oder die „Sozialistische Linke“ brachten weitere Positionspapiere ein. Diese und eine ganze Reihe weiterer Stellungnahmen deuteten darauf hin, dass über das neue Gesamtprojekt keineswegs einheitliche Vorstellungen herrschten.

Die angestrebte neue Partei fand von Anfang an nicht nur Befürworter. Nach außen gedrungenen Vereinnahmungsängsten von Seiten der WASG standen Befürchtungen eines Identitätsverlusts aus der „Linkspartei.PDS“ gegenüber. Vorbehalte wurden beispielsweise bei einer offenen Verständigungsrunde Anfang September 2006 unter dem Motto *„Wie weiter mit der WASG und dem Parteiprojekt der Neuen Linken?“* deutlich. Hier trafen sich unter anderem Vertreter der Strömungen „Antikapitalistische Linke“ und „Sozialistische Linke“. Es wurde darüber debattiert, dass sich die ursprünglichen Ziele des Parteineubildungsprozesses nicht aufrechterhalten ließen. Auch das „Neue Deutschland“ vom 11. September 2006 schrieb, dass die geplante Neugründung *„offenbar über einen Beitritt der Wahlalternative WASG zur Linkspartei PDS ablaufen“* werde. Ein von der „Linkspartei.PDS“ in Auftrag gegebenes Gutachten riet beiden Parteien zu einer *„Verschmelzung durch Aufnahme“ und dazu, „dass die kleinere der verschmelzungswilligen Parteien (...) der größeren beitritt.“*[301]

[301] Gutachten zu Fragen einer Fusion zwischen WASG und Linkspartei von Prof. Dr. Martin Morlok, Düsseldorf, August 2006.

Voranschreiten des Fusionsprozesses

Währenddessen schritt der Fusionsprozess weiter voran. Bei einer gemeinsamen Vorstandssitzung von „Linkspartei.PDS“ und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt wurden mit einem Programmentwurf, einer Satzung sowie einer Bundesfinanzordnung gemeinsame Gründungsdokumente für die bis Mitte 2007 angestrebte neue Gesamtpartei beschlossen. Der Programmentwurf unterschied sich nicht wesentlich von den bisher erschienenen Entwürfen der „Programmatischen Eckpunkte“. Vor allem sind zentrale Aussagen - auch aus dem Parteiprogramm der „Linkspartei.PDS“ von 2003 - erhalten geblieben beziehungsweise zusätzlich auch in den Satzungsentwurf übernommen. Als Ziel der neuen Gesamtpartei wurde u. a. formuliert:

> *„Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet.“*

Prägender Einfluss der „Linkspartei.PDS“

Diese Passage, die unverkennbar an entsprechende Formulierungen im „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels anknüpft, ist für die „Linkspartei.PDS“ von offenbar unverzichtbarem Stellenwert. Sie war bereits im Parteiprogramm von 2003 enthalten und wurde jetzt in die Präambel des Satzungs- und in den Text des Programmentwurfs für die neue Partei aufgenommen. Die neue „Linke“, so heißt es unter anderem weiter, lege *„programmatische Grundzüge einer umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltung vor, um die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden“.* Notwendig sei deshalb die *„Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ‚in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist‘ (Karl Marx)“.*[302] Wie zuvor schon in den „Programmatischen Eckpunkten“ kehren hier neben dem neuerlichen Bezug auf Marx Schlüsselbegriffe marxistisch-leninistischer Ideologie wie die „Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ wieder. Die Anerkennung der neuen Partei gelte - so heißt es im Programmentwurf weiter - den Bemühungen um eine *„Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.“* Der Kapitalismus sei nicht das Ende der Geschichte. Mit solchen Formulierungen wird unterschiedlichen - von „reformistischen“ bis zu „transformatorischen“ - politischen Ansätzen und Strömungen die Mitarbeit in der neuen Partei ermöglicht.

[302] Hier und im Folgenden „Programmatische Eckpunkte. Beschluss der gemeinsamen Vorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt.“ Homepage der „Linkspartei.PDS“ vom 24. Oktober 2006.

Insgesamt trägt das Projekt der neuen Gesamtpartei deutlich die Handschrift der „Linkspartei.PDS“, die auf zentrale Elemente ihres Selbstverständnisses weiterhin nicht verzichten will. Dazu gehören vor allem die Vision des „demokratischen Sozialismus“ und eine prinzipielle Gegnerschaft zum bestehenden politischen und gesellschaftlichen System in Deutschland. Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an die gemeinsame Vorstandssitzung vom 22. Oktober 2006 äußerte BISKY:

> *„Wir haben von Anfang an gesagt: Wir wollen uns verändern, ohne unsere Herkunft zu verleugnen. Wir erweitern unsere Identität, ohne gesellschaftliche Visionen und den demokratischen Sozialismus aus den Augen zu verlieren. Wir stehen in Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, ohne auf einen Gestaltungsanspruch zu verzichten.“*[303]

Nach der Verabschiedung der Entwürfe der Gründungsdokumente im Oktober 2006 wurden diese an der Basis diskutiert. In allen Ländern fanden Regionalkonferenzen statt. Auf einer gemeinsamen Parteivorstandssitzung am 10. Dezember 2006 wurden Änderungsanträge beraten und neue Entwürfe der Gründungsdokumente vorgelegt. Diese wurden als Leitanträge auf den parallel tagenden Bundesparteitagen am 24./25. März 2007 eingebracht. Dort erfolgte die endgültige Beschlussfassung über die Entwürfe. In beiden Parteien werden dann Urabstimmungen durchgeführt. Der Gründungsparteitag der neuen Partei soll am 16. Juni 2007 stattfinden. Um die Fusion rechtlich einwandfrei vollziehen zu können, haben beide Parteien im November 2006 jeweils ihre Umwandlung in den Status eines rechtsfähigen Vereins vorgenommen. Ein endgültiges Parteiprogramm ist erst für 2008 vorgesehen.

4.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

DKP

Gründung: 1968
Sitz: Essen
Mitglieder: unter 500 Baden-Württemberg (2005: ca. 500)
unter 5.000 Bund (2005: weniger als 4.500)
Publikation: „Unsere Zeit“ (UZ)

[303] Presseerklärung vom 22. Oktober 2006; Homepage der „Linkspartei.PDS“ vom 24. Oktober 2006.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) sieht sich unverändert in der Tradition der 1956 verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Sie fordert weiterhin den *„revolutionäre(n) Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“*. Mit programmatischen Aussagen wie derjenigen, dass es *„Menschenrechte für alle Bewohner dieser Erde“* nur auf der Basis von *„Gemeineigentum an Produktionsmitteln“* und der *„politischen Macht des arbeitenden Volkes“*[304] geben könne, hält sie unter bewusster terminologischer Umschreibung an der Überzeugung von der Notwendigkeit der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ und der „Diktatur des Proletariats“ und damit an Kerninhalten der Lehre des Marxismus-Leninismus fest. Als angestrebtes Ziel definiert sie weiterhin den „Sozialismus/Kommunismus“, wobei der Sozialismus als *„erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation“* gilt.

neues Parteiprogramm verabschiedet

Nach jahrelangem Ringen gelang es der DKP, auf der zweiten Tagung ihres 17. Parteitags am 8. April 2006 in Duisburg-Rheinhausen ein neues Parteiprogramm zu verabschieden. Damit verlor das „Mannheimer Programm“ von 1978 seine Gültigkeit. Bis zuletzt war der vorgelegte Entwurf umstritten gewesen und die hohe Zahl an Gegenstimmen und Enthaltungen bei der Abstimmung zeigte, dass die Richtungskämpfe innerhalb der Partei noch immer nicht überwunden sind und die Einigung auf ein gemeinsames Programm nicht das Ende politisch-ideologischer Unstimmigkeiten bedeutet. Ursache für die sich in den letzten Jahren zuspitzenden innerparteilichen Dissonanzen war die mangelnde Bereitschaft eines starken, von Anhängern aus dem Westen unterstützten Minderheitenflügels aus Ostdeutschland, sich von alten ideologischen Gewissheiten zu trennen und insbesondere eine kritischere Sicht auf die ehemalige DDR und die Ursachen für den Untergang der sozialistischen Staaten zuzulassen.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 26. März 2006 verzichtete die DKP auf eine eigene Kandidatur zugunsten einer *„Linkskandidatur“* der WASG. Dieser taktische Schritt sollte es ermöglichen, dass *„endlich eine Stimme der außerparlamentarischen Opposition in den Landtag“*[305] einziehe. Von den beiden auf der WASG-Liste nominierten DKP-Landtagskandidaten erreichte der Kandidat für **Heidenheim** 3,3 Prozent, der Kandidat für **Sinsheim** 3,2 Prozent der Stimmen. Das Gesamtergebnis für die WASG mit 3,1 Prozent war angesichts offenbar auch bei der DKP vorhandener Erwartungen eine Enttäuschung.

---

[304] Hier und im Folgenden: „Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)“; Homepage der DKP vom 3. November 2006.

[305] *„Am 26. März WASG wählen!“*, Flugblatt der DKP zur Landtagswahl.

Mit ihren Kandidaturen unterstützte somit die DKP das Projekt der neuen „Linkspartei“ im Sinne der Herausbildung einer einheitlichen „linken“ Opposition trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der „Linkspartei.PDS“. Letztere beurteilte sie als eine *„linksreformistische“*, innerhalb des Rahmens des bürgerlich-parlamentarischen Systems agierende Kraft ohne revolutionäre Perspektive. Deshalb sei der Verzicht auf eine eigene Kandidatur und die Unterstützung der „Linkspartei.PDS“ auf die Dauer *„nicht hinnehmbar“.*[306] Ziel der DKP müsse sein, eigene kommunalpolitische Kontinuität *„in möglichst vielen Städten und Gemeinden“* zu erreichen.

Die Kraft der Partei reichte indes nicht aus, um resonanzfähige eigene Aktivitäten zu organisieren. Gleichwohl beteiligte sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Aufrufen zu zentralen, örtlichen oder überregionalen Demonstrationen. In einem eigenen, in ihrem Regionalblatt „Stuttgart links“ unter dem Motto *„Stoppt die Regierung der großen asozialen Zumutungen!“* veröffentlichten Aufruf forderte sie zur Teilnahme an der landesweiten Gewerkschaftsdemonstration am 21. Oktober 2006 in **Stuttgart** auf. Große Ausdauer bewies die DKP **Karlsruhe**, die sich das ganze Jahr über nahezu regelmäßig an den „Montagsdemonstrationen“ in **Karlsruhe** beteiligte. Hierbei kamen auch die von der DKP Baden-Württemberg herausgegebenen *„montags-infos“* zur Verteilung.

Stuttgart links

Deutsche Kommunistische Partei - Kreis Stuttgart — Oktober 2006

Stoppt die Regierung der großen asozialen Zumutungen!

Die 5 schlimmsten asozialen Zumutungen der großen Koalition:

Die Reallöhne sinken seit langem!

Armut und Reichtum wachsen gleichzeitig!

Postkolonialität

Ich verstehe kein Wort von oben

wir wollen auch Gerechtigkeit

Auf zur DGB-Großdemonstration in Stuttgart am 21. Oktober 2006!

Im Frühjahr 2006 startete die DKP aus Anlass des 50. Jahrestags des KPD-Verbots ihre Kampagne zur Aufhebung des Verbots und zur Rehabilitierung der *„Opfer des Kalten Krieges“*. Gegen das fortbestehende Verbot agitierten auch andere linksextremistische oder linksextremistisch beeinflusste Organisationen, darunter die „Linkspartei.PDS“. Ab dem 10. März 2006 veröffentlichte die DKP auf ihrer Homepage einen Appell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, den man mittels Online-Unterschrift unterstützen konnte. Im Parteiorgan „Unsere Zeit“ (UZ) wurde das Thema verstärkt publizistisch aufbereitet. Dazu zählte auch eine Sonderausstellung in der Hamburger „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ und als Höhepunkt der Kampagne eine zentrale Veranstaltung der DKP am 19. August 2006 in Berlin unter dem Motto *„Kommunisten-Verfolgung beenden! KPD-Verbot aufheben!“* mit rund 600 Teilnehmern, darunter Funktionären der VVN-BdA und der **„Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ)**.

Kampagne gegen KPD-Verbot

[306] Hier und im Folgenden: „Unsere Zeit“ (UZ) Nr. 8 vom 24. Februar 2006, S. 12.

Die SDAJ, der Jugendverband der DKP, trat 2006 mit nur wenigen nennenswerten Aktivitäten in Erscheinung. In Baden-Württemberg brachte er im Februar 2006 erstmals die Kleinzeitung „Baschda!“ heraus, die laut Impressum als „SchülerInnenzeitung“ gedacht sein sollte. Nach einer Erstausgabe mit 2.500 Exemplaren war im Internet eine Extraausgabe vom März 2006 zum damaligen Streik im öffentlichen Dienst abrufbar. Im Mai 2006 erschien die bislang letzte Ausgabe. Ihr jährliches Pfingstcamp veranstaltete die SDAJ vom 2. bis 5. Juni 2006 in Warburg/Bonenburg (Nordrhein-Westfalen). Dabei wurden unter dem Motto *„Party for your right to fight“* der für linksextremistische „Antifaschisten“ zentrale Slogan *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln bleibt unsere Losung!“* mit einem Vertreter der VVN-BdA behandelt oder Themen wie *„Lateinamerika: Startschuss für eine neue Offensive gegen den Imperialismus?“* diskutiert.

4.3 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Gründung:	1947		
Sitz:	Berlin		
Mitglieder:	ca. 1.300	Baden-Württemberg	(2005: ca. 1.300)
	ca. 6.000	Bund	(2005: ca. 6.000)
Publikationen:	„antifa. Magazin für antifaschistische Politik und Kultur“		
	„AntiFa-Nachrichten“		

Bereits 1947 und ursprünglich unter massivem kommunistischem Einfluss gegründet, löste sich die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) erst nach Jahrzehnten verstärkt aus ihrer Rolle als Vorfeldorganisation der DKP. Dennoch vertritt sie vor allem auf ihrem Hauptbetätigungsfeld, dem „Antifaschismus“, unverändert orthodox-kommunistische Positionen:

> *„Die Option Faschismus unmöglich zu machen, dazu brauchen wir den antifaschistischen Kampf, brauchen wir die VVN/BdA. Die Bewährung in diesem Kampf ist auch Voraussetzung, um an grundlegende soziale Veränderungen heranzukommen - zum Sozialismus.“*[307]

Politische Einseitigkeit innerhalb einer gewissen Bandbreite dürfte die Organisation trotz ihres propagierten Sammlungscharakters auch in der

[307] „AntiFa-Nachrichten“ Nr. 2 vom Mai 2006, S. 32.

Zukunft prägen. Dies offenbarte sich unter anderem anlässlich der Suche nach neuen Mitstreitern, die angesichts des insgesamt überalterten Mitgliederbestands für den Erhalt der Organisation lebensnotwendig wurde, und der sich die Organisation erklärtermaßen verstärkt zuwenden wollte. Wie die VVN-BdA selbst schrieb, habe der Erfolg der „Linkspartei.PDS" bei der Bundestagswahl von 2005 gezeigt, dass die Gelegenheit *„günstig"* sei, *„inaktive Linksstehende zu motivieren"*[308]. Zu dieser Zielgruppe gehörten unverändert auch Linksextremisten. So berichtete sie an gleicher Stelle ausdrücklich, unter anderem ein MLPD-Mitglied und ein Mitglied der trotzkistischen Organisation „Linksruck" neu gewonnen zu haben.

weiterhin Werben um Linksextremisten

Die Gelegenheit, für den Fortbestand der eigenen Organisation zu sorgen, boten öffentliche Veranstaltungen, darunter insbesondere Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Rechtsextremismus. Gerade hier glaubt die VVN-BdA, im Sinne erfolgreicher Eigenwerbung auf „Verdienste" verweisen zu können. Dies gelte an erster Stelle für *„die vielen Gegenaktionen gegen Naziaufmärsche (...), die wir im Zusammenwirken mit anderen Gruppen und Organisationen initiiert und organisiert haben."*[309] In der Tat legte die VVN-BdA 2006 offenbar gezielt Wert darauf, in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Die gestiegene Zahl rechtsextremistischer Demonstrationen bot entsprechend öfter Möglichkeiten, als Initiator, Anmelder oder Unterstützer von Gegenveranstaltungen in Erscheinung zu treten. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 20./21. Mai 2006 in **Heidelberg** hatte sie als einen *„Schwerpunkt der Arbeit"* beschlossen, *„Bündnisse gegen neofaschistische Aufmärsche und Aktivitäten zu initiieren und zu unterstützen"*.[310]

Stärker noch als in den Vorjahren wurde dabei allerdings die Zusammenarbeit der VVN-BdA mit gewaltbereiten Autonomen deutlich. Erstaunlich offen bekannte sich die Organisation zu solchen Bündnissen und rechtfertigte die von Autonomen ausgehende Gewalt gegen den politischen Gegner. Um vermehrt jugendliche Anhänger zu gewinnen, traten selbst bei der Gewaltfrage taktische Erwägungen zunehmend in den Hintergrund. Da die VVN-BdA „Erfolge" ihres „antifaschistischen" Engagements unter anderem daran misst, inwieweit es gelingt, „Nazi-Aufmärsche" zu be- oder verhindern, und dies in der Regel auf das Konto - auch gewaltsam agierender - Autonomer geht, zählen diese mittlerweile offenbar zu ihren unverzichtbaren Bündnispartnern.

[308] „AntiFa-Nachrichten" Nr. 1 vom Januar 2006, S. 10.
[309] „AntiFa-Nachrichten" Nr. 1 vom Januar 2006, S. 10.
[310] „AntiFa-Nachrichten" Nr. 3 vom August 2006, Beilage S. II.

Für den 28. Januar 2006 hatte die VVN-BdA eine Gegendemonstration zu einer rechtsextremistischen Kundgebung in Stuttgart angemeldet. Nach vorzeitiger Auflösung der Gegenveranstaltung gelang es, die rechtsextremistische Kundgebung zu stoppen. Obwohl es dabei durch gewaltbereite Autonome zu teils schweren Übergriffen auf Polizei und Rechtsextremisten kam, sprachen die „AntiFa-Nachrichten" von einer *„gelungene(n) Protestaktion":*

> *„Die friedliche und gewaltfreie Blockade der zahlreichen Nazigegner, hat den faschistischen Aufmarsch gestoppt."*[311]

Der VVN-BdA-Landesgeschäftsführer wurde an gleicher Stelle mit den anerkennenden Worten zitiert:

> *„Das war ein guter Tag für Stuttgart."*

In einer Pressemitteilung vom 28. Januar 2006 hatte sich die VVN-BdA *„ausdrücklich bei allen"* bedankt, *„die zu diesem Erfolg beigetragen haben."*[312]

Anders dagegen verschwieg der VVN-BdA-Bundesvorsitzende Heinrich FINK nach einer Darstellung in der „jungen Welt"[313] die begangenen Gewalttaten nicht, machte dafür aber die Gerichte verantwortlich:

> *„Durch die Aufhebung der zuvor erlassenen Demonstrationsverbote in den drei Städten* [u. a. Stuttgart] *hätten die Gerichte „den Neonazis zum wiederholten Mal den Weg bereitet'. Die Richter trügen somit die „komplette Verantwortung für die gewalttätigen Auseinandersetzungen' (.....)."*[314]

Ebenfalls im Januar 2006 äußerte sich FINK noch deutlicher:

> *„Man darf nicht vergessen, dass das Gros unserer Mitglieder nicht aus Jugendlichen besteht und wir*

---

311 Hier und im Folgenden: „AntiFa-Nachrichten" Nr. 2 vom Mai 2006, S. 4; Übernahme wie im Original.

312 Presserklärung der VVN-BdA vom 28. Januar 2006.

313 Bei der „jungen Welt" - ein bedeutendes Druckerzeugnis im linksextremistischen Bereich - handelt es sich um eine vom Verlag „8. Mai GmbH" (Berlin) herausgegebene Tageszeitung. Sie pflegt eine traditionskommunistische Ausrichtung und propagiert die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

314 „junge Welt" Nr. 25 vom 30. Januar 2006, S. 1.

daher zwar viele Aktivitäten junger Antifaschisten solidarisch begleiten, uns aber nicht immer aktiv daran beteiligen können. Ich will aber sehr deutlich betonen, dass mir eine Reihe von Mitgliedern unseres Verbandes bekannt sind, die sehr intensiv mit jungen autonomen Antifaschisten zusammenarbeiten. Dass es hier und da einmal zu Spannungen kommen kann, ist ein ganz normaler Vorgang. Ich bin aber immer bemüht, politische Bündnisse mit allen ernsthaften Antifaschisten einzugehen, seien sie nun Mitglieder autonomer Gruppen oder beispielsweise der Gewerkschaften. Den autonomen Antifaschisten kann ich deutlich versichern, auf ihrer Seite zu stehen und jederzeit zu einer Zusammenarbeit mit ihnen bereit zu sein."[315]

Zusammenarbeit mit Autonomen erneut bekräftigt

Polizeiliche oder strafrechtliche Maßnahmen gegen linksextremistische Gewalttäter wiederum kommentierte die VVN-BdA mit Empörung. Mitglieder autonomer Antifagruppen wurden von ihr als *„Bürger"* umschrieben, *„die den ‚Aufstand der Anständigen' ernst nehmen und in die Tat umsetzen"*, dafür aber durch staatliche Behörden *„überwacht, verfolgt und kriminalisiert"* würden.[316]

4.4 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD)

MLPD

Gründung:	1982		
Sitz:	Gelsenkirchen		
Mitglieder:	ca. 600	Baden-Württemberg	(2005: ca. 600)
	mehr als 2.300	Bund	(2005: mehr als 2.300)
Publikationen:	„Rote Fahne" (RF)		
	„Lernen und Kämpfen" (LuK)		
	„REBELL"		

Die maoistisch-stalinistisch geprägte „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) strebt unverändert die revolutionäre Überwindung der parlamentarischen Demokratie an und rechtfertigt ihr politisches Wirken mit dem *„Verrat des Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU*[317] *1956"*[318]. Dort - wie nach dem Tode

[315] „junge Welt" Nr. 12 vom 14./15. Januar 2006, Beilage S. 2; Übernahme wie im Original.
[316] „AntiFa-Nachrichten" Nr. 1 vom Januar 2006, S. 3.
[317] „Kommunistische Partei der Sowjetunion".
[318] Hier und im Folgenden: „Rote Fahne" (RF) Nr. 38 vom 22. September 2006, S. 2.

Mao Tsetungs auch in China - sei der Sozialismus zerstört worden, weil die *„demokratische Kontrolle über die verantwortlichen Führer in Partei, Wirtschaft und Staat nicht ausreichte"*. Die MLPD zog daraus den Schluss, dass der *„echte Sozialismus nur mit einer proletarischen Denkweise erkämpft und erhalten werden kann"*, und wendet den *„Marxismus-Leninismus und die Mao-tsetungideen schöpferisch auf die heutige Situation an"*. Damit nimmt die MLPD noch heute ausdrücklich die Lehren Mao Tse-tungs zum Vorbild. So würdigte sie 2006 den chinesischen Diktator in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" aus Anlass seines 30. Todestags und des 40. Jahrestags des Beginns der *„Großen Proletarischen Kulturrevolution"* als *„zweifellos bedeutendste Persönlichkeit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts"*.[319] Die Partei verleugnet dabei völlig den unter der Diktatur Mao Tse-tungs begangenen millionenfachen Mord und sieht den chinesischen Machthaber im Gegenzug als *„Hauptziel wilder Attacken und unglaublicher Verleumdungen der Herrschenden und ihres Antikommunismus"*.[320] Die MLPD und ihr Jugendverband **REBELL** arbeiten eigenen Angaben zufolge *„mit aller Energie daran, sich als würdige Kraft im Sinne dieses großartigen Revolutionärs zu erweisen!"*

Nach der logistisch aufwändigen flächendeckenden Beteiligung der MLPD an der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 hat sich die Parteiagitation im Jahr 2006 im Verhältnis zum Vorjahr abgeschwächt. Grund hierfür dürfte in der mittlerweile begonnenen und kräftebindenden Umstrukturierung der Partei liegen, die mit der Einführung neuer Kontrollebenen in Form von Landes- und künftig 50 Kreisverbänden den Parteiaufbau unter zentralistischer Führung vorantreiben soll. Der langjährige Parteivorsitzende Stefan ENGEL begründete die Umstrukturierung mit dem *„schnelle(n) Wachstum der Partei"* und den *„vielfältigen neuen Aufgaben"*, die *„ein größeres Bedürfnis an konkreter und allseitiger Anleitung und Kontrolle und Ausbildung usw."*[321] zum Ausdruck brächten. Das Zentralkomitee allein habe diese *„konkrete unmittelbare Anleitung und Kontrolle auf Grund des schnellen Wachstums der Partei mit ihrer bisherigen Struktur nicht mehr*

[319] RF Nr. 37 vom 15. September 2006, S. 24.
[320] Hier und im Folgenden: RF Nr. 40 vom 6. Oktober 2006, S. 21.
[321] Hier und im Folgenden: RF Nr. 26 vom 30. Juni 2006, S. 16, 17 (Übernahme einschließlich Fettdruck wie im Original).

Reorganisation im Vordergrund

zufriedenstellend leisten" können. Deshalb solle eine *„Reorganisierung der Partei in sieben Landesverbände und 50 Kreise bis zum VIII. Parteitag"* im Jahr 2008 durchgeführt werden. Dies sei die *„größte organisationspolitische Umwälzung in der Geschichte der MLPD"* und eine ***„Offensive zum Einsatz, zur Ausbildung und Förderung neuer Kader*** *für die künftigen Aufgaben der Partei im Klassenkampf"*. Es liege daher auf der Hand, dass *„sich die gesamte Partei damit gründlich beschäftigen"* müsse.[322] Nach der *„erfolgreichen Gründung des Landesverbands Nordrhein-Westfalen"*[323] im Dezember 2005 sollte im Jahr 2006 nach Sachsen-Anhalt auch der Landesverband Baden-Württemberg gegründet werden. Diese Planungen wurden jedoch bis Ende 2006 nicht umgesetzt. Allerdings wurde laut Aussage von ENGEL in allen sieben Landesverbänden damit begonnen, *„Landesaufbaugruppen einzusetzen, regionale Büros einzurichten und die Strukturen der Anleitung und Kontrolle der Partei auf diese Landesverbände umzustellen."*[324] In **Stuttgart** eröffnete die *„Landesaufbaugruppe (LAG) Baden-Württemberg"* am 16. Dezember 2006 ihr Büro in den Räumlichkeiten der bisherigen MLPD-Kreisleitung in **Stuttgart-Untertürkheim**. Der *„Politische Leiter"* der LAG Baden-Württemberg ist ein Mitglied des MLPD-Zentralkomitees, das seinen Wohnsitz aus diesem Grund vom Ruhrgebiet nach **Stuttgart** verlegt hatte.[325]

Ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geriet die Partei 2006 durch ihr stetig wachsendes Parteivermögen, das vor allem in den letzten beiden Jahren auf einzelne Großspenden und Spendenaktionen zurückzuführen war. Am 30. Juli 2006 trat ein Großspender aus Nordrhein-Westfalen, der der MLPD in den Jahren 2005 und 2006 eine Erbschaft in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro vermacht hat, in einer bekannten Talkshow auf, zu der er als Studiogast eingeladen worden war. Auf diese Weise verschaffte er der MLPD vor einem Millionenpublikum eine willkommene Werbung in eigener Sache. In der Ausgabe Nr. 31 der „Roten Fahne" vom 4. August 2006 wurde die große Resonanz, die sich auch noch im Anschluss an die Sendung in der Presse ergab, freudig zur Kenntnis genommen.

Laut ihrem in der „Roten Fahne" Nr. 22 vom 2. Juni 2006 veröffentlichten Finanzrechenschaftsbericht war das Gesamtvermögen der MLPD, das zu einem Großteil in Immobilien angelegt ist, schon bis zum Jahresende 2004

322 LuK Nr. 3 vom Juli 2006, S. 2.
323 Hier und im Folgenden: LuK Nr. 2 vom April 2006, S. 14.
324 RF Nr. 51/52 vom 22. Dezember 2006, S. 21.
325 Ebd. S. 6.

auf rund 14,7 Millionen Euro angestiegen. Eine im Bundestagswahlkampf 2005 begonnene und in MLPD-Kreisen übliche *„Spendenkampagne zur Finanzierung der Offensive für den echten Sozialismus“*[326] brachte bis zum Juni 2006 zusätzlich ein Ergebnis von über 561.000 Euro, Großspenden nicht eingerechnet. In einem Interview verkündete ENGEL stolz, dass seit Beginn des Jahres 2005 somit über drei Millionen Euro für die Partei gespendet worden seien. Das habe es seit Gründung der MLPD noch nie gegeben. Neben der Bestreitung der Kosten bilde dies *„zusätzlich eine hervorragende Reserve für die künftigen Aktivitäten der Partei“*[327].

Ansonsten ist die MLPD wiederum im Zusammenhang mit Protesten gegen die Sozialreformen der Bundesregierung hervorgetreten. Trotz starker Rückläufigkeit der *„Bewegung der Montagsdemonstrationen“*, zu deren Spaltung sie durch ihren eigenen Dominanzanspruch selbst beigetragen hatte, versuchte die MLPD weiterhin, die Durchführung der von ihr maßgeblich beeinflussten, regelmäßig stattfindenden Kundgebungen aufrechtzuerhalten. Die MLPD war Hauptinitiatorin der bundesweiten Demonstration am 16. September 2006 in Berlin. Zu diesem *„3. Sternmarsch gegen die Regierung“* rief unter anderem die von der MLPD maßgeblich beeinflusste bundesweite *„Montagsdemobewegung“* mit Parolen wie *„Gegen die große Koalition der Sozialräuber - Weg mit Hartz IV!“* auf. Damit sollte ein *„unübersehbares Zeichen des **gemeinsamen** Kampfes gegen die volksfeindliche Politik der großen Koalition“*[328] gesetzt werden.

4.5 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründung:	1975	
Sitz:	Dortmund	
Geschäftsstelle:	Göttingen	
Mitglieder:	ca. 300 Baden-Württemberg	(2005: ca. 300)
	ca. 4.300 Bund	(2005: ca. 4.300)
Publikation:	„Die Rote Hilfe“	

In der Tradition der historischen „Roten Hilfe“ stehend, widmet sich die „Rote Hilfe e.V.“ als *„parteiunabhängiger, strömungsübergreifender linker Organisationszusammenhang“*[329] unverändert der finanziellen und politisch-solidarischen Unterstützung von *„Menschen, die im bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaatsgefüge BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt, also in der einen oder anderen Form zu Zielscheiben der staat-*

[326] RF Nr. 26 vom 30. Juni 2006, S. 16.
[327] RF Nr. 26 vom 30. Juni 2006, S. 16.
[328] Internetauswertung vom 19. Juli 2006; Fettdruck im Original.
[329] Hier und im Folgenden „Die Rote Hilfe“ Nr. 3 von 2006, S. 5.

lichen Repression werden", so unter anderem in den Bereichen „Antifaschismus", „Soziale Freiräume/Autonome Zentren", „Antikapitalismus", „Antimilitarismus" oder „Antirassismus/Internationalismus".

2006 stellte die „Rote Hilfe e.V." die „Antirepressionsarbeit" in den Vordergrund. Diesem Thema widmete sie schwerpunktmäßig zwei Ausgaben ihrer vierteljährlich erscheinenden Publikation „Die Rote Hilfe". Insbesondere zwei im Text hervorgehobene Zitate machen den politisch-ideologischen Hintergrund deutlich. Danach ist nach dem Verständnis dieser Organisation das grundlegende *„Ziel staatlicher Repression (...) die Machterhaltung"*, welche *„durch Abschreckung, Ausgrenzung und Entpolitisierung der politischen GegnerInnen durchgesetzt"* werde.[330] Im Verlauf des Artikels wurde an anderer Stelle ebenso deutlich ein Zitat optisch betont, wonach ein *„wirksames und reichlich erprobtes Mittel zur Bekämpfung politischer GegnerInnen (...) die Kriminalisierung und politische Unterdrückung"*[331] darstelle.

„politische Repression" als Schwerpunkt

Zum 18. März, dem alljährlich begangenen „Tag der politischen Gefangenen"[332], erstellte der Bundesvorstand eine „Sonderausgabe der Roten Hilfe" als Beilage zur Tageszeitung „junge Welt" vom 10. März 2006, die neben Berichten über inhaftierte Linksextremisten im In- und Ausland auch die Forderung nach der *„Freiheit für die Gefangenen aus der RAF"* enthielt. Das Interesse aus der linksextremistischen Szene an den im Zusammenhang mit dem „Tag der politischen Gefangenen" durchgeführten bundesweiten dezentralen Aktionen blieb in Baden-Württemberg wie bereits in den vergangenen Jahren hinter den Erwartungen zurück. So beteiligten sich am 18. März 2006 lediglich etwa 70 Personen an einer Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt **Stuttgart-Stammheim**.

4.6 Sonstige Vereinigungen

Aufgefallen sind erneut politische Aktivitäten von Trotzkisten. Vor allem bei der trotzkistischen Organisation **„Linksruck"** war nach Abwendung von der globalisierungskritischen Sammlungsorganisation „attac" eine Fokussierung auf die WASG zu beobachten. Die WASG gilt für „Linksruck" als Aus-

[330] „Die Rote Hilfe" Nr. 3 von 2006, S. 5.

[331] Ebd., S. 7.

[332] Das Datum 18. März soll historische Bezüge zu den Barrikadenkämpfen in Berlin während des Revolutionsjahrs 1848, zum Beginn der Pariser Commune im März 1871 und dem erstmals am 18. März 1923 von der damaligen KPD-nahen „Roten Hilfe" ausgerufenen „Internationalen Tag der politischen Gefangenen" knüpfen.

gangspunkt für den Aufbau einer sozialistischen Arbeiterpartei nach trotzkistischen Vorstellungen. Die Übernahme von Funktionen ermöglicht es dabei, auf Mitglieder und Entwicklung der Partei Einfluss zu nehmen. So wurde ein Angehöriger von „Linksruck" erneut in den Landesvorstand der WASG Baden-Württemberg gewählt.

Welchen Einfluss Trotzkisten im Einzelfall auf die Organisation zu erlangen vermögen, zeigte das bundesweit bekannt gewordene Beispiel des Berliner Landesverbands der WASG, der unter Führung eines bekennenden Mitglieds der **„Sozialistischen Alternative VORAN" (SAV)** gegen den Willen des Parteivorstands eine separate Kandidatur zu der Landtagswahl 2006 durchsetzte. Angehörige beider trotzkistischer Organisationen kandidierten auch auf der Liste der WASG zur Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg.

Trotzkisten vielfältig aktiv

Trotzkisten tauchten auch 2006 überall dort auf, wo es galt, Protest gegen die „Herrschenden" zu initiieren oder nach Kräften zu unterstützen, sei es bei den Studentenprotesten gegen die Einführung von Studiengebühren, bei Streiks von Belegschaften wegen Entlassungen, bei Tarifauseinandersetzungen, Demonstrationen gegen „Sozialabbau", Kundgebungen gegen den Irakkrieg oder im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Neben der Mobilisierung möglichst breiter Bevölkerungskreise ging es dabei vorrangig um die Bekanntmachung der eigenen Organisation und die Verbreitung von Propagandamaterial.

5. Aktionsfelder

5.1 „Antifaschismus"

„Antifaschismus" hat als Agitationsfeld von Linksextremisten weiter an Bedeutung gewonnen. Im Zuge der zunehmenden Zahl rechtsextremistischer Demonstrationen stand dabei mehr denn je die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner „auf der Straße" im Vordergrund. Als „Erfolg" gilt dabei die aktive Be- oder möglichst Verhinderung „faschistischer Aufmärsche".

So wurde am 28. Januar 2006 die von der VVN-BdA organisierte Demonstration in der **Stuttgarter** Innenstadt unter dem Motto *„Schöner Leben ohne Nazis - Gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus und Gewalt"* durchgeführt. Sie richtete sich gegen eine gleichzeitig stattfindende Kundgebung der „Kameradschaft Stuttgart" und weiterer rechtsextremistischer Vereinigungen. Autonome Gruppen hatten außerdem dazu aufgerufen, *„den Auf-*

marsch mit allen Mitteln zu verhindern"[333]. Im Anschluss an die vorzeitig beendete Veranstaltung kam es zu teilweise massiven Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern beider Demonstrationen.

Gegen eine Demonstration der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in **Göppingen** am 23. September 2006 gab es Aufrufe mehrerer autonomer Gruppen, die dazu aufforderten, den *„Naziaufmarsch* [zu] *verhindern"* beziehungsweise *„Neonazis entgegen*[zu]*treten".* Mehreren hundert Personen gelang es, den Aufzug der Rechtsextremisten schon am Bahnhofsvorplatz zu blockieren, der daraufhin von Polizeikräften durch die Stadt umgelenkt wurde. Während einer Zwischenkundgebung errichteten „Störer" auf der weiteren Demonstrationsroute Barrikaden und setzten Müllcontainer in Brand. Hinzu kamen Sachbeschädigungen an geparkten Autos. Bei einer versuchten Gefangenenbefreiung wurde eine Polizeibeamtin leicht verletzt. Während der Abschlusskundgebung wurden aus der autonomen Szene heraus Steine geworfen. Es kam zu Festnahmen.

Wie in den Jahren zuvor erstreckte sich das Ziel, öffentliches Auftreten von „Nazis" zu verhindern, noch auf weitere Anlässe. Die Gruppe **„Antifaschistisches Projekt Pforzheim" (APP)** versuchte auch am 23. Februar 2006 wieder, das jährliche Fackelgedenken des rechtsextremistischen **„Freundeskreises „Ein Herz für Deutschland' e. V." (FHD)** auf dem **Pforzheimer** Wartberg zu verhindern. Hierzu hatte bereits im Sommer 2005 ein Angehöriger des **Pforzheimer** „Antifa"-Spektrums eine Kundgebung auf dem **Pforzheimer** Wartberg angemeldet. Diese wurde jedoch von der Stadt mit dem Hinweis auf die Rechtslage untersagt, wonach eine Veranstaltung dann nicht genehmigt werden könne, wenn sie lediglich dazu diene, eine andere Versammlung zu verhindern. Dennoch versuchten Autonome am Abend des 23. Februar 2006 zur Mahnwache des FHD vorzudringen. Dies konnte durch starke Polizeikräfte unterbunden werden.

Daneben wurden im Jahr 2006 jedoch auch andere „klassische" Aktionsformen weiter praktiziert. Dazu gehörten das öffentliche Anprangern von Rechtsextremisten, etwa durch das Verteilen von Flugblättern mit einschlägigen Informationen über die betroffenen Personen oder Organisationen, das Erstellen von Broschüren und das Vorgehen gegen „Nazitrefforte" oder Parteitage rechtsextremistischer Parteien. So hatten verschiedene autonome

[333] Internetauswertung vom 13. November 2006.

„Antifagruppen“ über das Internet dazu aufgerufen, den 42. Landesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 19. November 2006 zu *„kippen“*. Dass dieser dann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in **Bruchsal**, sondern am Wohnort des NPD-Landesvorsitzenden in **Villingen** stattfand, versuchten Linksextremisten als eigenes Verdienst darzustellen. Das Internetportal „indymedia“ berichtete, den „Antifas“ sei die angemietete Gaststätte etwa eine Woche vor dem Parteitagstermin bekannt geworden:

> *„Aufgrund der lokalen und überregionalen antifaschistischen Interventionen geriet der Pächter so sehr unter Druck, dass er der NPD nicht mehr länger seine Räume vermieten mochte.“*[334]

5.2 „Repression“

Linksextremisten behaupten, dass bürgerliche Staaten grundsätzlich dazu neigen, speziell die „Linke“ als politisch-gesellschaftliche Oppositionskraft mittels Polizei und Justiz zu bekämpfen. In Krisenzeiten würden zum Zwecke der Herrschaftssicherung die Zügel angezogen. Genau das, nämlich eine verstärkte „Repression“, glauben sie in Zeiten des „Sozialabbaus“ zu beobachten, in denen der Staat angeblich „Widerstand“ gegen den von ihm damit zugleich betriebenen Abbau „sozialer Rechte“ unterdrücken und im Keim ersticken wolle. Indem staatlichem Handeln dabei die Bindung an Recht und Gesetz im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit abgesprochen und solches Handeln stattdessen als politisch motivierte Willkür denunziert wird, agitieren Linksextremisten gegen tragende Prinzipien der Verfassung.

angeblich zunehmende „Repression“ gegen „Linke“

Die subjektive Wahrnehmung angeblich zunehmender „Repression“ gegen „Linke“ bei einer angeblich immer geringeren staatlichen Eingriffsschwelle hat zu steigender Gewaltbereitschaft der Szene geführt. So kam es in der Nacht zum 23. Oktober 2006 in Reaktion auf Festnahmen und eine Hausdurchsuchung nach den Ausschreitungen auf der **Stuttgarter** Demonstration vom 21. Oktober 2006 zu einem Farbbeutelanschlag auf eine **Mannheimer** Polizeiwache. Laut Tatbekennung einer **„Autonomen Gruppe gegen Repression“** richtete er sich ausdrücklich gegen die Repression gegen „Linke“ in Baden-Württemberg. Die Erklärung endete mit den Parolen *„Getroffen ist eine, gemeint sind sie alle! Weg mit dem Polizeistaat! Für die soziale Revolution!“*.[335] Mit einem ähnlichen Anschlag in Karlsruhe hatte in der Nacht zum 20. Oktober 2006 eine **„Revolutionäre Gruppe Boomerang (R.G.B.)“** ihren Protest gegen die fortdauernden „staatlichen Angriffe“ auf

[334] Internetauswertung vom 21. November 2006.

[335] „Dokumentation“ des Bekennerschreibens auf der Homepage des „Infoladens Ludwigsburg“; Internetauswertung vom 26. Oktober 2006.

„linke“ Aktivisten und Strukturen, darunter namentlich die Räumung autonomer Zentren, *„brutale Übergriffe auf linke Demonstrationen (...) und skandalöse Prozesse gegen AntifaschistInnen“* zum Ausdruck gebracht. Man werde sich jedoch nicht länger *„durch reaktionäre Politik einschüchtern lassen und weiter für eine fortschrittliche, linke Perspektive kämpfen.“*[336]

5.3 Antiglobalisierung

Agitation gegen die Globalisierung stand 2006 bereits ganz im Zeichen des vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfels. Die linksextremistische Szene befasst sich schon seit dem Spätsommer 2005 intensiv mit Protestplanungen. Demgegenüber traten andere Ereignisse wie die Jahrestagung des „Weltwirtschaftsforums“ (World Economic Forum) in Davos/Schweiz in den Hintergrund. Selbst die Teilnehmerzahlen der Großdemonstration *„Gegen das Treffen der NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof“* am 4. Februar 2006 gegen die 42. Konferenz für Sicherheitspolitik in München blieben mit rund 1.700 Personen weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Vorbereitungen von Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 werden bundesweit vor allem von drei Gruppierungen mit jeweils unterschiedlich weitreichenden bündnispolitischen Zielsetzungen vorangetrieben. Die von Linksextremisten unterschiedlicher Herkunft dominierte **„Interventionistische Linke“ (IL)** strebt ein möglichst breites Bündnis an, an dem *„linke, linksradikale, trotzkistische, kirchliche, parteinahe, gewerkschaftliche Gruppen, aber auch die Linkspartei und attac“*[337] beteiligt sein sollen. In zwei *„Internationalen Aktionskonferenzen“* versuchte die IL 2006, den Kreis der Beteiligten noch zu erweitern und den Protest auf internationale Mobilisierung auszudehnen.

„Dissent+X“, ein als *„Organisierung im linksradikalen/autonomen/emanzipatorischen/anarchistischen Spektrum“*[338] beschriebener deutschsprachiger Ableger des von britischen Globalisierungskritikern anlässlich des G8-Gipfels 2005 in Gleneagles (Schottland) gegründeten Netzwerks „Dissent“ führte seit Herbst 2005, zuletzt vom 27. - 29. Oktober 2006 in Osnabrück, bisher insgesamt fünf bundesweite Vorbereitungstreffen durch, an denen teilweise auch Angehörige des autonomen Spektrums aus **Mannheim**, **Heidelberg**, **Tübingen** und **Stuttgart** teilnahmen. Des Weiteren sind Personen von „Dissent+X“ Organisatoren einer „internationalen Infotour“. Diese „Infotour“ führt in einer Mobilisierungskampagne gegen den G8-Gipfel

[336] Homepage des „Infoladens Ludwigsburg“; Internetauswertung vom 26. Oktober 2006.
[337] Darstellung zur „Interventionistischen Linken“ (IL); Internetauswertung vom 8. November 2006.
[338] Darstellung zu „Dissent“; Internetauswertung vom 8. November 2006.

2007 seit Herbst 2005 in bundesdeutschen Städten, darunter in Baden-Württemberg in **Tübingen**, **Heidelberg** und **Karlsruhe** sowie auch im europäischen Ausland Vorbereitungsveranstaltungen durch.

Anfang März 2006 gründete sich in Berlin das „Anti-G8 Bündnis für eine revolutionäre Perspektive". Die Einladung zu diesem Treffen wurde von der **„Revolutionären Aktion Stuttgart" (RAS)** verfasst.[339] Das „antiimperialistisch" ausgerichtete Bündnis, dem unter anderem Gruppen aus Berlin und **Stuttgart** angehören, formulierte in dem Aufruf *„Stop G8 KAPITALISMUS.IMPERIALISMUS.KRIEG"* unter anderem:

> *„Wir gehen davon aus, dass der G8-Gipfel gerade in der aktuellen Situation eine wichtige Gelegenheit für die revolutionäre, klassenkämpferische und internationalistische Linke bietet. (...) Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, auf der Basis grundlegender Positionen und klarer Forderungen zu agieren, die sich gegen die zentralen Angriffspunkte des Kapitals richten: Widerstand gegen den Generalangriff des Kapitals im Inneren! (...) Solidarität mit allen revolutionären und emanzipatorischen Kräften und ihrem Kampf gegen Imperialismus. (...) Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit! Nein zu den so genannten Anti-Terror- und Schwarzen Listen! Widerstand ist kein Terrorismus!"*[340]

Daneben engagiert sich bundesweit eine Fülle von Organisationen gegen den G8-Gipfel von 2007, darunter linksextremistische wie die **„Antifaschistische Linke Berlin"**, der „antiimperialistisch" orientierte Zusammenschluss **„Libertad"**, „Linksruck" oder die PDS-nahe Jugendorganisation „solid". Die „Linkspartei.PDS" startete zusammen mit der WASG, „solid" und der parteinahen „Rosa-Luxemburg-Stiftung" eine Kampagne *„Keine Macht der G8 - Menschen vor Profite"*.

In Vorbereitung auf das Großereignis 2007 in Heiligendamm waren unter anderem diese drei Bündnisstrukturen maßgeblich in die Durchführung des Camps *„Camp Inski - Anti-G8 Camping direkt an der Ostsee"* vom 4. bis 13. August 2006 in Steinhagen eingebunden. Im Rahmen des Camps, an dem sich circa 500 Personen des linksextremistischen Spektrums aus dem In- und

[339] Internetauswertung vom 8. November 2006.
[340] Flugblattaufruf des „Anti-G8-Bündnisses für eine revolutionäre Perspektive".

Vorbereitung auf G8-Gipfel

benachbarten Ausland beteiligten, wurden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Workshops abgehalten. Ziel dieser Veranstaltung, so hieß es in dem Aufruf *„Für globale soziale Rechte und ein ganz anderes Ganzes!“*, sei es, *„bis zum Sommer 2007 einen breiten, entschlossenen und wirkungsvollen internationalen Widerstand zu organisieren“*.

Die Protestplanungen nahmen Ende 2006 immer konkretere Formen an. Vertreter aller drei Bündnisprojekte und eine Vielzahl weiterer Organisationen, darunter die „Linkspartei.PDS“, trafen sich am 10. November 2006 zur „Internationalen Aktionskonferenz Rostock II“, an der nach eigenen Angaben mehr als *„450 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa“* teilnahmen, um sich auf den *„Fahrplan“* für eine *„Protestwoche“* gegen den G8-Gipfel zu verständigen.[341] Diesem zufolge sind unter anderem vorgesehen: eine Großdemonstration, eine große Auftaktveranstaltung, ein *„migrationspolitischer Aktionstag“*, im Rahmen einer Blockade des Flughafens Rostock-Laage ein *„Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter und den globalen Ausnahmezustand“*, ein *„Alternativgipfel“* und eine *„Massenblockade“* des G8-Gipfels.

Brandanschläge

Die mit dem am 28. Juli 2005 verübten Brandanschlag auf das Dienstfahrzeug des Vorstandsvorsitzenden einer Aktiengesellschaft in Hamburg eingeleitete militante Begleitkampagne wurde im Jahr 2006 fortgesetzt. Dazu gehörten bislang

- **am 23. Oktober 2006:** ein versuchter Brandanschlag auf das Gebäude einer Reederei in Hamburg
- **am 28. September 2006:** ein versuchter Brandanschlag auf das Fahrzeug des Niederlassungsleiters einer Versicherung in Hamburg
- **am 10. September 2006:** ein versuchter Brandanschlag auf vier Lastkraftwagen einer Firma in Eberswalde
- **am 20. Juli 2006:** ein Brandanschlag auf zwei Klein-Lastkraftwagen auf dem Gelände eines Autohauses in Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg
- **am 27. April 2006:** ein Brandanschlag auf das Fahrzeug des Direktors des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts sowie Sachbeschädigung an dessen Haus
- **am 27. März 2006:** ein Brandanschlag auf fünf Fahrzeuge einer Firma in Bad Oldesloe
- **am 26. Dezember 2006:** ein Brandanschlag auf das Fahrzeug des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen in Hamburg
- **am 31. Januar 2006:** ein Brandanschlag auf zwei Kleinlastwagen einer Firma in Hamburg.

[341] Homepage zu Heiligendamm vom 23. November 2006.

Insgesamt wurden bisher im Rahmen der „militanten Kampagne“ zum G8-Gipfel zwölf Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge beziehungsweise Gebäude in Berlin, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg verübt.

5.4 „Sozialabbau“

Vermochte die Demonstration in Straßburg am 14. Februar 2006 gegen die „Bolkestein-Richtlinie“[342] der Öffentlichkeit noch den Eindruck von „Massenprotesten“ zu vermitteln, gelang es bei bundesweiten Veranstaltungen hingegen nicht mehr, die Mobilisierungserfolge vorheriger Jahre zu wiederholen. Die Grundstimmung in der Bevölkerung konterkarierte Anstrengungen von Linksextremisten, die gegenwärtige Situation in eine kämpferische Stimmung gegen den fortschreitenden „Abbau sozialer Grundrechte“, „Ausbeutung“ und „Unterdrückung“ umzumünzen. So versuchten Trotzkisten, steuernd auf die Studentenproteste gegen die Einführung von Studiengebühren Einfluss zu nehmen. Sie und andere Linksextremisten beteiligten sich an Streiks im Rahmen von Tarifkonflikten. Das Ziel einer Zusammenführung der Proteste und deren Ausweitung zu Massenveranstaltungen blieb jedoch unerreichbar.

Mobilisierungserfolge rückläufig

Befürchtungen, dass der Funke von den gewaltsamen Ausschreitungen Jugendlicher in Pariser Vororten im Frühjahr 2006 auf Deutschland überspringen könnte, erwiesen sich als unbegründet. Wohl aber errangen die erfolgreichen Proteste in Frankreich gegen die Einführung eines *„Ersteinstellungsvertrags“*[343] einen gewissen Vorbildcharakter, der sich etwa in der von der MLPD geprägten Parole „Kämpfen wie in Frankreich“ niederschlug. Mit der abschließenden Parole *„Schaffen wir französische Verhältnisse!“* rief die „Interventionistische Linke“ (IL) zur Großdemonstration in Berlin am 3. Juni 2006 auf.

zuhause bleiben is nicht

Heraus zum Revolutionären 1. Mai!

Nach den massenhaften Protesten gegen Hartz 4, den Demonstrationen und Aktionen der Studierenden und den kämpferischen Streiks im Öffentlichen Dienst, stehen aktuell die Arbeitskämpfe der Metall- und Elektroindustrie an. All diese Konflikte haben hier in den letzten Jahren und Monaten jeweils zehn- und hunderttausende Menschen auf die Straßen gebracht. Daneben fanden und finden täglich unzählige kleinere Proteste, Streiks und Demonstrationen in verschiedenen Bereichen statt.

Dafür gibt es gute Gründe: Mit Hartz 4 wurden und werden keine neuen Jobs geschaffen, sondern lediglich die Arbeitslosen weiter entrechtet und viele in Armut gestürzt sowie der Druck auf die noch Beschäftigten erhöht. Durch die Schließung von „unprofitablen“ Fakultäten an den Universitäten und die Einführung von Studiengebühren wird auf Kosten der Studierenden weiter eingespart, vielen wird der Zugang zu besserer Bildung von vornherein vorenthalten. Die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Erhöhung des Rentenalters, die faktischen Kürzungen bei Löhnen und Renten, verschärfen für Millionen die Lebenssituation, zugunsten der Profite des Kapitals.

So verschieden die Konflikte scheinen mögen und so vereinzelt die Kämpfe in den meisten Fällen noch geführt werden, sie haben die gleiche Ursache: Die Wirtschaft soll durch weniger Ausgaben für Staat und Kapital sowie durch die intensivere Ausbeutung der Beschäftigten angekurbelt werden. Dass die großen Unternehmen und ihre Bosse und Manager derzeit riesige Profite einfahren, spielt dabei keine Rolle.

Auch die traditionelle Demonstration am 1. Mai 2006 in **Stuttgart** stand im Zeichen des „Sozialabbaus“. So verschieden die zahlreichen derzeitigen sozialen Konflikte auch seien, hieß es im Aufruf der **„Initiative für einen Revolutionären 1. Mai in Stuttgart“**, sie hätten die gleiche Ursache: *„Die Wirtschaft soll durch weniger Ausgaben für Staat und Kapital sowie*

[342] Richtlinie zur Liberalisierung des EU-Binnenmarkts.

[343] Der „Ersteinstellungsvertrag“ sollte eine neue Form des Arbeitsvertrages für junge Berufstätige unter 26 Jahren werden. Vorgesehen war eine Probezeit von zwei Jahren, während der man jederzeit und ohne Angabe von Gründen hätte entlassen werden können.

durch die intensivere Ausbeutung der Beschäftigten angekurbelt werden."[344]

Die „Leidtragenden" dieses Systems müssten sich zusammenschließen und ihre Interessen selbst durchsetzen. Alle diese verschiedenen *„Kämpfe"* dürften jedoch das *„Grundproblem"* nicht aus den Augen verlieren, *„eben ein System, das auf Kapital-Verwertung und Konkurrenz beruht, das darauf aufbaut, dass eine Minderheit die Produktionsmittel besitzt, die Mehrheit ausbeutet, manipuliert und unterdrückt. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die all dies infrage stellt, die den gesellschaftlichen Reichtum und die Produktivkräfte zum Wohle aller einsetzt, entwickelt und verteilt und auf der gemeinsamen Solidarität statt auf Konkurrenz und Profitstreben aufbaut, kann nur die Lösung sein. Unsere täglichen Kämpfe sind als die ersten Schritte dorthin zu verstehen".* Genau dafür sei der 1. Mai als *„internationaler Kampftag des Proletariats"* ein *„wichtiges Symbol"*. Weiter heißt es unter anderem:

> *„Aber wir betonen gerade am 1. Mai, dass wir die Versuche der Kapitalisten und ihrer Regierungen, die Lasten ihrer krisenhaften Wirtschaftsordnung auf uns abzuladen, nur dann wirklich bekämpfen können, wenn wir ihr System in Frage stellen."*

Als immer weniger ergiebig erwies sich der Versuch, mit den wöchentlichen „Montagsdemonstrationen" die Proteste gegen Sozialreformen kontinuierlich wach zu halten. Allein aus Anlass der 100. „Montagsdemonstration" kam es kurzfristig zu einem erhöhten Zulauf. Dennoch konnte der Rückgang der Teilnehmerzahlen an diesen angeblich noch immer in über 100 Städten in Deutschland stattfindenden Veranstaltungen nicht aufgehalten werden. Eine erwähnenswerte Resonanz bei der Bevölkerung blieb auch im Jahr 2006 aus. In baden-württembergischen Städten wie **Mannheim**, **Tübingen** oder **Stuttgart** lag die durchschnittliche Teilnehmerzahl bei nur noch 20-30 Personen. Dennoch wollte man an der Durchführung der Montagsdemonstrationen festhalten.

5.5 Nahost-Konflikt

Szene weiterhin gespalten

Der durch die Entführung zweier israelischer Soldaten Mitte 2006 ausgelöste Libanonkrieg ließ erneut eine Konfliktlinie in der linksextremistischen Szene aufbrechen, die schon seit Jahren für Lähmungserscheinungen in diesem politischen Spektrum verantwortlich ist. Dabei stehen sich eine verbal-

[344] Hier und im Folgenden: „Heraus zum Revolutionären 1. Mai!"; Flugblattaufruf der „Initiative für einen Revolutionären 1. Mai in Stuttgart".

militante, das Existenzrecht Israels negierende („Antiimperialisten") und eine weit über die Anerkennung des Existenzrechts hinausgehende, bedingungslose Unterstützung und Solidarität einfordernde, bis zur Befürwortung kriegerischer Auseinandersetzungen reichende „bellizistische" Strömung („Antideutsche") gegenüber. Dazwischen finden sich gemäßigtere Positionen. Marxisten-Leninisten, Maoisten und Trotzkisten verharrten weiterhin unbeirrt in ihrer „antiimperialistischen" Sichtweise. Die alten Sympathien für den „Befreiungskampf" des palästinensischen Volkes blieben lebendig.

Die DKP blendete die für das Handeln Israels maßgeblichen Ereignisse weitestgehend aus. Nicht von einer Entführung, sondern verharmlosend von „Gefangennahme" der beiden israelischen Soldaten war die Rede. Mit Blick auf Israel sprach sie von *„terroristischen Kräfte*(n)*"*[345]. Israel galt als der *„Aggressor"*. Mit gleicher Terminologie, nämlich *„israelischer Aggression"*, agitierte die MLPD. Das *„Zentralkomitee"* der Partei nahm in einer *„Erklärung (...) zur kriegerischen Aggression des israelischen Regimes gegen Palästina und den Libanon"* vom 25. Juli 2006 Stellung. Darin erklärte es Israel zum Verantwortlichen für die Entwicklung. Die *„völkerrechtswidrige Aggression Israels"* stehe *„unter direkter Regie des US-Imperialismus"* und dessen weiteren Zielsetzungen. In den *„bürgerlichen"* Medien in Deutschland ziele eine *„an den Haaren herbeigezogene, weitgehend gleichgeschaltete Berichterstattung auf die Unterdrückung jeglicher Kritik an der israelischen Regierung"* ab. Überhaupt werde jede Kritik an der israelischen Regierung *„mit dem Bannstrahl des Antisemitismus belegt"*. Doch sich *„gegen die Aggression Israels für Frieden und Völkerfreundschaft und für die Solidarität mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf der palästinensischen und arabischen Volksmassen einzusetzen"*, habe damit nichts zu tun. Es gehe in der Region weder um Selbstverteidigung Israels noch um einen Krieg der Religionen, sondern allein um die Konkurrenz der *„führenden imperialistischen Länder"* um ihren strategischen Einfluss in dieser weltweit wichtigsten Ölregion. Da der Imperialismus die Wurzel allen Übels und Ursache aller Kriege sei, gelte es, diesen zu bekämpfen und für den *„Sieg der internationalen sozialistischen Revolution"* einzutreten. Der trotzkistische „Linksruck" titelte auf seiner Zeitung *„Der Terror kommt aus Israel"*. Israel behaupte, sich zu verteidigen, führe tatsächlich aber schon 40 Jahre einen Krieg gegen die Palästinenser.[346] Repräsentanten der „Linkspartei.PDS" beteiligten sich ebenfalls an antiisraelischen Demonstrationen, doch wurde die politische Position der Partei eher zurückhaltend formuliert. In einer Erklärung von Abgeordneten der Partei vom 20. Juli 2006 nach der besonderen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zur Lage im

[345] UZ Nr. 29 vom 21. Juli 2006, S. 1.

Nahen Osten wurde auch der Angriff der „Hizb Allah“ auf israelisches Territorium als *„Akt der Aggression“* bezeichnet, doch lag der Hauptakzent auf der Kritik an Israel, dem ihm unterstellten Missbrauch der UN-Charta und seinem *„völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“*, der *„offensichtlich in Absprache mit den USA von langer Hand vorbereitet“* worden sei.

Aktionen in Baden-Württemberg

Im gesamten Bundesgebiet gab es Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen, darunter in Baden-Württemberg z. B. in **Karlsruhe** am 29. Juli 2006 oder am 5. August 2006 in der Heidelberger Innenstadt. Die Teilnehmerzahlen rangierten vom zweistelligen Bereich bis zu einigen Tausend Personen. Losungen wie *„Israel, Libanon, Gaza: Sofortige und bedingungslose Waffenruhe! Deutsche Unterstützung der israelischen Kriegspolitik beenden!“* - so in **Heidelberg** am 5. August 2006 - bekundeten einseitige politische Sichtweisen. Entsprechend setzten sich die Teilnehmer an antiisraelisch ausgerichteten Demonstrationen überwiegend aus Mitgliedern „antiimperialistisch“ ausgerichteter Gruppen und Zusammenhängen aus dem autonomen Spektrum, marxistisch-leninistisch, trotzkistisch oder maoistisch orientierten Organisationen zusammen. Ein Flugblattaufruf zur Veranstaltung in **Heidelberg** wurde von fast ausschließlich linksextremistischen beziehungsweise linksextremistisch beeinflussten Organisationen wie dem **„Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg“**, der VVN-BdA, DKP oder von „Linksruck“ getragen.

Andererseits fanden jedoch auch proisraelische Demonstrationen mit zum Teil unerwartet hohen Teilnehmerzahlen statt. Die Veranstaltungen verliefen trotz häufig emotional aufgeheizter Atmosphäre meist friedlich. Rangeleien bis hin zur Gewaltanwendung gab es hingegen wiederholt beim Auftauchen israelischer Fahnen auf antiisraelischen Kundgebungen.

5.6 „Autonome Zentren“

Der Kampf um ein neues „Autonomes Zentrum“ (AZ) war eines der beherrschenden Themen der autonomen Szene von **Heidelberg**. Das frühere AZ war bereits 1999 ersatzlos geschlossen worden. Auch 2006 versuchte die Szene, neben verschiedenen demonstrativen Aktionen mit zwei Hausbesetzungen am 22./23. April 2006 und 8./9. Juli 2006, die allerdings eher symbolischen Charakter hatten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihr Anliegen zu lenken.

Am 6. April 2006 wurde die „Ex-Steffi“, ein von der Szene als selbst verwaltetes „Wohn- und Kulturzentrum“ bezeichneter Anlaufpunkt, in **Karls-**

[346] „Linksruck. Zeitung für Internationalen Sozialismus“ Nr. 221 vom 19. Juni 2006, S. 6/7.

ruhe geräumt. Ein Ersatzobjekt gibt es bisher nicht. Ein von der Szene vorgeschlagenes Alternativgebäude wurde von der Stadt abgelehnt. *„Mit allen Mitteln"*, so hieß es daraufhin in der Szeneschrift *„break-out"*, versuchten *„Polizei und Staatsanwaltschaft"* seither, *„Personen, die sie dem Ex-Steffi-Umfeld zurechnen, zu kriminalisieren und in der Öffentlichkeit zu diskreditieren."*[347] Die Räumung der „Ex-Steffi" in **Karlsruhe** sei dabei *„Teil eines neuen europaweiten Anlaufs, autonome kulturelle Zentren zu zerstören"*. Doch die vielen *„Soli-Aktionen"* nach der Räumung machten deutlich, dass *„wir und auch viele andere weiterhin für eine herrschaftsfreie, emanzipatorische Gesellschaft kämpfen. Eine wichtige Grundlage dafür"* seien *„selbstverwaltete Strukturen und autonome Zentren, die einen wertvollen Beitrag zur Identifikation und Mobilisierung"* leisteten.

Kampf um „Freiräume"

Nachfolger des seit dem 1. September 2006 nach Ablauf des Mietvertrags nicht mehr bestehenden „Bedingt Autonomen Zentrums" (BAZ) in **Stuttgart** und damit neuer Treffpunkt der linksextremistischen/autonomen Szene ist das „Soziale Zentrum in Stuttgart" in **Stuttgart-Heslach**.

Eine landesweite Demonstration *„für den Erhalt und Ausbau selbstverwalteter Zentren"* am 20. Mai 2006 in **Stuttgart**, veranstaltet von einem **„Bündnis für den Erhalt und Ausbau selbstverwalteter Jugend- und Kulturzentren in Baden-Württemberg"** und unterstützt von verschiedenen autonomen Antifagruppen sowie der VVN-BdA Baden-Württemberg, sollte erneut auf die *„desolate Situation linker Zentren"* aufmerksam machen. Sie habe mit der Räumung des **Stuttgarter** Gebäudes in der Oberen Weinsteige 9 („OBW9") und der „Ex-Steffi" einen *„dramatischen Höhepunkt"* erreicht.[348] Dieser Trend sei *„Teil einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die in Form von staatlicher Repression und Räumungen direkt die linke Szene"* betreffe. Dies sei eine Tendenz, die, beeinflusst vom *„globalen Neoliberalismus und dem damit verbundenen regionalen und nationalen Wettbewerb, geprägt von Konkurrenz und Vereinzelung der Individuen, stark in Richtung eines sich verschärfenden autoritären und ausgrenzenden Staates"* dränge. Die *„Instrumente der Ausgrenzung"*, seien es *„Rassismus, Sexismus, Sozialkahlschlag, Überwachung oder eben auch die Repression gegen die linke Bewegung"*, würden *„von großen Teilen der Politik getragen und von der deutschen Bevölkerung toleriert, wenn nicht sogar befürwortet"*. Hierauf sei eine *„offensive Antwort"* gefordert. Dazu müsse unter anderem die *„linke Bewegung (...) ihre Handlungsunfähigkeit überwinden und weg von*

[347] Hier und im Folgenden: Monatsschrift der AIHD „break-out" 06/2006, S. 3-8.
[348] Hier und im Folgenden: Ebd.

einer reinen Abwehrhaltung selbstbewusst auf regionaler wie überregionaler Ebene ein nicht vernachlässigbarer Problemfaktor für die herrschende Politik werden".

Ein Aufruf des **„AK Antifa Mannheim"** endete mit den Parolen:

> *„Solidarität mit den geräumten und bedrohten Projekten. Kapitalismus und autoritäre Formierung angreifen. Linke Politik verteidigen, linke Zentren schaffen und ausbauen."*[349]

6. Weitere Informationen

Derzeit sind zum Thema Linksextremismus folgende Broschüren erhältlich: „Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland - Allgemeine Entwicklung" (2003), „Antifaschismus als Aktionsfeld von Linksextremisten" (2002) und „Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - Auf dem Weg in die Demokratie?" (2000).

Aktuelle Informationen zum Linksextremismus erhalten Sie auch auf unserer Internetseite: http://www.verfassungsschutz-bw.de/links/start_links.htm.

[349] Aufruf des „AK Antifa Mannheim"; Internetauswertung vom 24. Oktober 2006.

F. SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Gründung:	1954 in den USA, 1970 erste Niederlassung in Deutschland, 1972 erste Niederlassung in Baden-Württemberg
Gründer:	Lafayette Ronald HUBBARD (1911-1986)
Nachfolger:	David MISCAVIGE (Vorstandsvorsitzender „Religious Technology Center", RTC)
Sitz:	Los Angeles („Church of Scientology International", CSI)
Mitglieder:	Baden-Württemberg ca. 1.000 (2005: ca. 1.000 - 1.100) Bundesgebiet ca. 5.000 - 6.000 (2005: ca. 5.000 - 6.000) weltweit ca. 100.000 - 120.000 (2005: ca. 100.000 - 120.000)
Publikationen:	„Dianetik-Post", „Freiheit", „Mission News", „Good News", „Free Mind", „International Scientology News", „Prosperity", „Impact", u.a.

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

Ziele der SO

Expansion in die Gesellschaft war auch 2006 oberstes Ziel der „Scientology-Organisation" (SO). Sie verschleiert ihre politischen Ziele nach außen mit angeblich karitativen Programmen. Die SO will langfristig mit massiver Mitgliederwerbung und Infiltration bis auf die Ebene der Europäischen Union (EU), die von SO-Funktionären als *„Viertes Reich"*[350] verunglimpft wurde, Macht erlangen. Sie verschärfte auch ihre Agitation zur *„Vernichtung"* der Psychiatrie. Im Bildungssektor bemühte sich die SO verstärkt, ihre Konzepte anzubieten. Ungeachtet ihrer totalitären Ziele versuchte sie, das Thema Menschenrechte zu vereinnahmen. Mit solchen PR-Kampagnen will sie vor allem soziale Akzeptanz insbesondere auch bei Jugendlichen gewinnen. Um in eine schwerer angreifbare Position zu gelangen, strebt die SO weiterhin an, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erwerben.

Funktionäre der **„Class V Org"**[351] in **Stuttgart** übten gegenüber der Basis zum Teil massiven Druck aus, um hohe Spenden für den Erwerb eines repräsentativen Gebäudes in der Landeshauptstadt zur Errichtung einer „Idealen Org"[352] zu erlangen. Dabei werden rigorose Methoden, wie etwa Aufrufe zur Bespitzelung angewandt. Das zeigt, dass die Menschenrechtskampagnen letztlich der Täuschung der Öffentlichkeit dienen. Die SO ist bereit, Grundrechte der Mitglieder schon aus geringem Anlass zu missachten. Aufgrund der Methoden der SO steht ihr die Öffentlichkeit weitgehend kritisch bis ablehnend gegenüber, weswegen die Mitgliederzahl der SO im Land auch nach wie vor stagniert.

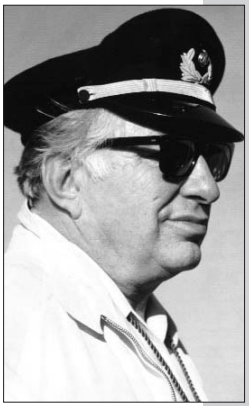
---

[350] Le Soir Magazine, Artikel „La Scientologie vise Bruxelles" vom 16. Mai 2006.

[351] Die einer SO-Basisorganisation übergeordnete Einheit mit breiterem Dienstleistungsangebot.

[352] Die SO verbindet mit dieser Aufwertung die Vorstellung einer prosperierenden, repräsentativen SO-Niederlassung mit hoher Anziehungskraft in der Bevölkerung.

2. Programmatik und Erscheinungsbild



L. Ron HUBBARD

Die SO betrachtet die von L. Ron HUBBARD entwickelte Lehre als in der Tradition des Buddhismus stehende „Erlösungsreligion" und als einzige Rettung einer angeblich vom Niedergang gekennzeichneten, *„geisteskranken Gesellschaft"*.[353] HUBBARDs kostenträchtig angebotene Techniken sollen Menschen „geistig befreien" (*„individuelle Dianetik"*), die anschließend dem Anspruch nach als nahezu fehlerlos funktionierende *„Clears"* beziehungsweise höher trainierte *„Operierende Thetane"* (*„OTs"*) zunehmend Kontrolle über ihre Umgebung ausüben. Die Schaffung des vermeintlich neuen, omnipotenten Menschen (*„homo novis"*) mündet in einen dogmatischen politischen Alleinvertretungsanspruch (*„politische Dianetik"*): Durch *„Expansion"* der Zahl hochtrainierter Scientologen in *„Schlüsselpositionen"* und durch die Einführung von HUBBARD-Verfahren (*„Administrative Technologie"*) auf breiter Front in Politik, Staat und Wirtschaft will die Organisation langfristig im Stil einer Sozialutopie eine gänzlich konfliktfreie und perfekt funktionierende scientologische Gesellschaftsordnung errichten. Für den gesellschaftlichen Fortschritt sieht diese Programmatik es als wünschenswert an, Gegner wie in einer Quarantäne zu *„isolieren"* und nur *„Clears"* Bürgerrechte zu gewähren. Diese Vision bezeichnet die SO mit *„Clear Deutschland"*, *„Clear Europe"* oder *„Clear Planet"*.

scientologische Gesellschaftsordnung angestrebt

Überprüfung am E-Meter

Im Innenverhältnis besteht ein rigides System von Belohnungen und Strafen (*„Ethik"*) und eine eigene „Justiz". Unbotmäßigkeit Einzelner wird mit disziplinarischen beziehungsweise repressiven *„Ethik"*-Maßnahmen[354] geahndet. Vor allem durch die umfassende Fragetechnik des *„Auditing"*[355] und *„Sicherheitsüberprüfungen"* (*„Security Checks"*) am *„E-Meter"*, eine Art einfacher Lügendetektor, sowie durch weitere Kontrolle mittels *„Wissensberichten"* der Scientologen kann die Organisation intimste Kenntnisse über ihre Mitglieder erlangen und Kritiker frühzeitig erkennen. Das Management in den USA degradiert die Scientologen an der Basis weitgehend zu

[353] New Era Publications UK, Flugblatt „Planetary Dissemination Survey", Juni 2006, Übersetzung durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

[354] Siehe hierzu Abschnitt 5, S. 236ff.

[355] Scientologische Methode zur Persönlichkeitsveränderung des Menschen.

Sea Org-Logo

KVPM-Logo

OSA-Logo

„Sea Org" Inspektion

Befehlsempfängern und erwartet fortwährende finanzielle Opfer. Die Führung kann sich zur Durchsetzung ihrer Vorgaben auf die paramilitärisch organisierten Kader der **„Sea Organization" („Sea Org")** stützen.

Hohe Konfliktträchtigkeit ergibt sich auch durch das Menschenbild der SO, das zwischen angeblich überlegenen Scientologen, unterlegenen Nichtscientologen (*„Wogs"*) und minderwertigen Gegnern unterscheidet. Kennzeichnend ist ferner ein rigoroser Durchsetzungswille, die Schaffung von Feindbildern und ein Weltbild, das Züge einer Verschwörungstheorie trägt: Eine *„unter Drogen stehende Bevölkerung"* werde durch die Psychiatrie unmündig gehalten und kontrolliert. Insbesondere die SO-Hilfsorganisation **„Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte" (KVPM)** führt deshalb immer wieder Diffamierungskampagnen durch. Der organisationseigene Nachrichtendienst **„Office of Special Affairs" (OSA)** hat die Aufgabe, Kritiker und Gegner auszuforschen und unter Umständen repressive Maßnahmen zu treffen. Kritiker der SO werden grundsätzlich als *„Kriminelle"* und als zu bekämpfende *„unterdrückerische Personen"* (*„supressive persons"* - *„SPs"*) stigmatisiert. Die Sozial- und administrativen Techniken nach HUBBARD - in der SO Vorbild für die Gesellschaft - zielen darauf ab, Befehle kompromisslos durchzusetzen und Widerstand aus dem Weg zu räumen. Kritik- und Kompromissfähigkeit - Grundvoraussetzungen für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens - sind nicht erwünscht. Das HUBBARD-Programm lässt auch keine Gewaltenteilung, die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz oder das Recht auf Bildung einer Opposition erkennen. Es ist unvereinbar mit der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

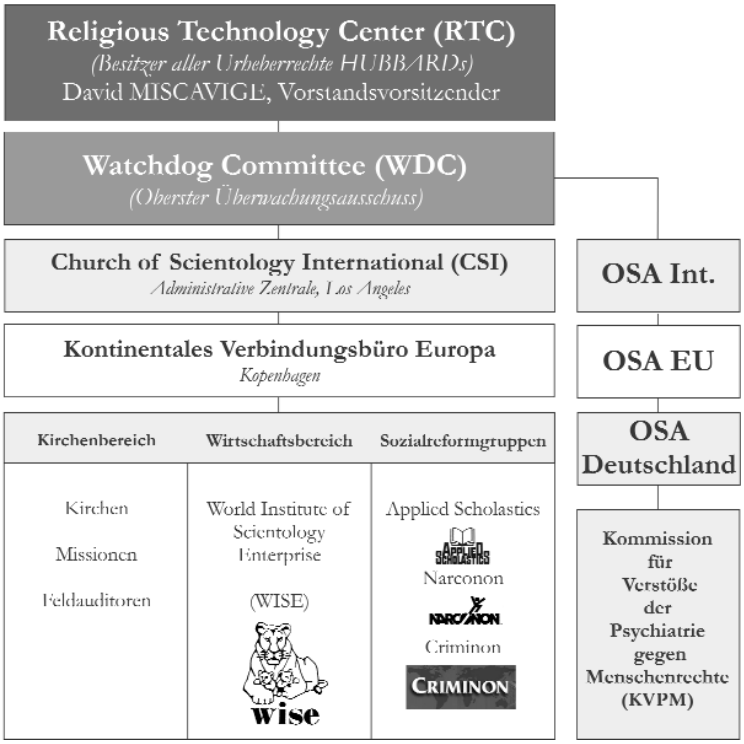
3. Organisation und Mitgliederbestand

Die SO ist eine streng hierarchische, straff von ihrem Management in Los Angeles aus geführte Organisation. Die Europazentrale, das „Kontinentale Verbindungsbüro", befindet sich in Kopenhagen/Dänemark. Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet besitzt die SO in Baden-Württemberg das dichteste organisatorische Netzwerk. Es umfasst eine **„Class V Org"**[356] in **Stuttgart** und vier etablierte **„Missionen"** als Basisorganisationen in **Ulm**, **Karls-**

[356] Die einer SO-Basisorganisation übergeordnete Einheit mit breiterem Dienstleistungsangebot.

ruhe, **Göppingen** und **Erlenbach**/Krs. **Heilbronn**, wobei letztere unbedeutend ist. In **Kirchheim/Teck** ist eine **„Feldauditorengruppe“**[357] aktiv, die einen sozial gehobenen Personenkreis anspricht. Sie gilt in der SO als eine der wichtigsten „Feldgruppen“ Europas und kann überregional etwa 100 Personen an sich binden.

Dem SO-Wirtschaftsverband **„World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE)** gehören in Baden-Württemberg rund 50 Mitglieder an, entweder Einzelpersonen oder Firmen mit weniger als 20 Mitarbeitern. Schwerpunkte sind die Immobilien- und Finanzdienstleistungsbranche sowie Managementberatung und Informationstechnologie. In Stuttgart besteht ein **„WISE Charter Committee“ (WCC)** als „Justiz“-Stelle für WISE-Mitglieder. Im Bereich der Hilfsorganisationen betreibt die **„Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM)** Vereine in Stuttgart und Karlsruhe. In Stuttgart ist eine **„Applied Scholastics“ (ApS)**-Niederlassung



WCC-Logo

[357] Personen, die *„Auditing“* außerhalb der „Org“ anwenden.

etabliert, die als **„Professionelles Lerncenter“** firmiert und Scientology-Lerntechniken anbietet. Ein zweiter ApS-Anbieter trat 2006 im Raum **Göppingen** auf.

Trotz erheblicher Anstrengungen gelang es der SO nicht, ihr organisatorisches Netz nachhaltig auszudehnen und eine dynamische Mitgliederentwicklung einzuleiten. So wurden seit 2003 rund ein halbes Dutzend neue „Missionen“ in Baden-Württemberg gegründet, die bislang keinen nennenswerten Mitgliederstamm gewinnen konnten. Scientologen versuchten ohne großen Erfolg, eine Art Jugendorganisation unter dem Namen **„Fun Treff junger Scientologen“ (FTJS)** aufzubauen. Ein Vergleich der WISE-Mitgliederverzeichnisse der Jahre 1999 bis 2005 zeigt zudem, dass sich die Zahl der von WISE genannten Mitglieder in Deutschland nicht gravierend verändert hat (2005: etwa 250). Dieses Problem versucht das Management gegenüber der Basis und nach außen durch stereotype Behauptungen einer fortwährenden Expansion und weit übertriebene Mitgliederzahlen zu kaschieren. In einer Presseerklärung gab die **„Scientology Kirche Deutschland“** (SKD) mit angeblich 12.000 *„aktiven Scientologen“*[358] zwar immer noch überzogene Mitgliederzahlen an, rückte damit jedoch von früheren Behauptungen ab, über 30.000 Anhänger in Deutschland zu verfügen. Damit räumte man indirekt ein, dass die ständige Propaganda einer Expansion in Deutschland keine ernsthafte Grundlage hat. Die SO will weiterhin Körperschaft des öffentlichen Rechts werden, wobei sie intern behauptete, zur Verwirklichung benötige die SO in Deutschland insgesamt 10.000 Lebenszeitmitglieder der Mitgliederorganisation **„International Association of Scientologists“ (IAS)**. Auch dadurch offenbarte die SO indirekt die Unglaubwürdigkeit ihrer offiziellen Zahlen.[359] Sie verfügt bislang nicht über genügend Mitglieder, um ihre ehrgeizigen Ziele auf breiter Front verfolgen zu können und hat Probleme, Mitarbeiter und Lizenznehmer in ausreichender Zahl zu rekrutieren.

IAS-Logo

4. Mitgliederwerbung

Gegenüber der Öffentlichkeit stellt die SO ihre Mitgliederwerbung grundsätzlich nur als individuelle Lebenshilfe dar und weist auf den angeblich karitativen Charakter ihrer „Sozialprogramme“ hin. Sie versandte im

[358] Presserklärung „L. Ron Hubbards ‚Reise zum ICH’ bricht neue Rekorde“ vom 24. Januar 2006.

[359] Vgl. hierzu den auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz eingestellten Beitrag „Die Legende von den 8 Millionen Scientologen“.

Berichtsjahr Propagandamaterial an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung und führte in Baden-Württemberg zahlreiche Werbeaktionen mit gelben Großraumzelten und Informationsständen durch. Die SO intensivierte während der Fußballweltmeisterschaft 2006 die Straßenwerbung (*„Body Routing"*) und etablierte „Testcenter" in den Zentren von **Stuttgart** und **Ulm**. Die SO erreichte jedoch nicht die erhoffte hohe Präsenz im öffentlichen Raum. Scientologen nutzten auch Geschäftskontakte oder persönliche Bekanntschaften, um für die SO zu werben.

Die Werbung für die Lehre HUBBARDS erfolgt teilweise verdeckt. So ist die PR-Kampagne **„Jugend für Menschenrechte"** meist nicht ohne weiteres als Scientology-Aktion erkennbar. Sie dient nicht nur der Imagepflege, sondern auch dazu, neue Mitglieder - insbesondere Jugendliche - zu werben. Der *„Programm-Koordinator"* der Kampagne äußerte in einem Rundschreiben an Scientologen, Menschenrechte seien das *„Werkzeug"*, um die breite Öffentlichkeit zur SO zu bringen. In **Kirchheim/Teck** und **Überlingen/Bodensee** wurden Seminare beworben, die einen psychologischen Hintergrund (Stressbewältigung, Lebensbewältigungshilfe) vermuten ließen. Für Außenstehende war nicht ohne weiteres erkennbar, dass die Referenten Scientologen waren. Im Raum **Konstanz** wurden Zeitungsinserate für einen „Freizeitgesprächskreis" geschaltet. Interessierte seien anschließend jedoch mit Scientology-Werbung konfrontiert worden. In **Freiburg im Breisgau** versuchen SO-Anhänger, ein „Zentrum für Lebensfragen" zu etablieren.

Youth for Human Rights International

HUBBARDs Lehre in Seminaren für Führungskräfte

Eine GmbH mit Sitz in der Schweiz und ein „Kontaktbüro" in **Karlsruhe** versandten Faxwerbung („Faxspam") für bundesweite Management-Seminare für Führungskräfte. Interessenten, die sich für in Hotels durchgeführte kostenlose Abendseminare anmeldeten, gelangten per Rufumleitung zu WISE-Mitgliedern beziehungsweise erhielten per E-Mail die Bestätigung von einem Verlag aus dem Raum **Stuttgart**, hinter dem ein WISE-Trainer steht, der auch Geschäftsführer einer bundesweit tätigen Trainingsfirma mit Adresse im **Karlsruher** Raum ist. Deren Mitarbeiter führten die Seminare durch. Den Teilnehmern wurde ein allgemeiner Vortrag über Effizienz und Motivation angeboten, bei dem bruchstückartig HUBBARDs Lehre eingestreut wurde, was für Außenstehende jedoch kaum erkennbar war. Dem folgte das Angebot einer zunächst kostenlosen und unverbindlichen Schwachstellenanalyse im Betrieb, wodurch die Trainer Zugang zu den betroffenen Firmen erlangen konnten.

5. Repressive Maßnahmen zur Geldbeschaffung

SO-Funktionäre führten an der Basis im Raum **Stuttgart** massive Spendenkampagnen zur Finanzierung der hiesigen „Idealen Org“[360] durch. Ziel war die Sammlung mehrerer Millionen Euro zum Erwerb eines repräsentativen Gebäudes in **Stuttgart**. Die SO verband ihr Vorhaben mit hohen gesellschaftspolitischen Ambitionen. Es sei *„die einzig richtige Antwort auf eine Gesellschaft, mit der es immer weiter bergab geht.“*[361] Da eine Reihe von Scientologen ihre Spendenzusagen nicht einhielten, übten Funktionäre durch *„Ethik“*-Anordnungen massiven Druck aus: *„(...) versprochene Spenden für das ideale Org Gebäude in einer Höhe von weit über 1 Million Euro wurden bis jetzt nicht bezahlt, obwohl sie fällig waren zum 31.12.2005“*. Anschließend prangerte die Anordnung mehr als 50 „säumige“ Scientologen namentlich an und forderte zur Bespitzelung der Bloßgestellten auf: *„Von allen Scientologen im Stuttgarter Feld wird erwartet, Wissensberichte (...) einzureichen, betreffend: 1. der oben genannten Personen mit offenen Pledges* [versprochene Spenden] *2. aller Clears und OTs (mit Ausnahme der oben genannten beitragenden Clears und OTs).“*[362]

Auf die Unbotmäßigkeit teils hochtrainierter Mitglieder reagierte die Organisation unnachgiebig. Eine langjährige „Vorzeige“-Scientologin erhielt eine „Ethik-Order“ mit der Androhung, zum Feind („supressive Person“ - „SP“), erklärt zu werden:

> *„Es liegen Berichte vor, per denen sie unkooperativ und antagonistisch* [widersetzlich] *im Ethik-Interview* [Befragung] *war (...) und auf dem Briefing am Mittwoch nacht die Teilnehmer enturbuliert* [Unruhe verbreitet] *hat wodurch der Event selbst mit schlechten Indikatoren* [Missstimmung] *geendet hat (...) Falls ein weiterer Bericht über Enturbulationen, die Ursula*[363] *verursacht bei Ethik eingeht, wird sie (...) zum SP erklärt.“*[364]

Einem Scientologen, der seine Spendenzusage nicht einhalten konnte, wurde der „Ethik-Zustand“[365] „Belastung“ zugewiesen. Eine kurze Fristset-

---

360 Die SO verbindet mit dieser Bezeichnung die Vorstellung einer prosperierenden, repräsentativen SO-Niederlassung mit hoher Anziehungskraft in der Bevölkerung.

361 Flugblatt „Ideale Org - Showdown - Hier und heute!“, **Stuttgart**, 2006.

362 „Scientology Gemeinde Baden-Württemberg e.V.“, HCO-Ethics-Order Nr. 1894 vom 3. Februar 2006, Übernahme wie im Original. Zu HCO vgl. Fußnote 368.

363 Name geändert.

364 Hier und im Folgenden: Namen geändert, sonst Übernahme wie im Original.

365 SO-Internes System von Belohnungen und Strafen, die vom Zustand „Macht“ („Power“) über „Nichtexistenz“ bis hin zu „Belastung“, „Verrat“ und „Feind“ reichen.

zung sollte trotz seiner Schulden den Druck erhöhen, Geld zu spenden: *„Rudolf*[366] *hat nach Erhalt dieser Zuweisung 24 Stunden Zeit sich aus diesem Zustand herauszubewegen, um weitere Aktionen (...) zu vermeiden."* Aus ähnlichem Grund wurde einem weiteren Mitglied binnen Fristsetzung von 24 Stunden *„der Zustand VERRAT öffentlich zugewiesen"*. Gegen einen Scientologen, Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens, wurde ein internes *„Ethik-Gericht"* wegen einer Urlaubsreise und angeblicher Nichtbefolgung von Anordnungen einberufen:

> *„Hiermit wird ein Ethik-Gericht über Siegfried Meier*[367] *einberufen. Siegfried bekam eine Order von HCO*[368]*, sich in der Org bei HCO zu melden. Dies hat er nicht gemacht und abgelehnt. HCO und ein Sec Checker*[369] *suchten Siegfried zu Hause auf. Er verweigerte ihnen den Zutritt. Beim 2. Besuch bei ihm zu Hause kam in einem Ethik-Interview heraus, dass er vortäuschte geschäftliche Aktivitäten in China abzuwickeln, tatsächlich handelte es sich hierbei um einen ‚Urlaub' in Thailand. Per vorliegenden Daten hat sich Siegfried bezüglich dieser ‚Geschäftsreise' auch in finanzielle Unregelmäßigkeiten verstrickt. Siegfried hat versprochen, einen größeren Betrag für die Ideale Org zu spenden. Dieses Versprechen hat er nur zum kleinen Teil erfüllt, obwohl er über Möglichkeiten verfügt, sein Versprechen einzuhalten. Siegfried macht sich folgender Vergehen und Verbrechen schuldig: Vergehen: - Pflichtvernachlässigung - Kein Bericht - Falscher Bericht - Verschwendung von Geldmitteln. Verbrechen: -Verräterische Nachlässigkeit."*

Dagegen wurden die Mitglieder besonders hervorgehoben, die „mit uns sind", weil sie sich zu Spenden von teils mehr als 100.000 Euro hatten bewegen lassen.

---

366 Name geändert.

367 Name geändert. Auch im Originaltext wird der betroffene Scientologe mit vollem Namen bloßgestellt.

368 Das „Hubbard Communication Office" (HCO) war in den 1960er- und 1970er-Jahren die Zentrale, die die Aktivitäten der Unterorganisationen steuerte. Hier ist die in der **Stuttgarter** „Org" zuständige „Ethik"-Stelle gemeint.

369 Person, die „Sicherheitsüberprüfungen", meist mit Hilfe eines „E-Meters", durchführt.

Durch diese Vorgehensweise entstand Unruhe im **Stuttgarter** Scientology-Milieu, wobei auch die angebliche Kompetenz (*„Status Clear und OT"*) verschiedener hochtrainierter Scientologen in Frage gestellt wurde. Die Funktionäre reagierten auf diese *„Herabsetzung"* mit einem weiteren Aufruf zur Denunziation, unterschwelligen Drohungen und der Forderung nach strikter Befolgung der HUBBARD-Richtlinien:

> *„Fact: In den letzten Wochen kommunizierten Publics*[370] *unterhalb von Clear (...) Aktionen (...) von Clears und OTs im Feld, die den wirklichen Status von Clear und OT herabsetzen und herabwürdigen und als nicht wirklich erstrebenswert erscheinen lassen, was ein negatives Bild auf den Zustand Clear und OT wirft. Es werden hier nun Berichte über jede Aktion oder Nicht-Aktion (=Out-Ethik)*[371] *von Clears und OTs im Feld eingefordert, die den eigentlichen Zustand von Clear und OT abwerten. (...) Es ist ein Verbrechen, den Zustand Clear abzuwerten - Wissensberichte (...) werden hier eingefordert (...) Die Wissensberichte müssen spezifisch sein (Ort, Form, Zeit und Geschehen) und bei HCO eingereicht werden (...) Diese Berichte werden unmittelbar benötigt, so dass die daraus folgenden Komitees der Beweisaufnahme*[372] *gehalten werden können, (...) Eine Person, die von einem Missstand oder Verbrechen Kenntnis hatte und es versäumte, darüber zu berichten und dadurch zu einem Mitschuldigen wurde, erhält die gleiche Strafe wie die Person, die als eigentlicher Täter bestraft wird."*[373]

Diese Anweisungen wurden unter Scientologen im Raum **Stuttgart** breit gestreut und verfehlten ihr Ziel nicht. Der SO soll es gelungen sein, rund vier Millionen Euro „Spenden" einzutreiben. Die Leiterin der **Stuttgarter** „Org" scheute anschließend nicht vor der Behauptung zurück, die „Ideale Org" würde *„mit viel Kreation und Spaß"*[374] errichtet. Die „Ethik"-Anord-

---

370 Scientologen an der Basis, die keine Mitarbeiter einer SO-Niederlassung sind.

373 Out-Ethik: Nichtbefolgung der Scientology-„Ethik". „Ethik" bedeutet in der SO die Optimierung des Überlebens, Durchsetzung von Scientology und die Beseitigung von *„Gegenabsichten"*.

372 Eine Art Tribunal beziehungsweise scientologischer „Untersuchungsausschuss".

373 „Scientology Gemeinde Baden-Württemberg e.V.", HCO-Ethics-Order Nr. 1902 vom 11. Februar 2006, Übernahme wie im Original.

374 Zeitschrift „Dianetik Post", Stuttgart, Nr. 176/2006, S. 2.

nungen zeigen auf, dass die SO schon aus geringfügigem Anlass teils menschenverachtend und willkürlich in die private Lebensgestaltung der Mitglieder eingreift. Weder wahrt die Organisation entgegen eigener Behauptungen die Vertraulichkeit sensibler personenbezogener Daten, noch sind für sie im Zweifelsfall die Grundrechte ihrer Mitglieder von Bedeutung. Die in Baden-Württemberg bislang beispiellosen Maßnahmen zur Geldbeschaffung führten trotz der für die Betroffenen demütigenden Begleitumstände nicht zu größeren Verwerfungen im hiesigen Scientology-Milieu, das sich insgesamt gefügig zeigte. Entgegen ursprünglicher Planungen gelang es der SO im Jahr 2006 aber trotzdem nicht, eine „Ideale Org" in **Stuttgart** zu etablieren.

6. Die „Scientology Kirche" und der SO-Wirtschaftsverband „WISE"

Die SO wollte in Baden-Württemberg die Firmen des SO-Wirtschaftsverbands in die Finanzierung der „Idealen Org" einspannen. Als das Vorhaben aus Sicht der Funktionäre unbefriedigend verlief, wurde eine „Untersuchung" angeordnet: *„Gegenwärtig läuft eine Untersuchung bezüglich dem WISE Charter-Committee, da die im Feld existierenden Scientology-Firmen bis auf eine Ausnahme nicht wirklich expandieren, und nicht zum Ideale Org Gebäude beitragen."*[375] Dies offenbart, dass WISE und der „Kirchenbereich" entgegen mancher Behauptungen der SO nicht getrennt zu sehen sind, sondern ein symbiotisches Gebilde darstellen. Auch die *„Scientology-Firmen"* dienen der Geldbeschaffung für die Organisation und werden faktisch vom „Kirchenbereich" kontrolliert.

Einfluss auf Dienstleistungssparte

Die größten Gefahrenpotenziale der SO liegen derzeit wohl im Bereich der Unternehmensberatung. Die Dienstleistungssparte Unternehmens- und Organisationsberatung sowie die Persönlichkeits- und Personalentwicklung werden in der Wirtschaft und staatlichen Institutionen als wichtige Kontroll- und Steuerungsinstrumente gesehen. Berufstätige begreifen dieses Angebot neben einer zusätzlichen Qualifikation auch als Möglichkeit zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung. Dienstleister beziehungsweise Trainer tragen aufgrund der tief greifenden Einwirkungsmöglichkeiten in der Managementberatung eine hohe Verantwortung, weil sie häufig noch vor ihren Auftraggebern in der Lage sind, Kontrolle in Firmen und über Personen auszuüben. Sie können Entwicklung und Kultur der Unternehmen nachhaltig beeinflussen.

[375] „Scientology Gemeinde Baden-Württemberg e.V.", HCO-Ethics-Order Nr. 1894 vom 3. Februar 2006.

Vorgehensweise von WISE

Ziel von WISE ist es, die totalitäre *„administrative Technologie"* der SO in Wirtschaft und Politik zu implementieren und Kunden der WISE-Berater zur SO zu bringen. Das WISE-Programm offenbart, dass mit der *„Admin Tech"* de facto eine Ideologisierung des Unternehmens stattfindet. Es enthält insbesondere bei einer WISE-Mitgliedschaft die starre Einführung zahlreicher Führungsanweisungen des Finanzmanagements und der Organisationsstruktur, die ebenso strikt in den „Kirchen" der SO angewendet werden. Die Umsetzung soll per *„Befolgungsbericht"* an WISE gemeldet werden. Die Ideologisierung zeigt sich auch daran, dass der Posten des Ausbildungsleiters nicht an eine Person vergeben werden soll, deren Eltern Gegner der SO sind. Sehr problematisch ist auch, dass im Unternehmen die *„Ethik"* der SO zwecks *„Belohnungen und Strafen"* eingeführt werden soll, die von einem *„Ethik-Officer"* kontrolliert wird. Es ist vorgesehen, dass WISE eine *„vollständige Liste der Angestellten des Unternehmens"* erhält, aus der hervorgeht, welche WISE-Kurse sie absolvieren. Die Aufgabenstellung der Angestellten soll dem *„lokalen WISE Büro zur Genehmigung"* vorgelegt werden. WISE soll zudem Fotografien aller Angestellten, deren jeweiligen wöchentlichen *„Ethik"*-Zustand[376] und *„Kopien der Hauptstatistiken"* des Unternehmens erhalten.[377] Auf diese Weise kann der SO-Wirtschaftsverband nicht nur tiefen Einblick, sondern auch beträchtliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten bei betroffenen Firmen erhalten. Überdies sollen sich WISE-Mitglieder verpflichten, dass rechtliche Auseinandersetzungen unter Mitgliedern *„ausschließlich auf WISE Linien erledigt werden (...). Sie sind endgültig und bindend und können nur durch den Kaplan in WISE International überprüft werden (...) Das ist der einzige Rekurs, der Mitgliedern zur Verfügung steht"*. *„Rechtsgrundlage"* sind die HUBBARD-Richtlinien *„über Ethik und Recht"*.[378] Eine *„Nichtbefolgung"* gilt als *„Schwerverbrechen"*.[379]

WISE in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg bieten WISE-Trainer vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen ihre Dienste online oder über Telefonakquise an, meist ohne ihren scientologischen Hintergrund anfangs zu offenbaren. Dabei zeigt sich bei den bekannt gewordenen Fällen ein gleichartiges Vorgehen. Charakteristisch erscheint, dass WISE stets an die Geschäftsführer herantrat, um zunächst allgemein gehaltene, kostenlose Einführungsseminare über Effizienz- und Zeitmanagement oder Erfolgsursachen anzubieten, um dann Trainingskurse und Seminare - etwa *„Geschäftlicher Erfolg durch*

[376] Vgl. hierzu Fußnote 365.
[377] „WISE Durchführungsprogramm für Verwaltungs Know How" Nr. 1 - 5.
[378] „World Institute of Scientology Enterprises Mitgliedschaftsvereinbarung - Allgemeines Mitglied", 2000.
[379] WISE International (Hg.), „Der Service zur standardgemäßen Streitfallösung", Los Angeles, 2000.

Kommunikation"[380] - zu verkaufen, die nahezu identisch mit einführenden Scientology-Kursen sind. Mitunter wurde auch frühzeitig die „Dianetik"-Lehre von HUBBARD thematisiert und die Erlangung angeblich höherer beruflicher Kompetenz mittels *„Auditing"* angeraten. Obwohl mit HUBBARDs *„Verwaltungstechnologie"* das WISE-Angebot bereits von Beginn an unveränderlich feststeht, behaupteten die Trainer, durch Einblick in die Firmenstruktur und Finanzsituation umfassende „maßgeschneiderte" Lösungen erarbeiten zu müssen, worin einige Betroffene die Gefahr einer „gläsernen Firma" sahen. Daneben wurde auch persönliche Lebensberatung empfohlen, die wiederum in „Kirchenniederlassungen" der SO beziehungsweise zu Feldauditoren führte. Eine SO-Mitgliedschaft wurde in der Regel nicht offen, sondern subtil beworben, etwa durch das Herausstreichen angeblicher Vorteile wie die Zugehörigkeit zu einem vermeintlich exklusiven Unternehmerkreis. Stets sollten in betroffenen Firmen scientologische Managementrichtlinien und Organisationsstrukturen (*„Org Board"*) eingeführt werden. Mitarbeiter sollten auch „Wissensberichte" über Kollegen fertigen. Diese Bestrebungen stießen jedoch mehrfach auf interne Widerstände im Betrieb. Fallweise führte auch eine Internetrecherche über die WISE-Trainer zu der Entscheidung, keine weiteren Angebote anzunehmen.

7. Hilfs- und Unterorganisationen

OSA nimmt auch geheimdienstliche Aufgaben wahr

Die **„Aktion Transparente Verwaltung" (ATV)** steht in Zusammenhang mit dem OSA, einer auch geheimdienstliche Aufgaben wahrnehmenden Teilorganisation der SO. Vordergründig behauptet die ATV, durch die Propagierung eines weitgehenden Akteneinsichtsrechts Transparenz in Politik und Exekutive schaffen zu wollen. Dabei wird der scientologische Hintergrund der ATV nicht immer ohne weiteres deutlich. Tatsächlich geht es der SO wohl vor allem darum, den Informationsstand deutscher Behörden über die SO möglichst effektiv ausforschen zu können. In diesem Zusammenhang unterstellte die SO Scientology-kritischen Politikern pauschal totalitäre Absichten: *„Wie es auch anderswo der Fall ist, haben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland, die Scientology angreifen, keine ‚sauberen Hände'. Von ihnen kann einheitlich festgestellt werden, dass sie auch sonst jeden unterdrücken."*[381]

[380] Herausgeber der Seminare ist das „Hubbard College of Administration International" (HCAI).
[381] Zeitschrift „Impact" Nr. 111/2005, S. 15.

ApS-Nachhilfe-gruppen

Die SO versuchte 2006 mit **„Applied Scholastics" (ApS)**-Nachhilfegruppen stärker als bisher auf dem Bildungsmarkt Fuß zu fassen. Nennenswerter Erfolg blieb ihnen jedoch versagt. Auch Hilfsorganisationen wie ApS treten nach außen scheinbar unabhängig auf und unterbreiten unterschiedliche Hilfsangebote, ohne dass ihr SO-Hintergrund immer gleich offenbar wird. Die SO propagiert gegenüber den Mitgliedern zudem, dass ihre zentralen „Kirchen" die Hilfsorganisationen schneeballartig zur Anwerbung nutzen sollen.[382] Zwar enthält die bei den ApS-Gruppen angebotene HUBBARD-*„Studiertechnologie"* zunächst lediglich eher einfache Lerntechniken, jedoch gilt die *„Studiertechnologie"* für die SO als *„unsere grundlegende Brücke zur Gesellschaft"* und dient somit einer ersten Kontaktaufnahme. Die weitergehende, in Scientology-„Kirchen" und „Missionen" angebotene *„Studiertechnologie"* vermittelt eine totalitäre, die Demokratie negierende Programmatik. So propagiert der grundlegende Scientology-„Studierkurs" ein Aktivwerden scientologischer „Justiz" (*„Ethik-Gerichte"*) schon bei bloßer Kritik an der SO oder der Unterlassung, die Organisation zu fördern. Ebenso gilt eine Behinderung der SO als *„Schwerverbrechen"*, was dazu führen kann, dass den Betroffenen der Zustand *„Verrat"* zugewiesen wird und *„sie zur UNTERDRÜCKERISCHEN PERSON erklärt und mit allen Strafen ausgeschlossen werden"*. Darüber hinaus werden sozialdarwinistische Vorstellungen vermittelt (*„Wir haben dich lieber tot als unfähig"*) und suggeriert, die Demokratie habe versagt und den Menschen nur weiter *„in den Schlamm"* gestoßen.[383]

Aufgrund der kritischen Medienresonanz und Stellungnahmen der baden-württembergischen Landesregierung versuchten Scientologen, mögliche ideologische Beeinflussungen durch ApS in Abrede zu stellen. Allerdings wurde ein auf Jugendliche zugeschnittenes „Handbuch für deutsche Grammatik" bekannt, das Werbung für Scientology-Literatur enthält. Zwar handelt es sich um keine offizielle SO-Publikation, sie zeigt jedoch auf, dass es in der Scientology-Szene Bestrebungen gibt, Nachhilfe mit Anwerbung zu verbinden. Die Betreiber scientologischer „Nachhilfe"-Einrichtungen erhielten zwecks *„Handhabung"* von externen Fragestellern von der ApS-Zentrale bereits vorgegebene, taktisch geprägte Sprachregelungen beziehungsweise Scheinantworten, die *„gedrillt"* werden sollten. So war die Antwort auf die mögliche Frage nach einem Zusammenhang von ApS und der SO dahingehend ausweichend formuliert, dass nicht etwa die Einbindung von ApS in die SO-Struktur thematisiert, sondern behauptet werden sollte, dass es bei ApS nicht um „Religion" gehe. Ein ApS-Betreiber wandte sich

[382] Zum Beispiel in: Zeitschrift „International Scientology News" Nr. 34/2006, S. 26ff.

[383] Alle Zitate in: L. Ron HUBBARD, „Der neue Studentenhut Kurs", Kopenhagen, 1996.

mit heftiger Polemik an das Innenministerium Baden-Württemberg und scheute dabei nicht vor NS-Vergleichen zurück:

> *„Die Zeiten, in denen sie ungestört Unsinn mit Schlagzeilen über Scientology verbreiten konnten, sind vorbei! (...) Ich kann mir nicht vorstellen, dass Ihr diskriminierendes Verhalten gegenüber Scientologen für Ihre weitere politische Karriere von Vorteil ist. (...) Im 3. Reich hieß es kauft nicht bei Juden, heute lautet es kauft nicht bei Scientologen."*[384]

„Narconon" ist ein weiteres Beispiel für die Fragwürdigkeit scientologischer „Sozialreformen". Die SO stellt „Narconon" seit vielen Jahren als einzigartiges Therapieangebot für Suchtkranke mit einer Erfolgsquote von rund 80 Prozent dar. 2006 war jedoch im gesamten Bundesgebiet keine scientologische „Therapie"-Einrichtung mehr bekannt. Dennoch suggeriert die SO eine Expansion von „Narconon" in Deutschland. Fachkreise kritisieren das HUBBARD-Drogenentzugsprogramm als in verschiedener Hinsicht rückständig, unbewiesen und teils unrichtig. Eine erloschene „Narconon"-Niederlassung in Schliersee/Bayern konnte in den 1990er-Jahren in einem Gerichtsverfahren gegen das Land Baden-Württemberg keinen einzigen Fall einer erfolgreichen Drogenrehabilitation nachweisen.[385] „Narconon" ist hierzulande hauptsächlich ein Propagandainstrument, um Akzeptanz für die SO zu gewinnen.

Über ihre Hilfsorganisation KVPM hat die SO der Psychiatrie und einem bedeutenden Teil aller Psychotherapieangebote den Kampf angesagt. Sie geht davon aus, dass die Psychiatrie maßgeblicher Teil einer politischen Verschwörung gegen die Bevölkerung ist. Die SO verschärfte ihre Agitation gegen Psychiater und formulierte als Ziel die *„globale Vernichtung"*[386] dieses Teils der Medizin. Dabei handelte es sich nicht etwa nur um eine undifferenzierte Kritik, sondern um pauschale Hetze gegen einen ganzen Berufsstand. Die Mitgliederorganisation IAS propagierte in deutschen SO-Mitgliederzeitschriften Scientology-Hetze aus den USA, die Psychiater mit Mördern und Vergewaltigern gleichsetzte.[387] Psychiater wurden als Verantwortliche für den internationalen Terrorismus verunglimpft.[388] Die KVPM ver-

[384] Schreiben vom 31. Juli 2006, Übernahme wie im Original.
[385] Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 10. Mai 1993, Az.: 1 S 3021/92.
[386] Flugblatt „Einladung zum IAS-Event", Stuttgart, 2006.
[387] Zeitschrift „Impact" Nr. 112/2006, S. 24ff. 387
[388] Citizens Commission on Human Rights (Hg.), „Programm des Schreckens", 2005.

suchte vor allem mit Flugblattverteilungen und einer Ausstellung in **Stuttgart** Breitenwirkung zu erzielen. Dies soll Verunsicherung erzeugen, um den Boden für vermeintliche Lösungsansätze der SO in Medizin und Justiz zu bereiten. Darüber hinaus soll die KVPM Feindbilder in der Gesellschaft schaffen und neue SO-Mitglieder rekrutieren. In einem Rundschreiben verlautbarte ein KVPM-Aktivist Folgendes als Ziel ihrer Propaganda: *„Außerdem werden betroffene Eltern (...) sehen, wer hier Freund und Feind ist. Sie werden Scientology gut finden und sich uns anschließen."*[389]

8. Propaganda und Diffamierungskampagnen

Um gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen, betreibt die SO eine zweigeteilte PR-Strategie. Zum einen stellt sich die Organisation als karitative, unpolitische Religion dar und führt aufwändige PR-Aktionen für Menschenrechte durch wie im Jahr 2006 die Aktion **„Jugend für Menschenrechte"**. Zum anderen führt die SO Diffamierungskampagnen gegen Einzelne, Gruppen oder Staaten durch, wenn sie ihre Expansionsbestrebungen gestört wähnt. So betreibt die Organisation seit Jahren eine planmäßige Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Repräsentanten. Die SO hält im Internet unterschwellige Vergleiche zwischen der angeblichen Diskriminierung von Scientologen in Deutschland und der Situation der Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aufrecht.[390]

unglaubwürdige Menschenrechtskampagne

Das angebliche Eintreten für Menschenrechte wirkt aber nicht nur wegen der Verhältnisse innerhalb der SO aufgesetzt. Die öffentlichen Menschenrechtskampagnen sind auch aufgrund der Reaktionen der SO auf Kritik und wegen ihrer pauschalen Hetze gegen in der Psychiatrie tätige Menschen unglaubwürdig. Die SO propagiert das Grundrecht der Meinungsfreiheit, schmäht jedoch gleichzeitig die Wahrnehmung dieser Freiheit durch Kritik an den SO-Methoden als angeblich mangelnde Toleranz oder Diskriminierung und will ihre Kritiker als *„antisoziale Persönlichkeiten"* und *„Kri-*

[389] Rundschreiben von New Era Publications International, im Dezember 2006 gestreut.
[390] Website des „Freedom Magazine", Internetauswertung vom 8. März 2006.

minelle"[391] stigmatisieren. Dieselbe Organisation, die bereits ein öffentliches Lossagen von der SO als *„Schwerverbrechen"*[392] brandmarkt, behauptet, der Bevölkerung das Grundrecht der Bekenntnisfreiheit näher bringen zu wollen.

Diese Kampagnen offenbaren auch eine anmaßende Haltung der SO, die subtil den Eindruck erweckt, die Menschen in der Europäischen Union und ihre Regierungen seien nicht wirklich informiert. Ihnen müssten die Menschenrechte erst vermittelt werden.[393] Das scheinbare Eintreten für Menschenrechte dient der SO offenkundig als Tarnung. Ihre Feldzüge gegen Kritiker sind Ausdruck einer totalitären Haltung. HUBBARDs Lehre gilt ideologisch starr als allein rettendes gesellschaftspolitisches Rezept. Gegner werden als vermeintliche Saboteure betrachtet.

8.1 Reaktion auf den „Karikaturenstreit"

Die SO strebt eine Zusammenarbeit mit islamischen Gruppen an, wohl um diese möglichst in ihr PR-Konzept einer angeblichen Diskriminierung „religiöser Minderheiten" in Deutschland einzubinden. Vor diesem Hintergrund dürften Vorwürfe gegen die Medien im so genannten „Karikaturenstreit"[394] zu beurteilen sein. Die SO verunglimpfte die Presse als *„Chaoshändler"*, welche durch den Nachdruck der Karikaturen des Propheten Muhammad „Hass" verbreitet hätten. Die *„anstößigen Karikaturen"* seien für den Islam *„höchst diskriminierend"* und *„rassistisch"*.[395] Allerdings wurden keine Hinweise bekannt, dass die SO breite Unterstützung durch islamische Gruppen gewinnen konnte.

8.2 Mitgliederorientierte Propaganda

Die mitgliederorientierte Propaganda unterscheidet sich deutlich von der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Das Management bedient sich einer teils militanten und aggressiven Sprache, die Konflikte als *„Krieg"* definiert und von den Mitgliedern fordert, *„Unterdrückung"* offensiv zu *„zerschlagen"*[396], worunter die SO bereits Kritik versteht. David MISCAVIGE charakterisierte diese Kontroversen als *„Schlachten"*, *„um die Opposition zu bekämpfen"*.[397] Nach außen verschweigt die Organisation ihren politischen

[391] „Wie man Unterdrückung konfrontiert und zerschlägt. PTS/SP-Kurs", Kopenhagen, 2001, S. 38ff. 391
[392] Ebd., S. 134.
[393] Zum Beispiel in Zeitschrift „Impact" Nr. 112/2006.
[394] Vgl. S. 11f.
[395] „Church of Scientology Europe", Rundbrief „Ein Aufruf, zur Tat zu schreiten", Ausgabe 1/2006.
[396] Zeitschrift „Dianetik Post", Stuttgart, Nr. 176/2006 oder in Zeitschrift „Impact" Nr. 112/2006.
[397] Zeitschrift „International Scientology News" Nr. 34/2006, S. 35.

Machtanspruch, den sie nach innen offen formuliert. Ein Funktionär einer SO-Niederlassung beschrieb den Zweck seines Postens in einem aktuellen internen Rundschreiben an die Mitarbeiter:

> *„LRH[398] zu helfen, Leute aus der Öffentlichkeit und öffentliche Einrichtungen zu kontaktieren und zu auditieren, sowie die Regierung einer Zivilisation zu schaffen und zu lenken."*

Ziele:
-Massenbewegung
-Machterringung

Bei SO-Veranstaltungen in **Stuttgart**, an denen bis zu 300 Personen teilnahmen, wurden auch politische Ziele propagiert. Mit Slogans wie *„Das Schicksal der Erde ist in unserer Hand"*[399] sollten die Mitglieder auf die Linie des Managements eingeschworen werden. Die SO soll zur Massenbewegung werden und Macht erringen. David MISCAVIGE formulierte in einer Rede:

„Der letztendliche Sieg ist nicht eine Frage des ‚Wie', sondern nur des ‚Wann'. Es ist eine Tatsache: Während wir expandieren, schaffen wir Ordnung. Doch wenn Ordnung geschaffen wird, treten die Verwirrung und das Chaos zutage. Wenn wir heute an jedem strategischen Punkt der Gesellschaft mit effektiven Aktionen aufwarten, betrachten das die Sklavenmacher zweifellos als weiteren Dolchstoß in ihre schwarzen Herzen und Seelen. (...) Darüber hinaus können Sie erwarten, dass sie immer lauter brüllen werden, bis zum letzten sterbenden Aufschrei eines Verrückten, der schließlich verhallen wird, um nie wieder gehört zu werden. (...) Der Aufbau unserer Organisationen erweitert dies als kombinierte Macht einer wahren Gruppe auf die dritte Dynamik.[400] *(...) wenn man diesen Schritt an genügend*

[398] LRH: Kürzel für L. Ron HUBBARD.
[399] Flugblatt „Das Schicksal der Erde ist in unserer Hand", Stuttgart, 2006.
[400] Dritte Dynamik: Scientology-Begriff für die Gruppe beziehungsweise die Gesellschaft, die Nation.

vielen Orten macht, dehnt sich das auf die vierte Dynamik[401] *und die ganze Menschheit aus."*[402]

Aufruf, an Politiker heranzutreten

Die SO streute an Mitglieder Flugblätter, in denen sie aufrief, gezielt an Politiker und Meinungsführer heranzutreten, um mit speziell auf sie zugeschnittenen Themen wie Kultur oder Drogenprävention Interesse an der Organisation zu wecken. Dies dient jedoch nur *„als Einführung"*, *„um sie dann auf die Brücke*[403] *zu bringen"*. Durch die Vereinnahmung von Entscheidungsträgern will die SO zunehmend politischen Einfluss gewinnen. Daneben propagierte sie, in einflussreiche Gruppen einzudringen, um Scientology-Konzepte zur Anwendung zu bringen. Ideologische Grundlage ist die HUBBARD-Führungsanweisung „Spezialbereichsplan". Sie gibt vor, nicht offen an Meinungsbildungsprozessen teilzunehmen, sondern durch Infiltration für die SO zu agieren. Dazu führte die Organisation Seminare auf dem SO-Schiff **„Freewinds"** durch.[404]

8.3 „Europäischer Expansionsgipfel" in Brüssel

Am 8. April 2006 veranstaltete die SO in einem Hotel in Brüssel den *„1. Europäischen Expansionsgipfel"*, bei dem sie ihre politisch-extremistischen Ziele bekräftigte. Die Veranstaltung, an der zahlreiche Scientologen aus ganz Europa teilnehmen sollten, wurde im Vorfeld auch in Baden-Württemberg als *„Teil der Europäischen Expansions-Strategie"* beworben. Hochrangige Funktionäre, darunter der SO-Europachef, sollten die Teilnehmer über *„die reale Situation in Europa"*, die Planungen der Gegner der SO und

[401] Vierte Dynamik: Scientology-Begriff für die Spezies beziehungsweise Menschheit.
[402] David MISCAVIGE in: „International Scientology News" Nr. 33/2006, S. 48.
[403] „Die Brücke": Scientology-Begriff für das Kurs- und Auditingprogramm der SO.
[404] Zeitschrift „Freewinds" Nr. 62/2006, S. 24ff.

über die Gegenmaßnahmen der SO informieren.[405] Das belgische „Le Soir Magazine“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 17. Mai 2006 Interna aus dieser Veranstaltung. Demnach verlautbarten SO-Funktionäre, die Organisation befinde sich im „Krieg“ und man müsse die Kontrolle übernehmen. Unter dem Beifall mehrerer Hundert Teilnehmer verunglimpften SO-Sprecher die Europäische Union als „Viertes Reich“ und deren Vertreter als „Nazis“. Den Reden folgten massive Versuche, Mitarbeiter im Auditorium zu rekrutieren, weil die SO mittelfristig ihre Europazentrale in Brüssel errichten und die Stadt mit einem Netz von SO-Niederlassungen überziehen will. Zu diesem Zweck hat die Organisation umfangreichen Immobilienbesitz in der Nähe politischer Institutionen der EU und des belgischen Staats erworben.

Offenkundig will die SO in Brüssel einen Schwerpunkt wie im Raum Clearwater/Florida schaffen. In Clearwater, wo zahlreiche Scientologen leben, dominiert die SO ganze Stadtteile und soll durch längerfristige Lobbyarbeit Einfluss erlangt haben. Der „Expansionsgipfel“ offenbart erneut, dass die politischen Aussagen HUBBARDs für die SO unverändert gültig sind. HUBBARD verwendete den Begriff *„Viertes Reich“*[406] bereits 1972 und bezweckte damit, die europäische Einigung verächtlich zu machen.

9. Vertrauliches Telefon/Weitere Informationen

Bei seiner Beobachtung der SO ist der Verfassungsschutz auch weiterhin auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Rufen Sie uns an: 0711/956 19 94.

Derzeit sind zum Thema SO folgende Broschüren erhältlich: „Scientology - ein Fall für den Verfassungsschutz“ (1997), „Die Scientology-Organisation“ (2003) und „Der Kampf der ‚Scientology-Organisation’ um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit in den USA und seine Auswirkungen auf Deutschland“ (2004).

[405] Flugblatt „Aufruf und Einladung an alle Scientologen in Baden Württemberg zum 1. Europäischen Expansions-Gipfeltreffen in Brüssel“, Stuttgart, 2006.

[406] Richtlinienbrief „Daten-Serie Nr. 23“, 2001 in den SO-„Management-Serien“ erneut veröffentlicht.

Aktuelle Informationen zur „Scientology-Organisation“ erhalten Sie auch auf unserer Internetseite: http://www.verfassungsschutz-bw.de/so/ start_so.htm.

G. Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz

1. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen

Vom zivilen Nuklearprogramm zur militärischen Nutzung ist es mitunter nur ein kleiner Schritt. Nachdem das kommunistische Nordkorea unter seinem diktatorisch regierenden Führer Kim Jong-il bereits im Februar 2005 offiziell bekannt gegeben hatte, im Besitz von Kernwaffen zu sein, hat der erfolgreiche Atombombentest vom 9. Oktober 2006 die Welt aufgeschreckt.

Krisenherd Iran

Ein weiterer permanent schwelender Krisenherd ist der Iran. Die Vermutung, dass dort unter dem Deckmantel eines zielstrebig verfolgten zivilen Atomprogramms heimlich an der Entwicklung von Nuklearwaffen gearbeitet wird, umfangreiche Raketentests sowie der in den Medien immer wieder erhobene Vorwurf, Kurz- und Mittelstreckenraketen an die „Hizb Allah“ geliefert zu haben, rückten den Iran in den Mittelpunkt der weltweiten Anti-Proliferationsbemühungen[407].

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) ist eng in die gesamtstaatlichen Anstrengungen zur Proliferationsbekämpfung eingebunden und trägt durch die Verfolgung solcher Aktivitäten dazu bei, deren Urheber identifizieren und bestrafen zu können. Gleichzeitig leistet das LfV offensive Aufklärungsarbeit, um zu verhindern, dass baden-württembergische Unternehmen oder Geschäftsleute in riskante Geschäfte verwickelt werden. Dabei werden auch Überschneidungen der Themenfelder „Proliferation“ und „islamistischer Terrorismus“ beobachtet.

Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste

Nach wie vor muss in Deutschland von ernst zu nehmenden Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste ausgegangen werden. Speziell China und Russland messen der Auslandsaufklärung einen hohen Stellenwert bei. In Baden-Württemberg, der Region mit der höchsten Innovationskraft innerhalb der Europäischen Union, liegt der Schwerpunkt eindeutig im Bereich der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Trotz leistungsfähiger technischer Spionagemöglichkeiten wird auf die Gewinnung menschlicher Quellen nach wie vor nicht verzichtet, da sie eine kontinuierliche Informationsgewinnung aus dem Zielobjekt und eine unmittelbare fachliche Bewertung der beschafften Informationen gewährleisten.

Der Nachholbedarf der Volksrepublik China gegenüber den hoch entwickelten Staaten des Westens wird auf den verschiedensten Ebenen durch

[407] Proliferation: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendbaren Produkte einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen.

eine konsequente und gut durchdachte Strategie zur Beschaffung ausländischen Know-hows unterstützt, wie sie gegenwärtig von anderen Staaten nicht bekannt ist. Die in diesen Prozess eingebundenen chinesischen Nachrichtendienste treten in Deutschland eher zurückhaltend, in China selbst aber durchaus aggressiv auf.

Trotz der guten zwischenstaatlichen Beziehungen auf Regierungsebene sind die russischen Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin sehr aktiv und beschaffen Informationen aus Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft.

„geheimdienstliche Angriffe auf die Wirtschaft“

Die Wirtschaft ist ein Hauptfaktor für Stabilität und Leistungskraft unseres Staates. Als Sicherheitsbehörde hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, geheimdienstliche Angriffe fremder Staaten auf die Wirtschaft rechtzeitig zu erkennen und die Abwehr der von ihnen ausgehenden Gefahren zu ermöglichen. Ziel ist, auf einschlägige Risiken aufmerksam zu machen und Sorge dafür zu tragen, dass die in Baden-Württemberg ansässigen Unternehmen bei strategischen oder sicherheitsmäßig relevanten Entscheidungen über alle notwendigen Informationen verfügen.

2. Daten, Fakten, Hintergründe

2.1 Proliferation

Massenvernichtungswaffen als Mittel der Machtpolitik

Die Machthaber von Staaten wie Iran, Syrien, Pakistan oder Nordkorea sehen im Besitz von Massenvernichtungswaffen ein geeignetes Mittel, um sich machtpolitisch zu positionieren, symbolisch ihre Herrschaft zu legitimieren und vermeintliche externe Bedrohungen abzuwehren. Außerdem dient er als Druckmittel in bilateralen oder internationalen Verhandlungen.

Zum Teil sind diese Länder bereits in der Lage, den Bedarf an einschlägigen Waren und Know-how im eigenen Land zu decken oder sie beliefern sich gegenseitig damit (horizontale Proliferation). So werden nicht nur Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, sondern bereits vollständige und einsatzfähige Raketensysteme oder das Wissen um deren Herstellung gehandelt.

Trotzdem sind diese Staaten auch weiterhin auf hochwertige Güter oder Spezialwissen aus High-Tech-Ländern angewiesen. Wie schon in den vergangenen Jahren gestalteten sich 2006 die Beschaffungsaktivitäten der um Proliferation bemühten Länder äußerst konspirativ. Dadurch sollen Exportgenehmigungs- und Kontrollmechanismen, zu deren Einhaltung sich die

Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft verpflichtet hat, unterlaufen werden. Nur durch die effektive Zusammenarbeit von Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Zollkriminalamt und Verfassungsschutzbehörden kann diesen internationalen Übereinkommen wirksam Geltung verschafft werden.

2.1.1 Iran

Der Iran besitzt mittlerweile modernste Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörper. Nach erfolgreichem Testflug der Shahab 3 mit einer Reichweite von 1.500 Kilometern wird momentan mit Hochdruck an der Entwicklung von Flugkörpern jenseits des 2.000-Kilometer-Radius gearbeitet. Zu diesem Zweck bemühte sich das Land auch bei Unternehmen in Baden-Württemberg um die Beschaffung von Spezialwerkzeugen, Windkanalausrüstungen, Antriebs- und Steuersystemen, Testanlagen, Messgeräten, Festtreibstoffkomponenten mit Mixern und Informationen zur Kreiseltechnologie:

Aktuelle Fallbeispiele

- Ein mittelständisches High-Tech-Unternehmen teilte dem LfV mit, dass aus dem Iran regelmäßig Anfragen zu seinen für die Herstellung von Raketentreibstoff notwendigen Produkten eingehen. Obwohl definitiv noch nie geliefert worden sei, habe es zwischenzeitlich auch Anfragen zu Ersatzteillieferungen gegeben. Nach Recherchen des LfV wurden gebrauchte Maschinen des Unternehmens im Internet und auf Gebrauchtgütermessen weltweit angeboten und dürften auf diesem Weg in den Iran gelangt sein. Der Fall belegt exemplarisch, mit welcher Vehemenz sich der Iran um dringend benötigte Embargogüter bemüht, und dass er nicht immer in der Lage ist, erforderliche Ersatzteile selbst herzustellen.

Die aktuelle Fallbearbeitung lässt erkennen, dass die in Baden-Württemberg nachgefragten Waren zumeist Dual-Use-Güter[408] sind, welche in ihren Parametern häufig nur geringfügig von solchen Produkten abweichen, die der Exportkontrolle unterliegen:

Dual-Use-Güter

- Die der Spionageabwehr einschlägig bekannte iranische Firma A aus Teheran erkundigte sich bei einem baden-württembergischen Unternehmen nach Spezialwerkzeugen, die üblicherweise in der Fahrzeugindustrie Verwendung finden. Als Besteller trat dann

[408] Als „Güter mit doppeltem Verwendungszweck" werden Güter einschließlich Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien bezeichnet, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.

jedoch nicht die Firma A, sondern die ebenfalls im Iran ansässige Firma B in Erscheinung. Erst im Nachhinein wurde offenkundig, dass sich die Firma A lediglich in B umbenannt hatte und nach wie vor unter der alten Adresse residierte. Beide Firmen sind dem iranischen Beschaffungsverbund für Trägertechnologie zuzurechnen, und es ist zu befürchten, dass die an sich harmlose Lieferung nunmehr bei der Herstellung von Raketen-Start-Ausrüstungen Verwendung findet. Dieses Beispiel zeigt auf, wie schwierig es mitunter sein kann, Proliferationshandlungen im Dual-Use-Bereich zu erkennen. Andererseits wäre das Geschäft sehr leicht zu verhindern gewesen, wenn den Begleitumständen des Auftrags mehr Beachtung geschenkt worden wäre.

Bildung schwer durchschaubarer Beschaffungsketten

Eine weitere beliebte Methode, um an sensible Güter zu gelangen, ist die Bildung von schwer durchschaubaren Beschaffungsketten. Durch die Einschaltung mehrerer in- und ausländischer Zwischenhändler soll die Identität des wahren Auftraggebers verborgen bleiben:

- Iranische Einkäufer versuchten, bei einer hiesigen Firma High-Tech-Geräte für die Luftfahrtindustrie zu beschaffen. Nachdem das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf den kritischen Empfänger hingewiesen hatte, wurde von dem Geschäft zunächst Abstand genommen. Kurz darauf kaufte jedoch ein in Deutschland lebender iranischer Geschäftsmann die Geräte und deklarierte den Vorgang als Inlandsgeschäft. Die Lieferung erfolgte dann aber unter Einschaltung eines Zwischenhändlers im europäischen Ausland in den Iran. Dort wurden die Geräte nachweislich in militärische Fluggeräte eingebaut. Im Februar 2006 wurden vier in diese Transaktion verwickelte Personen - darunter auch der Geschäftsführer der baden-württembergischen Firma - festgenommen.

„illegaler Wissenstransfer“

Nach wie vor ist im Zusammenhang mit iranischen Proliferationsbemühungen auch das Phänomen „illegaler Wissenstransfer“ von Bedeutung. Dabei geht es in erster Linie um die Aus- und Fortbildung von Postgraduierten, Studenten und Wissenschaftlern aus sicherheitskritischen Ländern, die unter dem Deckmantel des freien Austauschs technologisch-wissenschaftlicher Informationen an sensiblen Forschungsprojekten im westlichen Ausland mitwirken und sich auf diesem Wege das Know-how zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Raketen verschaffen:

- Eine wissenschaftliche Einrichtung in Baden-Württemberg, die sich auch mit Oberflächenbeschichtung und Nanotechnologie befasst,

wurde von einem iranischen Forschungsinstitut um Unterstützung gebeten. Wissenschaftler und Studenten aus dem Iran sollten umfassende Einblicke in die Technologien erhalten, um mit dem erworbenen Wissen anschließend die Fahrzeugindustrie ihres Heimatlandes voranbringen zu können. Da dieses Know-how jedoch sehr viel mehr für die Reichweitensteigerung von Raketen von Bedeutung ist als für die Kfz-Branche, wurde das Ersuchen abschlägig beschieden.

2.1.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Zur Stützung seines diktatorischen Regimes unterhält das vom übrigen Weltgeschehen auch heute noch weitgehend abgeschottete kleine Land mit mehr als 1,1 Millionen aktiven Soldaten und rund 4,7 Millionen Reservisten eine der weltweit größten Armeen. Weitere wichtige Garanten des herrschenden Systems sind die sechs Nachrichten- und Sicherheitsdienste, die allesamt dem Staats- und Parteichef Kim Jong-il direkt unterstellt sind. Dabei ist an erster Stelle das für die politische Inlands- und Auslandsaufklärung zuständige „Ministerium für Staatssicherheit" zu nennen. In seiner Machtfülle ist es allenfalls mit dem ehemaligen sowjetischen KGB[409] zu vergleichen.

Es leben nur wenige nordkoreanische Staatsbürger in Deutschland und das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern belief sich 2005 auf lediglich 75 Millionen Euro. Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es nicht einfach, proliferationsrelevante Geschäfte zu kaschieren. Gleichwohl ist Nordkorea sehr stark an westlicher Technologie interessiert, um damit sein gewaltiges Arsenal an Massenvernichtungswaffen weiter aufzurüsten. Beschaffungsaktivitäten - die sich gelegentlich auch auf Baden-Württemberg erstrecken - gehen zumeist von den Legalresidenturen[410] der nordkoreanischen Geheimdienste an der Berliner Botschaft aus. Die Abwicklung entsprechender Geschäfte vollzieht sich regelmäßig über Drittländer wie zum Beispiel China oder Singapur. Dort ansässige nordkoreanische Tarnfirmen fungieren als angebliche Endverbraucher.

Nordkoreas Rolle bei der horizontalen Proliferation

Die Entwicklung in Nordkorea ist darüber hinaus unter dem Aspekt der horizontalen Proliferation von höchster Brisanz. Als regelmäßige Abnehmer nordkoreanischer Rüstungstechnologie sind bisher Länder wie Jemen, Iran, Libyen, Pakistan und Syrien aufgefallen. Letztlich erscheint auch die Weiter-

[409] „Komitet Gosudarstwennoj Besopasnosti" („Komitee für Staatssicherheit").

[410] Abgetarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste in den offiziellen Vertretungen (insbesondere Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen) des Auftraggebers im Operationsgebiet.

gabe proliferationsrelevanten Materials oder Know-hows an Terrororganisationen nicht völlig ausgeschlossen.

2.2 Wirtschafts-/Wissenschaftsspionage

Angesichts eines knallharten globalen Konkurrenzkampfes - manche Experten sprechen sogar von einem „Wirtschaftskrieg" - werden von einigen Staaten Informationen aus Wirtschaft und Wissenschaft auch unter Einsatz ihrer Nachrichtendienste beschafft. Damit sind ganz unterschiedliche „Vorteile" verbunden wie:

„Vorteile" der Informationsgewinnung durch Nachrichtendienste

- Stärkung der nationalen Volkswirtschaft und Verbesserung der eigenen Forschungspotenziale durch Zeit- und Kostenersparnis sowie Vermeidung von Fehlentwicklungen,
- Analyse des Standes der Technik (Schlüsseltechnologien, rüstungsrelevante Bereiche),
- Benchmarking hinsichtlich Wirtschaftskraft, Zielen und Strategien sowie
- Beeinflussung von Marktchancen und -risiken.

In der Gesamtschau können diese Faktoren eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken.

Die Ausspähungsbemühungen fremder Staaten konzentrierten sich in den letzten Jahren auf die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik, Elektronik, Luft- und Raumfahrt, Verkehrstechnik, Werk- und Verbundstoffe, Produktionstechnik, Biotechnik, Nanotechnologie, Energie- und Umwelttechnik sowie auf den Maschinen- und Fahrzeugbau. Betroffen sind nicht nur große Firmen, sondern in beträchtlichem Ausmaß besonders innovative kleine und mittlere Unternehmen, die oft nicht über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügen, um sich gegen den Diebstahl ihres Know-hows erfolgreich zur Wehr setzen zu können.

Gefahren der Wirtschaftsspionage

Die Wissenschaftsspionage ist seit jeher eine beliebte Methode, um in einem möglichst frühen Entwicklungsstadium an Informationen und Know-how zu gelangen. Bei der Ausspähung wird nicht selten die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wissenschaft bewusst missbraucht. Mehrere aktuelle Vorfälle in wissenschaftlichen Einrichtungen unterstreichen die Aussage. Das LfV weist immer wieder auf diese Gefahren hin, weil darunter langfristig nicht nur die Kompetenz der betroffenen wissenschaftlichen Einrichtung leiden könnte, sondern durch das Ausbleiben von Rückflüssen aus der wirtschaftlichen Umsetzung der häufig von staatlicher Seite finanzierten Forschungsergebnisse auch volkswirtschaftliche Nachteile zu befürchten sind.

2.2.1 Volksrepublik China

Chinas Strategie zur Modernisierung seiner Volkswirtschaft

China hat - auf dem Weg vom Schwellenland zur globalen Wirtschaftsmacht - ein immenses Interesse daran, gleichzeitig seinen Technologierückstand zu verringern und sich auf dem Weltmarkt optimal zu positionieren. Weil die Entwicklung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Potenziale aus eigener Kraft viel Geld kostet, gut ausgebildete Fachleute erfordert und zudem relativ lange dauert, hat das Land eine umfassende, durchdachte Strategie zur schnelleren und kostengünstigeren Modernisierung seiner Volkswirtschaft entwickelt, die auf den verschiedensten Ebenen konsequent umgesetzt wird und auch den Einsatz von Nachrichtendiensten einschließt. Chinesische Aktivitäten nehmen momentan einen Großteil der Kapazitäten der Spionageabwehr in Anspruch.

> *„Die westlichen Industrienationen haben ihr Know-how zum großen Teil an China weitergegeben und damit ihre Aufgabe erfüllt. Sie werden bald nicht mehr gebraucht. Ein Angriff aus China ist nur eine Frage der Zeit."*
> **(Philipp Vorndran, Chefstragtege der Credit Suisse, Quelle: SPIEGEL 37/2006, S. 68)**

Trotz fortschreitender Entwicklung der Privatwirtschaft ist prinzipiell dann von staatlich gelenkter Spionage auszugehen, wenn wirtschaftspolitische und militärische Interessen im Vordergrund stehen. Projekte in strategisch bedeutsamen Entwicklungsbranchen unterliegen einem besonders hohen Risiko der nachrichtendienstlichen Unterwanderung.

Mitarbeiter der chinesischen Nachrichtendienste tarnen sich z.B. als Diplomaten

In Deutschland nutzen Mitarbeiter der chinesischen Nachrichtendienste ihre Tarnung als Diplomaten in den amtlichen chinesischen Vertretungen oder als Angehörige von Medienagenturen ihres Heimatlandes zur verdeckten Gewinnung von Informationen. Sie knüpfen Kontakte zu wissenschaftlichen und politischen Einrichtungen, zu Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen und zu staatlichen Stellen. Die Teilnahme an Messen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen dient dem Kennenlernen interessanter Personen.

Während früher eher „Amateurspione" die Szene prägten und nach dem „Staubsaugerprinzip" wahllos alle verfügbaren Informationen zusammengetragen haben, wird mittlerweile verstärkt auf gut ausgebildete „Kundschafter" gesetzt. Der zielorientierte Einsatz von bestimmten Studenten (im Wintersemester 2005/2006 waren an deutschen Hochschulen mehr als 27.000 chinesische Studenten immatrikuliert), Praktikanten, Doktoranden, Wissenschaftlern und Forschern an ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen zum Zwecke der Informationsgewinnung wird schon seit Jahren erfolgreich praktiziert. Dieser Personenkreis reist häufig bereits mit einem fundierten Fachwissen nach Deutschland ein und wird innerhalb seines Fachbereichs bald als Kapazität anerkannt und respektiert. Bereits

Schüler mit hervorragenden Zeugnissen werden vom Nachrichtendienst auf ihre künftige Einsatzfähigkeit im Ausland überprüft und bei Eignung bis zu ihrer Rückkehr begleitet und gefördert.

Deutsche Unternehmen, die in China investieren, setzen oft - wie von der chinesischen Seite gefordert - den neuesten Stand der Technik ein und wecken dadurch Begehrlichkeiten. Es zeigt sich immer wieder, dass geistiges Eigentum westlicher Unternehmen in der Volksrepublik China nur schwer zu verteidigen ist.

„Geschäfte in China machen heißt: hundert Prozent Technologietransfer."
(Lutz Kahlbau, Leiter der Sparte Energieerzeugung von Siemens in China, Quelle: Die Welt, 17. Februar 2006, Flucht nach vorn)

Geschäftsreisende und Firmenrepräsentanten müssen stets damit rechnen, dass ihre Büros und Hotelzimmer observiert und durchsucht sowie Telefon- und Internetverbindungen überwacht werden. Unternehmen machen immer wieder die Erfahrung, dass intern geführte Gespräche mit raffiniert angebrachten hochwertigen Abhöranlagen belauscht werden.

Zudem besteht in China die Gefahr, nachrichtendienstlich angesprochen zu werden. Einen willkommenen Anlass dazu bieten immer wieder tatsächliche oder provozierte Gesetzesverstöße. Auch Spionage unter einem „offiziellen" Vorwand kann nicht ausgeschlossen werden:

Handy-gesteuerte „Abhörwanze" (aufgefunden im Büro einer deutschen Firma in China)

Gefahr nachrichtendienstlicher Ansprachen

- Die Niederlassung einer deutschen Firma in Shenzhen wurde von der örtlichen Polizeibehörde aufgefordert, eine Software auf ihrem Rechner zu installieren, die sämtliche Netzwerkaktivitäten (Internet, FTP) registriert und aufzeichnet. Diese Protokollierungen sollen als Beweismittel dienen, falls Angestellte der Firma verdächtigt werden sollten, rechtswidrige Internet-Aktivitäten zu entfalten. Es wurde eine Software empfohlen, die zu diesem Zweck von der chinesischen Sicherheitsbehörde zertifiziert wurde. Nach Aussage des Niederlassungsleiters handelt es sich um eine Art Feldversuch, der im Frühjahr 2006 in Shenzhen gestartet wurde und früher oder später auf ganz China ausgeweitet werden soll. Es wird befürchtet, dass entge-

gen entsprechenden Erklärungen der chinesischen Seite die Software mehr sensible Daten abgreifen könnte als offiziell beschrieben.

Anfragen von Wirtschaftsvertretern an die Spionageabwehr mit Bezug zu China nahmen im Jahr 2006 deutlich zu. Bei Beratungsgesprächen wurde regelmäßig der Verlust von Know-how beklagt:

- Bei einem baden-württembergischen Entwickler für Halbleiterlösungen in der Kfz-Elektronik fiel ein chinesischer Mitarbeiter auf, weil er in einem persönlichen Ordner seines Arbeitsplatz-PCs firmeninterne Daten aus zukunftsträchtigen Bereichen abgelegt hatte, für die er keine Zugriffsberechtigung besaß. Die Überprüfung seiner Bewerbungsunterlagen ergab, dass er die Darstellung seines Werdegangs perfekt an das Anforderungsprofil des Unternehmens angepasst hatte. Weiterhin konnte festgestellt werden, dass er bei der Bewerbung um seinen vorherigen Arbeitsplatz auf exakt die gleiche Art und Weise vorgegangen war, nur waren seinerzeit ganz andere Eigenschaften gefordert worden. Die Gesamtumstände dieses Falles sowie die weiteren Ermittlungsergebnisse lassen auf eine gezielte Steuerung durch chinesische Nachrichtendienste schließen.

- Ein chinesischer Wissenschaftler wirkte an einem Forschungsvorhaben im kerntechnischen Bereich mit. Kurz vor Abschluss des Projekts mussten seine Arbeitskollegen feststellen, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse in China bereits veröffentlicht worden waren.

- Ein wissenschaftliches Institut für Informationstechnik stellte einen chinesischen Studenten als Praktikanten ein. Trotz Verbots der Nutzung eigener IT-Geräte wurde bei einer Kontrolle des institutsinternen Netzes festgestellt, dass er vertrauliche Daten auf seinen privaten Laptop überspielt hatte. Bemerkenswert war die Reaktion der Forschungseinrichtung, die den Täter lediglich zur Einhaltung der internen Vorschriften anhielt und das regelwidrige Verhalten nicht weiter ahndete.

- Ein chinesischer Wissenschaftler bewarb sich um Mitarbeit im Forschungsbereich einer staatlichen Hochschule. Nach seiner Anstellung stellte sich heraus, dass er den wissenschaftlichen Vorlauf, den er bei seiner Bewerbung vorgegeben hatte, nicht besaß. Außerdem fiel er dadurch auf, dass er im Institut unberechtigt fotografierte und versuchte, an für ihn gesperrte Daten zu gelangen. Der Verdacht eines nachrichtendienstlichen Auftrags liegt nahe, da sein Aufent-

halt von chinesischen diplomatischen Einrichtungen im Bundesgebiet finanziert und eng begleitet wurde.

Aufgabe der Spionageabwehr ist es, solchen Fällen nachzugehen, um betroffenen beziehungsweise gefährdeten Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen Gefahren und Risiken aufzuzeigen, sie bei internen Entscheidungsprozessen zu beraten und letztlich den Nachweis einer nachrichtendienstlichen Steuerung zu führen.

2.2.2 Russische Föderation

Aktivitäten gegen Deutschland und andere Staaten

Die Russische Föderation und die Bundesrepublik Deutschland unterhalten seit Jahren stabile wirtschaftliche und politische Beziehungen. Ungeachtet dessen entwickeln die Nachrichtendienste Russlands nach wie vor umfangreiche Aktivitäten gegen Deutschland.

Der Präsident der Russischen Föderation hat die russischen Sicherheitsdienste erneut gestärkt. Nach Medienberichten sieht ein Konzept zur Haushalts- und Steuerpolitik 2007 vor, die Ausgaben für die nationale Sicherheit um 23,1 Prozent gegenüber 2006 zu steigern. Der Militäretat soll um 24,6 Prozent erhöht werden. Wie schon in den vergangenen Jahren profitieren davon auch die Nachrichtendienste.

Der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR[411] ist für die Auslandsaufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zuständig und wird von Armeegeneral Sergej LEBEDEW geleitet.

Die Aufgaben des von Armeegeneral Walentin KORABELNIKOW geführten militärischen Auslandsnachrichtendienstes GRU[412] sind heutzutage weitaus breiter gefächert als zu Zeiten der UdSSR. Neben klassischer Militärspionage erstrecken sich die Aktivitäten des GRU mittlerweile auch auf alle militärrelevanten zivilen Bereiche. Dies gilt vor allem für wissenschaftlich-technologische Informationen, die für militärische Zwecke nutzbar sind.

Der zivile Inlandsnachrichtendienst FSB[413] unter der Leitung von Armeegeneral Nikolaj PATRUSCHEW ist für die Spionageabwehr, die Beobachtung des politischen Extremismus sowie die Bekämpfung von Organisierter Kri-

411 „Slushba Wneschnej Raswedkij" („Dienst für Ermittlungen im Ausland").

412 „Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije" („Hauptverwaltung für Aufklärung" beim Generalstab der Streitkräfte).

413 „Federalnaja Slushba Besopasnosti" („Föderaler Dienst für Sicherheit").

minalität und Terrorismus zuständig. Unter dem Vorwand der Spionagebekämpfung versucht der FSB auch, Angehörige deutscher Firmen und Privatpersonen bei Aufenthalten in Russland nachrichtendienstlich anzubahnen und somit in anderen Zielbereichen Auslandsaufklärung zu betreiben. Bei seinen Abwehraktivitäten betreibt er eine intensive Kontrolle des Datenverkehrs, der in Russland über das Internet abgewickelt wird. Daher müssen auch deutsche Staatsangehörige bei Aufenthalten in Russland damit rechnen, bei der Nutzung des Internets oder des Telefons vom FSB überwacht zu werden.

Gefahren durch Legalresidenturen

Die größte Gefahr ging 2006 wiederum von den Legalresidenturen[414] aus. Die verhältnismäßig hohe Präsenz der dort tätigen erkannten Geheimdienstangehörigen unterstreicht den besonderen Stellenwert, der Deutschland als Aufklärungsziel immer noch beigemessen wird. Anlässlich der Novellierung des Gesetzes „Über die Auslandsaufklärung" bestätigte ein Mitglied der Staatsduma und ehemaliger Angehöriger der Auslandsspionage, dass viele russische Nachrichtendienstmitarbeiter unter gesetzlicher Abtarnung als Diplomaten, Journalisten oder Geschäftsleute arbeiten und teilweise sogar formell andere Staatsangehörigkeiten annehmen würden. Geschützt durch die diplomatische Immunität ist es für russische Agenten ein Leich- tes, mit interessant erscheinenden Zielpersonen unverfänglich in Kontakt zu treten, um von ihnen wichtige Informationen zu erlangen.

- Auf diese Weise wurde beispielsweise dem Mitarbeiter einer baden-württembergischen High-Tech-Firma durch den Angehörigen eines russischen Nachrichtendienstes der Auftrag zur Beschaffung eines der Ausfuhrkontrolle unterliegenden Rüstungsgegenstandes erteilt.

- In einem weiteren Fall wurde der Mitarbeiter einer im süddeutschen Raum ansässigen Rüstungsfirma nach einem Messebesuch von einem Russen aufgesucht und für die Beschaffung entsprechender Firmeninterna gewonnen. Darunter befanden sich Skizzen und Beschreibungen von lasergesteuerten Waffen.

Solche Fälle belegen, dass die Wirtschaftsspionage für die Staatsführung der Russischen Föderation nach wie vor hohe Priorität besitzt. Dabei geht es vorrangig um die Beschaffung von Informationen zu richtungweisenden Neuerungen im wissenschaftlich-technischen Bereich.

[414] Abgetarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste in den offiziellen Vertretungen (insbesondere Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen) des Auftraggebers im Operationsgebiet.

3. Prävention

Schutz vor Gefährdungen und illegalem Wissensabfluss

Unter dem Begriff „Prävention“ ist die Gesamtheit aller vorbeugenden Maßnahmen zu verstehen, die der Verfassungsschutz entweder aufgrund gesetzlichen Auftrags zu erfüllen hat oder aus Opportunitätsgründen heraus ergreifen kann, um Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft vor Gefährdungen und illegalem Wissensabfluss zu schützen. Präventionsmaßnahmen werden in zunehmendem Maße von der Wirtschaft eingefordert, und es wird ihnen ein immer größerer Stellenwert beigemessen.

3.1 Geheim- und Sabotageschutz

Der förmliche Geheim- und Sabotageschutz ist ein wesentlicher Bestandteil der Prävention zum Schutz gegen die Ausforschung von Staatsgeheimnissen und zur Sicherheit lebens- und verteidigungswichtiger Einrichtungen. Diese den Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes zuzurechnenden Vorbeugungsmaßnahmen umfassen Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen tätig sind, technische und organisatorische Maßnahmen sowie die ständige Beratung und Betreuung behördlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen.

amtliches Geheimschutzverfahren in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind derzeit über 200 Firmen in das amtliche Geheimschutzverfahren einbezogen und rund 20 als lebens- und verteidigungswichtig eingestuft. Sie werden vom LfV regelmäßig über Ausspähungsversuche fremder Nachrichtendienste und die Bedrohung durch sicherheitsgefährdende Bestrebungen unterrichtet und entsprechend beraten.

3.2 Beratung und Aufklärung von Wirtschaft und Wissenschaft

Einen breiten Raum der präventiven Maßnahmen nimmt die Unterstützung der Forschungseinrichtungen und der nicht in das behördliche Geheimschutzverfahren einbezogenen baden-württembergischen Unternehmen bei der Erhaltung ihres technologischen Vorsprungs ein. Eine umfassende Palette praxisgerechter Maßnahmen - beispielsweise die Herausgabe von Informationsmaterial, Informations- und Beratungsgespräche sowie Unterstützung bei der Erstellung von Schutzkonzeptionen - bietet „Hilfe zur Selbsthilfe“. Im Jahr 2006 ist die Nachfrage nach Beratungsleistungen und Vortragsveranstaltungen durch Mitarbeiter des Wirtschaftsschutzes signifikant gestiegen.

Ziel des LfV ist es, mit seinen Beratungs- und Serviceangeboten speziell die in Baden-Württemberg vorherrschenden kleinen und mittleren Betriebe zu

„Das Know-how unserer Unternehmen ist eines der wertvollsten Güter und muss daher besonders geschützt werden"
(Innenminister Dr. Ingo Wolf, Nordrhein-Westfalen, am 11. Mai 2006 auf der Tagung „Wirtschaftsschutz in NRW - 2006" in Düsseldorf, Quelle: WIK 06/3, S. 26)

erreichen. Sie sind oftmals Vorreiter bei der Einführung neuer Technologien und verfügen vielfach nicht über ausreichende Sicherheitsstrukturen zum Schutz ihres Know-hows. Zu diesem Zweck wurden Unternehmen direkt kontaktiert oder über Wirtschafts- und Sicherheitsverbände sensibilisiert. In der Folge gingen beim LfV vermehrt Hinweise ein, die eine anhaltende Gefährdung durch Spionage belegen.

Auf der Mobility & Business, der Messe für Geschäftsreisen, Fuhrpark und mobile Kommunikation im Mai 2006 in Stuttgart, informierte das LfV schwerpunktmäßig über die Sicherheit bei Geschäftsreisen ins Ausland. Dabei standen sowohl der Schutz der Reisenden selbst vor Ansprachen und Anwerbungsversuchen fremder Nachrichtendienste als auch die sichere Informations- und Datenübertragung im Mittelpunkt. Daneben wurden in einer messebegleitenden Seminarreihe die Themen Spionage und Wirtschaftsschutz eingehend beleuchtet.

Die Spionageabwehr beteiligte sich auch an einem gemeinsamen Stand der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bei der Essener Sicherheitsmesse SECURITY 2006 zum Themenkomplex Wirtschaftsspionage. In vielen Gesprächen wurden Fragen zur IT-Sicherheit und zum Informationsschutz erörtert und mehrere Verdachtshinweise entgegengenommen.

3.3 Sicherheitsdefizite bei mobilen Geräten und Anwendungen

starke Zunahme mobiler Lösungen

Ein Schwerpunkt der IT-Sicherheit liegt auf der Sicherung mobiler Geräte[415] und Anwendungen, weil sowohl die Zahl mobiler Mitarbeiter in Wirtschaftsunternehmen als auch die Absatzzahlen der Hersteller solcher Geräte kontinuierlich steigen. Mitarbeiter sollen weltweit und permanent erreichbar sowie Unternehmensdaten unmittelbar verfügbar sein. Fast alle mobilen Endgeräte zeichnen sich dadurch aus, dass so genannte PIM-Daten[416] ortsunabhängig nutzbar sind, Anwendungen mit stationären Endgeräten synchronisiert und aktualisiert und fast generell via Funk oder Mobilfunk[417] Telekommunikationsdienstleistungen abgerufen und genutzt

[415] Beispielsweise Laptops, Notebooks, Sub-Notebooks, Mobiltelefone, Smartphones, Personal Digital Assistants (PDAs), Palmtops, Handhelds, E-Mail-Messaging-Geräte, USB-Sticks, MP3-Player und Digitalkameras.

[416] Personal Information Manager: Software, die persönliche Daten wie Kontakte, Aufgaben, Terminplanung, Notizen, ToDo-Listen und Dokumente (Briefe, Faxe, E-Mails) verwaltet und speichert.

[417] Beispielsweise Global System for Mobile Communications (GSM), General Packet Radio Service (GPRS), Universal Mobile Telecommunications System (UMTS), Enhanced Data Rates for GSM Evolution (EDGE), Wireless Local Area Network (WLAN), Wireless Fidelity (WiFi) und Bluetooth.

werden können oder den direkten Zugriff auf das Unternehmensnetzwerk erlauben. Nach aktuellen Studienergebnissen des Marktforschungsunternehmens Forrester[418] geben europäische Firmen 32 Prozent ihres Telekommunikations- und Vernetzungsbudgets für mobile Lösungen aus.

ständige Erreichbarkeit versus Vertraulichkeit gespeicherter Daten

Der mittlerweile starken Verbreitung und Nutzung mobiler Systeme steht ein hohes Risiko des Verlusts der Verfügbarkeit und der Vertraulichkeit der dort gespeicherten Daten gegenüber. Die <kes>/Microsoft-Sicherheitsstudie 2006[419] kommt hier zusammenfassend zum Ergebnis, dass die Sicherheit mobiler Systeme als gering und deren Gefährdung als sehr hoch einzuschätzen sei. Allein 27 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, sicher zu sein, dass Unbefugte durch Verlust oder Diebstahl der Geräte Zugang zu schutzwürdigen Daten erhalten könnten. Fast die Hälfte der Befragten attestierte ihren mobilen Anwendungen allenfalls ein eben noch ausreichendes Sicherheitsniveau. Die in Unternehmensnetzwerken und -systemen heute gebräuchlichsten Sicherheitsmaßnahmen - wie zum Beispiel Virenschutz, Verschlüsselung und Firewalls - werden nur in sehr begrenztem Umfang zum Schutz mobiler Geräte genutzt, obwohl nach Expertenmeinung mehr als die Hälfte der unternehmenskritischen und sensiblen Daten (auch) auf Mobilgeräten gespeichert sind.[420] Regelmäßige Sicherungen der mobilen Datenbestände sind dabei eher die Ausnahme. Inzwischen setzen Unternehmen zwar fast standardmäßig Passwort-/ PIN-Verfahren[421] zum Schutz der gespeicherten Daten ein, allerdings unterbleiben sowohl die Integration der mobilen Endgeräte in umfassende strategische Konzepte als auch die Absicherung drahtloser Datenübertragungsverfahren.[422] Gleichzeitig steigt die Zahl der Schadprogramme, die von Hackern gezielt für Angriffe auf Mobilsysteme genutzt werden können, rapide an.[423]

Nach den Erfahrungen des LfV steht das Verhalten mobiler Mitarbeiter teilweise in krassem Widerspruch zu ihrem Wissen. Wie eine aktuelle Studie des Netzwerkausrüsters Cisco Systems[424] belegt, kennen diese Mitarbeiter

---

418 Forrester „The State of European Enterprise Mobility in 2006“; 13. Oktober 2006, URL: http://www.forrester.com/Research/Document/Excerpt/0,7211,39877,00.html.

419 Lagebericht zur Informationssicherheit: Teil 1 in <kes> 2006#4, S. 24ff.; Teil 2 in <kes> 2006#5, S. 40ff.; Teil 3 in <kes> 2006#6, S. 48ff.

420 Portal All About Security: „Mobile Endgeräte bedrohen die IT-Sicherheit“, 31. Oktober 2006, URL: http://www.all-about-security.de/artikel+M5aed5627f9f.html.

421 Studie Coleman Parkers Research/Avanade: „Mobile technology in the enterprise: the mobile world at work“, 30. Mai 2006, URL: Symantec-Studie zur mobilen Sicherheit, April 2006, URL: http://www.avanade.com/uk/_uploaded/pdf/wpaperthemobileworldatworkresearch515273.pdf.

422 Symantec-Studie zur mobilen Sicherheit, April 2006, URL: http://www.symantec.com/content/en/us/about/media/mobile-security_Full-Report.pdf.

423 Symantec Internet Security Threat Reports, URL: http://www.symantec.com/region/de/PressCenter/Threat_Reports.html.

424 Cisco Systems-Studie zum Thema „Mobile Mitarbeiter“, November 2006, URL: http://www.cisco.com/global/DE/presse/meld_2006/11_08_2006-it-security-mobile-mitarbeiter.shtml.

„In vier von fünf Unternehmen wurde bereits ein mobiles Gerät als verloren gemeldet und dies erschreckend häufig direkt in der Firma", sagt Frank Bunn, Senior Solution Marketing Manager bei Symantec. „Aber so ärgerlich der Verlust der Geräte an und für sich ist, weit schwerer wiegt die Tatsache, dass die darauf befindlichen geschäftskritischen Daten ebenfalls für immer verschwunden sind und womöglich von Dritten missbraucht werden." Die befragten Unternehmen gaben an, dass sich neben den Firmendaten schätzungsweise im Schnitt 21 Prozent externe, also Kundendaten, auf den Geräten befinden.
(Frank Bunn, Senior Solution Marketing Manager bei Symantec, Quelle: Compliance Magazin)

sehr wohl die Risiken und sind auch über entsprechende Sicherheitsanforderungen informiert, setzen aber dennoch mobiles Firmen-Equipment privat ein, stellen es Dritten (Freunde, Bekannte, Kollegen, Familienangehörige) für den Privatgebrauch zur Verfügung, öffnen E-Mails unbekannter Absender und nutzen ungesicherte, drahtlose Verbindungen von Nachbarn oder installieren selbst ungeprüfte Software.

Die wesentlichsten Gefährdungen und Risiken beim Einsatz mobiler Endgeräte sind:

Gefährdungen und Risiken beim Einsatz mobiler Endgeräte

- „Risikofaktor Mensch": Geräte- und/oder Datenverluste durch Irrtum, Fahrlässigkeit, Nachlässigkeit, mangelndes Sicherheitsbewusstsein und Vorsatz
- Manipulation des Betriebssystems durch Viren, Würmer und Trojaner
- Hardware-/Datenverlust durch Diebstahl oder Nachlässigkeit
- Mangelhafte Authentisierung der Nutzer der Endgeräte (Verzicht auf Passwort-/PIN-Verfahren, keine Aktivierung vorhandener Sicherheitsfunktionalitäten)
- Fehlende Rechteverwaltung auf den Endgeräten
- Keine Verschlüsselung der Daten
- Abhörrisiko bei Nutzung ungeschützter drahtloser Übertragungsverfahren
- Hacking-Angriffe über ungeschützte drahtlose Übertragungsverfahren
- Fehlendes „Patchmanagement"[425], um erkannte Software-Schwachstellen zu schließen
- Datenverluste durch unterbliebene oder mangelhafte Datensicherung
- Gefährdung des Firmennetzwerks durch Anschluss „verseuchter" Mobilgeräte.

Aus Sicht des LfV sind deshalb organisatorische und technische Schutzmaßnahmen beim Einsatz mobiler Systeme unabdingbar. Ein Verzicht auf entsprechende Sicherheitsvorkehrungen führt im Zweifel nicht nur zum Verlust der Geräte und Daten selbst, sondern auch zu einer erheblichen

[425] Patchmanagement ist das strukturierte, schnelle und weitestgehend automatische Schließen erkannter Schwachstellen in Betriebssystemen und Anwendungssoftware auf Rechnern (PC, Server etc.) in komplexen und heterogen IT-Systemlandschaften durch Administratoren oder Sicherheitsverantwortliche.

Gefährdung der Firmennetzwerke und der dort gespeicherten Informationen. Dass dabei in der Folge auch beträchtliche finanzielle Schäden entstehen können, veranschaulicht eine Studie der amerikanischen Beratungs- und Forschungseinrichtung Ponemon Institute.[426] Danach bergen mobile Geräte das größte Risiko für Datenverluste und damit verbundene finanzielle Einbußen in sich. In 45 Prozent der untersuchten Fälle seien gestohlene oder verlorene Mobilgeräte und mobile Datenträger für den entstandenen Schaden direkt verantwortlich. Um solche Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen, beziehungsweise, um das eventuelle Schadensausmaß drastisch zu reduzieren, empfiehlt das LfV die nachfolgenden Schutzvorkehrungen:

Gefahr hoher finanzieller Schäden

- ❑ Schulung und Sensibilisierung der mobilen Mitarbeiter beziehungsweise der Nutzer mobiler Endgeräte
- ❑ Erarbeitung entsprechender Richtlinien und Anweisungen sowie Integration in bestehende betriebliche Sicherheitskonzepte
- ❑ Verbot der privaten Nutzung der Firmengeräte/Verbot des Einsatzes privater Mobilgeräte zu dienstlichen Zwecken
- ❑ Aktivierung und Nutzung angebotener Sicherheitsfunktionalitäten der Geräte
- ❑ Einsatz von (mobilen) Virenscannern und Personal Firewalls
- ❑ Verschlüsselung der Speicher und/oder der Speicherinhalte
- ❑ Einsatz leistungsfähiger Authentifizierungsmechanismen (Zusatzsoftware)
- ❑ Verwendung „starker“[427] Passwörter/PIN und deren regelmäßige Änderung
- ❑ Absicherung/Verschlüsselung der Übertragungsverfahren
- ❑ Einführung eines regelmäßigen „Patchmanagements“ für sicherheitsrelevante Updates
- ❑ Erarbeitung eines Datensicherungskonzepts für mobile Anwendungen
- ❑ Regelmäßige Prüfung der Sicherheitskonfiguration
- ❑ Schutz der Firmennetzwerke vor unautorisiertem Zugriff mobiler Endgeräte zum Beispiel durch Firewalls oder VPNs (Virtual Private Networks).

Unabdingbare Voraussetzung für eine risikolose Nutzung mobiler Anwendungen und Geräte ist die Integration in ein ganzheitliches Informations-

[426] Ponemon Institute: „2006 Annual Study: Cost of a Data Breach”, Oktober 2006, URL u. a.: http://www.vontu.com/offers/costofbreach.asp.

[427] Starke Passwörter/PIN sind mindestens acht Zeichen lang, in zufälliger Reihenfolge alpha-numerisch aufgebaut, verwenden Groß- und Kleinbuchstaben sowie Sonderzeichen.

schutzkonzept, das die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten und Systeme gewährleistet. Ergänzend ist bei der Aussonderung oder dem Verkauf mobiler Geräte darauf zu achten, dass sensible Daten aus dem Speicher entfernt werden, damit sie nicht in die Hände Unbefugter gelangen können.

3.4 Sicherheitsforum Baden-Württemberg - die Wirtschaft schützt ihr Wissen

Sicherheitsinstrument für mittelständische Unternehmen

Das 1999 unter Beteiligung des Landesamts für Verfassungsschutz gegründete Sicherheitsforum Baden-Württemberg hat sich zu einem wichtigen Sicherheitsinstrument vor allem für die mittelständische Wirtschaft entwickelt. Es soll dazu beitragen, dass die Unternehmen neben den Gefahren des Terrorismus alltäglichere Geschäftsrisiken wie den Verlust des eigenen Know-hows oder die Computerkriminalität nicht vernachlässigen.

Die Mitglieder des Forums legen bei regelmäßigen Sitzungen die zukünftigen Aktivitäten mit der Zielsetzung fest, die Scharnierfunktion zwischen Politik und Wirtschaft weiter auszubauen und vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen mit aktuellen Sicherheitsfragen vertraut zu machen. So wurde im Oktober 2006 in **Mannheim** eine Vortragsreihe zu Aspekten der Unternehmenssicherheit gestartet, die zukünftig auf alle Regionen Baden-Württembergs ausgedehnt werden soll. Für 2007 ist die Vergabe eines Sicherheitspreises geplant.

Die Internetseite des Sicherheitsforums[428] informiert über eine breite Palette von Sicherheitsthemen und ermöglicht den Zugriff auf eine Auswahl aktueller Informationen aus unterschiedlichen Quellen („Quick Infos").

4. Erreichbarkeit der Spionageabwehr/Weitere Informationen

Wenn Sie Hinweise oder Anregungen geben wollen beziehungsweise weitere Informationen wünschen, so können Sie die Spionageabwehr wie folgt erreichen:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- Abteilung 4 -
Taubenheimstraße 85 A
70372 Stuttgart

[428] URL: http://www.sicherheitsforum-bw.de.

Telefon 0711 - 95 44 301
Telefax 0711 - 95 44 444

Über ein **Vertrauliches Telefon** können Sie der Spionageabwehr unter

0711 - 954 76 26 (Telefon) und
0711 - 954 76 27 (Telefax)

rund um die Uhr Informationen - auch anonym - übermitteln. Selbstverständlich werden Ihre Hinweise auf Wunsch vertraulich behandelt.

Aktuelle Informationen zum Thema Spionageabwehr erhalten Sie auch im Internet:

Hier finden Sie auch die Ende 2006 gemeinsam mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz erstellte Broschüre „Wirtschaftsspionage in Baden-Württemberg und Bayern - Daten - Fakten - Hintergründe“ zum Herunterladen. Sie wurde im Januar 2007 herausgegeben. Darüber hinaus wird noch die Broschüre „Know-how-Schutz - Handlungsempfehlungen für die gewerbliche Wirtschaft“ (2004) angeboten. Beide Broschüren können beim LfV auch kostenlos bestellt werden.

Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg (Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG) vom 5. Dezember 2005

§ 1
Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

§ 2
Organisation, Zuständigkeit

(1) Zur Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes unterhält das Land ein Landesamt für Verfassungsschutz. Das Amt hat seinen Sitz in Stuttgart und untersteht dem Innenministerium.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer Polizeidienststelle nicht angegliedert werden.

§ 3
Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz, Voraussetzungen für die Mitwirkung an Überprüfungsverfahren

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder frühzeitig zu erkennen und den zuständigen Stellen zu ermöglichen, diese Gefahren abzuwehren.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben sammelt das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen von Organisationen und Personen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eine Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind,

und wertet sie aus. Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen oder organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte sowie bei Maßnahmen des vorbeugenden Sabotageschutzes,
4. auf Anforderungen der Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern,
6. bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Ausländern im Rahmen der Bestimmungen des Ausländerrechts,
7. bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit von Personen nach dem Waffen-, Sprengstoff- und Jagdrecht,
8. bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit von Personen nach § 12 b des Atomgesetzes,
9. bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Personen, die zu sicherheitsempfindlichen Bereichen von Flughäfen Zutritt haben, nach § 29 c des Luftverkehrsgesetzes,
10. bei sonstigen Überprüfungen, soweit dies im Einzelfall zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder für Zwecke der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Näheres wird durch Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums bestimmt.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. In den Fällen des Satzes 1 Nummern 1 und 2 führt das Landesamt für Verfassungsschutz weitergehende Ermittlungen durch, wenn die für die Überprüfung zuständige Behörde dies beantragt.

(4) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 3 setzt im Einzelfall voraus, dass der Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen nach

Absatz 3 Satz 3 die Einwilligung des Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

§ 4
Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne des Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Ländern oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 5
Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 erforderlichen Informationen verarbeiten. Soweit dieses Gesetz

keine Regelungen trifft, richtet sich die Verarbeitung personenbezogener Daten nach den Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes mit Ausnahme der §§ 8 und 13 Abs. 2 bis 4 sowie §§ 14 bis 24 des Landesdatenschutzgesetzes.

(2) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Der Betroffene ist auf die Freiwilligkeit seiner Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 3 Abs. 3 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist. Abweichend hiervon ist es jedoch berechtigt, die Polizei in eilbedürftigen Fällen außerhalb der regulären Dienstzeiten des Kraftfahrtbundesamtes um eine Abfrage aus dem Fahrzeugregister beim Kraftfahrtbundesamt im automatisierten Verfahren zu ersuchen.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5a
Einholen von Auskünften bei nicht-öffentlichen Stellen

(1) Wenn es zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen, darf das Landesamt für Verfassungsschutz im Einzelfall unentgeltlich Auskünfte zu

1. Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen,
2. Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs bei Luftfahrtunternehmen einholen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, ber. S. 2298) bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2

bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstenutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstenutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennungen sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienstleistungen,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(4) Auskünfte nach den Absätzen 1 bis 3 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet das Innenministerium.

5) Das Innenministerium unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz über die beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr in Verzug kann das Innenministerium den Vollzug der Entscheidung auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen; in diesem Fall ist die Kommission unverzüglich zu unterrichten. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften nach den Absätzen 1 bis 3. § 15 Abs. 5 des Artikel 10-Gesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach den Absätzen 1 bis 3 erlangten Informationen und personenbezogenen Daten erstreckt. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Innenministerium unverzüglich aufzuheben.

(6) Für die Verarbeitung der nach den Absätzen 1 bis 3 erhobenen Daten ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend anzuwenden.

(7) Das Auskunftsersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftsgeber nicht mitgeteilt werden.

(8) Für die Mitteilung an den Betroffenen findet § 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung.

(9) Das Innenministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten das Gremium nach § 2 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3. Dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

(10) Das Innenministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich über die nach den Absätzen 1 bis 3 durchgeführten Maßnahmen. Absatz 9 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 6
Erhebung personenbezogener Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden (nachrichtendienstliche Mittel). Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffung regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Innenministeriums, das den Ständigen Ausschuss des Landtags unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) Das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort darf mit technischen Mitteln nur dann heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden, wenn es im Einzelfall zur Abwehr einer gegenwärtigen gemeinen Gefahr oder einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einzelne Personen unerlässlich ist und geeignete polizeiliche Hilfe für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann. Satz 1 gilt entsprechend für den verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen in Wohnungen. Maßnahmen nach Satz 1 und 2 bedürfen der Anordnung durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk sie durchgeführt werden sollen. § 31 Abs. 5 Satz 2 bis 4 des Polizeigesetzes sind entsprechend anzuwenden. Bei Gefahr im Verzug können die Maßnahmen nach Satz 1 und 2 vom Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz angeordnet werden; diese Anordnung bedarf der Bestätigung durch das Amtsgericht. Sie ist unverzüglich herbeizuführen. Einer Anordnung durch das Amtsgericht bedarf es nicht, wenn technische Mittel ausschließlich zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen sind; die Maßnahme ist in diesem Fall durch den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz anzuordnen. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse zum Zweck der Gefahrenabwehr ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag jährlich über den nach diesem Absatz erfolgten Einsatz technischer

Mittel. Die parlamentarische Kontrolle wird auf der Grundlage dieses Berichtes durch das Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes ausgeübt.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, sofern die dort genannten Bestrebungen durch Anwendung von Gewalt oder darauf ausgerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt werden, sowie zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes auch technische Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkgerätes und zur Ermittlung der Geräte- und Kartennummern einsetzen. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn ohne die Ermittlung die Erreichung des Zwecks der Überwachungsmaßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Für die Verarbeitung der Daten gilt § 4 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend. Personenbezogene Daten eines Dritten dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Satz 1 unvermeidbar ist. Sie unterliegen einem absoluten Verwertungsverbot und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen. § 5a Abs. 4 bis 9 gilt entsprechend.

(5) Die Erhebung nach den Vorschriften der Absätze 2 bis 4 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; eine geringere Beeinträchtigung ist in der Regel anzunehmen, wenn die Informationen durch Auskunft nach § 9 Abs. 3 gewonnen werden können. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(6) Bei Erhebungen nach den Absätzen 3 und 4 und solchen nach Absatz 2, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) gleichkommen, ist der Eingriff nach seiner Beendigung der betroffenen Person mitzuteilen, sobald eine Gefährdung des Zweckes der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. § 12 des Artikel 10-Gesetzes gilt entsprechend. Die durch solche Maßgabe erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe von § 4 des Artikel 10-Gesetzes verwendet werden. § 2 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz findet entsprechende Anwendung.

(7) Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz nach dem Artikel 10 Gesetz bleiben unberührt.

§ 7
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 vorliegen,

2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 3 tätig wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 3 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 3 Abs. 2 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 3 Abs. 2 und 3 genannten Personengruppen der Betroffene zuzuordnen ist.

(3) Die nach Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 gespeicherten personenbezogenen Daten dürfen nur für die dort genannten Zwecke sowie für Zwecke verwendet werden, die für die Wahrnehmung von Aufgaben nach § 3 Abs. 2 erforderlich sind.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherungsdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(5) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebs einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke und hiermit in Zusammenhang stehende Maßnahmen gegenüber Bediensteten genutzt werden.

§ 8
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 7 personenbezogene Daten über Minderjährige, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, verändern und nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Minderjährige eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten Minderjähriger, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht zulässig.

(2) Sind Daten über Minderjährige in Dateien oder in Akten, die zu ihrer Person geführt werden, gespeichert, ist nach zwei Jahren die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren die Löschung vorzunehmen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse nach § 3 Abs. 2 angefallen sind. Satz 1 gilt nicht, wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 3 tätig wird.

§ 9
Übermittlung personenbezogener Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes und die landesunmittelbaren juristischen Personen

des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Landes, die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 3 Abs. 2 erforderlich sind.

(2) Soweit nicht schon bundesrechtlich geregelt, können die zuständigen Stellen in den Fällen des § 3 Abs. 3 das Landesamt für Verfassungsschutz um Auskunft ersuchen, ob Erkenntnisse über den Betroffenen oder über eine Person, die in die Überprüfung mit einbezogen werden darf, vorliegen. Dabei dürfen die erforderlichen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen an das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt werden. Im Falle einer Überprüfung nach § 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 ist das Ersuchen über das Innenministerium zu leiten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann vorbehaltlich der in § 11 getroffenen Regelung von jeder öffentlichen Stelle nach Absatz 1 verlangen, dass sie ihm die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen übermittelt, wenn die Daten und Informationen nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Das Landesamt für Verfassungsschutz braucht Ersuchen nicht zu begründen, soweit dies dem Schutz des Betroffenen dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Die Ersuchen sind aktenkundig zu machen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 und vorbehaltlich der in § 11 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies

1. zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 2 oder 3 oder
2. zum Schutz der Mitarbeiter und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben

erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Dazu gehören auch personenbezogene Daten und sonstige Informationen aus Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat. Das Landesamt für Verfassungsschutz braucht Ersuchen nicht zu begründen, soweit dies dem Schutz des Betroffenen dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(5) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstiger Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekanntgeworden sind, ist nach den Vorschriften der Absätze 1 und 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 des Artikel 10 Gesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten oder, sofern diese elektronisch gespeichert sind, zu löschen. Die Vernichtung oder Löschung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 10
Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann personenbezogene Daten an Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie an die Gerichte des Landes übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder der Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt. Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen des Landes von sich aus die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten erforderlich ist, die in § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes oder in den §§ 74a oder 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannt sind oder bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantik-Vertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) übermitteln.

Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(4) Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere als öffentliche Stellen ist nur zulässig, soweit dies zum Zwecke einer erforderlichen und zulässigen Datenerhebung durch das Landesamt für Verfassungsschutz unabdingbar ist und dadurch keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der Person, deren Daten übermittelt werden, beeinträchtigt werden. Personenbezogene Daten dürfen darüber hinaus an andere als öffentliche Stellen nur übermittelt werden, wenn dies zur Abwehr von Gefahren für die in § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4 genannten Schutzgüter oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen oder besonders gefahrenträchtigen Einrichtungen im Sinne des § 1 Abs. 3 des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes erforderlich ist. Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine sonstige Einrichtung oder Unternehmung, insbesondere der Wissenschaft und Forschung, des Sicherheitsgewerbes oder der Kredit- und Finanzwirtschaft, ist nur zulässig, wenn dies zur Abwehr schwerwiegender Gefahren für die Einrichtung oder Unternehmung erforderlich ist. Die Übermittlung nach den Sätzen 2 und 3 bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Innenminister oder im Verhinderungsfall durch seinen Vertreter. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Für Übermittlungen nach Satz 2 gilt § 9 Abs. 4 Sätze 4 und 5 entsprechend. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten. Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist dem Betroffenen durch das Landesamt für Verfassungsschutz mitzuteilen, sobald eine Gefährdung seiner Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn das Innenministerium feststellt, dass diese Voraussetzung auch fünf Jahre nach der erfolgten Übermittlung noch nicht eingetreten ist und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in absehbarer Zukunft nicht eintreten wird.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass

die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(6) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhaltes ohne Bedeutung ist.

§ 11
Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 5, 9 und 10 unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen; die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 12
Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Innenministerium und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit periodisch oder aus gegebenem Anlass im Einzelfall über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

§ 13
Auskunft an den Betroffenen

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherte Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft, soweit er hierzu auf einen konkreten Sachverhalt hinweist und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt. Es ist nicht verpflichtet, über die Herkunft der Daten, die Empfänger von Übermittlungen und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass er sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann.

§ 14
Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von dem Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange des Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung des Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, die ihre Ziele durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgen, sowie über Bestrebungen nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder 4 sind spätestens nach fünfzehn Jahren, im Übrigen spätestens nach zehn Jahren zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter stellt im Einzelfall fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist. § 8 Abs. 2 bleibt unberührt. Der Lauf der Frist nach Satz 1

oder 2 beginnt mit der letzten gespeicherten relevanten Information.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, dass die Speicherung unzulässig war. Dasselbe gilt, wenn es im Einzelfall feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung voraussichtlich nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Die Sperrung kann wieder aufgehoben werden, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen sind. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

§ 15
Parlamentarische Kontrolle

(1) Das Innenministerium unterrichtet den Ständigen Ausschuss des Landtags über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes halbjährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlass.

(2) Art und Umfang der Unterrichtung des Ständigen Ausschusses werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ständigen Ausschuss bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Ständigen Ausschuss oder aus dem Landtag.

(4) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Innenministerium das Gremium nach dem Artikel 10-Gesetz zu unterrichten hat.

§ 16
Einschränkung von Grundrechten

Aufgrund dieses Gesetzes können das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) und das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.

§ 17
Erlass von Verwaltungsvorschriften

Das Innenministerium kann zur Ausführung des Gesetzes allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

§ 18
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Gruppen-, Organisations- und Sachregister

Bezeichnung	Seite/n
Act of Violence	132, 133
Adil Düzen	71ff.
Akabe Bildungs- und Kulturstiftung (AKEV)	52
AK Antifa Mannheim	229
Aktion Transparente Verwaltung (ATV)	241
Aktionsbüro Rhein-Neckar	153, **155**
Al-Aqsa e.V	47
Al-Djaisch al-islami fi al-Iraq	27
Al-Djamaa al-Islamiya (Islamische Gruppe)	35f.
Al-Djihad al-Islami (Islamischer Djihad)	23, 35f.
Al-Fajir	33
Al-Furqan	33
Al-Ghurabaa	19
Al-Islam	48f.
Al-Manar	53, 64f.
Al Muhajiroun	59
Al-Muqawama al-Islamiya (Islamischer Widerstand)	61
Al-Qaida	25, 29f., 33ff., 39
Al-Qaida im Zweistromland	20, 25
Al-Qassam-Brigaden	54
Al-Quds-Tag	62
Al-Tawhid wal-Djihad	25
Albanische Nationalarmee (AKSH)	116
All India Sikh Student Federation (AISSF)	117
Anadolu Genclik Dernegi (AGD)	73
Anatolische Föderation e.V.	108f.
An-Nahda (Bewegung der Erneuerung)	45, **54f.**
Ansar al-Islam	27f.
Ansar as-Sunna	27f.
Antiamerikanismus	191
antifa. Magazin für antifaschistische Politik und Kultur	210
Antifa Nachrichten	210f., 213
Antifaschismus	217, **218ff.**
Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)	202, 228
Antifaschistische Linke Berlin	222
Antifaschistisches Projekt Pforzheim (APP)	219
Antiglobalisierung	221ff.
Antisemitismus	130, 191

Applied Scholastics (ApS) 233f., **242f.**
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
siehe Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)
Armée Islamique de Salut (AIS) 38
As-Sahab-Media 29ff., **34**
Autonome 202f., 211, 218, 221
Autonome Gruppe gegen Repression 220
Autonome Nationalisten 156
Autonome Zentren 227ff.

Babbar Khalsa International (BK) 117ff.
Barika-i Hakikat (Das Aufleuchten der Wahrheit) 90
Baschda 210
Bedingt Autonomes Zentrum (BAZ) 228
Befreiungsarmee Kosovos (USK) 114
Befreiungsarmee von Kosovo (UCK) 115
Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK) 94
Beklenen Asr-i Saadet 90
Bewegung des Islamischen Widerstands siehe HAMAS
Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien (LRSSHJ) 115
Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht 116
Bildungswerk für Heimat und nationale Identität 181f.
Blood & Honour-Bewegung 137
Blue Max 133
break-out 202, 228
Bündnis für den Erhalt und Ausbau selbstverwalteter
Jugend- und Kulturzentren in Baden-Württemberg 228
Bürgerinitiative für besseres Deutschland 154, 157, 161
Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit 154f.

Carpe Diem 133, 143, 160
Class V Org 230, 232
Church of Scientology International (CSI) 233
Criminon 233

Dawa 39ff., 83, 86
Das Freie Forum 175
Demokratische Gesellschaft Kurdistans (CDK) 95
Denk mal islamisch 43
Der Islam als Alternative 90
Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti) 24, **88ff.**
Deutsche Akademie (DA) **181**

Deutsche Geschichte - Europa und die Welt (DG) 178f.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 198, 200, **207ff.**, 226f.
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 161
Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP) 127, 161
Deutscher Buchkreis 173
Deutsche Stimme (DS) 158, 160, 166f., 169, 175, 181
Deutsche Volksunion (DVU) 127, 128, 144f., 159f., **170ff.**
Deutsches Kolleg (DK) 180
Deutschland in Geschichte und Gegenwart 174
Deutschland-Pakt 128, 162
Devrimci Sol (Dev Sol-Revolutionäre Linke) 106
DEVRIMCI SOL 107
Dianetik 231
Dianetik-Post 230
DIE LINKE 205
Die Linke.PDS-Pressedienst 204
Die Republikaner (REP) 172f.
Die Rote Hilfe 216f.
Disput 204
Dissent+X 221
Djaisch Ansar al-Sunna 27
Djihad 19, 27, 30, 45f., 59, 77, 85
Djihadismus 27
Djihadisten 28, 31
Dresdner Schule 181

Ekmek ve Adalet 109
Euro-Kurier - Aktuelle Buch- und Verlags-Nachrichten 175
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) 66
European Council for Fatwa and Research (ECFR) 49, 55, 84
Ex-Steffi 227f.

Faktor Widerstand 143
Fazilet Partisi (FP) 67
Federalnaja Slushba Besopasnosti (FSB, Förderaler Sicherheitsdienst) 259f.
Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE) 48f., 53, 67
Feldauditorengruppen 233
Firqat un-Naajiyah 59
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) 112
Föderation der Arbeiter und Immigranten
aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF) 112

Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) 104ff.
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e.V. (ADHF) 112
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) 101
Förderativer Islamischer Staat Anatolien 89
Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO) 67
Free Mind 230
Freiheit 230
Freiheitliche Initiative Heilbronn 161
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) siehe Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)
Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) 102
Front für die Albanische Nationale Vereinigung (FBKSH) 116
Front Islamique du Salut (FIS) 37ff.

Geheimschutz 13, **261**
G8-Gipfel 199f
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 141, **156**
Ghurabaa 59
Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU) 259
Global Islamic Media Front (GIMF) 39f.
GRABERT-Verlag 141, **154ff.**
Graue Wölfe 104
Groupe Islamique Armé (GIA) 37ff.
Groupe salafiste pour la Predication et le Combat (GSPC) 37ff.

Hakk-TV 90f.
Halk Icin Devrimci Demokrasi 112
Hammerskins 137
Harakat Al-Muqawama Al-Islamiya siehe HAMAS
HAMAS (Bewegung des islamischen Widerstands) 18, 23, 46, **52ff.**
Hasad al-Mudjahedin 27
Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg 227
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 150
Hizb Allah (Partei Gottes) 25, 27, **61ff.**, 75
Hizb-ul-Mudschahedin 23
Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) 20, **55ff.**
Hohenrain-Verlag 173ff.

IGMG Perspektive 66, 87f.

Impact 230
Infoladen Ludwigsburg 203
Initiative für einen Revolutionären 1. Mai in Stuttgart 225
Institut Européen des Sciences Humaines (I.E.S.H.) 52
Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte 174
International Association of Scientologists (IAS) 234
International Scientology News 230
International Sikh Youth Federation (ISYF) 117ff.
Internationale Kamagatamaru Partei 118
Interventionistische Linke (IL) 221, 224
Islamische Bewaffnete Gruppe siehe Groupe Islamique Armé (GIA)
Islamische Demokraten 88
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) 48ff.
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) 24, 52, **66ff.**
Islamische Heilsfront siehe Front Islamique du Salut (FIS)
Islamische Partei Pakistans 73
Islamischer Bund Palästina 54
Islamisches Informationszentrum (IIZ) 42f.
Islamisches Zentrum Stuttgart (IZS) 48f.
Islamisches Zentrum München (IZM) 49f.
Islamismus 21ff.
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland 67

Jugend für Menschenrechte 235, **244f.**
Junge Nationaldemokraten (JN) 144, 148f., 151ff., **164ff.**, 168f.
junge Welt 212

Kalifatsstaat siehe Der Kalifatsstaat
Kamagata Maru Dal International (KMDI) 118ff.
Kameradschaften 146
Kameradschaft Karlsruhe 146, **157f.**
Kameradschaft Rastatt 146, **158**
Kameradschaft Stuttgart 218
Karikaturenstreit 18f., 28, 57
Khalistan 118
Koma Komalen Kurdistan (KKK) 97
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen
Menschenrechte (KVPM) 232, **243f.**
Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 111f.
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 208
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Lenninisten (KPD/ML) 204
Kommunistische Partei der Sowjetunion 213

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 204
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V. (ATIK) 112
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon) 112
Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) 112
Konvertiten 30f.
Koordinationsrat der FIA im Ausland (CCFIS) 38
Kulturvereinigung der Tamilen e.V. 121

Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG) 13ff.
Laschkar-e Taiba 23
Lernen und Kämpfen (LuK) 213
Leuchter-Report 81
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 120ff.
Libertad 222
Linkspartei.PDS 198, **204ff.**, 222f., 226
Linksruck 211, 218, 222, 226f.
Linksruck.Zeitung für Internationalen Sozialismus 227

Maoisten 226
Maoistische Kommunistische Partei (MKP) 104f., 112
Marxisten-Leninisten 226
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) 101, 111f., 114, 198, 200
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 204, 224, 226
Milli Gazete 66ff.
Milli Genclik Vakfi 73
Milli Görüs 67ff., 89
Milli Nizam Partisi (MPP) 67
Modjahedin-e Khalq Organisation 122
(People's Mojahidin of Iran, PMOI) siehe Volksmodjahedin
Mouvement de la Tendance Islamique (Bewegung der islamischen Ausrichtung) 54f.

Mudjamma al-Islami 52
Multi-Kulturhaus Ulm e.V. (MKH) 42
Muslimbruderschaft (MB) 22, 24, 35, **44ff.**, 49, 63, 85
Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) 51f.
Muslimische Studentenunion an der Universität Stuttgart (MSU) 51

Nachrichten der HNG 147, **150**
Narconon 243
National Council of Resistance of Iraq (NCRI) 122
National Liberation Army of Iran (NLA) 122
Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (B.K.D.SH.) 114f.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 126, 127, 128, 131, 140, 142ff., 150ff., **158ff.**, 175
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 94
Nationale Info-Telefone 146
Nationaler Widerstand Rastatt siehe Kameradschaft Rastatt
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) 122
Nationales Bündnis Heilbronn **157**, 161
NATION & EUROPA 182
National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ) **170f.**, 193f.
Neonazis 127ff., 131, **145ff.**, 150ff., 159ff., 191
Neun-Lichter-Dokain 105
Noie Werte 133, 143

OBW 9 228
ODEM 143
Office of Special Affairs (OSA) 233, 241
Özgür Gelecek Yolunda Isci Köylü 112
Organisation der Volksmodjahedin Iran (PMOI) siehe Volksmodjahedin
OSA International 232, 241
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) siehe Maoistische Kommunistische Partei (MKP)

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) siehe Linkspartei.PDS
PDS Landesinfo Baden-Württemberg 204
People's Mojahidin of Iran (PMOI) siehe Volksmodjahedin
Politikada Alilim 112
Professionelles Lerncenter 231
Projekt Schulhof 140ff.
Proliferation 251ff.
Propaganda 132, 133
Prosperity 230

Race War 133, **138**
REBELL 213f.
Refah Partisi (RP, Wohlfahrtspartei) 67
Religious Technology Center (RTC) 230
Republikaner siehe Die Republikaner
Revisionismus **130**, 176ff.
Revolutionäre Aktion Stuttgart (RAS) 222
Revolutionäre Gruppe Boomerang (R.G.B.) 220
Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC) 110f.
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) 106ff.

Ring Nationaler Frauen (RNF) 169
Rosa-Luxemburg-Stiftung 222
Rote Armee Fraktion (RAF) 217
Rote Fahne (RF) 213ff.
Rote Hilfe e.V. (RH) 201, **216f.**
Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 147ff.

Saadet-Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit) 67ff.
Sabotageschutz 13, **261**
Salafismus 40ff.
Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf siehe GSPC
Salafiya Djihadiya 20
Schurarat der Mudjahedin 25f., 28f.
Schutt und Asche 132f.
Schutzbund Deutschland 183
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) 153
Scientology Kirche Deutschland (SKD) 234, 239
Scientology-Organisation (SO) 230ff.
Sea Organization (Sea Org) 232
Serit 100
Serxwebun 94
Sicherheitsforum Baden-Württemberg 266
Skinheads 127ff., **131ff.**, 152, 160
Slushba Wneschnej Raswedkij (SWR) 259
[‘solid] 222
Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD) 110
Sozialistische Alternative Voran (SAV) 218
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 209f.
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 204
Sozialistisches Zentrum in Stuttgart 228
Stallhaus Germania 137
Stuttgart links 209

Tabligh-i Jama’at (Gemeinschaft für Verkündung und Mission) 55, **59ff.**
Tamil Coordinating Committee (TCC) 121
Tamil Eelam 120
Tamil New Tigers (TNT) 120
Tamilische Bildungsvereinigung e.V. (TBV) 122
TAYAD-Komitee e.V. 110
Temel Bilgiler 77
Trotzkisten 218, 224, 226

Türk Federasyon Bülteni 104
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) 111
Türkische Föderation Deutschland (ATF) 104ff.
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 111ff.
Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke (THKP/-C) 106ff.
TV 5 78ff.

Ümmet-i Muhammed 90
Unsere Zeit (UZ) 207, 209, 226

Vaterlandsgesellschft für nationale Identität und Vereinigung 117
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)
siehe Der Kalifatsstaat
Verein für Dialog und Völkerverständigung e.V. 48
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) 66
Vereinigung der demokratischen Jugendlichen Kurdistans (Komalen Ciwan) 95
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der
Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) 201, 209, **210ff.**, 218, 227f.
Verlags- und Medienhaus Hohenberg OHG 157
Versandbuchhandlung GRABERT 173
Volk in Bewegung 188ff., 195
Volk in Bewegung - Verlag und Medien oHG 157
Volksbefreiungsarmee (HKO) 112
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 94
Volksbewegung von Kosovo (LPK) 115f.
Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) 93, **94ff.**
Volksmodjahedin 122ff.
Volksverteidigungskräfte (HPG) 95, 102

Wahhabismus 40ff.
Wirtschafts-, Wissenschaftsspionage 255ff.
WISE Charter Committee (WCC) 233, 235, 239ff.
World Assembly of Muslim Youth (WAMY) 50f., 55, 67
World Institute of Scientology Enterprises (WISE) 233, 235, 239ff.

Yürüyüs 109

Zeit für Protest 172
Zentralrat der Muslime in Baden-Württemberg 48
Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) 48

Personenverzeichnis

Name	Seite/n
Abd al-Wahhab, Muhammad von	40
Akif, Mahdi Muhammad	46
Al-Auda, Salman	42
Al-Banna, Hassan	44f., 49, 55, 85
Al-Ghannouchi, Rached	47, 55
Al-Hakaymamah, Muhammad Khalil	36
Al-Hawala, Safer	63
Al-Iraki, Abu Maisara	39
Al-Maududi, Abu al A'la	45
Al-Muhajir, Abu Hamza	25
Al-Muhajiroun, Omar Bakri	59
Al-Munadjid, Scheich	42
Al-Qaradawi, Yusuf, Dr.	49f.
Al-Utheimin, Muhammad Bin Salih	41
Al-Zahhar, Mahmoud	53
Alpay Gün, Mine	79, 84
Atik, Ali	80
Atsiz, Nihal	105
Aydar, Zübeyir	94, 98
Az-Zawahiri, Ayman, Dr.	25, 30, 34ff., 39
Az-Zarqawi, Abu Musab	20, 25
Bahceli, Devlet	105
Benhadj, Ali	37f.
Bin Djarbin, Abdallah	63
Bin Ladin, Usama	25, 34, 36
Bozkurt, Ali	69
Dehoust, Peter	182
Deinzer, Heinrich	170
Denffer, Ahmad	49
Dhina, Mourad, Dr.	38
Dizman, Zehra	82
El-Zayat, Ibrahim	50

Engel, Stefan 214f.
Enneifar, Ahmida 55
Erbakan, Necmettin, Prof. Dr. 67ff., 83, 85, 89
Ersoy, Arif, Prof. Dr. 84

Frey, Gerhard, Dr. 170f., 193

Gansel, Jürgen W. 167, 185ff., 190, 196
Garaudy, Roger 49, 81
Gold, Lars 165f.
Grabert, Herbert, Dr. 173f.
Grabert, Wigbert 174

Haniya, Isma'il 54
Hatipoglu, Yasin 76
Heise, Thorsten 160
Hubbard, Lafayette Ronald 230ff., 246f.

Ilyas, Maulana Muhammad 60
Irving, David 171, 177f.
Islamoglu, Mustafa 51

Karahan, Yavuz Celik 81
Käppler, Lars 151f., 154, 157, 160, 169
Kaplan, Cemaleddin 88f.
Kaplan, Metin 89f.
Karatas, Dursun 107
Kaya, Adem 68, 79, 83
Kebir, Rabah 38
Kizilkaya, Ali 67, 82
Kiziltas, Ekrem 80
Kovabelnikow, Walentin 259
Kutan, Recei 67, 69, 71, 75
Kutsal, Necdet 78

Lebedew, Sergej 259
Leuchter, Fred 81

Madani, Abassi 37
Mashur, Mustafa 46
Mawlawi, Faisal 84
Miscavige, David 230, 233, 245f.

Molau, Andreas 161
Nasrallah, Hassan 62, 65
Neidlein, Alexander 166, 169

Öcalan, Abdullah 94ff.
Özkan, Abdullah, Dr. 78
Oktar, Adnan (alias Yahya, Harun) 49

Patruschew, Nikolaj 259
Prabhakaran, Vellupillai 120

Quassim, Naim 65
Qutb, Sayyid 19f., 45, 85

Rajavi, Maryam 123f.
Rassoul, Muhammad 20, 58
Rennicke, Frank 139, 142f.
Rieger, Jürgen 148, 159
Rose, Olaf, Dr. 175
Rudolf, Germar 177

Schützinger, Jürgen 160f., 163, 175
Sofu, Halil Ibrahim, Dr. 89

Tanweer, Shehazad 29
Tarim, Sakir 79
Türkes, Alparslan 105

Ücüncü, Oguz 82f.

Verbeke, Siegfried 177
Voigt, Udo 158, 184

Wadud, Mussab Abdel 39
Worch, Christian 152

Yagan, Bedri 107
Yassin, Ahmad 52
Yumakogullari, Osman 75

Zündel, Ernst 176
Zukorlic, Muamer 74

VERTEILERHINWEIS

Diese Informationsschrift wird von
Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen
lichkeit herausgegeben. Sie darf weder
Helfern während eines Wahlkampfs zu
den. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich sind insbesondere die
Informationsständen der Parteien sow
parteipolitischer Informationen oder W

Untersagt ist auch die Weitergabe an D

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer W
verwendet werden, dass dies als Partei
politischer Gruppen verstanden werde
hängig vom Vertriebsweg, also unabhä
Anzahl diese Informationsschrift dem

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die In
glieder zu verwenden.

der Landesregierung Baden-Württemberg im
Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffent-
von Parteien noch von deren Kandidaten oder
um Zwecke der Wahlwerbung verwendet wer-

e Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an
wie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben
Werbemittel.

Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so
nahme der Herausgeberin zugunsten einzelner
n könnte. Diese Beschränkungen gelten unab-
ngig davon, auf welchem Wege und in welcher
Empfänger zugegangen ist.

formationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mit-